Heft 4 April 1989 6,- DM C 4143 E

Konkret

Politik & Kultur

■ Streit:
Mein Krüppel gehört mir — Abtreibung als Eugenik?

■ Rosa-Grün:
Die Canossen von Berlin

■ Gefangene:
Autonome Seiten zum Hungerstreik

■ Afghanistan:
Wer hat den Krieg gewonnen?

■ Rushdie und die Ajawojtollahs

in konkret April 1989

Von Konkret

An Konkret

Rebmann, Rushdie und andere von Hermann L. Gremliza

»Die Koalition wird scheitern« von Verena Krieger; Oliver Tolmein
Aus für die Linken bei den Grünen? Nein, sagt Verena Krieger, die sich deshalb auf der letzten Bundesdelegiertenkonferenz – erfolgreich – um die Position einer Sprecherin des Bundesvorstands beworben und ihr Bundestagsmandat niedergelegt hat. Oliver Tolmein sprach mit ihr über linke Perspektiven und die rosa-grüne Koalition in Westberlin

Der 4. August der AI von Georg Fülberth

»Da haben alle mitgezogen« von Oliver Tolmein
Ein nachträglich veränderter Aktenvermerk, das Verschwinden eines Kontrollzettels, Widersprüche zwischen ZeugInnenaussagen und der Anklageschrift: Nach acht Verhandlungstagen im Prozeß gegen Ingrid Strobl ist die Bundesanwaltschaft in Beweisnot geraten

Termine

damit es nicht so bleibt wie es ist - zusammen können wir noch den sternen greifen!
Weil anders keine Öffentlichkeit für sie herzustellen war, hat KONKRET diese und die beiden folgenden Seiten einer Gruppe aus »autonomen und antiimperialistischen Projekten und Zusammenhängen in Westberlin« zur Verfügung gestellt, die den Hungerstreik der politischen Gefangenen und die Forderung »Zusammenlegung jetzt!« unterstützen

Naturschutz nach Art des Herrenmenschen von Gabriele Simon
»Atempause für den Amazonaswald« freute sich die a>TAZ«, nachdem bekannt geworden war, daß der Bau einiger Staudämme im brasilianischen Regenwald gestoppt werden muß, weil die Weltbank sich weigert, das Energiekonzept Brasiliens zu kreditieren. Sie haben sich zu früh gefreut: Die Ausbeutung der Tropenwälder schreitet zügig voran. Unter dem Vorwand, »unsere« Klimaanlage vor unsachgemäßer Behandlung durch die einheimische Bevölkerung schützen zu müssen, forcieren bundesdeutsche Unternehmen die Plünderung der tropischen Wälder

Die Braungans von Jutta Ditfurth
Er hat den alten und den neuen Nazis ein angeblich ökologisch begründetes, bis zur Ausmerzung elitäres, rassistisches Menschenbild geliefert: Am 27. Februar ist der Verhaltensforscher und Nobelpreisträger Konrad Lorenz gestorben

»Bis um letzten Afghanen...« von Jochen Hippler
Während im Bonner Bundestag immer noch von afghanischen »Freiheitskämpfern« geschwätzt wird, feiern die USA die seit Vietnam größte und erfolgreichste Aktion ihres Geheimdienstes CIA. Noch 1988 lieferten sie den Mudjahedin Waffen im Wert von 1,5 Milliarden Dollar. Es hat sich gelohnt

Sie werden die letzten sein von Rainer Butt
Reporter decken Massengräber auf, Historiker fordern die Öffnung der Archive, die Parteiführung rehabilitiert die ehemals Verfemten, und Bürger schließen sich zusammen, um die Suche nach den Verbrechen der Stalin-Ära selber in die Hand zu

nehmen. Während in der Sowjetunion die Auseinandersetzung über die Geschichte jahrzehntealte Tabus sprengt und der Kampf um die Entstalinisierung voll entbrannt ist, tun sich die bundesdeutschen Kommunisten mit der eigenen Historiker-Debatte schwer. Ihre Parteiführung hat ihnen eine Interpretation vorgegeben, die Stalin opfert, um die Entstalinisierung zu verhindern.

Vom Himmel hoch... von Jan Philipp Reemtsma

Auschwitz: Eine zwanghafte Wiederholung prähistorischer Brandopferrituale; der Antisemitismus: ein Effekt interplanetarischer Kollisionen – der Bremer Hochschullehrer Gunnar Heinsohn hat eine Theorie des Antisemitismus vorgelegt, die so absurd wie schamlos ist

Monopoly um TELEKOM von Wolfgang Müller

Zur legitimierenden Fiktion der Demokratie gehört die Vorstellung, daß die Leute bei wichtigen Entscheidungen in etwa wissen, wovon die Rede ist. Bei der Rezeptgebühr mag das stimmen, für ISDN gilt es nicht. Dabei sollen bis 1995 rund 340 Milliarden Mark in das »dienstintegrierende Fernmeldenetz« investiert werden – mit allerlei unerfreulichen Folgen

KONKRET-Streitgespräch:Krüppelschläge - Wie weit reicht das Selbstbestimmungsrecht der Frau? von Franz Christoph; Adrienne Goehler; Katja Leyrer; Susanne von Paczensky; Hannelore Witkofski

Zum KONKRET-Streitgespräch trafen sich: Franz Christoph, Mitinitiator der Krüppelbewegung und Autor des Buches »Krüppelschläge gegen die Gewalt der Menschlichkeit«; Adrienne Goehler, bis vor wenigen Wochen Abgeordnete der Hamburger GAL-Frauenliste; Katja Leyrer, feministische Autorin, mit »Rabenmüttern« und »Mackersöhnen« beschäftigt. (Foto mitte) Susanne von Paczensky, Mitbegründerin des Familienplanungszentrums Hamburg und Verfasserin mehrerer Bücher zum Thema 'Paragraph 218', Hannelore Witkofski, Mitglied im Behindertenforum und im BundessprecherInnenkollektiv der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK)

Les Boches von Detlef zum Winkel

Es wird kommen wie nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus: Statt den satten faschistischen Bodensatz dieser Republik endlich ernst zu nehmen, wird auch die Frankfurter Linke noch dem Einzug der Neonazis in den Römer binnen zwei Wochen zur rosa-grünen Tagesordnung übergehen

Buch des Monats: Nichts zu naschen von Christel Dormagen

Autorinnenkollektiv (Hg) Frauenbewegungen in der Welt, Bd 1 Westeuropa, Argument-Sonderband 150, Hamburg 1988, 233 Seiten, 18,50 Mark

Ein Mordbefehl?! von Karlheinz Deschner

Seit Ajatollah Khomeini befohlen hat, den Schriftsteller Salman Rushdie zu ermorden, brennen die Lautsprecher des »christlichen Abendlands« vor Erregung durch. Aber, »das Blut, welches die Bekenner des Gottes der Barmherzigkeit und des Friedens seit der Einführung seiner Religion vergossen haben, würde genügen, um die Anhänger aller anderen Sekten, die jetzt auf der Erdkugel wohnen, zu ersäufen«

Mit dem Strom von Franz Lerchenmüller

Vielen gilt er als der gute grüne Mensch vom Issyk-Kul«, zuständig für ewige Menschheitsfragen, sauberes Wasser und tiefe Gefühle: Tschingis Aitmatow, Träger des Leninordens und Mitglied im Vorstand des sowjetischen Schriftstellerverbandes, ist der bedeutendste literarische Fürsprecher der Reformen in der Sowjetunion

Werch ein Illtum! von Sigrid Löffler

So eilig hat es der Kulturbetrieb selten gehabt, einen Nestbeschmutzer nach seinem Tode einzugemeinden. Thomas Bernhard, der Schmähredner und literarische Staatsfeind Österreichs soll ein Moralist und Mitleidsdichter gewesen sein

Wie im Film von Georg Heinzen

In KONKRET 12/88 hatte Georg Heinzen dem österreichischen Schriftsteller Peter Turrini vorgeworfen, er habe die Arbeiter verraten, indem er sie mit seinem Stück »Minderleister« ans Theater ausliefere. Daraufhin attestierte Michael Scharang in KONKRET 3/89 Heinzen »besserwisserisches Getue« und »kolonialistische Allüren«. Heinzen antwortet und begründet noch einmal seine Kritik: Turrini versöhnt im Theater, was auf der Straße endlich einmal aneinandergeraten ist

Musikplaudertasche von Eckhard Henscheid

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Bären, (abgebunden) von Peter Körte

Berlinale 89 – betulicher Rekurs in die Vergangenheit, rührende Harmlosigkeiten, bundesdeutsche Filmqual, aber auch, abseits des Wettbewerbs, einige Lichtspielblicke, darunter der neue Film von Jacques Rivette und ein übles Machwerk von Alan Parker

Die Amoral von der Geschichte von Dietrich Kuhlbrodt

Claude Chabrols Film »Eine Frauensache« erzählt uns etwas über uns, was wir vorher noch nicht wußten. Und niemand sagt uns, was wir davon zu halten haben

Piwitts kleines Feuilleton von Hermann Peter Piwitt

Kronzeugen von links von Rainer Trampert

Anerkennung der Nato und des staatlichen Gewaltmonopols, demnächst Zustimmung zur Verschärfung der Sicherheitsgesetze und des Asylrechts: Um Platz nehmen zu dürfen auf Seiten der Herrschenden, hat nicht nur die Berliner Alternative Liste, sondern eine überwältigende Mehrheit der Grünen sich vom Anspruch einer Oppositionspartei verabschiedet: »Wer als Linker noch etwas auf sich hält, sollte nicht im grünen Morast versinken«

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

konkret 04/89, S. 4

Von Konkret

Am falschen Platz, nämlich im Kulturteil auf den Seiten 84/85, steht das Interview mit dem früheren Sprecher der Grünen und Hamburger Ökosozialisten Rainer Trampert, das die Gegenrede zum Gespräch mit der neuen Sprecherin des Bundesvorstands, Verena Krieger, darstellt (Seite 10 ff). Um nicht mit komplizierten Erklärungen zur Druckkosten-Kalkulation und zu dadurch bedingten Abgabeterminen von Vorprodukten zu langweilen, machen wir's uns und den LeserInnen einfach: technische Probleme.

Betrifft »Sommerpflanzen« (KONKRET 2/89). Auf den Leserbriefseiten sind diesmal ausschließlich Briefe zu Elisabeth Riepings Artikel über ein Treffen von Gegnerinnen der Gen-Technologie abgedruckt. Die meisten der Briefe wurden geschrieben, bevor KONKRET 3/89 erschienen war, die AutorInnen konnten die dort abgedruckte Stellungnahme der Redaktion also noch nicht kennen.

Das gewöhnlich ungut unterrichtete Springer-Blatt »Die Welt« hat gemeldet, daß der stellvertretende Kulturminister der DDR, Klaus Höpcke, abgelöst werden solle. Der Grund sei, daß Höpcke den Protest des PEN der DDR gegen die Verurteilung des tschechoslowakischen Schriftstellers Vaclav Havel unterschrieben hat. Wir glauben ~ das natürlich überhaupt nicht, sondern sehen in Höpcke nur zum dritten Mal einen Fluch erfüllt, der über Interview-Partnern von KONKRET zu schweben scheint: 1977 wurde der Juso-Vorsitzende Klaus-Uwe Benneter wegen eines KONKRET-Interviews aus der SPD ausgeschlossen, 1978 mußte der Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose zurücktreten, nachdem er sich in einem KONKRET-Interview über den staatsmonopolistischen Kapitalismus geäußert hatte. Daß es, wenige Wochen nach seinem KONKRET-Interview (2/89), jetzt Klaus Höpcke erwischt haben soll, macht uns sehr nachdenklich.

Fehl-Anzeige 1 Diese Ausgabe erscheint ohne Ernst Kahls »Kongretchen«. Nein, keine technischen Probleme, sondern: Redaktion und alle anderen um ihre Meinung befragten Mitarbeiter waren der Ansicht, daß Kahls Zeichnungen zum Thema Ausländerwahlrecht von zu vielen Lesern als rassistisch mißverstanden würden. Horst Tomayer beschreibt auf den Seite 72/73 den Fall von Zensur und wie es dazu kam.

Fehl-Anzeige 2 Leser fragen, warum Diedrich Diederichsens »LP des Monats« in KONKRET 3/89 gefehlt habe. Antwort: Der Autor schreibt an einem größeren Werk und hat gebeten, ihn für die Dauer von drei Monaten von seiner KONKRET-Mitarbeit zu dispensieren.

Sonderangebot Die Auswertung der KONKRET-LeserInnen-Zählung liegt vor (geheftet, 24 Seiten). KONKRET-LeserInnen, die in der Werbebranche beschäftigt sind, können das Heftchen gegen Einsendung ihrer Visitenkarte (KONKRET-Anzeigenabteilung, z. Hd. Ulrich Alberti) gratis beziehen.

konkret 04/89, S. 6

An Konkret

Ungeheure Denunziation

KONKRET 2/89 »Sommerpflanzen« von Elisabeth Rieping

Der o. g. Artikel in Eurer Zeitschrift ist ein Zeichen für eine unverantwortliche Berichterstattung, die sich nicht mehr »politisch« nennen läßt.

Insbesondere diffamieren Riepings Ergüsse auf unglaublich platte, aber dadurch nicht weniger gefährliche Weise Frauen, die sich politisch gegen die Entwicklung im Bereich der Gen- und Fortpflanzungstechnologie aussprechen und in unterschiedlicher Weise dagegen arbeiten. Seid Ihr Euch eigentlich darüber im klaren, daß Frauen aus dieser Bewegung u.a. aufgrund vieler in diesem Text vorhandenen Aussagen und Behauptungen nach dem politischen Paragraphen 129a ganz offen kriminalisiert werden?

Offensichtlich hat es der Redaktion gut ins Konzept ihrer Frauenfeindlichkeit gepaßt, süffisant lächelnd, Vorurteile und Diffamierungen gegenüber einer sich ausdehnenden frauenpolitischen Bewegung nicht selbst aussprechen müssen, sondern Frau Rieping dazu heranziehen zu können.

Dieser von Euch abgesegnete Artikel entbehrt jeden Anspruch auf inhaltliche Auseinandersetzung .

Gudran Müller

Frankfurt

Teilnehmerin fliegt aus Veranstaltung:

Am 30.1.89 wurde in Düsseldorf auf einer Veranstaltung zum Prozeß gegen Ingrid Strobl eine Frau, Elisabeth Rieping aus Essen, des Raumes verwiesen. Nachdem sie sich geweigert hatte, den Raum zu verlassen, wurde sie letztendlich an Händen und Füßen hinausgetragen.

Was ist einem so entschlossenen Handeln vorausgegangen?

E. R. hatte Anfang Dezember in Köln am bundesweiten Arbeitstreffen der Frauen und Lesben gegen Gen- und Reprotechnologien teilgenommen. Anschließend verfaßte sie einen Artikel, den die KONKRET in ihrer Februar-Ausgabe veröffentlichte. Hierin erklärte sie das Arbeitstreffen schlicht zu einem »Treffen der Freundinnen der Roten Zora«. Damit wird das Treffen von ihr in einen Zusammenhang gestellt, den sonst perfiderweise das Bundeskriminalamt zu konstruieren versucht. Bei welch' geringeren Anlässen der bundesdeutsche Repressionsapparat schon zuschlägt, ist der Schreiberin, wie aus ihrem eigenen Artikel hervorgeht, offensichtlich bekannt. Nicht genug, das ganze Treffen zu kriminalisieren, darüber hinaus unterstellte sie den Teilnehmerinnen sogar noch »konspiratives Verhalten«. Zu fragen ist auch nach den Absichten der Redaktion der Zeitschrift KONKRET, die dem Abdruck des Artikels zugestimmt hat.

Das alles ist eine ungeheure Denunziation eines Frauenzusammenhangs zu einem der sogenannten »anschlagsrelevanten Themen«. E. R.'s Verhalten ist in übelster Art unsolidarisch und denunziatorisch. Deshalb wird es auch in Zukunft notwendig sein, solche »TeilnehmerInnen« rauszuwerfen!

Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien

Köln

Wir sind empört über die verleumderische und uninformative Art und Weise in dem von E. Rieping verfaßten Artikel im Februar-KONKRET. Bedauerlicherweise scheint KONKRET – eine Zeitschrift mit »linkem« Anspruch – (von E. Rieping ganz zu schweigen) weder Grenzen des Geschmacks zu kennen noch einen allzuhohen Informationsanspruch den LeserInnen gegenüber zu haben. Es ist eine Frechheit, die Arbeit und die Interessen der Frauenbewegung derart niveaulos zu negieren, bzw. lächerlich zu machen!

Mit unfreundlichen Grüßen

Feministisches Frauen-Gesundheits Zentrum e. V.

Berlin

Auch das allseits beliebte »Ärzteblatt« verzichtet nicht auf eine »glänzende Satire« mit der es der »Bewegung einen 'Spiegel'« vorhalten kann.

Was muß eigentlich noch alles passieren, damit Euch Mackern mal in der arroganten Birne ein Licht aufgeht, verantwortlich mit Texten – auch denen über die »doofen« Frauen – umzugehen!

Eine Anmerkung, »Sommerpflanzen« sei versehentlich abgedruckt worden, reicht mir nicht.

Magdalene Gugel

Bochum

Erst jetzt komme ich dazu, euch zu schreiben, wie entsetzt ich darüber bin, daß ihr den Artikel »Sommerpflanzen« von Elisabeth Rieping ins Heft 2 genommen habt. Ich will euch im folgenden meine Gründe dafür nennen. Es scheint euch völlig entgangen zu sein, daß dieser Artikel keine Satire ist, sondern in diffamierender Absicht geschrieben worden ist: diffamierend, weil er sich genau in die BKA-Linie einfügt, die Frauentreffen als Vollversammlungen der Roten Zora auszugeben. Eine Mitarbeiterin des Genarchivs wird darüber hinaus von E. Rieping namentlich benannt, und es wird suggeriert, sie sei an der Herstellung des Papiers beteiligt gewesen (»Anwesend sind die Krähen wohl schon. Aber sie geben sich nicht zu erkennen, weil der Staat sie sonst kriminalisiert. Hier wird konspirativ gearbeitet« – nebenbei, wenn euch das lächerlich vorkommt: habt ihr die Frankfurter Geschichten schon vergessen? – und dann: »Die Frau vom Genarchiv hinter der Kaffeetasse Jutta, die das Papier so gut kennt, daß sie gar nicht mehr reingucken muß...«). Über Stil läßt sich ja bekanntlich streiten, miese finde ich aber die Herabsetzungen der Frauen und ihrer Anliegen. Habt ihr euch wirklich über diese billigen und miesen Witzchen amüsieren können?

Ich fürchte, ja. Ich wette, ihr habt unter Männern zusammengesessen und euch gefreut, daß mal eine Frau auspackt, was auf diesen Treffen, wo Männer keinen Zutritt haben, »wirklich« passiert, was da so alles geredet wird (natürlich lauter dummes Zeug), und daß sie es so richtig verreißt – zum Glück ist es eine Frau, und da sind die Männer ja fein raus: sie haben nicht geschrieben, sondern nur drucken lassen. Dieser Eindruck hat sich bei mir verstärkt, nachdem ich erfahren habe, daß ihr den Frauen vom Genarchiv in Essen angeboten habt, sie könnten im redaktionellen Teil was dazu schreiben. Das ist genau die gleiche, falsche Ebene, weil es eben keine Angelegenheit ist, die die Frauen unter sich ausmachen sollen. Ihr habt mit dem Abdruck dieses Machwerks Stellung bezogen und ihr müßt euch jetzt dazu äußern, da könnt ihr euch nicht vorbeimogeln.

Daß es Elisabeth Rieping, die jahrelang in einschlägigen Zusammenhängen ein und aus gegangen ist, ernsthaft darum geht, zu zerstören, ist ja an ihren anderen Artikeln abzulesen. Die Dame läßt sich dafür vom Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie aushalten: in »Medikament und Meinung« (das ist deren Vereinsorgan) geht es dann gegen Profa, die Frauengleichstellungsstellen, die autonome Frauenbewegung und deren Projekte, und vor allem immer wieder gegen die Frauen vom Genarchiv. Da wird dann in den Organen der konservativen Ärzteschaft und der Pharmaindustrie zugeschlagen, und eben nicht nur inhaltlich, sondern existentiell angegriffen: Rieping breitet im Detail aus, auf welchen halblegalen Umwegen die Projekte sich ihre ABM-Stellen, Zuschüsse und Räume beschafft haben usw. Ich lege euch ein paar dieser Elaborate bei.

Ich glaube, ihr habt einen schweren politischen Fehler begangen und solltet das offen eingestehen.

Ludger Weß

Hamburg

Daß der Faschismusvorwurf an Teile der Frauenbewegung (»als Gruppe halten sie soviel von der Durchmischung wie andere von der Durchrassung«) so reibungslos Platz findet in einem Blatt, das sich »ansonsten« so gründlich mit Faschismus auseinandersetzt, ist mehr als bedauerlich. Aber linke Männer geraten wohl zwangsläufig in vehemente Identitätsprobleme, sobald ihre eigene Machtposition angegriffen wird.

L.

Berlin

Es tut mir leid, daß durch meinen Artikel angenommen wurde, ich kritisiere oder diffamiere die Frauenbewegung. Meine Kritik richtet sich an die Rote Zora und, in dem anderen Artikel, gegen die blinde Solidarität, die sie erwartet, fordert und manchmal auch erzwingt. Die ayatollahliken Umgangsformen, mit denen die Rote Zora ihre Kritikerinnen erfreut, habe ich in dem beiliegenden Machwerk dargestellt.

Ausführlichere in Form einer Eidesstattlichen Erklärung mit Beweismitteln liegen zu meiner Sicherheit beim Notar. Ich wünsche mir, daß sie dort in dem Frieden ruhen, den ich noch nicht so bald zu finden hoffe.

Auf weitere Kritik kann ich leider nicht eingehen, weil sie ja ausdrücklich nicht für meinen Röntgenblick gedacht ist. Ich bedaure gerade das tief und innigst. Im übrigen hege ich auch ein überbordendes Interesse für die »ausführlichen persönlichen Stellungnahmen der verantwortlichen RedakteurInnen«, vielleicht mit Beschreibung der braunen Scheiße mit der Ihr Euch im Arsch der RZ gründlich einschmieren werdet.

Herzliches Beileid beim Kriechen.

Aus dem Untergrund Libeth das Ungeheuer

Libeth Rieping

Essen

konkret 04/89, S. 8

Hermann L. Gremliza

Rebmann, Rushdie und andere

Was den Männermut vor Königsthronen angeht, scheint es sich so zu verhalten, daß ein durchschnittlicher deutscher Unterschriftsteller die Gefahr, von Khomeinis Häschern erschlagen zu werden, dem Schrecken vorzuziehen geneigt ist, in einer Liste, die alle prominenten Namen aufführt, den seinen nicht gedruckt zu sehen – und sei es nur »u.a.« hinter Enzensberger, Grass, Lenz, Blüm und Lafontaine, den vielgenannten Herausgebern der deutschen Übersetzung von Salman Rushdies »Satanischen Versen«. Weil es nämlich gesünder ist, vom Ajatollah nicht umgebracht als von der Bürgerpresse wegen Feigheit vor dem Feind hingerichtet zu werden:

Die Feigheit ist unerträglich, mit der die so zivilisierte Menschheit die widerliche Erpressung der shiitischen Mörderbande in Teheran beantwortet hat. Sie läßt sich gefallen, daß der Staatspräsident dieses Mörderstaates. . . das Gottesurteil des greisen Irren Khomeini... die Morddrohung des geifernden Imam... die angemaßte Weltherrschaft des Welthenkers... der zuckende Leichnam des moralisch kranken Staatsgebildes Iran... die Abgesandten des Terrors... die Himmlers dieser Zeit... Gerade wir Deutschen haben Erfahrungen mit diesem Horror. Und immer wieder reagieren wir feige. Können wir nicht einmal in der Weltgeschichte die Speerspitze der Zivilisation sein ? (Kommentar in der Illustrierten »Stern«)

Speerspitze der Zivilisation! Ist das nun Chuzpe oder bloß der K 2 des dummdeutschen Zentralmassivs? Wo wohnt denn die zivilisierte Menschheit? Ist sie nicht Synonym für das weiße Gesindel, das jahrhundertelang den Rest der Welt und bis vor zehn Jahren auch den Iran nach seinen Bedürfnissen zugerichtet hat? Wer anders als die »zivilisierte Menschheit« hat jeden sozialen Aufstand wg. Kommunismus niedergeputscht und den Verzweifelnden nichts gelassen als jenes Opium des Volkes, mit dem schon zu Hause glänzende Erfahrungen gemacht worden waren? Wer anders hat die Iraner zurück in den Aberglauben und zu dessen Guru Khomeini getrieben als Southern Oil und sein Shah? Wer hat sie die modernisierten Speerspitzen, nämlich die Giftgasgranaten, der zivilisierten Menschheit spüren lassen? Waren es nicht dieselben, die über die noch warmen Berge von Leichen in Teheran einschwebten, um den Wiederaufbau-Markt zu begutachten? Fünfhundert Milliarden Mark, sagen sie, soll er hergeben.

Der Bischof von Ghom ist ein Schreckensfürst, dessen Blutdurst beinahe keinen Vergleich zu scheuen braucht und sich nur von der zivilisierten Geschäftsführung des Massenmords noch als fast sittliche Anstrengung abhebt. *Schiitische Mörderbande? Gerade wir Deutschen haben Erfahrungen mit diesem Horror,* weil sich ja an seinen Vertretern auf Erden ein Gott als so satanisch erweist wie jeder andere und insbesondere auch der des Karol Ajawojtollah, dessen bajuwarische Inquisitoren ihre Hexen durch Memmingen treiben, weil Abtreibung, wie einer dieser Kurienmullahs gesagt hat, schlimmer sei als Auschwitz. Und noch führt sie Buch in ihrem Index Librorum Prohibitorum, strengt gegen jedes aufklärerische Wort »Gotteslästerungs«-Prozesse an und verfolgte, wenn man sie ließe, den Deschner nicht anders als Khomeini den Rushdie. Ich weiß nicht, ob Rushdie ein Dichter ist. Wäre er selbst nur ein Konjunkturritter, schmälerte dies nicht sein Verdienst, eine der großen Aberglaubensgemeinschaften und ihre Funktionäre beleidigt und tief verletzt zu haben. Aufklärung tut immer weh. Deshalb – und nicht trotzdem, wie der christliche Weizsäcker den Moslems sozusagen von Sekte zu Sekte versichert – müssen die »Satanischen Verse« gedruckt werden.

Daß es geschehen würde, war keinen Augenblick zweifelhaft. Alle waren ja dafür. Umso erstaunlicher der geradezu atemlose Eifer, mit dem unsere Liberalen sich in die Schlacht stürzten. Was war noch zu gewinnen, nachdem Frau Thatcher und Herr Börsenverein den Feind zurückgeschlagen hatten? Und warum die Mutpose, die den Andreas Hofer mit seinem »Gebt Feuer! Ach, was schießt ihr schlecht« zur bibbernden Memme degradiert? Könnte es sein, daß Khomeinis *widerliche Erpressung* eine günstige Gelegenheit geboten hat, über der Entdeckung des schlechthin Bösen dort, weit hinter der Türkei, die quälenden Zweifel an der Qualität der *zivilisierten Menschheit zu* verdrängen und sich kostengünstig ans einst zu teure Vaterland anzuschließen?

Es gäbe eine Chance, die Unterstellung überzeugend zurückzuweisen. Wie, wenn die liberale Appellfraktion ihren an Khomeini gewonnenen Mut zusammennähme und, nach dem Werk Rushdies, auch das Leben von Christa Eckes, Karl-Heinz Dellwo und der anderen zu retten versuchte? Und sei es nur durch die Unterschrift unter den hier vorgeschlagenen Aufruf, der sich brav staatsbürgerlich an die zuständigen Behörden richtet und diese nur bewegen will, ihre gefangenen Feinde so zu halten, daß sie es überleben. Fairnesshalber sei darauf hingewiesen, daß der Staat, vertreten durch Ajatollah Rebmann, auf die Ankündigung des Hungerstreiks mit einem neuen Verfahren gegen die Gefangenen wegen Betätigung als terroristische Vereinigung reagiert hat, es also nicht auszuschließen ist, daß er seinen schwarzen Pfeil auch auf den Weg zum Autor und zu den Unterstützern dieses Aufrufs senden wird.

Kasten

"Der Staat muß erpreßbar sein!"

Seit Anfang Februar sind die Gefangenen Karl-Heinz Dellwo und Christa Eckes im Hungerstreik. Seit Ende Februar schließen sich alle vierzehn Tage zwei weitere Gefangene »aus RAF und Widerstand« dem Hungerstreik an . Sie alle haben erklärt, daß sie jede Nahrungsaufnahme solange verweigern werden, bis ihre Inhaftierung in Einzel- oder Kleinstgruppenisolation beendet und ihre Zusammenlegung in eine oder zwei Gruppen gewährt werden. Undementierten Meldungen zufolge zweifeln die Strafverfolgungsbehörden nicht an der Entschlossenheit der Gefangenen, ihre Ankündigung wahrzumachen (»Die halten durch bis zum letzten« – »Spiegel« vom 27. 2. 1989). Bleibt der Staat »hart«, wird es Tote geben. Das ist die Lage.

Der Staat, sagen seine Vertreter, dürfe sich nicht erpressen lassen. Tatsächlich geschieht das tagtäglich: Kein Gesetz wird erlassen, keine Anordnung getroffen, ohne daß den interessierten Verbänden zuvor Gelegenheit gegeben wird, ihre Wünsche zu äußern und Sanktionen anzudrohen für den Fall, daß diese ignoriert würden. Täglich, stündlich gibt »der Staat« einem Wunsch, einer Drohung nach, erweist sich als »erpreßbar«.

Mit ihrem Hungerstreik versuchen auch die politischen Gefangenen, den Staat zu erpressen. Ihre Wünsche sind so bescheiden wie ihre Drohungen hilflos: Sie verlangen nicht ihre Freilassung, sondern nur die Herstellung von Haftbedingungen, unter denen sie die in den meisten der Fälle unabsehbare Haftdauer ohne lebensgefährdende Schädigung ihrer psychischen, physischen und geistigen Konstitution überstehen können . Sie setzen nicht Geld ein oder Gewalt, über die sie nicht verfügen, sondern nichts als ihr eigenes nacktes Leben.

Gibt der Staat nicht nach, verlieren Gefangene ihr Leben. Was verlöre der Staat, wenn er nachgäbe? Durch die gemeinsame Unterbringung der Gefangenen in einer oder zwei Haftanstalten entstünde weder größerer Personalbedarf noch wüchse die Fluchtgefahr. Es scheint, als stünde nichts anderes auf dem Spiel als die Befriedigung der Rachegelüste von Strafverfolgern und die Fähigkeit des Staates, wenigstens dort, wo es nichts kostet als das Leben einiger verhaßter, wehrloser Gefangener, eine Souveränität seiner Macht und eine Konsequenz ihrer Ausübung zu demonstrieren, die andere – vom Pharmakonzern bis zum Bundesligafußballverein – ihm im täglichen Umgang nicht gestatten.

Die Gefangenen aus der RAF sind militante Feinde dieses Staates – vielmehr: sie waren es. Lebenslängliche Gefangenschaft reduziert den »Kampf« zur Metapher, zur bloßen, staatlichem Strafanspruch entzogenen Gesinnung. Keiner, auch die hungerstreikenden Gefangenen nicht, bestreitet diesem Staat das Recht, seine Feinde nach seinen Verfassungsnormen abzuurteilen und gefangenzusetzen. Bestritten werden aber muß, daß es einem Staat, dessen Verfassung, welche die Todesstrafe ausschließt, keine Erfindung seiner Beamten, sondern Ergebnis langer und harter historischer Kämpfe ist, erlaubt sein soll, ihm feindlich gesonnene Gefangene so zu behandeln, daß sie dabei zu Tode kommen.

Gegen eine Überführung der Gefangenen in den Normalvollzug haben die Behörden seit mehr als fünfzehn Jahren immer wieder Argumente vorgebracht, denen zwar Humanität, nicht aber Plausibilität abzusprechen war (Kosten, Gefährdung des staatlichen Resozialisierungsziels bei den übrigen Gefangenen). Einzelne Versuche, die dennoch unternommen wurden, sind an den Sicherheitsbedürfnissen der Vollzugsbehörden gescheitert: Die im normalen Vollzug erwünschten sozialen Kontakte wurden bei den politischen Gefangenen stets nur verdächtigt und auf eine Weise erstickt, die den »Normalvollzug« als eine der Varianten jener Isolation erscheinen ließ, gegen den sich der Hungerstreik jetzt richtet. Es ist deshalb die Zusammenlegung der Gefangenen die einzige Forderung, welche der Staat erfüllen kann und, wenn seine Strafverfolger nicht über Leichen gehen wollen, auch muß.

konkret 04/89, S. 10

Verena Krieger; Oliver Tolmein

»Die Koalition wird scheitern«

Aus für die Linken bei den Grünen? Nein, sagt Verena Krieger, die sich deshalb auf der letzten Bundesdelegiertenkonferenz – erfolgreich – um die Position einer Sprecherin des Bundesvorstands beworben und ihr Bundestagsmandat niedergelegt hat. Oliver Tolmein sprach mit ihr über linke Perspektiven und die rosa-grüne Koalition in Westberlin

KONKRET: Wie bewertest du das Ergebnis der Wahlen zu eurem Bundesvorstand: Ist das, wie die Realos behaupten, ihr großer Erfolg oder, wie etliche Linke meinen, ein Signal, daß es innerhalb der Grünen doch noch eine Chance für linke Politik gibt?

Krieger: Die Frage unterstellt, es hätte bisher angemessen repräsentierte linke Positionen in den Grünen gegeben, die zurückgedrängt worden seien. Der letzte Bundesvorstand mit seiner linken Mehrheit spiegelte aber nie die realen Kräfteverhältnisse innerhalb der Partei wieder.

KONKRET: Der jetzige Bundesvorstand spiegelt die realen Verhältnisse in der Partei aber auch nicht wieder, weil in ihm weder die Radikalökologen, noch die Hamburger Ökosozialisten vertreten sind.

Krieger: Das liegt daran, daß Manon Tuckfeld als Vertreterin der Radikalökologen ihre Kandidatur zurückgezogen hat. Die Hamburger haben mich unterstützt. Aber der jetzige Bundesvorstand spiegelt die Kräfteverhältnisse innerhalb der Partei noch aus einem anderen Grund nicht wirklich wieder: Die Linke ist zwar nicht mit ihrem ganzen Spektrum vertreten, aber mit fünf von elf Plätzen eigentlich immer noch überrepräsentiert. Wohingegen die Realos in der Partei selber sicher stärker sind, als ihre drei VertreterInnen im Bundesvorstand denken lassen.

KONKRET: Haben nicht die Ereignisse in Westberlin die bisher verteilten Etiketten »links« oder »Realo« sehr fragwürdig gemacht? In der politischen Praxis ist doch jemand wie der bisher eindeutig als Linker gehandelte Ströbele von einem Realo wie Joschka Fischer kaum mehr zu unterscheiden.

Krieger: Da erweist sich, daß Fundi-Politik oft nichts anderes ist als die andere Seite der Realpolitik: Die verbalradikale Attitüde schlägt in dem Moment leicht um, wo sie machtpolitische Möglichkeiten sieht und einem gewissen Druck der Verhältnisse ausgesetzt ist.

KONKRET: Diese Bundesvorstandswahl hat stattgefunden vor dem Hintergrund heftiger Auseinandersetzungen der verschiedenen linken Strömungen in den Grünen über Sinn und Möglichkeit linker Politik in dieser Partei. Thomas Ebermann hat vorgeschlagen, daß die Linken in den Grünen sich künftig in eine doppelte Loyalität begeben sollten: bei den Grünen bleiben, sich aber auch in außerparlamentarischen linken Zusammenhängen engagieren. Das hat Beachtung gefunden, scheint mir aber nach der Wahl des Bundesvorstandes ziemlich vom Tisch zu sein – so als ob jetzt wieder alles im Lot wäre.

Krieger: Für Linke muß es eine Selbstverständlichkeit sein, sich auf außerparlamentarische Bewegungen zu beziehen bzw. dort engagiert zu sein. Nichts anderes heißt Doppelloyalität. Deswegen verstehe ich nicht, wie man das jetzt als brandneues Konzept in die Debatte werfen kann, nachdem man gerade eine Niederlage in der Partei eingesteckt hat. Die Doppelloyalität quasi als Notlösung in so einer Situation zu erfinden, drückt in Wirklichkeit ein sehr instrumentelles Verhältnis zu den außerparlamentarischen Bewegungen aus. Wer so agiert, für den hat es diese Doppelloyalität lange Zeit nicht gegeben. Für mich ist es Bestandteil eines linken Selbstverständnisses, mit Autonomen, linken GewerkschafterInnen, KBlerInnen oder DKP-Erneuerern die Diskussion zu suchen. Es wird sich dabei aber zeigen, daß z.B. die DKP-Erneuerer oder Gewerkschafter eher den Realo-Flügel unterstützen und nicht die Linken. Und andererseits scheint mir auch ziemlich klar, daß es einen organisatorischen Zusammenschluß, der von den Autonomen zu den DKP-Erneuern reicht, angesichts der enormen grundsätzlichen Differenzen nicht geben wird.

KONKRET: Du hast für den Sprecherinnen-Posten kandidiert, weil du die These von Trampert/Ebermann, es gäbe eine »strukturell rechte Mehrheit« in den Grünen, für falsch hältst. Nun fällt deine Wahl aber mit der Entscheidung der AL für eine Koalition um jeden Preis und mit einer ziemlich staatstragenden Entschließung des Grünen Parteitags zum Hungerstreik zusammen. Zeigt das nicht, daß Trampert/Ebermann an diesem Punkt doch recht haben?

Krieger: Meine Kritik an der These von der »strukturell rechten Mehrheit« begründet sich daraus, daß sie die Illusion beinhaltet, es sei einmal anders gewesen. Das Problem der Linken ist für mich, daß sie aufgrund ihrer Stärke im Bundesvorstand fälschlicherweise gedacht haben, es gäbe eine »strukturell linke Mehrheit« in der Partei. Die Situation, die jetzt entstanden ist, ermöglicht einen realistischen Blick auf die Partei. Was sich daraus für die praktische Politik für neue Möglichkeiten ergeben, müssen wir erstmal ausprobieren.

KONKRET: Also bisher war die Linke im Bundesvorstand überrepräsentiert und hat sich deswegen Illusionen gemacht; jetzt ist der Vorstand eher entsprechend den realen Kräfteverhältnissen besetzt, und deswegen muß man mal gucken, was dabei in der praktischen Politik rauskommt... Das scheint mir ziemlich zweckoptimistisch gedacht. Realistischerweise muß

man doch sehen, daß selbst bei einem links dominierten Bundesvorstand die Partei häufig Realopolitik betrieben hat. Und dieser Trend zum Staatstragenden und Integrativen wird jetzt, wo es kein deutliches Gegengewicht zu den Parlamentsfraktionen mehr gibt, schärfer werden.

Krieger: Ich bin überhaupt nicht zweckoptimistisch. Ich betrachte die Grünen seit ihrer Gründung als ein Bündnis, in dem linke Positionen relevant, aber nur punktuell in der Mehrheit sind. Die Grünen sind eine bürgerliche und keine sozialistische Partei. Es gibt meines Erachtens keine lineare Rechtsentwicklung bei den Grünen – es gibt allerdings eine immer deutlicher artikulierte Forderung, daß es eine solche Entwicklung geben müsse. Es kommt deswegen darauf an zu unterscheiden zwischen dem, was die Realos sagen, wie sie die Partei wollen, und dem tatsächlichen Zustand der Grünen. Auf dem Linkentreffen habe ich die Widersprüchlichkeit der programmatischen Entwicklung der Grünen an den Beispielen des Paragraphen 218 und der Debatte um Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung aufgezeigt: Da gibt es, bei Fortbestehen der Widersprüche in der Partei, insgesamt gesehen keine Rechts-, sondern eher eine Linksentwicklung. Und den stark realpolitisch orientierten Parlamentsfraktionen, die nach außen das Bild der Grünen prägen, läßt sich nur durch eine Stärkung der Partei etwas entgegensetzen: nicht durch die permanente Abgrenzung, sondern durch die Entwicklung eines eigenen Profils über inhaltliche Projekte.

KONKRET: Das hat Christian Schmidt fast wörtlich auch gesagt, als er vor zwei Jahren in den Bundesvorstand gewählt wurde. Ich sehe aber nicht, daß er das realisieren konnte. Wie stellst du dir die Profilierung der Partei gegenüber der Fraktion – und das auch noch aus einer linken Minderheitenposition im Bundesvorstand – praktisch vor?

Krieger: Das kann nur durch Setzung von Schwerpunktthemen, die parteiintern auch eine Zuspitzung der inhaltlichen Positionen ermöglichen, geschehen. Aktuell fallen mir dabei die Gen- und Reproduktionstechniken auf der einen Seite, Antifaschismus auf der anderen Seite ein. Bei den Gen- und Reproduktionstechniken sehe ich deswegen einen Ansatzpunkt, weil hier in den letzten Jahren eine sehr aktive, nicht integrierte Bewegung entstanden ist. Beide Themen bedingen auch eine Diskussion über den gesellschaftspolitischen Rahmen, in dem man sich damit auseinandersetzen will: Lassen wir uns in den »Konsens der Demokraten« einbinden oder wollen wir gesellschaftlichen Widerstand vorantreiben. Im übrigen sehe ich auch die Aktivitäten des letzten Bundesvorstandes positiver: Der Perspektivenkongreß war ein ganz wichtiger Ansatz für die Partei, dessen mögliche Folgen dann aber durch die Finanzgeschichten überschattet wurden, die dem Vorstand kaum mehr Raum gelassen haben, selber zu agieren.

KONKRET: Aber dieser »Finanzskandal« war inszeniert und kann immer wieder inszeniert werden. Das ist doch die Realität, der du dich als Linke in dieser Partei, die zu großen Teilen ein Spielball der veröffentlichten Meinung ist, stellen mußt.

Krieger: Das stimmt. Nur: Die Erkenntnis, es gibt böse Menschen innerhalb und außerhalb der Partei, reicht mir nicht aus, um zu sagen, in den Grünen läßt sich keine linke Politik machen.

KONKRET: In deiner Bewerbungsrede auf der Bundesdelegiertenkonferenz hast du dich strikt gegen eine Koalition in Westberlin ausgesprochen und für eine Tolerierung optiert. Wo siehst du, bezogen auf die konkrete Situation dort, den Unterschied zwischen den beiden Modellen, abgesehen davon, daß die AL bei einer Tolerierung noch nicht einmal SenatorInnen-Posten bekommen hätte?

Krieger: Wenn du sagst »noch nicht mal SenatorInnen-Posten«, tust du ja so, als ob die Posten schon ein Surplus seien – und damit hast du dich schon auf die Logik der KoalitionsbefürworterInnen eingelassen.

KONKRET: Materiell ist das natürlich mehr als gar nichts.

Krieger: Politisch aber nicht. In der AL wird leider so diskutiert, als sei die Frage, welche Bündnisform gewählt wird – Koalition oder Tolerierung – , abhängig von der Anzahl der durchgesetzten Forderungen. Für mich ist die viel wichtigere Frage, in welche gesellschaftliche Rolle sich die Grünen begeben, welche Spielräume sie darin haben oder schaffen können. Außerdem braucht eine rot-grüne Koalition eine gesellschaftliche Basis, die die Durchsetzung von Reformpolitik ermöglicht, und nicht nur eine parlamentarische Mehrheit, die eventuell sogar die gesellschaftliche Möglichkeit für eine Reformpolitik zerstören kann. Wenn sechzig Prozent der Westberliner für Neuwahlen sind und noch nicht einmal vierzig Prozent für eine rot-grüne Koalition, sind die Voraussetzungen für diese Koalition so, daß sie nur scheitern kann. Eine Tolerierung hat den Vorteil, daß das inhaltliche Profil beider Parteien – SPD und AL – nach außen deutlich bleibt, und nur das ermöglicht SPD und AL, ihre jeweilige Klientel zu halten und von ihr unterstützt zu werden. Nur so kann mittel- oder langfristig auch eine gesellschaftliche Mehrheit erreicht werden, und erst dann wird eine tatsächliche Reformpolitik möglich sein.

KONKRET Mir leuchtet das auf Berlin bezogen aber wenig ein: Harald Wolf z.B. hat ja trotz seiner Tolerierungsoption den Essentialkatalog, in dem das staatliche Gewaltmonopol und die Bindungswirkung von Bundesgesetzen für Westberlin anerkannt werden, mit ausgehandelt. Die Tolerierung hätte also vielleicht die Loyalität gegenüber der SPD, nicht aber die Loyalität gegenüber dem Staat verhindert.

Krieger Dieses Essential-Papier finde ich auch nicht tragbar. Wobei ich noch schlimmer als die Tatsache, daß der AL-Delegiertenrat diesen Katalog als Kröte geschluckt hat, finde, daß Leute wie Antje Vollmer oder Otto Schily diese von der SPD diktierten Essentials tatsächlich für richtig halten.

KONKRET Aber die Ablehnung des Essential-Papiers hätte bedeutet, daß es auch zu einer Tolerierung nicht gekommen wäre.

Krieger Das Risiko hätte man eingehen müssen. Wenngleich ich weiß, daß es einfach ist, sowas aus der Ferne festzustellen. Die Erfahrung bei den Grünen zeigt, daß auch die schärfsten KoalitionsgegnerInnen unter einem gewissen Druck anfangen, Koalitionen anzubieten: so geschehen zuletzt in Schleswig-Holstein – wobei das die dortigen Linken nicht hindert, jetzt die AL scharf wegen ihrer Koalitionspolitik zu kritisieren.

KONKRET Gerade der verbreitete Opportunismus und die Prinzipienlosigkeit in der Partei müßten dir doch zu denken geben: Wie willst du denn mit Leuten Politik machen, die sich in dem Moment, wo attraktive Ministerposten geboten und ein bestimmter öffentlicher Druck ausgeübt werden, von ihren bisherigen Positionen Hals über Kopf verabschieden?

Krieger Du hast eine sehr protestantische Vorstellung von Gewissensfestigkeit. Die Frage, um die es uns gehen muß, ist doch nicht die einer abstrakten Prinzipientreue, sondern die: Wie stärken wir außerparlamentarischen Widerstand, schaffen maximalen gesellschaftlichen Druck für unsere Ziele, wie steuern wir dem permanenten Integrationsdruck in dieser Gesellschaft entgegen. Das erreicht man nicht dadurch, daß man alle Linken, die in Berlin über Nacht zu KoalitionsbefürworterInnen geworden sind, als VerräterInnen abschreibt. Außerdem betrifft dieses Problem nicht nur die Grünen als Partei. Auch die sozialen Bewegungen, auf die sie sich stützen, haben in vergleichbarer Weise reagiert.

KONKRET Aber die parteiförmige Organisierung und die Vertretung in den Parlamenten machen die Folgen dieser durchaus auch in sozialen Bewegungen zu erkennenden Verhaltensweisen bei den Grünen folgenschwerer: Sie lassen sich nicht nur punktuell integrieren, sondern tendieren generell zur Integration in den Staat.

Krieger Das ist für mich wirklich eine Frage: ob es einen qualitativen Unterschied zwischen der Einbindung von Projekten in Staatshaushalte und der Beteiligung von Grünen an ihrer Verabschiedung gibt.

KONKRET Womit wir wieder bei Westberlin wären. Was siehst du denn dort für Perspektiven?

Krieger Die AL hat eine Situation wesentlich mit herbeigeführt – z.B. durch ihr »supertaktisches« Koalitionsangebot vor der Wahl – in der sie nur noch koalieren kann. Diese Koalition, da bin ich mir fast hundertprozentig sicher, wird scheitern: erstens aufgrund der inneren Widersprüche, die nicht thematisiert wurden – was passiert, wenn die ersten militanteren Aktionen stattfinden? Zum zweiten aber aufgrund der fehlenden gesellschaftlichen Mehrheit. Das Problem fängt für die AL dann an, wenn Momper die Koalition platzen läßt und der AL dafür – Stichwort: Regierungsunfähigkeit – die Schuld in die Schuhe geschoben wird. Für die Linke bleibt in dieser Situation keine andere Möglichkeit, als schon jetzt für den Crash der Koalition eine rationale Auswertung vorzubereiten, um einen kollektiven Lernprozeß zu organisieren. Es darf nicht laufen wie in Hessen, wo die Manager der Koalition sich das Monopol auf die Interpretation ihres Endes gesichert haben.

KONKRET Du hast für dich persönlich eine Entscheidung getroffen und die parlamentarische zugunsten der Parteiarbeit aufgegeben. Das heißt ja auch, daß du dich aus dem Bereich, der von dir verlangt, Verantwortung für die Staatsgeschäfte zu tragen, rausgezogen hast, um deine Kräfte in die eher oppositionelle Partei zu stecken. Deswegen wundert es mich, daß du zwar gegen eine Koalition, aber für eine Tolerierung in Westberlin optiert hast – und damit doch wieder für »Verantwortung tragen«, statt zu sagen: In so einer Situation, bei so einer SPD, wie sie in Westberlin ist, besteht keine Möglichkeit, einen grundsätzlich anderen politischen Kurs auch nur einzuschlagen – deshalb bleibt uns nur die Opposition.

Krieger Das finde ich politisch deswegen nicht richtig, weil das abwarten hieße, bis die SPD irgendwann einmal eine andere ist. Und ich gehe nicht davon aus, daß die SPD sich ändert, ohne daß es ein bestimmtes Spannungsverhältnis zu Grünen bzw. AL und entsprechenden außerparlamentarischen Druck gibt. Die Feststellung von Siggi Frieß und Dieter Liehmann, daß der Dissens zwischen SPD und AL 90 Prozent beträgt, ist meines Erachtens richtig. Aber ich ziehe daraus nicht die Konsequenz, das Spannungsverhältnis zur Sozialdemokratie aufzulösen, sondern zu versuchen, die ewige grüne Illusionsmacherei über das, was mit der SPD möglich ist, zu beenden.

KONKRET Das klingt schön realistisch und wird in Westberlin ja auch von etlichen Leuten vertreten. Tatsächlich scheint es mir eher ziemlich genügsam als besonders klug zu sein, festzustellen, mit der SPD gehe halt nur SPD-Politik, wichtig sei nur, daß wir das auch offen zugeben. Für mich bleibt da eine wesentliche Frage offen: Einerseits stellst du fest, es geht eben nur wenig mit der SPD, aber die Zusammenarbeit ist halt das kleinere Übel, zum anderen sagst du, in der Opposition zu bleiben mache wenig Sinn, weil sich die SPD nicht automatisch ändert – was ist denn aber bei diesem genügsamen Tolerierungskonzept der Faktor, der eine Veränderung der SPD ermöglichen soll?

Krieger Mein Ziel ist es, die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß in so einem Bündnis Reformpolitik möglich ist. Was in rot-grünen Bündnissen bisher passiert ist, verdient den Namen Reformpolitik noch lange nicht. In Berlin wurden lediglich

kleinste Verbesserungen ausgehandelt. Echte gesellschaftspolitische Reformen kommen, wie Trampert und Ebermann in KONKRET ausgeführt haben, nur als Folge massiven außerparlamentarischen Drucks zustande, und je größer dieser Druck ist, desto eher besteht für die Grünen auch die Möglichkeit zu einer gesellschaftlich vermittelbaren Bruchbereitschaft.

KONKRET Aber auch Reformpolitik, die eine andere Qualität als die bisherige rot-grüne Politik hat, förderst du auf parlamentarischer Ebene doch nicht dadurch, daß du feststellst, mit der SPD ist nur SPD-Politik mit grünen Einsprengseln zu machen, und für uns kommt es darauf an, das ohne Illusionen zu erkennen und dann trotzdem mitzumachen. Das ändert die Verhältnisse genausowenig, wie wenn du sagst, wir wissen, wir erreichen nichts, tun aber nach außen so, als ob wir wunder was in Bewegung gesetzt hätten.

Krieger So ein realistisches Tolerierungskonzept wäre ein allererster Schritt für die Grünen, sich von ihrem permanenten Selbstbetrug zu verabschieden. Sicher bewirkt das allein noch keine Reformpolitik – aber es schafft die Voraussetzung dafür. Voluntaristische Durchhalteparolen verändern die Realität leider noch lange nicht.

KONKRET Das ist mir zu formal. Am Beispiel Westberlin: Mir hätte eingeleuchtet, wenn die AL nach der Wahl den Einzug der »Republikaner« ins Abgeordnetenhaus zum Anlaß genommen hätte, um zu sagen: Das ist das verheerende Ergebnis dieser Wahl, zu erwarten ist ein weiterer Rechtsrutsch der CDU und das weitere Anwachsen von Ausländerfeindlichkeit und Neonazismus, deswegen kommt es für uns darauf an, jetzt eine möglichst effektive antirassistische und antifaschistische Politik zu machen. Und dann, nach dieser Festlegung, hätte überlegt werden können: Was sind die besten Möglichkeiten, das zu erreichen? Diese Debatte ist aber nie geführt worden. Stattdessen hat die AL nach der Wahl erstmal sehr erfreut den eigenen Stimmenzuwachs und geradezu euphorisch die Möglichkeit einer rot-grünen Koalition zur Kenntnis genommen und alle Energien konzentriert, um eine, lange Zeit überhaupt nicht inhaltlich gefüllte, Zusammenarbeit mit der SPD zu organisieren.

Krieger Gerade der Wahlerfolg der »Republikaner« hat bewirkt, daß linke AL-Mitglieder ein rot-grünes Bündnis als eine Art antifaschistischen Schutzwall angesehen und sich damit praktisch selbst auf die Koalitionsoption festgelegt haben. Allerdings sind gerade im Ausländerbereich die meisten und erheblichsten Zugeständnisse seitens der SPD erreicht worden.

KONKRET Zugeständnisse, die durch die bevorstehende Novelle des Ausländergesetzes, die dem Essentialkatalog zufolge auch für Westberlin gelten wird, zumindest teilweise wieder zunichte gemacht werden können.

Krieger Man darf nicht den Fehler machen, nur zu sehen, was man bei einer Tolerierungspolitik auch für Sauereien unterstützen muß, sondern es kommt darauf an, auch die Relation zu dem zu berücksichtigen, was von einem CDU-Senat gemacht würde. Und wenn man sich geweigert hätte, einen SPD-Senat zu dulden, wäre man auch ein Stück weit dafür verantwortlich gewesen, daß dann Diepgen weiterregiert hätte. Für die Menschen in Westberlin – insbesondere für die Klientel eines rot-grünen Bündnisses – scheint es ein gewaltiger Unterschied, ob ein CDU- oder ein SPD-Senat regiert. Natürlich gibt es diesen Unterschied auch real, aber er ist sehr viel kleiner, als die Leute glauben. Unsere Aufgabe muß es sein, das den Leuten klar zu machen, indem wir den Nachweis dafür antreten. Das geht nur dadurch, daß die Grünen in ihrer Parlamentsarbeit permanent vorführen, wieweit die SPD bereit ist, fortschrittliche Politik mitzutragen. Ich bin also dafür, das kleinere Übel zu dulden, ohne aber zu behaupten, daß dadurch schon wesentliche Reformen möglich werden.

KONKRET Wenn du sagst, um einen CDU-Senat zu verhindern, müssen wir auf jeden Fall einen SPD-Senat unterstützen, verzichtest du damit auf jeden Druck auf die SPD und machst die Organisierung eines gesellschaftlichen Druckes auf die SPD tendenziell unmöglich. Zudem wird damit auch verkannt, daß in etlichen Bereichen, beispielsweise der Wirtschafts-, aber auch der Inneren Sicherheits-Politik, die SPD sich in der Regierungsverantwortung erheblich an die CDU-Politik annähert, das kleinere Übel also immer noch zu groß ist, um akzeptabel zu sein.

Krieger Aber du kannst keinen Deut mehr politischen Druck ausüben, wenn du dich weigerst, einen SPD-Senat zu unterstützen – im Gegenteil: Dann gerätst du selber unter Druck, weil dir z.B. die Sozialhilfeempfänger aufs Dach steigen.

KONKRET Die Erfahrungen zeigen, daß auch bei der Tolerierung diese Entscheidungsfreiheit ihre Grenzen hat, weil man ja auch als tolerierende Partei in die Regierung eingebunden ist – und sei es nur dadurch, daß die CDU eine Kampagne gegen die SPD entfacht, weil die sich von einer gegen den IWF mobilisierenden Partei tolerieren läßt.

Krieger Deswegen muß man so ein Bündnis unter Wahrung einer größtmöglichen Distanz der beiden Parteien durchführen – das war in Hessen überhaupt nicht der Fall. Es müßten neue Tolerierungskonzepte ausprobiert werden. In Westberlin ist diese Chance vertan worden.

konkret 04/89, S. 14

Georg Fülberth

Der 4. August der Al

»Diese Angst: wirst Du auch nicht zum Halunken an Dir selbst und Deiner Sache – darfst Du auch so fühlen, wie es Dir ums Herz ist? Bis dann . . . plötzlich die furchtbare Spannung sich löste, bis man wagte, das zu sein, was man doch war – allen erstarrten Prinzipien zum Trotz – zum ersten Male ... aus vollem Herzen, mit gutem Gewissen und ohne jede Angst, dadurch zum Verräter zu werden, einstimmen durfte in den brausenden Sturmgesang: Deutschland, Deutschland über alles!«

Der deutsche Jüngling, welcher hier schildert, wie er sich einst erstmals unter die Bettdecke griff, war der sozialdemokratische Redakteur Konrad Haenisch. Im Kaiserreich gehörte er lange zu den härtesten Radikalen in seiner Partei, man mußte ihn zuweilen sogar als ultralinks bezeichnen. Als aber die deutsche Sozialdemokratie am 4. August 1914 den Kriegskrediten zustimmte, packte auch ihn das »Augusterlebnis«. Er entdeckte längst vorhandene Gefühle in sich, die er aber nun nicht mehr vor sich selber zu verbergen brauchte. Sein Radikalismus war ein Radikalismus aus Mangel an Gelegenheit gewesen.

Ähnlich erging es wohl der Alternativen Liste in Westberlin, als sie der Koalition mit der SPD zustimmte. Allerdings fühlte sie sich nicht mehr vom Vaterland gerufen, sondern vom Wohnungsbau.

Alles, was wirklich sei, so wird kolportiert, sei auch vernünftig. Beide, Haenisch wie der AL-Chefunterhändler Ströbele, verhielten sich tatsächlich vernünftig im Sinne des kapitalistisch Wirklichen, und sie durften sich gar auf Volkes Stimme berufen.

Es wird ja wohl dies alles nicht nur schaden, und etwas besser als der alte Senat wird der neue vielleicht schon werden . Es gibt eine Umweltkarte und ein Frauen-Nacht-Taxi sowie getrennte Einsammlung des Mülls. Der Verfassungsschutz soll sich, so liest man, stärker als bisher auf Spionageabwehr, Terrorismusbekämpfung und die Beobachtung des Extremismus beschränken. Er wird also nicht mehr die »tageszeitung« aushorchen, wohl aber nach wie vor die SEW. Die Wirtschaftspolitik wird nicht geändert, und die Polizeistärke bleibt. Sozialwohnungen werden gebaut, allerdings zu wenige, und Ausländer bekommen nach fünf Jahren das kommunale Wahlrecht.

In zehn Jahren wird auch ein CDU-geführter Senat derlei machen, aber wenn es heute schon geschehen soll, dann muß eine rosa-grüne Koalition her.

Die Entscheidung der Alternativen Liste mag man opportunistisch nennen, wenn man sie an ihren radikalen Sprüchen von früher mißt. Wer aber damals, als sie eine völlig neue Politik jenseits von Industrialismus, Patriarchat und gar Kapitalismus forderte, weghörte, weil er (oder sie) das dieser Truppe ohnehin niemals abnahm, der wird ihr jetzt freundlich zunicken. Denn die Alternative Liste in Westberlin – wie demnächst wohl auch die GAL in Hamburg – wagt endlich zu scheinen, was sie in den vergangenen Jahren zunehmend mehr wurde. In Westberliner Bezirksämtern sowie in Magistraten der BRD haben sich Grüne als sensible und kompetente Vorkämpfer von Block-Heizkraftwerken selbstverwirklicht, nichts verändert, aber doch manches genützt, und es ist gar nicht einzusehen, weshalb sie das jetzt nicht auch in größerem Maßstab tun sollten. Da viele von ihnen Intellektuelle sind, werden sie eine strategische Erklärung anbieten, nämlich: die Summe aller kleinen Schritte werde dann doch jenen qualitativen Umschlag ergeben, welchen sie einst proklamierten. Doch es lohnt sich nicht, mit ihnen darüber zu streiten. Das ist ihr Quatsch, an den sie glauben müssen.

Opportunismus trägt immer seinen Sinn in sich selbst. Seine Stärke in relativen gesellschaftlichen Ruheperioden ist die Evidenz. Erklärungsbedürftig ist allerdings die Radikalität von gestern. Sie fand sich nicht nur bei AL und GAL, sondern sogar bei den hessischen Grünen 1982: die gingen damals fundamentalistisch in den Landtags-Wahlkampf und malten den Börner als Hitler. Wo kam das eigentlich her?

Anfang der sechziger Jahre entdeckte das westdeutsche Herrenvolk die Gefahr, daß es am Ende die Wonnen seiner privilegierten Stellung innerhalb des Systems internationaler sozioökonomischer Übervorteilung nicht mehr ungefährdet werde genießen können. Die Raketen, welche gegen die Habenichtse im Osten aufgestellt worden waren, drohten nach hinten loszugehen. Eine Panik brach aus. Im Lichte des vorweggenommenen Atom-Blitzes wurden einige Wirklichkeiten des Gesellschaftssystems, welches man bislang eher als angenehm empfunden hatte, grell wahrgenommen. Aufzehrung der Naturressourcen, notwendig, damit die oben weiter konnten und die unten immer noch wollten (der Kuchen mußte deshalb immer größer gemacht werden): das galt als Industrialismus. Die Einsicht, daß dieser sich die noch ältere Männerherrschaft anverwandelt hatte, blieb jetzt nicht mehr auf feministische Zeitschriften beschränkt, sondern breitete sich bis in die evangelischen Frauenschaften aus. Die Situation erschien hoffnungslos, die Katastrophe unmittelbar bevorstehend, eine radikale Lösung dringend geboten.

Sie blieb aber aus und erübrigte sich sogar, nämlich für das Herrenvolk. Denn das industrialistisch-patriarchalische System (meinethalben auch Kapitalismus) vermochte seine Militärpolitik so erfolgreich zu gestalten, daß es die Mittelstrecken-Raketen, die sich implizit auch gegen seine privilegierten Zonen richteten, wieder abbauen konnte. Die Zerstörung der Biosphäre wird zwar nicht aufgehalten, aber regional verteilt und in den Zentren vielleicht verlangsamt. Soweit hierfür Sofortmaßnahmen nötig werden, sind die Mittel zu benutzen, welche aufgrund bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse eben vorhanden sind, nämlich die marktwirtschaftlichen. Das Patriarchat wird nicht abgeschafft, aber es gibt den neuen Beruf der Frauen-Gleichstellungs-Stellen-Leiterin.

War die radikale Sicht von anno 1982 also nur eine zeitweilige Wahrnehmungs-Verzerrung?

Nein. In scheinbaren oder tatsächlichen Engpässen kapitalistischer Entwicklung werden Grundstrukturen des Gesellschaftssystems sichtbar, die später, wenn der Weg erneut breiter wird, zumindest in ihrem Massenaspekt wieder in Vergessenheit geraten, zumal sie dann kaum noch (oder doch nur sehr schwer) in unmittelbare Politik umzusetzen sind. Die Innenausstattung kapitalistischer Metropolen wird durch die rosa-grünen Bündnisse komfortabler, die Zahl der Nutznießerinnen und Nutznießer ein klein wenig höher (dennoch nicht zu vergleichen mit dem Georg-Leber-Effekt der fünfziger und sechziger Jahre), die zerstörerische Dynamik des somit wieder flexibleren Gesamtsystems allerdings letztlich größer, denn diese setzt sich linear fort, solange sie nicht gebrochen wird.

Natürlich wird es jetzt auch wieder ideologische Verheerungen geben. Wenn nicht alles täuscht, stehen wir vor einem Jahrzehnt der rosa-grünen Besoffenheit. Bis 1990, wenn der große Griff gewagt werden soll, werden die Senate und Magistrate aus SPD und Grünen sich alle möglichen Erfolgsmeldungen in die Tasche lügen müssen. Klappt es bei der nächsten Bundestagswahl, muß sich die Euphorie zunächst zur offenen Pathologie steigern (vergleichbar den »Willy«-Rufen von 1972). Geht es noch einmal daneben, wird die Wirkung des Hoffnungsfusels bis 1994 gestreckt, und glückt es dann, so geht es bis zum Ende des Jahrhunderts erst richtig los. (Kleiner Trost: Es handelt sich um eine Prognose, und diese treffen selten zu.)

Das, was sich in der Bundesrepublik als links bezeichnet, wird also auf Jahre hinaus mit Scheinproblemen beschäftigt sein. Der Ablenkungs-Effekt muß um so gründlicher ausfallen, je länger die enttäuschten Fundis, phänomenologisch zutreffend, aber für die Katz, die gespreizte Lächerlichkeit der Schily, Cohn-Bendit und Fischer geißeln.

Die genuine Linke, klein, zersplittert, auch nicht sehr schlau, hat also viel Arbeit, wenn sie sich erst einmal klar darüber geworden ist, daß sie mit dem Wechselspiel von Fundamentalismus und Opportunismus, also mit dem ganzen grünen Kram, eigentlich nie etwas hätte zu tun haben dürfen.

konkret 04/89, S. 15

Oliver Tolmein

»Da haben alle mitgezogen«

Ein nachträglich veränderter Aktenvermerk, das Verschwinden eines Kontrollzettels, Widersprüche zwischen ZeugInnenaussagen und der Anklageschrift: Nach acht Verhandlungstagen im Prozeß gegen Ingrid Strobl ist die Bundesanwaltschaft in Beweisnot geraten

Am Morgen des achten Prozeßtages gegen Ingrid Strobl überrascht der Vorsitzende Richter des Staatsschutzsenats in Düsseldorf das Publikum: »Ich bin selbst seit vielen Jahren im Besitz eines Weckers der Marke Emes-Sonochron«. Jovial lächelnd zieht Klaus Arend die giftgrüne Kleinigkeit aus der Tasche und bittet die Verfahrensbeteiligten zu sich, um ihnen zu demonstrieren, wie man den Wecker aufzieht, stellt und wie laut er bei Bedarf piepen kann – eine Prozedur, die sich über mehrere Minuten zieht: »Die lassen sich sonst wohl von ihren Ehefrauen wecken«, raunt eine Frau im ZuhörerInnensaal ihrer Nachbarin zu. Arend, der sonst bei Gelächter oder Unmutsäußerungen aus dem Publikum stets »Da hau ich aber gleich dazwischen!« in den Saal brüllt und gleich am ersten Verhandlungstag kurzentschlossen die Räumung angeordnet hatte, strahlt jetzt, als das Geflüster hinter der Barriere im kleinen Gerichtssaal lauter wird: Ihm ist ein kleiner Coup gelungen, seine vier Beisitzer bewundern ihn. Gutgelaunt gibt Arend sich diesen Mittwoch mal ganz als Mensch: Sogar die Rosen, die der Angeklagten von den etwa sechzig Frauen an diesem Internationalen Frauentag mitgebracht worden sind, dürfen, dazu bedarf es einer Sondergenehmigung, in Wasser gestellt werden.

»Das Weckerprogramm« ist das Thema der vierten und fünften Prozeßwoche: Die BKA-Beamten, die es ausgetüftelt haben, werden als Zeugen vernommen, MitarbeiterInnen von Uhren-Wempe in Köln, wo Ingrid Strobl den Emes-Wecker für einen ungenannten Freund, sie nennt ihn »Mister X.«, gekauft hat, sind geladen, und auch ein Angestellter der in Villingen-Schwenningen ansässigen Firma hat sich auf den weiten Weg nach Düsseldorf gemacht. Diese ZeugInnen-Vernehmungen sind für den Ausgang des Verfahrens wesentlich – schließlich ist der Kauf des Weckers, der anschließend von den Revolutionären Zellen bei einem Sprengstoffanschlag auf das Gebäude der Deutschen Lufthansa AG verwendet worden sein soll, das einzige Indiz für Ingrid Strobls angebliche »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung«, das die Bundesanwaltschaft in ihrer Anklageschrift aufführen konnte (KONKRET 3/88 und 6/88). Was dann stundenlang und ermüdend von Rolf Dieter Finkler, einem Kriminalhauptkommissar im BKA, geschildert wird, sagt allerdings vor allem etwas über Denunziantentum und dumpfe Obrigkeitshörigkeit in diesem Land aus.

1983 stellten die BKA-FahnderInnen fest, daß bei Brand- und Sprengstoffanschlägen der »Revolutionären Zellen« häufig der mechanische Reisewecker Emes-Sonochron als Zündzeitverzögerer verwendet worden war. Kurz darauf wurde mit der Herstellerfirma ein Vertrag geschlossen: Das BKA konnte danach die Ziffernblätter der noch zu bauenden Wecker nummerieren. Anschließend wurden 1400 nordrheinwestfälische Uhrengeschäfte besucht, um festzustellen, wo Emes-Sonochron-Wecker verkauft wurden. Die achtzig Geschäfte, die den Wecker im Sortiment hatten, forderte das BKA zur Zusammenarbeit auf: »Die haben alle mitgezogen« . Von diesen achtzig wurden dann dreißig aufgrund ihrer Größe und scheinbaren Anonymität besonders geeignet erscheinende Geschäfte direkt in die Fahndungsarbeit einbezogen. In den anderen Geschäften wurden von den BKA-Beamten sämtliche Wecker aufgekauft und aus dem Verkehr gezogen. Nach den GeschäftsinhaberInnen wurde in diesen dreißig Läden das gesamte Personal in die Anti-Terrorismus-Aktion eingeweiht und zur Mitarbeit verpflichtet: WeckerkäuferInnen sollten per hauseigener Überwachungsanlage aufgenommen, Personenbeschreibungen und bemerkenswerte Verhaltensweisen sowie die Nummer des verkauften Emes-Weckers notiert und dem BKA mitgeteilt werden. Die Wiesbadener Kommissare waren seit 1985, nachdem diese umfangreichen Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen waren, ständig zu Gast in den entsprechenden Verkaufsstellen – und sie konnten befriedigt registrieren, »daß das Programm lief«. Die in den siebziger Jahren spektakulär mithilfe von Fahndungsplakaten, Artikelserien und Flugblättern massenhaft mobilisierte Blockwartmentalität wird eben heutzutage gezielter, leiser und sehr viel wirkungsvoller eingesetzt. Ein Verdachtsmoment, ein diskret auf die Staatsinteressen hinweisender BKA-Beamter genügen, und hundert UhrenverkäuferInnen funktionieren perfekt als Teil der Überwachungsmaschinerie.

Wenige Verhandlungstage zuvor hatten andere BKA-Beamte über die nicht weniger reibungslose Zusammenarbeit mit Postdienststellen berichtet, die, wenn es um das Abfangen, Aussortieren und Umadressieren von »terroristischem« Schriftgut geht, den FahnderInnen wertvolle Dienste leisten. Ironischerweise hat im Verlauf der umfangreichen Überwachungsmaßnahmen (zu denen beispielsweise auch die Registrierung sämtlicher BezieherInnen einer Broschüre über die Geschichte der RZ 1985 zählt), die gegen angebliche RZ-Mitglieder und mutmaßliche SympathisantInnen seit 1984 ergriffen wurden, einzig die Freundin eines Beamten der Kölner politischen Polizei Zivilcourage bewiesen und durch eine Warnung an die »Emma«-Redaktion, daß Ingrid Strobls Telefon abgehört werde, die Überwachungsmaschinerie zum Knirschen gebracht.

So bedenkenlos hilfswillig dem Bundeskriminalamt Weckerhersteller und -Verkaufsfilialen zu Diensten waren, so reibungslos sich ein den gesamten Rhein-Ruhr-Raum überziehendes Überwachungsnetz knüpfen ließ, so eigentümlich schludrig und vom Pech verfolgt scheinen die RZ-FahnderInnen den Vernehmungen zufolge anschließend gewesen zu sein.

Anderthalb Tage lang mußten sie, nach dem Anschlag der RZ am 28. Oktober 1986, »im Schulterschluß auf den Knien im Gras« suchen, um das nummerierte Wecker-Ziffernblatt zu finden. Die Frau, die diesen Wecker verkauft hatte, wurde erst über ein Jahr später, am 28. Januar 1988, ordnungsgemäß zeugenschaftlich vernommen. Von ihren Aussagen, in der Anklageschrift noch als wichtige Indizien gegen Ingrid Strobl aufgelistet, blieb vor Gericht wenig übrig. Die Frau mit der Lederjacke habe sich nur für die Marke, nicht aber für eine Erklärung der Funktionsweise und für die Farbe des Weckers interessiert. Außerdem habe sie geäußert, sie wolle den Wecker als Geschenk »für meinen Mann«, führt die Anklageschrift an und deutet das als »konspiratives Verhalten«. Denn: Verheiratet sei Frau Strobl nicht, und wer einen Wecker verschenken wolle, interessiere sich für dessen Farbe. Vielleicht habe Frau Strobl auch gesagt, der Wecker sei »für einen Mann« – die Verkäuferin konnte sich am achten Verhandlungstag auch nicht mehr genau daran erinnern, ob Ingrid Strobl nicht doch gezielt einen schwarzen Wecker ausgesucht hatte: »Es war halt ein ganz normales Verkaufsgespräch« .

Ähnlich vage wirken auf mehrfaches Nachfragen der Verteidigung auch die Aussagen des BKA-Beamten Finkler. Es geht vor allem um die »Gegenkontrollen«: Wie präzise hat das BKA kontrolliert, daß beim Verkauf eines Weckers auch die richtige Ziffernblattnummer aufgeschrieben und Verwechslungen ausgeschlossen wurden? Ein eigens zu Kontrollzwecken angefertigter, mit den jeweiligen Ziffernblattnummern versehener Aufkleber ist ausgerechnet bei dem angeblich von Ingrid Strobl gekauften Wecker mit der Nummer 6547, und nur bei diesem, verloren gegangen. Finkler verweist auf einen handgeschriebenen Zettel, der die Nummer des an Frau Strobl verkauften Weckers festhalte, und erinnert an einen Aktenvermerk, der besagt, daß ständig Gegenkontrollen stattgefunden hätten. Nur ausgerechnet dieser Satz, der letzte des entsprechenden Schriftstücks, ist mit einer anderen Schreibmaschine geschrieben und offensichtlich nachträglich, nachdem nämlich seitens der Verteidigung beim Haftprüfungstermin auf das Fehlen solcher Gegenkontrollen hingewiesen worden war, angefügt worden.

Während die ZeugInnen vernommen werden, kauen die Bundesanwälte, gelangweilt in ihre Ledersessel zurückgelehnt, auf ihren Kugelschreibern. Ihre Anwesenheit ist in diesem Prozeß überflüssig: Der Vorsitzende Richter hat die Rolle des Staatsanwalts schon lange mitübernommen. Die auffälligen Ermittlungslücken, die Widersprüche zwischen ZeugInnenaussagen und Anklageschrift, die von der Verteidigung aufgedeckt werden, interessieren Arend nur am Rande. Daß er, wenn sich nur irgendeine Möglichkeit bietet, verurteilen will, hat er im Vorfeld der Prozeßeröffnung, aber auch schon in früheren Staatsschutzverfahren deutlich gemacht.

Arend ist der erste Richter in der Bundesrepublik, der, keine zwei Jahre ist es her, Buchhändler wegen »Werbung für eine terroristische Vereinigung« zu Haftstrafen verurteilt hat: Als »Beweis« dafür, daß sie die Zeitschrift »radikal« Nr. 132 verkauft hätten, reichten ihm ein paar dürftige Indizien, die in anderen Bundesländern noch nicht einmal zur Anklageerhebung geführt hatten. In diesem Jahr hat sich Arend im Verfahren gegen vier Duisburger Angeklagte, die er als Mitglieder der Bundesanwaltschaftserfindung »legale RAF« zu jahrelangen Haftstrafen verurteilte, hervorgetan: »Dieser Fall 'Kämpfende Einheit Gallende'«, formulierte die »Frankfurter Allgemeine« zur Prozeßeröffnung ihre Erwartungen an den Ausgang der Verhandlung, »ist für die Bundesanwaltschaft ein neues Verfahren in der sich wandelnden Terrorismusszene. Sie will nachweisen, daß die 'Kämpfenden Einheiten', die man aus zahlreichen Sprengstoffanschlägen der letzten Jahre kennt, direkte Untergruppierungen der RAF sind. Wenn es der Bundesanwaltschaft gelingen würde, in diesem Prozeß ein Urteil herbeizuführen, in dem diese 'illegalen Militanten' als Gruppen innerhalb der RAF definiert würden, dann wären Terroristen in diesen Tatbereichen künftig auch von vornherein als 'terroristische Vereinigung' zu erfassen und anzuklagen. Dieses Organisationsdelikt wiegt schwerer als ein beliebiges Sprengstoffvergehen«. Und es ist, muß ergänzt werden, auch viel leichter »nachzuweisen«. Dem Richter Arend, der in der mündlichen Urteilsbegründung besonderen Wert darauf legte, daß die Angeklagten »uneinsichtig, verblendet und unbeugsam« seien, reichte als Indiz für die RAF-Mitgliedschaft der Briefwechsel zwischen den Angeklagten und der einsitzenden Gefangenen aus der RAF, Sieglinde Hofmann sowie der Besitz von Schriften der RAF und der Roten Brigaden aus.

Auch in Sachen Revolutionäre Zellen hat Arend einschlägige Erfahrungen: 1985 verurteilte er Friedhelm Beine wegen »Unterstützung der terroristischen Vereinigung Revolutionäre Zellen« zu einer sechsmonatigen Haftstrafe. Beines Delikt: Er hatte einem Freund vier von den RZ gefälschte Nahverkehrsfahrkarten und ein Flugblatt »Viel Spaß beim Nulltarif« in die Hand gedrückt.

Ob allerdings Arends Wille zum Schuldspruch für eine Verurteilung von Ingrid Strobl ausreicht, ist noch nicht ausgemacht. Das öffentliche Interesse und damit auch die öffentliche Kritik an dem Verfahren sind groß. Als »Menschenrechtsverletzung« hat beispielsweise die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Ganseforth die 14monatige Untersuchungshaft kritisiert und in einem Interview mit der Prozeßzeitung »clockwork 129a« festgestellt, daß die Unterschiede zu politischen Prozeßen in der Türkei sehr viel geringer sind, als sie gedacht habe. Eine Gruppe von ProzeßbeobachterInnen, darunter die ProfessorInnen Elmar Altvater und Helga Grubitzsch, haben den, angesichts der massiven Sicherheitsvorkehrungen und des viel zu kleinen Verhandlungssaals faktischen Ausschluß der Öffentlichkeit gerügt. Daß bei den Einlaßkontrollen die Personalausweise kopiert werden und vom Autoschlüssel bis zum Plastikkamm alles verdächtig scheint, selbst eine Banane in den Gerichtssaal nur mit List und Tücke an den mit AIDS-Handschuhen

versehenen SicherheitsbeamtInnen vorbeigeschmuggelt werden muß, läßt sogar dpa-MitarbeiterInnen an der Seriosität der bundesanwaltschaftlichen Gefahrenanalysen zweifeln und die Argumentation der Verteidigung aufmerksam verfolgen.

Deshalb stehen die Chancen gut, daß der Beweisantrag zugelassen wird, mit dem die AnwältInnen widerlegen wollen, daß die als »gerichtskundig« vorausgesetzte Organisationsstruktur der Revolutionären Zellen auch tatsächlich existiert. Und nur für den Fall, daß die RZ so strikt abgeschottet agiert, wie das Gericht es als wahr voraussetzt, macht der zentrale Satz in der Anklageschrift Sinn, daß »aus der Tatsache, daß die Angeklagte ein wichtiges Tatmittel für einen Anschlag der RZ besorgt hat, gefolgert werden (muß), daß sie selbst Mitglied dieser Vereinigung ist«. »Die unter Beweis gestellten Tatsachen«, argumentieren dagegen Strobls VerteidigerInnen in einem umfangreichen Schriftsatz, »werden belegen, daß die RZ in einer Vielzahl von Fällen Personen, die nicht Mitglieder waren, um die Beschaffung, Aufbewahrung und das Verbergen von Tatmitteln bat. Die angesprochenen Personen wurden teilweise darüber aufgeklärt, welcher Organisation sie halfen, teilweise auch nicht«. Läßt sich das belegen, ist angesichts der monatelangen ergebnislosen Observation alles, was Ingrid Strobl vorgeworfen werden kann, daß sie einen Wecker gekauft und weitergegeben hat. Und: »Ein Weckerkauf allein«, das mußte selbst der Vorsitzende Richter Arend dem BKA-Kommissar Finkler vorhalten, »ist wirklich noch kein Straftatbestand«.

konkret 04/89, S. 16

Termine

4./5. April, 9.30 Uhr, Oberlandesgericht, Cecilienallee, 4 Düsseldorf I, Prozeß gegen Ingrid Strobl. Weitere Prozeßtermine stehen noch nicht fest, finden aber wahrscheinlich noch bis Ende April jeweils dienstags und mittwochs statt.

4./6. April, 9.30 Uhr, Justizkomplex, Gebäude C, Frankfurt, Prozeß gegen StartbahngegnerInnen. Weitere Prozeßtermine: jeweils dienstags und donnerstags.

8. April, Mainzer Landstraße 147, 6 Frankfurt 1. Aktuelle Veränderungen im Bundesjugendplan bedrohen die Träger engagierter Sozialarbeit – jetzt soll die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK) trockengelegt werden. Aus Protest gegen die geplanten Mittelkürzungen rufen die Initiativen zu einem Sozialpolitischen Forum unter dem Motto »Sozial kaputt« auf. Anmeldung bei: AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, 8 München 2, Tel.: 089 - 77 40 77

13. **April, 20.30 Uhr,** Kampnagel-Fabrik, Hamburg, »Wir lassen jetzt nicht mehr los«, Künstler lesen literarische und authentische Texte zur Unterstützung des Hungerstreiks.

28. April, 19.30 Uhr, Zentrum Zeche Carl in der Hömannstraße 10 in Essen, Veranstaltung zu »Fahndung 1990« mit Claus Croissant, Edith Lunnebach und VertreterInnen aus dem Ausland

28. **April,** Bonn, Start der Eurotour der KriegsdienstgegnerInnen. Diese Fahrraddemonstration dauert bis zum 16. Mai und führt durch die Niederlande, Belgien und Luxemburg nach Frankreich. Kontaktadresse: Eurotour c/o SCI, 129 Rue du Faubourg Poissoniere, F-77009 Paris, Tel.: 1-48 74 60

30. **April,** Großkundgebung vor dem Gelände des Hochtemperaturreaktors Hamm-Uentrop. Nachdem der THTR wegen schwerer technischer Pannen seit dem 29.9.88 außer Betrieb ist, soll jetzt versucht werden, die endgültige Stillegung zu erzwingen. Kontakt: BI Umweltschutz, Postfach 1242, 47 Hamm (dort gibt es auch den Aufruf)

1. Mai, Bewerbungsschluß für die Teilnahme an der internationalen Arbeitsbrigade »José Marti« in Cuba. Die Brigade findet vom (ca.) 10. September bis 10. Oktober 1989 statt. Gearbeitet wird auf Baustellen und Plantagen in der Nähe von Havanna. Kosten: ca. 1.950. – DM. Kontakt: Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V., Theodor-Heuss-Ring 26, 5000 Köln I

20. Juli, Beginn der Feministischen Europäischen Gesundheitskonferenz in Madrid. Zu der Konferenz, die bis zum 25. Juli dauert, sollen sich die Teilnehmerinnen jetzt schon verbindlich anmelden. Themen sind u.a.: Bevölkerungspolitik, Aids, feministische Gesundheitszentren, Koordination von Widerstandsaktionen. Kontakt: Barquillo, 44-2 Isqda, 28005 Madrid, 341 -4193689

konkret 04/89, S. 18

damit es nicht so bleibt wie es ist - zusammen können wir noch den sternen greifen!

Weil anders keine Öffentlichkeit für sie herzustellen war, hat KONKRET diese und die beiden folgenden Seiten einer Gruppe aus »autonomen und antiimperialistischen Projekten und Zusammenhängen in Westberlin« zur Verfügung gestellt, die den Hungerstreik der politischen Gefangenen und die Forderung »Zusammenlegung jetzt!« unterstützen

wir bedanken uns herzlich für die unterstützung bei den KONKRET-mitarbeiterInnen, die uns, auf dem hintergrund der auseinandersetzung mit der »TAZ«, die folgenden seiten zur Verfügung gestellt haben. wir mußten den frühen redaktionsschluß der KONKRET beachten, daher wurden diese seiten bereits am 12.3.89 fertiggestellt. wir konnten nicht berücksichtisen. daß sich die situation im hungerstreik seitdem verschärft hat. auch ein grund, warum »eine aktuelle tägliche seite von uns« nicht zu ersetzen ist. wir sind menschen aus autonomen und antiimperialistischen projekten und zusammenhängen in westberlin.

seit dem 1.2.89 sind gefangene aus der Roten Armee Fraktion, aus dem widerstand und weitere gefangene im hungerstreik für ihre zusammenlegung in ein oder zwei großen gruppen. die forderung der gefangenen ist anlaß für uns, auf eine tägliche seite in der »TAZ« zu bestehen. »unsere seite« soll ein forum für eine offene, unzensierte gesellschaftliche diskussion über die forderungen der gefangenen, über knast, die verschiedenen knastkämpfe und repression sein. diese tägliche seite außerhalb ihrer redaktionellen kontrolle unter der presserechtlichen verantwortung von christian geissler, verweigern die macherInnen der »TAZ« seit dem 2. märz 89.

widerstand braucht öffentlichkeit! öffentlichkeit braucht information!

wir haben gesagt: eine seite dieser art kann nicht von einzelnen zeitungsredakteurInnen gestaltet werden. sie muß die vielschichtigkeit der unterschiedlichen gruppen und spektren haben. sie braucht die authentizität und lebendigkeit von uns, den gefangenen und allen, die sich solidarisch daran beteiligen wollen, denn nur durch eine öffentliche, streit-lustige diskussion kann der versuch gelingen. über gräben brücken zu schlagen. nur wenn wir gemeinsam die verschiedenen ansätze und erfahrungen diskutieren, werden wir gemeinsam handeln und unsere ziele, konkret jetzt die zusammenlegung, durchsetzen können. daran halten wir fest!

bevor wir jedoch genauer beschreiben, wie wir uns die auseinandersetzung denken, möchten wir einige thesen aufstellen, die für unsere diskussion wichtig sind und die die grundlage bilden, auf der wir das projekt »seite« entwickelt haben. die zerschlagung der arbeiterbewegung, insbesondere der kpd durch die faschisten, war eine der zentralen bedingungen bei der gründung der brd. es gelang den faschisten, die revolutionäre entwicklung in deutschland zu zerschlagen und den gedanken an sie weitgehend zurückzudrängen. an der frage der wiederbewaffnung hat sich in den 50er jahren erneut eine breite opposition entwickelt, von der aber wenig übrig blieb – die kpd wurde zum zweiten mal verboten, die historische defensive der westdeutschen linken konnten auch die 68er und die bewegung der 70er und 80er jahre nur punktuell durchbrechen und für momente aufheben. es gibt aber seit dem ende der 60er jahre in der BRD und westberlin, hervorgerufen durch den ausbruch der studentenrevolten und arbeitskämpfe, eine kontinuität von widerstand; anti-akw-kämpfe, widerstand gegen NATO-aufrüstung, häuserkämpfe bis hin zur durchsetzung der hafenstraße und die guerilla. es gelang bisher jedoch nicht, die notwendigkeit einer revolutionären umwälzung der verhältnisse im bewußtsein breiterer teile der bevölkerung zu verankern.

immer noch und immer wieder fordern die Grünen, »TAZ«lerInnen und andere reformisten diskussionen über die sogenannte »gewaltfrage«. d. h. im kern die frage (eine frage, die von der geschichte längst beantwortet ist): sind menschenwürdige zustände, eine menschliche gesellschaft, *innerhalb* dieses systems zu erreichen, oder nur, indem wir dieses system *abschaffen. Das meint »gewaltfrage«.* unser widerstand legt den finger auf die wunde: dieses system *ist* unterdrückung, *ist* menschenverachtend, *ist* gewalt. seine gewalt kann nur gebrochen werden, nur überwunden werden, durch gegenmacht. es zeigt sich, daß es keinen frieden mit diesem system geben kann, weil die verhältnisse keine friedlichen sind.

gewalt herrscht am sichtbarsten auch im knast. 18 jahre lange isolationsfolter konnten den widerstand der gefangenen nicht brechen. das dialog-angebot der reformisten ist von der hoffnung geprägt, die gefangenen integrieren und zum abschwören bringen zu können. dem militanten kampf abschwören – als einsicht ins unvermeidliche und unveränderliche der herrschenden ordnung. auch sie reden jetzt von zusammenkommen/zusammenlegung, was *sie* damit meinen: hafterleichterungen um den preis, auf den kampf für eine menschenwürdige gesellschaft zu verzichten.

diese neuen integrationsstrategen können jetzt keine isolationsfolter, keine trakte gebrauchen. jede offene gewalt stellt ihr credo bloß: »dieser staat ist in seinem kern demokratisch, es gibt nur einen weg, gesellschaftliche veränderungen zu erreichen, den weg der schrittweisen reformen und verbesserungen, alles andere schadet nur und leistet den reaktionären vorschub«. es soll vergessen werden, daß das wesen dieses staates die nackte kapitalistische gewalt ist. seine ultima ratio

das kapitalistische verwertungsinteresse, die demokratie hingegen nur seine tünche. weil diese lüge nicht offen werden darf, gewinnt jeglicher widerstand eine solche brisanz, weil er das wesen hinter dem schein hervorzerrt, diesem system die maske vom gesicht reißt. deshalb sind ihnen die befriedung, die ruhe, ihr dialog so wichtig. und es gelingt ihnen nicht; sie verlieren den boden unter den füßen. es gelingt ihnen nicht, den gesellschaftlichen konsens des verzichts auf gewalt zu erhalten. im gegenteil, in den letzten jahren hat es eine entwicklung des widerstands gegeben, auf die das system mit verschärften repressionen reagiert hat: ingrid-strobl-prozeß, 4 hohe haftstrafen in duisburg und in stammheim, startbahn, der 129a-prozeß gegen claudia und wolle in westberlin, gegen fritz storim in hamburg und gegen janin und wolle in münchen. das hat vielen gezeigt, es kann jeden treffen, die/der sich wehrt. statt spaltung und vereinzelung - solidarisierung.

wenn wir sagen, wir wollen die auseinandersetzung unter uns und mit den gefangenen, dann meinen wir damit etwas grundlegend anderes als den »dialog«. wir haben ein ziel. das ist nicht diskutabel, nicht verhandelbar, darüber ist nicht zu reden: wir wollen das ende der ausbeutung des menschen durch den menschen. wir wollen eine freie gesellschaft. die freiheit der gefangenen ist ein schritt auf dem weg dahin. unsere auseinandersetzung hat eine perspektive. uns geht es darum, durch die einheit der linken kräfte gegenmacht zu entwickeln mit dem ziel: revolutionäre veränderung dieser gesellschaft.

wir wollen mit unserer debatte am punkt knast, repression, einem bereich, den wir für zentral halten, versuchen, die strategische defensive der linken aufzubrechen.

knast und repression, bzw. vielmehr die angst vor knast und repression, sind immer dann, wenn gesellschaftlicher konsens bricht, die zentralen mittel, loyalität zu erzwingen, bzw. zumindest offenen widerstand zu verhindern. nirgendwo wie an knast und repression werden gesellschaftliche widersprüche so zugespitzt, kommen realitäten hinter fassaden so deutlich zum vorschein. nirgendwo sonst kommt das wahre selbstverständnis eines systems so auf den punkt: nicht umsonst ist der sturm auf die bastille das symbol der französischen revolution.

die gefangenen begreifen die zusammenlegung als voraussetzung für die von ihnen geforderte diskussion. wir wollen die auseinandersetzung schon jetzt beginnen, weil sie für die durchsetzung der forderung nach zusammenlegung existenziell ist. es muß schluß sein mit dem gerede *über* die gefangenen, eine produktive politische entwicklung wird nur mit ihnen gemeinsam möglich sein.

wir denken, daß für die linken die debatte um knast und knastkampf von zentraler bedeutung ist. gelingt es uns, eine breite solidarität, ein gemeinsames verhalten und handeln zu verankern, sind wir einen wichtigen schritt vorwärts gekommen.

wäre unser anliegen nicht so wichtig, gäbe der konflikt mit der »TAZ« wieder einmal anlaß, sich mit dem selbstverständnis und der vermessenheit dieses »linken projekts« auseinanderzusetzen. die letzten wochen haben uns erneut gezeigt, in welch arroganter art und weise sich dieses linksreformistische meinungswerkzeug gegen jede kritische infragestellung seiner arbeit und funktion sperrt. für die redakteurInnen der »TAZ« scheint pressefreiheit die freiheit zu sein, ihre eigene meinung und bestenfalls noch dokumentationen abzudrucken. sie sind bisher unter keinen umständen bereit ihr quasi-monopol auf den meinungsbildungsprozeß weiter teile der linken aufzugeben. offensichtlich haben diese und andere vertreterInnen des »dialogs« vor nichts so sehr angst, wie vor dieser von uns geforderten debatte. sie könnte ihren faulen frieden in frage stellen, denn argumentativ hat die »TAZ« unseren forderungen nach einer täglichen autonomen seite nichts entgegenzustellen. im gegenteil, unter welchen legitimationsdruck die »TAZ« geraten ist, zeigt sich darin, daß sie sich auf dem hintergrund des konflikts gezwungen sieht, wochenlang zurückgehaltenes abzudrucken und ihre berichterstattung auszuweiten.

wenn wir von auseinandersetzung reden, dann meinen wir den prozeß, brücken zu bauen. brücken, über mehr oder weniger tiefe gräben und unterschiedliche vorstellungen hinweg, indem sich die verschiedenen widerstandsansätze aller gesellschaftlichen bereiche artikulieren und zusammen diskutieren. wir wollen darüber reden und streiten wie der kampf weiterzuführen ist. wie können wir die nächsten notwendigen schritte entwickeln, damit wir unserem ziel, der grundsätzlichen gesellschaftlichen veränderung, näherkommen? was sind unsere utopien und vorstellungen?

wenn wir sagen, wir brauchen die lebendige diskussion, dann beinhaltet das, daß sie von der unterschiedlichkeit des kampfes lebt. von unserer authentizität und parteilichkeit, von unseren fehlern, niederlagen und erfolgen, kurz: von der lebendigkeit des widerstands.

gut, das, was wir jetzt hier angerissen haben, ist riesig. ist der anspruch, die gesellschaftlichen kräfteverhältnisse in der BRD und Westberlin zu verändern. aber wie soll es denn anders gehen? auch riesen haben mal klein angefangen. oder besser: wir sind zwerge, die auf den schultern von riesen stehen. wir können ein stück weiter schauen. Zusammen können wir nach den sternen greifen.

zusammenlegung jetzt!

die forderungen der gefangenen: –

zusammenlegung aller gefangenen aus guerilla und widerstand in ein oder zwei große gruppen, in die neue gefangene integriert werden, mit zugang zu den gemeinschaftshöfen! –

zusammenlegung aller gefangenen, die dafür kämpfen! –

freilassung der gefangenen, deren wiederherstellung nach krankheit, verletzung oder folter, durch isolation unter gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist! –

freilassung von günter sonnenberg, claudia wannersdorfer, bernd rössner, angelika goder! –

freie medizinische versorgung ohne staatsschutzkontrolle für alle gefangenen! –

freie politische information und kommunikation der gefangenen mit allen gesellschaftlichen gruppen!

wir wollen die seite immer noch! die seite lebt von uns, von euch – drinnen und draußen. schreibt uns, schickt uns informationen:

»zusammenlegung jetzt!«

c/o LAZ

Crellestraße 22

1000 Berlin 62

konkret 04/89, S. 24

Gabriele Simon

Naturschutz nach Art des Herrenmenschen

»Atempause für den Amazonaswald« freute sich die a>TAZ«, nachdem bekannt geworden war, daß der Bau einiger Staudämme im brasilianischen Regenwald gestoppt werden muß, weil die Weltbank sich weigert, das Energiekonzept Brasiliens zu kreditieren. Sie haben sich zu früh gefreut: Die Ausbeutung der Tropenwälder schreitet zügig voran. Unter dem Vorwand, »unsere« Klimaanlage vor unsachgemäßer Behandlung durch die einheimische Bevölkerung schützen zu müssen, forcieren bundesdeutsche Unternehmen die Plünderung der tropischen Wälder

Die Bundesregierung hat den Schutz der Regenwälder auf ihre Fahnen geschrieben. Spätestens seit dem Weltwirtschaftsgipfel vergangenen Jahres in Toronto gehört das Thema 'Tropenwälderschutz' zum festen Repertoire der Regierungsparteien. Damals hat Helmut Kohl den Umweltschutz als »globale Herausforderung« entdeckt.

Je weiter die zu schützende Natur entfernt ist, desto vollmundiger sind die Erklärungen und desto ernsthafter die Absichten. Am ernsthaftesten sind sie dort, wo bundesdeutsche Konzerne und Banken an der gigantischen Verwüstung ökologischer Systeme kräftig mitverdienen: im brasilianischen Amazonasgebiet. Nach den Milliardenbeträgen, die aus privater und öffentlicher Hand in die zerstörerischen, aber lukrativen Erschließungsprojekte in Amazonien geflossen sind (und noch weiter fließen) hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) Ende letzten Jahres demonstrativ 50 Millionen DM für den Umweltschutz in Brasilien locker gemacht.

»Wir werden die tropischen Wälder und die dort lebenden Menschen nicht ihrem Schicksal überlassen, weil auch unser Schicksal vom Bestand der tropischen Regenwälder abhängt«, so faßte die CDU-Abgeordnete Rönsch in der Bundestagsdebatte zum Thema 'Schutz der tropischen Regenwälder' im Januar das globale Umweltbewußtsein der Bundesregierung zusammen. Die Industrieländer haben begonnen, ihr Interesse am tropischen Regenwald neu zu definieren. Nachdem allein im letzten Jahr und allein in Brasilien Waldgebiete von der Größe der Bundesrepublik vernichtet wurden, nachdem über die Hälfte der tropischen Regenwälder der Erde bereits zerstört oder irreversibel geschädigt ist, wird der Regenwald als »ökologische Ressource« entdeckt – als »unsere« Klimaanlage, die die Welt vor dem Treibhauseffekt bewahrt. Der Schutz der Regenwälder avanciert zur unumstrittenen »Schicksalsfrage der Menschheit«. Über die Ziele, denen die globale Umweltpolitik zu dienen hat, läßt die CDU-Abgeordnete Rönsch allerdings keinen Zweifel: »Das Ziel sollte heißen: Mehr Gewinn aus weniger Masse an Holz durch qualitativ besser verarbeitete Holzprodukte.«

Doch zurück zum »Schicksal« der Tropenwälder und ihrer Bewohner, zurück zur Frage wie diese vor jenen gerettet werden können. Entwicklungshilfeminister Klein sieht das so: »Alle Ursachen (der Regenwaldzerstörung) wurzeln darin, daß sich die Bevölkerung der südlichen Erdhälfte seit Ende des zweiten Weltkrieges auf nunmehr bald 4 Milliarden mehr als verdoppelt hat.« Vor wem müssen also die Regenwälder geschützt werden? Nochmal Minister Klein in besagter Bundestagsdebatte: »Traditionelle Verfahren, ehedem im rhythmischen Gleichgewicht mit der Regenerationskraft der Natur, verursachen jetzt nicht oder kaum wiedergutzumachende Zerstörungen der natürlichen Lebensgrundlagen, weil die Zahl der Menschen so groß geworden ist und weil sie moderne Werkzeuge und Geräte einsetzen. Das ist die Ursache.«

Naturschutz aus der Sicht des Herrenmenschen. Dieses Weltbild ist von dem der politischen Konkurrenten vom Schlage Schönhubers kaum zu unterscheiden. Da gibt es zum einen die Bewohner der südlichen Erdhälfte. Sie zeichnen sich dadurch aus, daß sie sich vermehren und dazu neigen, ihre (oder noch schlimmer: unsere!) natürlichen Lebensgrundlagen mit traditionellen Verfahren zu zerstören – vor allem, wenn man ihnen moderne Werkzeuge in die Hand gibt. Die anderen, die in der nördlichen Erdhälfte, haben die globale Bedeutung der in der südlichen Hälfte gelegenen ökologischen Ressourcen erkannt und stehen vor der Aufgabe, diese zu schützen. Sie pusten circa 80 Prozent der CO2-Gase in die Atmosphäre, die der Regenwald als »grüne Lunge« der Erde abbauen muß. Seit einiger Zeit sind sie dabei, ihren eigenen Wäldern den sauren Rest zu geben. Trotzdem kommt Herr Klein natürlich nicht auf den Gedanken, ihnen die »modernen Werkzeuge« streitig zu machen, mit denen sie das alles bewerkstelligen.

Gemeinsam mit den Profiteuren der Regenwaldvernichtung (Industriekonzerne, Banken, Holzhändler) haben sich die »Ökologen« des BMZ auf den wahren Feind der natürlichen Ressourcen in der Dritten Welt eingeschossen: die Bevölkerung, natürlich die in der südlichen Erdhälfte. Jenseits der Ideologie stellt sich dabei die Frage, um welche praktischen Alternativen hier eigentlich gekämpft wird. Denn: Um die Bedürfnisse der in den Tropenwäldern lebenden Menschen geht es den »Ökologen« à la Klein mit Sicherheit nicht. Ebensowenig geht es um die Alternative Naturzerstörung oder Naturerhaltung. Es geht vielmehr um einen Zielkonflikt, um die Frage: Welchen ökonomischen Prinzipien werden die Nutzung und die Erhaltung der Natur unterworfen? Es geht darum, daß die Ökonomie der Lebenserhaltung, z. B. der Kleinbauern und der Indianer in Amazonien, nicht mit der Ökonomie der Naturverwertung zu vereinbaren ist, wie sie von hiesigen Kapitalgruppen mit Unterstützung der Bundesregierung praktiziert wird.

Schutz der tropischen Wälder heißt für das BMZ, »einerseits das Wertschöpfungspotential begrenzter Waldgebiete voll zu nutzen... Andererseits müssen Bioreservate in ausreichendem Umfang zum Bestandteil ökologisch verträglicher Methoden

der Landnutzung gemacht werden« (BMZ-aktuell: Erhaltung der tropischen Regenwälder). In dieser doppelten Strategie der profitorientierten Ausbeutung der Natur und ihrer Erhaltung in Reservaten wird die einheimische Bevölkerung als Störfaktor behandelt, solange sie die optimale Ausnutzung des Waldes als »Wertschöpfungspotential« behindert.

Das »Holz-Zentralblatt«, das Organ der bundesdeutschen Holzwirtschaft, faßt die dazugehörige Naturphilosophie in dem bemerkenswerten Satz zusammen: »Es steht außer Zweifel, daß der unproduktive Urwald erst durch den Nutzholzeinschlag produktiv wird.« Ökologische Systeme, die »nur« ihr eigenes Leben und das ihrer Bewohner reproduzieren, sind mithin unproduktiv, solange sie nicht kommerziell genutzt werden, denn: »Ein nicht genutzter Wald hat keinen Zuwachs. Er befindet sich in einem unproduktiven Gleichgewichtszustand.« In der Logik der Abholzer-Branche mißt sich Produktivität an Wachstum, Gleichgewicht dagegen ist ein Synonym für fehlende Produktivität. Diejenigen, die sich in diesen Gleichgewichtszustand integrieren oder einfach davon leben, ohne vorzeigbare Wachstumsraten zu produzieren, sind dementsprechend Teil eines unproduktiven Ganzen. Und da die vorhandenen Ressourcen der Regenwälder jeweils nur einmal verbraucht werden können, sind nicht-kapitalistische Gesellschaften per se ein Störfaktor. Die unproduktive (nicht-kommerzielle) Nutzung steht der produktiven (kommerziellen) im Wege.

In keiner dieser Publikationen der Holzwirtschaft wird auch nur einmal ernsthaft der Frage nachgegangen, in welchem Verhältnis die durch den Ressourcenverbrauch der Bevölkerung entstandenen ökologischen Schäden zu jenen stehen, die durch die kommerzielle Ausbeutung verursacht wurden, und inwieweit erstere durch letztere bedingt sind. Während der kommerzielle Holzeinschlag die Weihen der Profitwirtschaft genießt, sein Nutzen also außer Zweifel steht, gilt die bloße Lebenserhaltung als unproduktiv und *deshalb* zerstörerisch. Und so erklären die Vertreter der Holzwirtschaft, die die Abholzung der Tropenwälder als Geschäft betreibt, die Bevölkerung zum Hauptschuldigen für die Umweltzerstörung. »Wenn es nicht gelingt«, so das »Holz-Zentralblatt«, »die Bevölkerungsexplosion in den tropischen Ländern zu stoppen, wird es auch nicht gelingen, den Regenwald zu erhalten.« Ein Foto einiger Baumruinen im Regenwald ist mit dem Kommentar unterlegt: »Die abgestorbenen Baumleichen zeugen von der Gegenwart der einheimischen Bevölkerung.«

Dennoch haben die Vertreter der Holzwirtschaft nicht ganz unrecht, wenn sie betonen, daß auch sie an der Erhaltung der tropischen Regenwälder interessiert seien, denn: Wo nichts mehr ist, läßt sich bekanntlich auch nichts mehr ausbeuten. Die Ökonomie des Naturschutzes ist daher die notwendige Ergänzung der Naturverwertung, und in diesem Sinne wird sie auch praktiziert: Es geht darum, die Natur besser beherrschen bzw. ökonomischer handhaben zu können. In den Naturschutz- und Bioreservaten wird versucht, einen Mikrokosmos ökologischer Zusammenhänge zu erhalten, ihn in seinen Teilen und vielfältigsten Verknüpfungen zu erforschen und zu systematisieren, um sich auf diese Weise die Natur besser verfügbar zu machen. Die Weltbank hat für diese Art des Naturschutzes den treffenden Begriff gefunden: »Umwelt-Management«.

Ein solches Umwelt-Managementprogramm der Weltbank läuft zum Beispiel im Carajas-Eisenerzprojekt im Amazonas-Gebiet, das von der Weltbank seit einigen Jahren finanziell unterstützt wird. Hier werden die umfangreichsten Eisenerzvorkommen der Erde im großen Stil für den Weltmarkt ausgebeutet – mitten in der »grünen Lunge« des Planeten werden Bergwerke, metallverarbeitende Industrien, Staudämme und Wasserkraftwerke gebaut, Städte mit dazugehöriger Infrastruktur aus dem Boden gestampft. Ergänzend finanziert die Weltbank ein Umwelt-Programm, das sie wie folgt beschreibt: »Das Umwelt-Managementprogramm des Carajas-Eisenerzprojekts hat mehrere Komponenten; dazu gehören biologische Bestandsaufnahme, Sammlung/Bestimmung von Arten, Erhaltung genetischer Arten in Reservaten, systematische Organisation von Sammlungen in botanischen Gärten, Herbarien und Samenbanken, Prioritätsstudien endemischer Arten, Studium der Biosystematik und Evolution tropischer Organismen und die Unterstützung der Ausbildung von Spezialisten im Bereich Tropenbiologie durch die Einrichtung eines wissenschaftlichen Forschungsstützpunktes bei Carajas.«

Ein Ort zum Leben ist das mit Sicherheit ebensowenig wie jene Industrialisierungsgebiete, in denen die Natur direkt im Prozeß der Kapitalverwertung verspeist wird. In den Bioreservaten wird die Natur von Experten in Beschlag genommen; sie muß zu Forschungszwecken »rein« gehalten und darf nicht etwa durch Spuren der Arbeitsprozesse der darin lebenden Menschen »verfälscht« werden. Die Bewohner des Waldes werden auch hier zum Störfaktor, der eliminiert oder zumindest in Grenzen gehalten werden muß. Praktisch bedeutet das, daß die Waldbewohner entweder aus den Reservaten ausgewiesen oder strengen Reglementierungen unterworfen werden.

Diesem doppelten Prozeß der Enteignung durch kommerzielle Ausbeutung und durch Einrichtung von Naturschutzreservaten waren in den vergangenen Jahrzehnten auch die Bewohner des peruanischen Regenwaldes ausgesetzt. Die peruanische Regenwaldregion umfaßt zwei Gebiete: das Amazonas-Tiefland und – höher gelegen – die östlichen Abhänge der Anden, die 'Ceja de Selva' . Hier, in der Ceja de Selva, wurde in den vergangenen Jahrzehnten ein großer Teil der Waldflächen verwüstet; heute finden sich in den Restwäldern Naturschutzreservate, die meist auf die Initiative ausländischer Naturschutzorganisationen zurückgehen oder als Teile größerer Entwicklungsprojekte entstanden sind.

Traditionell werden die Wälder der Ceja de Selva von verschiedenen Bevölkerungsgruppen genutzt. Die in Waldnähe lebenden andinen Dorfgemeinschaften beziehen hier ihr Brennholz und verschiedene Waldprodukte. Ein- oder zweimal im

Jahr – während der Aussaat – treiben sie ihr Vieh für einige Wochen in den Wald. Die Dorfgemeinschaften betrachten bestimmte Waldgebiete als traditionelles Eigentum, auch wenn diese teilweise weit von ihren Dörfern entfernt liegen. Die eigentlichen Bewohner der Wälder ernähren sich hauptsächlich durch Parzellen-Landwirtschaft, Sammelwirtschaft und Viehzucht in kleinem Maßstab. Der Verkauf von Brennholz auf nahegelegenen lokalen Märkten bringt ihnen ein kleines Geldeinkommen.

Tatsächlich wurden die Wälder der Ceja de Selva durch die Ausdehnung der andinen Bevölkerung langsam aus den höher gelegenen Regionen verdrängt. Seit den 50er Jahren dieses Jahrhunderts wurde diese allmähliche Entwicklung jedoch von einem rasanten Prozeß der Waldzerstörung abgelöst. Hauptmotoren dieses Vernichtungsprozesses waren (und sind) die Gewinnung von Edelhölzern für den Export und die Ausbeutung der Ölvorkommen durch multinationale Konzerne. Dort, wo größere Gebiete vollständig abgeholzt wurden, waren Erdrutsche, Klimaveränderungen und Überschwemmungen die Folgen. Die Waldbewohner wurden verdrängt. Viele flüchteten in das Amazonas-Tiefland, dessen Böden jedoch für Subsistenz-Landwirtschaft, wie sie traditionell in den höheren Regionen praktiziert wird, ungeeignet sind. Sie leiden heute an Fehl- und Mangelernährung.

Die katastrophalen ökologischen Folgen gaben schließlich den Anstoß dafür, einige der schönsten, reichhaltigsten und noch intakten Gebiete in Naturschutzreservate zu verwandeln. In diesen Reservaten achten heute »Parkwächter« darauf, daß –

die Dorfgemeinschaften ihr Vieh nicht mehr in den Wald treiben; –

die Waldbewohner auf Viehwirtschaft verzichten; –

kein Brennholz aus dem Wald geschafft wird.

Im Rahmen der exportorientierten, kommerziellen Vernutzung der Natur werden so in den Reservaten kleine Öko-Paradiese erhalten, deren extraktive Bewirtschaftung der einheimischen Bevölkerung verboten ist – nur Forscher dürfen sich, was sie benötigen, aus dem Wald herausholen.

Sind nun wenigstens diese Ökoreservate vor Ausbeutung geschützt? Immerhin: Holzunternehmer können für diese Gebiete keine Konzessionen erhalten. Spätestens aber dann, wenn dort größere Erdölvorkommen entdeckt werden, hat dem Öko-Paradies die Stunde geschlagen. Einen Verzicht auf die Ausbeutung umfangreicher devisenbringender (oder devisensparender) Ressourcen kann sich das Schuldnerland Peru nicht leisten. Aber auch dort, wo es keine Ölvorkommen gibt, muß die »Dollarisierung« der Ressourcen irgendwie bewerkstelligt werden. Als Alternative zur exportorientierten Ausbeutung der Wälder bietet sich die touristische Verwertung der »ökologischen Ressource« Wald. So ist mittlerweile die Erschließung der meisten Naturschutzreservate Perus durch Touristikunternehmen nicht nur erlaubt, sondern ausdrücklich erwünscht.

Die Bewohner und wirklichen Eigentümer der Ceja de Selva verlieren durch diesen Naturschutz also nicht nur einen Teil ihrer Subsistenz- und Einkommensbasis, sie werden auch ungefragt mit Strömen ausländischer Touristen konfrontiert. Touristikunternehmer dürfen die Wälder als Frischluft- und Erholungsgebiete kultivieren und sie sich als Quelle des Profits aneignen. Gleichzeitig werden die Bewohner faktisch enteignet – »ursprüngliche Akkumulation« hatte Marx das einmal genannt.

Eine derartige Naturschutz-Ökonomie haben die BMZ-»Ökologen« im Sinn, wenn sie schreiben: »Ziel dieser Strategien ist es, die ökologischen Funktionen der Tropenwälder zu erhalten und zugleich langfristig die Interessen der Entwicklungsländer an einer wirtschaftlichen Nutzung dieser Ressource zu wahren.« Daß es dabei um die wirtschaftlichen Interessen der Industrieländer geht, wird tunlichst verschwiegen. Die Touristen-Dollars jedenfalls werden von der peruanischen Regierung ebenso wie die Exporterlöse aus dem Verkauf der Edelhölzer gebraucht, um die Schulden bei ausländischen Gläubigerbanken zu bedienen.

»Der Umweltschutz muß generell zu einem Schwerpunkt der Entwicklungshilfe werden«, hat Helmut Kohl während der Berliner IWF-Tagung im September letzten Jahres verkündet. Die Geschäfte der bisherigen Profiteure der Regenwaldvernichtung, von der Holzwirtschaft über multinationale Konzerne bis zu den Banken, werden darunter keinesfalls leiden. Im Gegenteil. Ihr Kampf um die Ausbeutung der Ressourcen der Dritten Welt wird lediglich um den Zugriff auf die »ökologische Ressource« Regenwald erweitert. Hilfe als Selbsthilfe – wie gehabt.

konkret 04/89, S. 27

Jutta Ditfurth

Die Braungans

Er hat den alten und den neuen Nazis ein angeblich ökologisch begründetes, bis zur Ausmerzung elitäres, rassistisches Menschenbild geliefert: Am 27. Februar ist der Verhaltensforscher und Nobelpreisträger Konrad Lorenz gestorben

Konrad Lorenz, der eine »gewisse Sympathie für Aids« bekundet hat, hatte politische Verbündete in den USA, die er vielleicht gar nicht kannte. Aids sei »die Antwort der Natur auf die Überbevölkerung«, formulierten einige Vertreter der Öko-Gruppe Earth First. Jeder Virus habe durch seine schiere Existenz ein eigenständiges Lebensrecht, arme Latinos aber müsse man an den Grenzen der USA nach Mexiko zurückjagen wegen der Überbevölkerung und dem Schaden für die Ökologie, tönt es noch immer aus den Reihen nordamerikanischer Biozentristen.

Auch in Westeuropa stand Lorenz nicht allein, als er fälschlicherweise die Überbevölkerung den Menschen der 3. Welt ursächlich anlastete und zur Ursache ökologischer Probleme erklärte. Dabei wurde eine rationelle und selbstbestimmte Geburtenkontrolle von den Frauen in Westeuropa genauso praktiziert wie von den Frauen der eroberten Länder. Als aber nach der großen Pest Kirche und Großgrundbesitzer Arbeitskräfte brauchten, wurde den Frauen ab Mitte des 14. Jahrhunderts jede selbstbestimmte Sexualität und Geburtenregelung durch millionenfachen »Hexen«mord ausgetrieben.

»Mit den Conquistadoren und Kolonisatoren kamen auch die katholisch-patriarchalische Sexualrepression und die neue europäische 'Familienmoral' in die Dritte Welt: Die Bevölkerungsexplosion wurde exportiert... Daß der Papst auch im ausgehenden 20. Jahrhundert noch in diese Länder fährt, um gegen Empfängnisverhütung zu wettern, das ist der Skandal!« (Rosenbladt)

Der Hunger in der Dritten Welt resultiert aus der Armut der meisten Menschen dort und nicht aus einem Mangel an Nahrung. Solange multinationale Konzerne die Macht zur Ausbeutung haben, haben sie ein Interesse an der Armut, an ~. einem unerschöpflichen Reservoir von billigen Arbeitskräften, und verschulden damit ursächlich menschliches Leid und die Plünderung der Natur.

Entwicklungsländer, in denen die Verelendung beseitigt wurde und die, wie Kuba z. B., einen gewissen Sockel an Wohlstand haben, haben niedrige Geburtenraten. Eine vermeintliche Altersversorgung durch viele Kinder aus Angst vor weiterem Elend im Alter scheint den Menschen dann nicht mehr nötig.

Trotz alledem behauptete Lorenz, der die Menschen in der 3. Welt zu Gangstern erklärte, weil sie sich »sorglos« reproduzierten, atomaren Katastrophen eine erzieherische Bedeutung zugestand, Kinder, die nicht in der Natur aufwachsen, als »nachwachsende Stadttrottel« beleidigte, allen Ernstes: »Ich hatte immer viel Ehrfurcht vor dem Leben.«

Warum zeigen diejenigen, die nun sein Lebenswerk würdigen, vor derartigen Grausamkeiten kein Entsetzen? Lorenz hat sogar Zustimmung gefunden, als er scheinbar rational den islamischen Iran lobte, der mit dem Alkoholismus besser fertig geworden sei, als manch ein Abstinenzlerbund hier. Diese Bünde haben aber nie Tausende von jungen Männern in einen mörderischen »heiligen« Krieg gejagt! Das ist der Lorenz'sche Fehler gewesen, nennen wir es einmal beherrscht nur »Fehler«, daß er positivistisch nur die Erscheinung der Dinge beurteilte, sie aus ihren Zusammenhängen herausoperierte, messerscharf die erste Natur des Menschen von der zweiten, der sozialen, trennte, und damit die Ökologie um alles Soziale und Demokratische entleerte.

»Die Menschheit« ist kein einheitlich handelndes Subjekt, das dann für Fehler von einer Elite allwissender Öko-Diktatoren bestraft werden darf. Auch ökologische Probleme, die grundsätzlich alle Menschen treffen, vermitteln sich über soziale Strukturen. Es gibt immer noch Klassen, Herrschende und Beherrschte und dazwischen alle Facetten vom Opfer zum Täter. Was der Naziideologe Ernst Jünger mit der Literatur trieb oder Hitlers Lieblingsfilmerin Leni Riefenstahl in ihrem Medium, übertraf Lorenz, der den beiden sonst ganz unähnlich scheint, bei weitem. Er war der Lieferant eines angeblich ökologisch begründeten, bis zur Ausmerzung elitären, rassistischen Menschenbildes. Edel verteidigte er die Natur gegen den Menschen – als sei der nicht ihr Teil, einschließlich seiner sozialen Potenz! – und bot dem Neofaschismus seine neue Öko-Maske.

Gleichgültig ob nordamerikanische Earth First-Vertreter, Biozentristen, österreichische Volkstreue Ökologen oder Nationale Front, Weltbund zum Schutz des Lebens, neue Historiker, Heidelberger Manifest-Autoren, die Palette der Neonazigruppen oder die ÖDP Herbert Gruhls: Bei aller – zum Teil großen – Unterschiedlichkeit teilen sie mindestens drei Positionen, die immer auch ideologische Grundlage für faschistische Herrschaftssysteme sind:

- die Vorstellung vom autoritären Staat (zur Rettung der Natur/Rasse/deutschen Kultur) und die strikte Ablehnung von Selbstverwaltung und Selbstbestimmung,
- eine rassistische Bevölkerungspolitik, die einerseits bis in die Knochen ausländerfeindlich ist und zum anderen

»hochwertige« weiße/deutsche/westliche Frauen zu Gebärmaschinen machen will während mit dem Argument der Überbevölkerung »minderwertige« Rassen »zum Schutz der Ökologie« mit aller Gewalt von der »sorglosen« Überproduktion abgehalten werden müssen.

Warum verniedlicht beispielsweise Günter Altner Lorenz in seinem Beitrag für die Zeitschrift »Natur« (l l /88): ». . .mag dabei auch je und dann das erbbiologische Pathos einer klassischen Biologie anklingen?« Hundertmal die Schöpfung erwähnt und kein einziges Mal Lorenz' Menschenbild! Man kann sich nicht bei einem 88jährigen Prominenten heraussuchen, was einem gefällt, man muß sich seiner ganzen gesellschaftlichen Wirkung stellen. Manfred Bissinger ist der einzige gewesen, der in der gleichen Ausgabe von »Natur« wirklich erschrocken versucht hat, die Ambivalenz zu verdauen: Der nette alte Mann mit den Graugänsen ist auch der mit der Heldenhaftigkeit, der Selektion, der Ausmerzung – , die Braungans.

Lorenz wirkt. Er liefert öko-rassistische Erkenntnisse mit wissenschaftlicher Autorität. Rechtsradikale sammeln sich unter dem Öko-Etikett neu, unterwandern systematisch Bürgerinitiativen, bilden mit der ÖDP (mensch lese deren Ausländerpositionen nach!) einen Transmissionsriemen von den Rändern der Öko-Bewegung zur offenen Neonaziszene. Wer sich nicht in die Auseinandersetzung auch um die Theorien des Konrad Lorenz begibt, gibt Terrain frei, das eine neue deutsche ökofaschistische Sammlungsbewegung für sich mißbrauchen könnte.

Dieser Beitrag ist im Rahmen einer Lorenz-Debatte leicht gekürzt in der Zeitschrift »Natur«, Nr. 12/88, erschienen. Er wurde für den Wiederabdruck überarbeitet.

Jutta Ditfurth, ehemalige Sprecherin des Bundesvorstands der Grünen, gehört zum öko-fundamentalistischen Flügel der Partei

konkret 04/89, S. 28

Jochen Hippler

»Bis um letzten Afghanen...«

Während im Bonner Bundestag immer noch von afghanischen »Freiheitskämpfern« geschwätzt wird, feiern die USA die seit Vietnam größte und erfolgreichste Aktion ihres Geheimdienstes CIA. Noch 1988 lieferten sie den Mudjahedin Waffen im Wert von 1,5 Milliarden Dollar. Es hat sich gelohnt

Mitte Februar 1989 sind die sowjetischen Truppen vereinbarungsgemäß und pünktlich aus Afghanistan abgezogen. Die völlige Fixierung der westlichen Medien auf die sowjetische Rolle im afghanischen Krieg hat für diesen Zeitpunkt zwei sehr irreführende Erwartungen erweckt: die Überzeugung, daß die Probleme des Landes und der Krieg hauptsächlich durch die sowjetische Intervention verursacht worden seien, legte den Schluß nahe, daß mit dem Abzug des sowjetischen Militärs nun im wesentlichen die Probleme gelöst seien. Und die Behauptung, die Regierung in Kabul sei ausschließlich von der Sowjetunion militärisch an der Macht gehalten worden, implizierte, daß sie nun in allerkürzester Zeit zusammenbrechen müsse. Dementsprechend vertraten die Mudjahedin und die US-Regierung öffentlich auch immer wieder: Der Sturz der Regierung (auf Gesinnungsdeutsch: des »Regimes«) sei nur eine Frage von Tagen, höchstens Wochen. Das aber ist zu bezweifeln.

Der Krieg in Afghanistan hat offensichtlich ein doppeltes Gesicht: Es handelt sich um einen Konflikt, der seine Dynamik aus der afghanischen Geschichte und Innenpolitik bezieht, und zwar nicht nur aus den Entwicklungen des letzten Jahrzehnts. Der Kampf lokaler, stammesförmiger und politisch-ökonomischer Interessen gegen Versuche einer staatlichen Zentralgewalt, das Land tatsächlich zu »regieren« und gar zu modernisieren, reicht lange zurück. Und er war fast immer erfolgreich. Dieser Widerstand gegen die Modernisierung und staatliche Durchorganisation des Landes – beides genuin innerafghanische politische Strömungen, die weder in Moskau, noch in Washington erfunden werden mußten – hat eine westliche (oder östliche) Modernisierung zwar verhindert, zugleich aber keine eigene, positive Perspektive oder Entwicklung hervorgebracht. Der innerafghanische Konflikt hatte schon gewaltsame Formen angenommen, lange bevor von »Sozialismus« in Afghanistan ernstlich geredet werden konnte. Die gewaltsamen Versuche der Volksdemokratischen Partei Afghanistans (DVPA) seit dem April 1978, eine Modernisierung des Landes unter sozialistischen Vorzeichen nunmehr mit Zwang und Gewalt durchzusetzen, spitzten ihn schließlich dramatisch zu.

Gleichzeitig bietet Afghanistan natürlich ein Terrain für die Auseinandersetzung zwischen den Weltmächten USA und Sowjetunion, ein Terrain, auf dem eine sogenannte Regionalkrise forciert wird, in der das Land selbst nur eine Statistenrolle spielt. Und vor diesem Hintergrund ist in letzter Zeit oft behauptet worden, der sowjetische Truppenabzug als Folge der Genfer Verträge sei ein »Modell für die Beilegung anderer Regionalkrisen«. Nichts wäre weiter von der Realität entfernt.

Die sowjetische Intervention in Afghanistan war für das Land und für die Sowjetunion selbst eine Katastrophe. Sie hatte etwa 15.000 tote Sowjet-Soldaten zur Folge und ein Mehrfaches an Verletzten und dauerhaft Verkrüppelten. Der Unterhalt von 108.000 Soldaten über mehr als neun Jahre unter schwierigen logistischen und topographischen Bedingungen erwies sich als eine schwere militärische und vor allem auch wirtschaftliche Bürde, die die ökonomische Krise der Sowjetunion verstärkte. So wurde die dauerhafte Präsenz in Afghanistan zu einem politischen Problem, und zwar um so mehr, je deutlicher sich die Artikulationsmöglichkeiten für abweichende Meinungen ausweiteten. Je erfolgreicher Glasnost war, desto schwieriger wurde es, die Präsenz des sowjetischen Militärs in Afghanistan zu legitimieren.

Schließlich waren die außenpolitischen Kosten der Intervention beträchtlich: Die Position der UdSSR in der Dritten Welt war auf Dauer geschwächt, insbesondere verschlechterten sich die Beziehungen zu den islamischen Staaten. Jedes Jahr verabschiedete die UN-Vollversammlung mit überwältigender Mehrheit Resolutionen (ca. 120 Länder stimmten zu), die die Intervention verurteilten und den Abzug der Truppen forderten. Eine Belastung der ökonomisch-politischen Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten Westeuropas und Nordamerikas kam hinzu. Da ein militärischer Sieg oder ein Erfolg nach dem Muster klassischer Counterinsurgency aussichtslos erschien, geriet die Sowjetunion zunehmend in den Zwang, sich aus dieser Lage lösen und nach Wegen eines Truppenabzugs suchen zu müssen, die den Schaden begrenzen würden.

Spätestens seit 1983, verstärkt nach dem Amtsantritt Gorbatschows, hat sich die Sowjetunion bemüht, sich mit den USA dahingehend zu verständigen, daß ein Truppenabzug dann erfolgen könnte, wenn die USA auf eine militärische Unterstützung der Mudjahedin verzichten würden. Zunächst sollten diese Offerten noch an eine Anerkennung und Bestands-Garantie der afghanischen Regierung gekoppelt werden, eine Bedingung, die bald aber nicht mehr ernsthaft gestellt wurde.

Die US-Regierung war sich bezüglich Afghanistans alles andere als einig: Eine Fraktion, die den Abzug der sowjetischen Truppen erreichen wollte, war bereit, gewisse Zugeständnisse zu machen, um ihrem Ziel näher zu kommen. Eine militantere Fraktion, die stärker im Pentagon und in der CIA als im Außenministerum verankert war, hatte anderes im Sinn:

Ihr ging es darum, die Sowjetunion in Afghanistan »ausbluten« zu lassen. Noch 1986 wurde mir von einem hochrangigen Gesprächspartner aus dem Pentagon erklärt, die US-Regierung wolle den Truppenabzug der Sowjetunion geradezu verhindern. Die Sowjets hätten sich in eine unhaltbare und politisch wie militärisch kostspielige Lage gebracht, und es läge nicht im amerikanischen Interesse, sie daraus zu befreien. »Wir werden die Sowjets in Afghanistan festnageln und bluten lassen« und »Wir kämpfen bis zum letzten Afghanen« waren Formulierungen, die ebenso zynisch wie treffend die Politik der US-Administration beschrieben. Die militante Fraktion hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt im wesentlichen durchgesetzt, und erst im Zuge der Verbesserung des Verhältnisses zwischen USA und Sowjetunion und dem Ausscheiden wichtiger »Falken« aus der Regierung (Casey, Weinberger, Perle, Ikle, u.a.) wurde sie wieder in den Hintergrund gedrängt.

Die USA betrieben und betreiben in Afghanistan eine der größten CIA-Operationen ihrer Geschichte. Sie ist auf jeden Fall die umfangreichste seit dem Vietnamkrieg, möglicherweise noch umfassender. Die Unterstützung der Contras gegen Nicaragua war dagegen eine relativ bescheidene Angelegenheit. Wichtiger Bestandteil der Operation war von Anfang an die psychologische Kriegführung (PSYOP), die die Wahrnehmung des Krieges in der Weltöffentlichkeit beeinflussen sollte – und dies auch erfolgreich getan hat. Ziel war, den Krieg in Afghanistan als einen »guten Krieg« (in den Worten eines hohen Beamten der US-Regierung) zu verkaufen, in dem eine »Befreiungsbewegung« (die Mudjahedin) gegen fremde – sowjetische – Invasionstruppen kämpfte, um die Unabhängigkeit ihres Landes zurückzuerlangen. Die völkerrechtswidrige Intervention die Bombardierungen aus der Luft und andere Praktiken des sowjetischen Militärs erleichterten diesen Versuch, den Krieg zum Kampf des Guten gegen das Böse zu stilisieren. Wie die Contras wurden auch die Mudjahedin zu »Freiheitskämpfern« zurechtdefiniert. In Afghanistan ist es allerdings etwas schwerer, diese Darstellung als Propaganda zu erkennen. War es in Nicaragua von vornherein klar gewesen, daß es sich bei den Contras um eine von den USA kontrollierte- Söldnertruppe ohne nennenswerte soziale Basis im Land handelte, so traf das auf die Mudjahedin nicht zu: Unabhängig von ihrer massiven Unterstützung durch die US-Regierung waren sie in Afghanistan verankert und ein Produkt innerafghanischer Widersprüche. In Afghanistan existierte also ein genuiner Widerstand gegen eine linke Regierung, und daneben gab und gibt es Gruppen, Organisationen und Parteien mit Söldnercharakter und einer entsprechenden Mentalität.

Die Mudjahedin als Organisation wurden – nach der Aussage eines daran leitend beteiligten pakistanischen Generals – 1973 von der pakistanischen Armee gegründet. Kurz zuvor hatte Pakistan den Krieg gegen Indien verloren (und in der Folge seine östliche Staatshälfte), in den Nachbarländern VR China und Sowjetunion schienen Veränderungen bevorzustehen, deren Auswirkungen man noch nicht absehen konnte. In dieser Situation sei dann auch noch König Zahir Shah im Nachbarland Afghanistan gestürzt worden, so daß dort eine längere Periode politischer Instabilität zu erwarten war. Aus strategischen Gründen, so der General im November letzten Jahres, habe die pakistanische Armee daher entschieden, in allen Provinzen Afghanistans »eine militärische Option aufzubauen« – nicht, um sofort Krieg zu führen, aber um für die Zukunft den eigenen Spielraum auszuweiten. So seien die Mudjahedin als organisierte und militärische Kraft entstanden, damals geführt von Rabbani, unter Mitarbeit von Hekmatyar, die beide noch heute eine führende Rolle spielen. Diese Organisation ist vom pakistanischen Militär finanziert und bewaffnet worden, »und funktionierte bis 1977 als Unterorganisation des (pakistanischen) militärischen Geheimdienstes«.

Mit dem Putsch General Zia Ul-Haqs wurde die Operation abgebrochen, »weil dieser den strategischen Charakter nicht verstanden« habe. Daraufhin spaltete sich die Organisation, da ihre unterschiedlichen Flügel nun zu verschiedenen Ländern und Geldgebern gingen, um sich zu finanzieren – das Ergebnis sind die sieben Parteien, die heute in Peshawar residieren. Erst im Juli 1979 sei die Operation wieder systematisch aufgenommen worden, und zwar auf Drängen der CIA. Die CIA hat sich damals an die pakistanischen Militärs gewandt, um sich Beratung, Unterstützung und Kontakte zu verschaffen, die eine Fortsetzung der Mudjahedinoperationen erlauben würden. Diese CIA-gesteuerten Aktivitäten begannen (nach ersten, noch zaghaften Versuchen 1978) in der zweiten Jahreshälfte 1979 und wurden hinter dem Rücken des eigenen Außenministeriums durchgeführt. Im Verlauf der nächsten zwei oder drei Jahre ging der pakistanische Einfluß langsam zurück, im gleichen Maße, in dem sich das CIA-Engagement vergrößerte. Der Umfang der Unterstützung wuchs in erstaunlichem Maße: Allein 1987 lag der Wert der Waffenlieferungen bei rund 700 Millionen Dollar, dazu kamen »zivile, humanitäre« Hilfe, gefälschte Banknoten, die den Mudjahedin einerseits lokale Währung verschafften und zugleich die afghanische Wirtschaft untergruben.

Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, in welchem Maße es den USA gelang, die Mudjahedin – und insbesondere die Siebenerallianz in Peshawar – als rundum positive »Freiheitskämpfer« zu verkaufen, die nur ihr Land von den sowjetischen Truppen befreien wollten. Schließlich hatten sie bereits vor der sowjetischen Intervention, Teile der Mudjahedin bereits vor der Regierungsübernahme durch die DVPA, einige Vorläufer sogar schon unter König Zahir Shah gekämpft, als weder der Antikommunismus, noch die Intervention als Legitimation zur Verfügung standen. Auch das entscheidende Engagement des pakistanischen Geheimdienstes und der CIA hinderten die amerikanische Administration und ihre Medien nicht, diese Kräfte zur »Nationalen Befreiungsbewegung« zu ernennen. Regelmäßige Massaker gerade jener Gruppen, die am massivsten mit US-Waffen und CIA-Geld ausgestattet wurden, waren nicht einmal ein ernstes Public-Relations-Problem. Massaker an Zivilisten, Häutung von Gefangenen, Vergewaltigungen, alle möglichen Arten von

Greueltaten, beispielsweise bei der vorübergehenden Einnahme der Stadt Kunduz im letzten Sommer, konnten das glänzende Image der Mudjahedin und der Siebenerallianz nicht ankratzen. So war die massive Unterstützung dieser »Befreiungsbewegung« im Gegensatz etwa zur Unterstützung der nicaraguanischen Contras in der US- oder der Weltöffentlichkeit nie ein Problem. Der Kongreß bewilligte mehr als einmal mehr Geld für die Operation, als die CIA überhaupt wollte oder sinnvoll ausgeben konnte und die Regierung beantragt hatte. (Daß 60 – 70 Prozent der Gelder dann in dunklen Kanälen verschwanden oder viele Waffen gleich auf dem Schwarzmarkt verkauft wurden, war nicht weiter bedeutsam.) Es wurde tatsächlich der »gute Krieg«, den man sich seit Vietnam gewünscht hatte.

Dieser »gute Krieg« wurde zunächst verdeckt, schrittweise aber immer offener geführt, insbesondere nachdem CIA-Direktor Casey im März 1981 die Ausdehnung der Operation angeordnet hatte. Dabei mußten Widerstände der pakistanischen Regierung überwunden werden. Die Rekrutierung hoher Militärs für die CIA – etwa des Generals und Chefs der Militärischen Operationen, Mian Mohammad Afzal – oder ein umfangreiches Paket militärischer und wirtschaftlicher Hilfe – 3,2 Milliarden Dollar über 6 Jahre – erwiesen sich hier als hilfreich, die von Reagan angebotene Stationierung US-amerikanischer Truppen in Pakistan lehnte Präsident und General Haq dagegen freundlich und bestimmt ab. Die daraufhin im Herbst 1981 zwischen Pakistan und den USA getroffene Übereinkunft legte Pakistan auf eine dauerhafte und nachdrückliche Unterstützung der Mudjahedin fest. Zugleich wurde eine detaillierte Absprache über die Logistik des Waffennachschubs getroffen: Die CIA transportierte ihr Arsenal nach Pakistan, den größten Teil per Schiff nach Karachi, die sensibleren Waffen per Flugzeug nach Peshawar. Dort übernahm die National Logistics Cell (NLC) des pakistanischen Geheimdienstes ISID (Interservice Intelligence Directorate). Die NLC war dann dafür zuständig, die Waffen ggf. nach Quetta oder Peshawar weiterzutransportieren und dort, unter Aufsicht der CIA, an die sieben lizensierten Mudjahedinparteien zu verteilen. Dabei wurden rund zwei Drittel an die fundamentalistische Hisb-i-Islami des Islamistenführers Hekmatyar geliefert, deren militärische Kampfkraft die USA am höchsten einschätzten und die die pakistanische Regierung aus politisch-ideologischen Gründen bevorzugte. (In letzter Zeit gibt es Hinweise dafür, daß die USA bestimmte interne Kommandanten stärker berücksichtigen möchten.) Ein Teil des Nachschubs wurde von der CIA – vermutlich ohne Kenntnis der Bundesregierung – über die BRD abgewickelt, insbesondere die sensibleren Güter, wie beispielsweise die technisch hochentwickelten Stinger-Flugabwehrraketen. C-5 Transportflugzeuge aus den USA machten zu diesem Zweck nicht selten Stop im Rhein-Main-Gebiet, andere Waffen, etwa Tellerminen, wurden aus CIA-Einrichtungen bei Stuttgart in den Oman geflogen und von dort per Schiff nach Karachi gebracht.

Die Regierungen Afghanistans, Pakistans, der Sowjetunion und der USA einigten sich darüber, daß 1. die sowjetischen Truppen innerhalb von neun Monaten aus Afghanistan abgezogen werden müßten, daß 2. die Unterstützung der Mudjahedin oder jede Politik, die als Unterstützung aufgefaßt werden könnte, sowie jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans oder Pakistans einzustellen seien, und daß 3. die Rückführung und Wiederansiedlung der Millionen Flüchtlinge gemeinsam in Angriff genommen werden sollte. Außerhalb der offiziellen Vertrags-Vereinbarungen kam es zu einem informellen Gentlemen's Agreement zwischen den USA und der UdSSR, das eine Politik »positiver Symmetrie« beinhaltete, also das »Recht« der USA, die Mudjahedin weiter in dem Maße zu beliefern, in dem die Sowjetunion die afghanische Regierung unterstützte.

Die Reagan-Administration hatte seit Jahren erfolgreich versucht, ein derartiges Vertragspaket zu verhindern. Bereits 1982/83 und 1985/86 wären entsprechende Vereinbarungen und damit ein Abzug der sowjetischen Truppen möglich gewesen – wie aus UNO-Vermittlerkreisen verlautete – , wurden aber durch die US-Regierung torpediert, mal durch massiven Druck auf Pakistan, mal durch militante Erklärungen und eine Ausweitung eigener Waffenlieferungen. Erst die allmähliche Schwächung der »Ausbluter«-Fraktion in Washington und die allgemein sich entspannende internationale Lage im Zusammenhang mit den INF-Vertragsverhandlungen erlaubten es, 1988 doch einen entsprechenden Vertrag zu schließen. Allerdings: Eine grundsätzliche Umkehr der US-amerikanischen Politik war damit nicht verbunden. Außenminister Shultz erklärte anläßlich der Unterzeichnung der Genfer Abkommen, daß die USA natürlich auch weiterhin das »Recht« hätten, die Mudjahedin zu unterstützen und dies auch tun würden. Tatsächlich konnte von einer politischen Lösung des Konfliktes keine Rede sein, die Kämpfe flauten nicht ab, Waffenlieferungen wuchsen, statt sich zu verringern. Die CIA-Lieferungen an die Mudjahedin dürften 1988, im Vorgriff und als Reaktion auf die Genfer Abkommen, bei etwa 1,5 Milliarden Dollar gelegen haben, vermutlich eher noch darüber. Allein in den ersten vier Monaten des Jahres wurden in aller Hast für rund 500 Millionen Dollar Waffen geliefert, aufgrund der Eile vermehrt über Frankfurt und Wiesbaden.

Es ist bemerkenswert, daß die US-Regierung auch nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen ihre Unterstützung der Mudjahedin nicht aufgegeben oder vermindert, sondern den Sturz der afghanischen Regierung zum Ziel erklärt hat. Damit wird noch einmal unterstrichen, daß der bloße Abzug der Sowjetunion nicht der Kern US-amerikanischer Afghanistanpolitik gewesen ist. Dies war bereits im August 1979 mit schöner Deutlichkeit in einem geheimen Bericht des US-Außenministeriums formuliert worden. Schon damals hieß es: »Der Sturz der Demokratischen Republik Afghanistan würde dem Rest der Welt zeigen, insbesondere der Dritten Welt, daß die sowjetische Sichtweise eines unvermeidbaren sozialistischen Ganges der Geschichte falsch ist«. Das war tatsächlich das zweite Hauptelement der US-amerikanischen Afghanistanpolitik: nach dem »Festnageln und Ausbluten« der UdSSR nun die Demonstration, daß sich linke Regierungen

in der Dritten Welt auch durch ein Bündnis mit der Sowjetunion nicht absichern könnten, und daß die USA über die Mittel und die Entschlossenheit verfügten, unliebsame Revolutionen rückgängig zu machen.

Die Sowjetunion konnte dieser Politik nicht sonderlich viel entgegensetzen. Sie hatte sich in politischer und militärischer Fehleinschätzung der Lage in diese Situation selbst hineinmanövriert. Sie konnte den Krieg nicht gewinnen, und eine politische Stabilisierung der Demokratischen Volkspartei und ihrer Regierung war ihr mißglückt. Interne Auseinandersetzungen bis hin zu Schießereien im Politbüro der DVPA und die Versuche, über eine Politik der Nationalen Aussöhnung oder diskrete Kontakte zu Mudjahedinführern eine breite Koalition zustande zu bringen, hatten daran nichts geändert. Mit dem Beginn des Truppenrückzuges verlor die Sowjetunion zunehmend an Verhandlungsstärke, da sie immer weniger anzubieten hatte. Als Pakistan und die USA offen die Genfer Verträge und sogar die »Politik positiver Symmetrie« verletzten, konnte sie kaum etwas dagegen tun, außer zu protestieren. Ihre Reaktion bestand in hektischer Verhandlungsdiplomatie, die aber zu spät kam, in offensichtlich hilflosen Drohgebärden und in einer zeitlich begrenzten militärischen Eskalation durch Einführung der Scud-Raketen und MiG 27-Bomber, die allerdings militärisch praktisch bedeutungslos waren. Die einzige Alternative wäre ein Abbruch des Truppenrückzugs gewesen, und dieser war weder politisch realistisch, noch bot er irgendeine Perspektive.

In der Tat war die CIA-Operation in Afghanistan nicht nur eine der größten Geheimdienstaktionen der Geschichte, sondern auch eine der erfolgreichsten. Der US-Regierung war es gelungen, die Sowjetunion weit länger und unter höheren Kosten in Afghanistan festzunageln als diese es sich hätte träumen lassen. Der US-Regierung war es gelungen, im Unterschied zu ihrem Engagement in Nicaragua die Politik geheimer Kriegführung in der eigenen Öffentlichkeit und in den westlichen Medien populär und unterstützenswert erscheinen zu lassen. Damit hat sie Dämme gegen weitere »verdeckte Aktionen« in anderen Ländern (etwa Angola) gebrochen. Und der US-Regierung war es schließlich gelungen, die Sowjetunion in eine Position politischer und militärischer Hilflosigkeit hineinzumanövrieren, die praktisch in einem Rückzug um jeden Preis enden mußte.

In der Öffentlichkeit wird der sowjetische Truppenabzug nicht selten als »Modell« für die Lösung weiterer Regionalkrisen begriffen. Das ist entweder Wunschdenken – die Sowjetunion wird nicht überall so in die Mangel genommen werden können, daß sie die Kosten begrenzen und aufgeben muß. Oder es ist Unsinn, dann nämlich, wenn man glaubt, »Diplomatie und friedliche Konfliktlösung« hätten den Truppenabzug bewirkt, den Krieg nunmehr beendet, den Konflikt gelöst. Im Zuge des nicht stattfindenden Friedensprozesses ist der Krieg eskaliert worden, und die Supermacht USA hat sich im wesentlichen durchgesetzt – vorläufig. Der Krieg ist nicht durch den vorausgesagten »Zusammenbruch des Kabuler Regimes« beendet worden, und wird wohl noch einige Zeit weitergehen. Ein Scheitern der Regierung an ihren inneren Widersprüchen ist nicht auszuschließen, aber ein Zerfall der Mudjahedin-Allianzen und ein Krieg zwischen deren Bestandteilen ebensowenig. Die Libanonisierung Afghanistans ist nicht unwahrscheinlich, weil, unabhängig davon, wie lange der Krieg noch dauern und wer ihn gewinnen wird, keine politische Kraft in der Lage sein dürfte, das ganze Land (oder zumindest seinen größten Teil) zu kontrollieren. Das ist die Folge sowohl der Fragmentierung der afghanischen Gesellschaft als auch der Politiken der Sowjetunion und der USA (von der VR China, Saudi Arabien und dem Iran zu schweigen).

Gegenwärtig müht sich die CIA, eine Vereinheitlichung der Mudjahedin hinzukriegen, deren Allianz nur durch den gemeinsamen Kampf gegen die Sowjetunion und durch Pressionen Pakistans und der USA zusammengehalten wurde und noch wird. Zugleich arbeitet sie daran, den erhofften »Übergang« möglichst schnell und problemlos zu organisieren. Ein »Sturm auf Kabul« erscheint momentan weder politisch attraktiv, noch militärisch sonderlich vielversprechend. Daher soll versucht werden, die Regierung von innen zum Einsturz zu bringen, entweder durch die Organisierung von Aufständen der städtischen Bevölkerung in der Hauptstadt, oder durch eine Spaltung der Armee und einen Putsch, in dessen Verlauf einem Teil der Militärs eine Amnestie angeboten werden soll.

konkret 04/89, S. 32

Rainer Butt

Sie werden die letzten sein

Reporter decken Massengräber auf, Historiker fordern die Öffnung der Archive, die Parteiführung rehabilitiert die ehemals Verfemten, und Bürger schließen sich zusammen, um die Suche nach den Verbrechen der Stalin-Ära selber in die Hand zu nehmen. Während in der Sowjetunion die Auseinandersetzung über die Geschichte jahrzehntealte Tabus sprengt und der Kampf um die Entstalinisierung voll entbrannt ist, tun sich die bundesdeutschen Kommunisten mit der eigenen Historiker-Debatte schwer. Ihre Parteiführung hat ihnen eine Interpretation vorgegeben, die Stalin opfert, um die Entstalinisierung zu verhindern.

Stalinismus – das war für die DKP in den nunmehr zwanzig Jahren ihrer Existenz kein Thema für große Parteidebatten. Allenfalls langte es, je nach politischer Opportunität, für den ein oder anderen Artikel. Ein eigenes Erkenntnisinteresse schien nicht zu bestehen. Unter Stalin, so lautete die These, sei trotz aller Verbrechen der Sozialismus aufgebaut und gesichert worden, und die Sowjetunion habe aus diesen schweren Jahren gelernt. Derart zufrieden mit dem Zustand der kommunistischen Welt, wurde der Stalinismus im gültigen Parteiprogramm von 1978 nicht mal erwähnt. Dafür gelobte die DKP, in der Bundesrepublik die Wahrheit über die Rolle des Sowjetvolkes als »Vorkämpfer des Friedens, der Humanität und des Fortschritts« zu verbreiten. Die Partei fand die Leichtigkeit des Seins erträglich und schwebte in historischer Schwerelosigkeit .

Über Jahre ließ sich mit Lüge und Selbstbetrug gut für die neue Welt streiten. Nun aber sind die Zeiten eines derart ungetrübten Selbstbewußtseins vorbei, die Perestroika macht's möglich. In seinem Parteitagsreferat war dem Vorsitzenden Mies das ungeliebte Thema einen ganzen Absatz wert, und er räumte ein: »Unsere Geschichte ist auch nicht frei von Fehlern, Versäumnissen und Schwächen, auf ihr lasten die Folgewirkungen der Stalin-Zeit.« Welche Folgewirkungen er meinte und wie er sie zu überwinden gedenke, mochte er nicht sagen. Dafür setzte der langjährige Präsidiumsgenosse Angenfort nach und brachte es gleich auf drei »auch«: Es gehe bei der Geschichtsdiskussion »um die richtige Einordnung sowohl der Erfolge und der Wege, die zu ihnen geführt haben, als *auch* der Fehler und Irrtümer, die geschehen sind. *Auch* ihnen müssen wir uns stellen, um die Lehren aus ihnen zu ziehen, um ihre Wiederholung vermeiden zu können. *Auch* die Diskussion um die Rolle und Bedeutung Stalins ist aufgebrochen. Wir stellen uns dieser Diskussion.«

Wer die Diskussion selber nicht führen will, muß sich ihr eben stellen. Die DKP muß zur kommunistischen Historiker-Debatte getragen werden. Damit die Partei dabei aber nicht womöglich zu weit geht, folgt die obligatorische Mahnung, keinesfalls jenen auf den Leim zu gehen, die eine Umschreibung der Geschichte »im bürgerlichen Sinne« empfehlen. Eine »Diskussion der Selbstzerfleischung« sei nicht gewünscht. »Wir brauchen eine Diskussion mit dem Ziel, unsere Partei politisch, ideologisch zu stärken.« Bevor die Suche nach der Wahrheit richtig losgeht, wird erstmal festgelegt, wo sie zu enden hat.

Bleibt also alles beim alten? Schwerlich, mit der Perestroika im Nacken und den Kritikern in den eigenen Reihen kann nicht weiter so getan werden, als sei nichts gewesen. Wie die Parteiführung den Widerspruch zwischen Getrieben-werden und Bremsenwollen zu beherrschen gedenkt, haben zwei führende Mitarbeiter des zentralen Ideologie-Apparates der Partei, Günter Judick und Kurt Steinhaus, jetzt öffentlich gemacht. Deutlicher als alle bisherige Parteigeschichtsschreibung verurteilen sie stalinistische Verbrechen, kritisieren Fehler, deuten Konsequenzen an. Im gleichen Atemzug restaurieren sie jedoch Denkmuster und Argumentationsketten, die letztlich verhindern müssen, was das Buch im Titel verspricht: »Stalin bewältigen«. Präsentiert wird eine neue Version der Geschichte, die gegenüber der alten vor allem kosmetisch verändert wurde. Wie hätte sonst die Idee entstehen können, auf 80 Seiten im Schnelldurchgang von Stalin bis Gorbatschow zu schreiten?

Wie schwer ist die Last des Stalinismus? Eine unmoralische Frage? Nein, eine notwendige. Denn Verharmlosung, Verniedlichung und Verdrängung des Stalinismus waren die Bedingungen für das jahrzehntelange Schweigen der kommunistischen Bewegung. Sein Hintergrund ist nicht nur historischer Art. Was etwa soll man sich vorstellen, wenn vom »schändlichen Umgang mit oppositionellen (oder auch vermeintlich oppositionellen) Kräften« oder von »politischen und ideologischen Deformationen des sozialistischen Systems« die Rede ist? Was bedeutet der folgende Satz?: »Es spricht einiges dafür, daß die von Stalin betriebene Beseitigung der innerparteilichen Demokratie nicht zuletzt darauf gerichtet war, eine öffentliche Diskussion dieser und anderer negativer Ergebnisse seiner Politik zu verhindern. Er erreichte dieses Ziel vor allem dadurch, daß er sowohl die tatsächlichen als auch zahlreiche potentielle Gegner seiner Politik umbringen ließ.« Wieviele waren es? Hundert, Tausend, Zehntausend? Keine Antwort, keine Zahlen.

Die nannte jüngst der sowjetische Historiker Roy Medwedjew. Er bezifferte die Zahl der Opfer von Repressionsmaßnahmen unter Stalin auf 40 Millionen Menschen, von denen rund 15 Millionen ums Leben gekommen seien. In der Zeit des großen Terrors zwischen 1937 und 1939 seien fünf bis sieben Millionen Menschen festgenommen, zum Tode verurteilt oder in Lager gesteckt worden. Die Kontraste sind bedrückend: Judick/Steinhaus schreiben vom Getreidemangel, der »teilweise sogar zu Hungersnöten« geführt habe; Medwedjew stellt fest, daß durch die Hungersnöte

Anfang der 30er Jahre sechs bis sieben Millionen Menschen starben. Treffen seine Angaben zu, ist das Ausmaß der stalinistischen Verbreschen nur vergleichbar mit dem Grauen des deutschen Faschismus. Im Namen der höchsten Ideale der Menschheit verloren Millionen Menschen ihr Leben. Wie schwer ist die Last des Stalinismus?

Es bestünde ein »Mangel an zuverlässigen Informationen«, argumentieren Judick/Steinhaus. Besteht der Mangel wirklich? Die Angaben Medwedjews sind so neu nicht, sie decken sich mit denen anderer sowjetischer und nicht-sowjetischer Historiker. Die Mangel-Behauptung ist so alt wie die Stalin-Diskussion. Wie lange wollen sie noch warten? Eine brennende Frage, denn zwischen Schuldbewußtsein und Wahrheitsdrang gibt es einen unauflösbaren Zusammenhang. Das Wort »Schuld« aber kommt bei Judick/Steinhaus nicht vor.

Die vergessenen Fragen.

Die letzten Monate und der Tod Lenins, der Verbleib Stalins auf dem Posten des Generalsekretärs – ein entscheidender Moment für das folgende Drama. Schwerkrank diktiert Lenin am 24.12.1922 und am 4.1.1923 seine berühmten Briefe an den XIII. Parteitag und fordert die Ablösung Stalins von seinem Posten. Vergeblich. Lenins Warnung wird unterschätzt. Für Judick/Steinhaus ist die Episode damit erledigt. Warum aber hält Lenin die Briefe vor seinen alten Kampfgefährten aus dem Politbüro geheim? Warum richtet er sie nicht an das Politbüro oder das Zentralkomitee, sondern an den Parteitag, das höchste Gremium der Partei? Warum mißt er in der konkreten gesellschaftlichen Situation dem personellen Faktor eine derartige Bedeutung bei? Und schließlich: Warum verweigern sich die Delegierten des Parteitages der Forderung ihres alten Führers, warum stimmen sie gegen seinen Willen dem Verfahren zu, die Briefe nicht zur Behandlung auf dem Parteitag zuzulassen (sie wurden in den Delegationen verlesen) und nicht zu veröffentlichen? Fragen, die auf den Zustand der Bolschewiki, ihrer Führung sowie der gesamten Gesellschaft in dieser Phase des Aufbaus verweisen. Sie werden von Judick/Steinhaus nicht einmal gestellt.

Wo Zusammenhänge rekonstruiert und überdacht werden müßten, wärmen die Autoren lieber eine alte Legende auf. Sie verweisen auf die Rolle Stalins in der Auseinandersetzung mit Trotzki und kommen auf die über alle Neuauflagen der KPdSU-Geschichtsbücher konservierte Warnung vor der Gefahr des Trotzkismus zurück. Warum aber fällt Lenins Urteil über Trotzki günstiger aus als über Stalin? Warum schlägt er im Oktober 1922 Trotzki vor, die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare zu übernehmen, und warum hat Lenin keine Einwände gegen die Wahl Trotzkis in die leitenden Parteiorgane auf dem XII. Parteitag, obwohl dieser seinen Vorschlag abgelehnt hat? Warum bittet Lenin seinen Genossen mehrmals, anstatt seiner im Zentralkomitee der Bolschewiki die Verteidigung wichtiger politischer Angelegenheiten, so in der »georgischen Sache« und in der Frage des Außenhandelsmonopols, zu übernehmen? Und sollte die These, die Partei sei durch die Auseinandersetzung mit Trotzki belastet, zutreffen, warum warnt Lenin nicht vor der drohenden Gefahr?

Zu den nicht gestellten Fragen gesellen sich fertige Behauptungen. Von Beginn an ist die Oktoberrevolution verbunden mit der Hoffnung auf die Weltrevolution. Noch 1921 erklärt Lenin auf dem III. Kongreß der Komintern, den russischen Revolutionären sei klar, »daß ohne die Unterstützung der internationalen Weltrevolution der Sieg der proletarischen Revolution unmöglich ist«. Der Traum ist schnell ausgeträumt, weitere das kapitalistische System sprengende Revolutionen sind nicht in Sicht. Kann also der Sozialismus in einem Land aufgebaut werden ? Noch dazu in einem wirtschaftlich, politisch und kulturell derart rückständigen? Wenn ja, wie kann dieser sozialistische Entwicklungsweg aussehen? Diese Fragen werden zum Zentralthema in den letzten Arbeiten Lenins wie in den Diskussionen der Bolschewiki und der Komintern. Wo es aus heutiger Sicht um eine politische Entscheidung, ihre Ziele, Wege und Folgen geht, setzen Judick/Steinhaus kurzerhand den historischen Sachzwang und betonen die behauptete Alternativlosigkeit mittels Kursivschrift: «Der Sozialismus *mußte* in einem Land aufgebaut werden.« *Mußte* er wirklich?

Anderen Knotenpunkten der Geschichte der Sowjetunion ergeht es nicht besser. Wo die Neue Ökonomische Politik als ein völlig neues Konzept des nationalen und internationalen Sozialismus zur Debatte steht, wird sie zu einem wirtschaftspolitischen Mittel zur »Nutzung von Marktmechanismen« degradiert; wo es um die Frage der Vermeidbarkeit des Krieges geht, wird die Alternativlosigkeit des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages ohne jede Beweisführung verkündet; wo untersucht werden muß, wie und warum die Aufarbeitung des Stalinismus nach dem berühmten XX. Parteitag abgebrochen wurde, wird das Problem zu »bestimmten Inkonsequenzen« verniedlicht und die alte Legende wiederholt, die Sowjetunion habe den Bruch mit dem Stalinismus längst vollzogen. Die Logik dieser Vorgehensweise führt zwangsläufig immer wieder zu einer Konsequenz: Alles kam, wie es kommen mußte. Eine redliche Stalinismus-Aufarbeitung dagegen hätte mehr zu sein als die Ausfüllung »weißer Flecken«, ihr wesentlicher Kern bleibt die Um- und Neubewertung der Geschichte. Ohne den Bruch mit alten Legenden, ohne die Entstalinisierung der Geschichtswissenschaft bleibt diese Aufgabe unlösbar.

Wäre der Stalinismus die Summe einzelner Fehler und Verbrechen, der Streit könnte vermutlich schnell beigelegt werden. Doch Stalinismus ist mehr, und unter dem Gesichtspunkt seiner Folgen müssen gerade seine politischen, ideologischen und psychologischen Zusammenhänge von Interesse sein – hier zeigt er Langzeitwirkung. Was ist Stalinismus in der Theorie?

Judick/Steinhaus nennen Beispiele und ihre Folgen: die These von der notwendigen Zuspitzung des Klassenkampfes im Sozialismus, die Unterscheidung von »Hauptfeind« und »Hauptschlag« im Zusammenhang mit der Sozialfaschismus-These. Falsche Thesen sind Ergebnisse von Fehlern des theoretischen Systems. An dieser Stelle speisen Judick/Steinhaus ihre LeserInnen mit der Erklärung ab, Stalin habe eine gewisse Neigung zu Schematisierungen und Vereinfachungen gehabt. So einfach ist das. Doch was ist mit der Verknöcherung und Dogmatisierung marxistischen Denkens, mit der Verwandlung marxistischer Weltanschauung in Lehrsätze und Formeln, mit der Verkehrung des Verhältnisses von Realität und Theorie, mit dem Wechsel von geistiger Auseinandersetzung zum gläubigen Bekenntnis, kurz: Was ist mit stalinistischen Denk- und Verhaltensstrukturen?

Diese Fragen werden ebenso ausgeklammert wie das Problem der Partei-Theorie, ein aktuell brisantes Thema. Die Partei als »organisierter Vortrupp, Kampfstab und Führer der Arbeiterklasse«, als »Instrument der Diktatur des Proletariats« und »eine mit der Existenz von Fraktionen unvereinbare Einheit des Willens« – die Lehre von der Partei wird mit Stalins Hilfe zur Ansammlung ewig gültiger Formeln zurechtgestutzt, deren Spuren in Politik und Psychologie noch heute unschwer auszumachen sind.

Die historische Bilanz.

Alle Auseinandersetzung mit dem Stalinismus kulminiert in der Frage, was denn in den Jahren zwischen 1917 und 1956 in der SU tatsächlich entstanden ist. Judick/Steinhaus erweisen sich als Protagonisten der These von den Erfolgen

und Niederlagen der Revolution, ihre Argumentation basiert auf der einerseits-andererseits-Dialektik: Einerseits war die Sowjetunion Schauplatz von Verbrechen, andererseits wurden die Grundlagen des Sozialismus geschaffen; einerseits wurde der Sozialismus deformiert, andererseits blieb sein revolutionäres Wesen erhalten. Die Geschichte wird zur Kosten-Nutzen-Rechnung, die unterm Strich nur ein Ergebnis kennt: Sozialismus. Ihr ausschlaggebender Faktor sind die objektiven Bedingungen: zu bedenken sei, daß die Probleme, mit denen Stalin es zu tun hatte, auch jedem anderen an der Spitze der KPdSU zu schaffen gemacht hätten; zu beachten sei, daß die kommunistische Bewegung eine kämpfende Bewegung sei, die ihre Fehler nicht in der Studierstube, sondern in harten und komplizierten Kämpfen mache. Für politische oder moralische Zweifel bleibt da kein Platz, immer wieder bricht die Logik der I die Zwecke heiligenden Mittel durch.

Kann denn berechtigterweise von Sozialismus gesprochen werden, wenn seine Opfer in Millionen gezählt werden müssen? Was ist das für ein Sozialismus? Oder schärfer: Ist das stalinsche Sozialismus-Modell das sozialistische Gegenstück zur faschistischen Variante des Kapitalismus, muß also die Theorie des Sozialismus um seine verschiedenen Varianten, auch die fürchterlichsten, erweitert werden? Wenn richtig ist, daß eine Grundlage der stalinschen Herrschaft die Abwesenheit der politischen Macht der Arbeiterklasse war, Inwiefern trifft die Kennzeichnung der SU als sozialistische Gesellschaft dann überhaupt zu? Ohne die Beantwortung dieser Fragen verkommen alle Versuche, den Stalinismus zu erklären, zur teilweisen Rechtfertigung der Täter und ihrer Taten.

Eine Geschichtsschreibung à la Judick/Steinhaus kommt, indem sie permanent gegen die Methode des dialektischen und historischen Materialismus verstößt und Geschichte personifiziert, mit Stalin, Beria, Molotow, Shdanow, Lyssenko und einigen anderen bösen Buben auf der einen und vielen Opfern auf der anderen Seite aus. Doch was ist mit den Millionenmassen der sowjetischen Völker wirklich passiert? Wer hat die Erschießungen erledigt, die Massengräber ausgehoben, die Gefangenen gefoltert, die Eingekerkerten bewacht, die Arbeitslager kontrolliert, die Deportierungen bewerkstelligt, die Denunziationen besorgt und die Parteiversammlungen zu Gerichtsverhandlungen auf Leben und Tod umfunktioniert?

Die herangezogene Theorie versagt schließlich, wo es gilt, die bekannten Einzelphänomene zu einem Ganzen zusammenzufügen, und die Autoren verstummen. Was ist Stalinismus? Weder wird der Begriff verwendet, noch diese Frage gestellt. Seit über dreißig Jahren hat die Bewegung, die auch Stalin zu ihren Vorläufern zählt, keinen theoretischen Begriff von dem, was geschehen ist. Daran wird sich bei dieser Art der Geschichtsschreibung nichts ändern.

Angst vor der eigenen Geschichte.

Zur Ruck-Zuck-Abhandlung des Stalinismus gehört der unkritische Umgang mit der eigenen Geschichte. Daß die KPD Ende der 50er Jahre kurzerhand einige falsche Thesen ersetzt und ihr Vorsitzender Max Reimann wortreich den Personenkult kritisiert hat, reicht Judick/Steinhaus, um die Behauptung zu begründen, die Veränderungen in der Sowjetunion nach Stalins Tod hätten ihren Niederschlag in der kommunistischen Bewegung der Bundesrepublik gefunden. Nur das angedrohte und schließlich verfügte Verbot habe die Aufarbeitung der Stalin-Zeit durch die KPD behindert und die Härte der Klassenauseinandersetzung die Aufarbeitung eigener Fehler in den Hintergrund gedrängt.

Aber hätte nicht das eine wie das andere stattfinden müssen, hätten dafür nicht trotz der komplizierten Lage entsprechende Möglichkeiten geschaffen werden müssen und auch können? Wäre nicht die Lösung vom Stalinismus politisch und moralisch nötig gewesen, hätten der KPD nach 1945 damit nicht schwere Fehler erspart und ganz andere Perspektiven

eröffnet werden können? Und auch hier ist die Pose, in der eigenen Bewegung nur der Opfer zu sehen, zwar verständlich, aber nicht haltbar: Hat es in der KPD nur Opfer, nicht auch Täter gegeben? Lieber greifen die Autoren unterschwellig auf ein Motiv zurück, das Chrustschow mit seiner internen Rede auf dem XX. Parteitag 1956 in die Bewegung gepflanzt hat: Die Diskussion über die Verbrechen der Stalin-Zeit und die Fehler der eigenen Bewegung sei ein Zeichen von Schwäche und stärke nur den Gegner.

Dem Freispruch für die KPD folgt die Reinwaschung der DKP. Das Ausmaß der inneren Fehlentwicklungen in der Sowjetunion sei bis Mitte der 80er Jahre für die DKP und ihre Führung nicht erkennbar gewesen. Unglaublich, aber das steht da. Dabei waren die Widersprüche zwischen den Zielen und dem Alltag, die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die ökologischen Zerstörungen, die Fehler der Außenpolitik, die Mängel des politischen Systems, die Zerfallserscheinungen wie Alkoholismus oder Prostitution usw. nur jenen verborgen, für die nicht sein konnte, was nicht sein durfte.

Tatsächlich liegt der Kern des Problems, das wissen auch die Autoren, in der Haltung zur Sowjetunion. Die KPD habe in der Sowjetunion das Land des Sozialismus gesehen, das es *bedingungslos zu* verteidigen gelte. In den 30er, 50er und 70er Jahren sei Kritik nur über den Preis des Zerwürfnisses mit der KPdSU zu haben gewesen. »Die kommunistische Bewegung der Bundesrepublik hat sich ganz bewußt geweigert, eine solche Möglichkeit auch nur in Betracht zu ziehen.« Sie hat es nicht nur nicht getan, sie hat selbst die Erwägung dieser Möglichkeit verweigert, erklären die Autoren, nicht ohne Stolz, wie's scheint. Wer so denkt, verhökert die eigene Unabhängigkeit zum Billigpreis; wer keine Bedingungen stellt, kann auch nichts verlangen. Die nachträgliche Rechtfertigung der selbst-verordneten Schweigepflicht schließt offenbar jede selbstkritische Reflektion über den moralischen, politischen und ideologischen Preis der Unterordnung aus. Stalin-Aufarbeitung ohne Aufarbeitung eigener Geschichte. Eine bizarre Situation entsteht: Während die KPdSU Abschied vom Monopol auf Wahrheit nimmt, legen führende Genossen aus der Bundesrepublik die Annahme nahe, daß bei ihnen auch künftig nur das geglaubt werden soll, was von Moskau abgesegnet wird.

Geschichte wird gemacht. Stalin wußte die Geschichte zur willfährigen Dienerin seiner Ziele zu machen, Chrustschow und Breschnew setzten diese Tradition fort. Auch unter Gorbatschow scheint die Versuchung groß, Geschichte zu instrumentalisieren. Die Sache hat System. Je verschwommener der Verweis auf die Verbrechen, desto leichter die Rechtfertigung eigener Fehler; je gründlicher die Verdrängung, desto genügsamer die Theorie und desto langlebiger die Legenden; je unklarer die Ursachen, desto unverbindlicher die Konsequenzen. Das zu Bewältigende wird unbewältigbar.

Wo Geschichte neu durchdacht und geschrieben werden muß, wird eine veraltete gegen eine modifizierte Version ausgetauscht, wo Umgestaltung fällig ist, sollen kosmetische Veränderungen reichen, wo Revolution not tut, soll Reform genügen. Stalin wird geopfert, um die Entstalinisierung zu verhindern.

So findet auch in den Zeiten der Perestroika eine alte Erfahrung ihre Bestätigung: Die Kommunisten werden die letzten sein, die zur Wahrheit über die Geschichte der eigenen Bewegung vordringen. Wäre der Stalinismus einzig und allein ihr Problem, wären sie die Alleinerben und zudem politisch bedeutungslos für die Linke, beträfe der Stalinismus nur die Vergangenheit, nicht aber auch die Gegenwart, dann könnte ihre Ignoranz übergangen werden. So aber muß gefragt werden, wie die wohl letzte Chance zur Entstalinisierung von Geschichte, Gegenwart und Zukunft gewahrt werden kann.

Günter Judick, Kurt Steinhaus (Hrsg.): Stalin bewältigen. Dokumente und Aufsätze, Edition Marxistische Blätter, Düsseldorf 1989, 376 Seiten, 18,80 Mark

Rainer Butt ist Mitglied des Bundesvorstands der SDAJ und verantwortlicher Redakteur der »Jugendpolitischen Blätter«

konkret 04/89, S. 36

Jan Philipp Reemtsma

Vom Himmel hoch...

Auschwitz: Eine zwanghafte Wiederholung pr□ historischer Brandopferrituale; der Antisemitismus: ein Effekt interplanetarischer Kollisionen □ der Bremer Hochschullehrer Gunnar Heinsohn hat eine Theorie des Antisemitismus vorgelegt, die so absurd wie schamlos ist

Als Gunnar Heinsohn das, was nun mehr als Buch vorliegt *, im Rahmen ~ einer vom Hamburger Institut für Sozialforschung mitveranstalteten Vortragsreihe referierte, habe ich sein Referat eine Schamlosigkeit genannt. Es war damals keine Diskussionszeit mehr, das zu begründen – ich werde es hier kurz nachholen. Zuvor aber muß ich sagen, daß ich ungeachtet dieser Bewertung mit vielen Anliegen Heinsohns, ich wünschte mir zu sagen: mit seinen wesentlichen, vollständig übereinstimme. Ich denke, wie er, daß sich der Antisemitismus nur aus und vor dem Hintergrund seiner langen Geschichte verstehen läßt; ich denke, wie er, daß es darum wichtiger ist, die Kontinuitäten von christlich-religiösem Antijudaismus und sogenannt »modernem« Antisemitismus zu betonen, als die durchaus vorhandenen und nicht unwichtigen Diskontinuitäten, wie es etwa im Werk von Hannah Arendt geschieht; ich denke drittens, wie er, daß der Antisemitismus keine Spielart eines allgemeineren Minderheiten-, Fremden- oder Rassenhasses ist, sondern daß er diesen historisch und systematisch vorgeordnet ist und sie an ihm gelernt werden, und ich denke viertens, wie er, daß es Traumatisierungen gibt, die über viele Generationen hinweg das Leben derjenigen prägen, die die Ursachen der Traumatisierungen nicht mehr kennen.

Ich teile ferner seine Kritik an den klassischen Versuchen, den Antisemitismus zu erklären, etwa als eine besondere Form der Xenophobie, als verschobener Antikapitalismus (der Jude als Wucherer) etc Fast alle diese Erklärungsversuche versuchen die Frage »Warum die Juden?« mit einer Eigenschaft der Juden zu erklären, die Ursache ihrer Verfolgungen in ihnen und nicht in der Verfassung ihrer Verfolger zu suchen (wobei es ganz gleichgültig ist, ob die zur Erklärung herangezogenen Eigenschaften nun »positive« oder »negative« sind, ob die Juden als Unter- oder die besseren Menschen hingestellt werden). Auch Heinsohn sucht jene Eigenschaft der Juden, die sie zum Opfer-Sein prädestiniert, und er findet sie in einer Geschichte, die ihren Beginn in einer kosmischen Katastrophe gehabt haben soll, und als deren mehrfach verschobene, aber doch erkennbare rituelle Nachbildung er Auschwitz nennt.

Aber vor aller inhaltlichen Kritik an der Geschichte selbst, die Heinsohn übrigens nicht widerspruchsfrei und oft ganz unplausibel erzählt, kann man das Grundmuster verstehen: Es hat kosmische Katastrophen gegeben, die das menschliche Leben zur Zeit der Katastrophen und in der Zeit nach ihr bis heute geprägt haben wie kein anderes Ereignis. Worin diese Katastrophen bestanden haben, sagt Heinsohn nur sehr indirekt, nämlich in einer Fußnote, die auf Velikovsky verweist, aber nicht auf dessen für diesen Zusammenhang wichtigstes Buch, »Welten im Zusammenstoß« – Heinsohn möchte also nicht zu sehr mit seinem Ideengeber in ein Boot gesetzt werden. Nun gut. Jedenfalls sind nacheinander (mindestens) zwei Himmelskörper der Erde zu nahe gekommen und haben dort allerlei bewirkt: Fluten und Feuer, Beben und andere Verwüstungen. Nach dem Erscheinen des ersten schadenbringenden Himmelskörpers erfanden die Menschen zur Bewältigung ihres Schreckens das Menschenopfer. Sie spielten nämlich, wie Kinder, die kosmische Bedrohung nach, und brachten am Ende des Spielens den, der den bedrohlichen Himmelskörper spielte, um. Aus diesem Punkt soll sich alle Kultur und aller Schrecken menschlicher Geschichte erklären, aus dieser Erkenntnis auch ist alles, vor allem der Antisemitismus zu kurieren.

Die Geschichte geht so weiter: Durch den Mord am Planetendarsteller wurde die Angst vor den Himmelserscheinungen genommen, die Schuldgefühle für den Mord wurden auf den Mörder übertragen, der gleichsam als Entschädigung geheiligt wurde – es entstand die Priesterkaste. Es kam eine zweite Himmelskatastrophe, die – Heinsohn sagt nicht, warum es so gewesen sein soll – das Schlacht- zum Brandopfer mutierte, und außerdem die Priester in allerlei Schwierigkeiten brachte, hatte doch das erste Opferritual die zweite Katastrophe nicht verhindern können. Die Priesterkaste wird von einer weltlicher orientierten Aristokratie, die nach wie vor Opferrituale, Brandopfer eben, doch den Hokuspokus bereits in betrügerischer Absicht betreibt, abgelöst. Die jüdische Aristokratie nun wird unter Nebukadnezar nach Babylon verschleppt und ihrerseits Objekt einer anderen Aristokratie. Da der Schwindel einerseits durchschaut ist, andererseits ihr nichts mehr nützt, beginnt sie, sich vom Religiösen ganz abzuwenden. Jedenfalls ist das Resultat das aus Babylon zurückgekehrte eigentliche monotheistische Judentum, ein Volk, das auf dem Wege, sich von der Religion (und das heißt bei Heinsohn immer: von Planetenverehrungsritualen) gänzlich abzuwenden, einen Kompromiß geschlossen hat. Zwar wird noch an Außerirdisches bzw. -weltliches geglaubt, aber nicht mehr bildlich, und es wird, außer im Tempel zu Jerusalem, nicht mehr geopfert. Der mit dem Verbot, im Opfer agierend tätig zu sein, einhergehende Zwang, Ängste, Hoffnungen etc zu sublimieren, ist der Beginn der Aufklärung des Menschengeschlechts und die Erklärung für die von Antisemiten immer wieder behauptete jüdische Intellektualität.

Der Rest ist schnell zu Ende erzählt. Alle anderen Völker, die diese Entwicklung nicht mitmachten, empfanden die Abkehr vom Opferritual beängstigend und bedrohlich und wurden den Juden feind. Das Christentum ist eine Rückkehr zum

Opferritual mit Schuldzuweisung an die Juden im Christusmordvorwurf. Die Tradition christlicher Judenverfolgungen wird kurz gestreift (und sehr richtig aus Poliakov zitiert, daß der Gedanke einer jüdischen »Rasse« bereits in der spanischen Judenverfolgung im 15. Jahrhundert auftritt), und schnell schon sind wir bei Auschwitz, dem, wie es seit Hollywood überall heißt: Holocaust, dem »Ganzbrandopfer«, das eben auch eine zwanghafte Wiederholung der vom Judentum aufgegebenen Brandopferrituale der Planetenverehrung gewesen sei.

Es ist das Referierte bei Heinsohn ein wenig komplizierter und seine Darstellung passagenweise durchaus verworren, die Geschichte, die er erzählen möchte, ist ihm selber noch nicht ganz klar, und sie wird sich im Detail noch ändern. Das Buch selbst ist außergewöhnlich schlecht geschrieben, es wirkt nicht nur in Aufbau und Argumentation wie ein hingeschludertes Vortragsmanuskript, das mehrere Umarbeitungen erfahren hat, aber mangels Endredaktion nie lesbar geworden ist, sondern vor allem zeigt es Pannen im Detail, die recht befremdlich sind. Man liest etwa vom »Wiederaufleben des Opfers vom kosmischen Kampftyp« (S. 58), wo der augenscheinlich gern Master of the Universe spielende Professor doch schreiben wollte: Wiederaufleben des Opfers vom Typus des kosmischen Kampfes; wo er »dennoch« oder »trotzdem« hätte schreiben müssen, schreibt er »Schließlich wird gar« (S. 57); der flotte Anachronismus wird jahrmarktshaft mit gänzlich nutzloser Fußnotengelehrsamkeit verbunden: »Die Spitzenkader der Tempelverwaltung *(en si* im Unterschied zum Priester *en* auf chaldäich)...« – in solchem Detail zeigt sich, daß, wenn der Gedanke nicht stimmt, das Wort dies ausspricht, und vor allem zeigt sich, daß dort, wo es um Verdrängung und Verleugnung geht, das Faseln und Plappern einsetzt und entsetzliches Gerede über uns hereinbricht. Das Buch ist passagenweise (Beispiel: die Seiten 40ff) als habe der Verfasser die Reihenfolge seiner Sätze ausgewürfelt.

Warum? Nun, Heinsohn möchte erklären, was der Wissenschaft bisher unerklärlich gewesen sei, er möchte die Frage nach dem Grund der Stabilität des Antisemitismus beantworten und die andere, warum gerade die Juden das Objekt einer so andauernden mörderischen Aggression geworden sind. Dabei ist diese Frage einfach zu beantworten und in Werken wie etwa Poliakov »Geschichte des Antisemitismus« beantwortet, und interessant ist einzig, wie bestimmte historische und psychologische Fachdisziplinen um den Befund herumreden. Warum die Juden? Henryk Broder etwa beantwortet, sich auf Theodor Lessing rückbeziehend, die Frage so: Es gibt keine Erklärung dafür. Der Antisemitismus ist ein europäisches Basisphänomen, das nicht auf andere zurückgeführt werden kann. Das ist richtig, aber wie wird es zu einem solchen? Auch diese Antwort ist leider leicht: Man hat die Juden verfolgt, weil man sie schon vorher verfolgt hat. Es ist ein grundlegender Mechanismus von Herrschaftsausübung bis zur Vernichtung hin, Menschen, bevor man über sie herfallt, zu Objekten zu machen (als solche zu definieren), über die man zurecht herfällt. Ist eine Gruppe erst einmal zum Opfer hergerichtet worden, ist sie, wenn es ihr nicht gelingt (und zwar in der Regel gewaltsam) diesen Zustand zu ändern, künftig bevorzugtes Objekt jedweder Hinrichtung. Und in der Regel besteht die Zuweisung von Eigenschaften in der Projektion eigener (realer und gewünschter) auf die verfolgte Gruppe.

Der Antisemitismus ist christlicher Herkunft, und Heinsohn muß für seine These einen vorchristlichen Antisemitismus behaupten, den es aber nicht gegeben hat. Es gehört zum Entstehungsprozeß des Christentums die Selbstdefinition als antijüdische Religion (man kann das im Detail zeigen), und als das Christentum sich unlösbar mit Staatsmächten verbindet, wird es antijüdische Macht, genauer: verbindet die Legitimation seiner Macht mit dem periodischen Pogrom. Im Laufe der Geschichte wird die vergangene Verfolgung die Rechtfertigung der gegenwärtigen und die gegenwärtige die Ursache der kommenden. Der berühmte Satz, »die Deutschen werden uns Auschwitz nie verzeihen«, ist das Resumee einer jahrhundertelangen europäischen Erfahrung. Es zeugt die Verfolgung sich selber fort, so, daß sie sich von ihrem ideologischen Ursprung lösen kann. Der Antijudaismus ist stabiler als die Christentümer, er kann sich mit einer biologistischen Menschensicht amalgamieren (und hat sie wesentlich mithervorgebracht), und nimmt auch via »Antizionismus« die Linke in seinen Dienst. Der Antisemitismus ist, nicht obwohl, sondern weil er so alt ist, präsent, prägend, gefährlich, und wegen seines Alters nicht auf andere Phänomene (Xenophobie, Rassenhaß, verzerrter Antikapitalismus) reduzierbar.

Das hat Heinsohn eingesehen, und es hätte sein Verdienst sein können, es gesagt zu haben, aber er drückt sich vor dem Kern der Wahrheit: daß der »Grund« der mörderischen Handlung in ihr selbst liegt, d.h. in dem, was sie, als ihre Folge, in Täter wie Opfer anrichtet. Heinsohn sieht den »Grund« der Verfolgung wie alle den Antisemitismus begleitenden Theorien in realen Eigenschaften der Verfolgten, den Anlaß der ganzen Unheilsgeschichte verlegt er in ein außerirdisches Jenseits, das über uns hereingebrochen sei. Er benimmt sich wie die von ihm behaupteten Planetenpriester: Die Himmelskörper sind schuld. Es mag sich aber mit prähistorischen Katastrophen verhalten wie es will, schuld am Antisemitismus sind sie nicht. Der ist eben nachweisbar mit dem Christentum entstanden und hat sich, durch den geschilderten so schrecklichen wie banalen Mechanismus perpetuiert und ist, über alle Christentümer hinaus, zu einem europäischen (und von Europa in die Welt getragenen) Basisphänomen geworden.

Heinsohns astrale Phantasien gehören wie alle von ihm (zurecht) angegriffenen anderen Theorien zu dem furchtbaren Gerede, das die Geschichte des Antisemitismus begleitet. Daß er es besser wissen könnte, macht sein Gerede vom rituellen Brandopfer in Auschwitz zu einer Schamlosigkeit von seltenen Graden.

Der Text ist dieser Tage in der Zeitschrift □ Psychologie heute□ . Heft 4/89, erschienen. Wir danken für die Abdruckgenehmigung

** Gunnar Heinsohn. Was ist Antisemitismus? Scarabäus bei Eichborn 1988, 125 S., 20 Mark*

konkret 04/89, S. 38

Wolfgang Müller

Monopoly um TELEKOM

Zur legitimierenden Fiktion der Demokratie gehört die Vorstellung, daß die Leute bei wichtigen Entscheidungen in etwa wissen, wovon die Rede ist. Bei der Rezeptgebühr mag das stimmen, für ISDN gilt es nicht. Dabei sollen bis 1995 rund 340 Milliarden Mark in das »dienstintegrierende Fernmeldenetz« investiert werden – mit allerlei unerfreulichen Folgen

Auf der CEBIT-Messe in Hannover gab es laut Postminister Schwarz-Schilling eine »weltweite Premiere«: Hauptakteur Helmut Kohl, der mit einem Telefongespräch nach Frankfurt, bei dem die Gesprächspartner sich auch auf dem Bildschirm sehen konnten, das erste ISDN-Teilnetz eröffnete. ISDN (dienstintegrierendes Fernmeldenetz) verbindet zunächst acht Großstädte und soll bis 1993 flächendeckend die gesamte BRD erfassen. Ähnliche »Weltpremieren« gab es schon in Frankreich, Japan und den USA, gesponsert von den jeweiligen Telefongesellschaften und den mit ihnen verbundenen Konzernen der Fernmelde- und Computerindustrie. ISDN ist nicht nur ein neues Angebot der Bundespost, das es erlaubt, Computer, Telefon, Telex, Fernkopierer an dieselbe Datensteckdose anzuschließen und Telexe, Bilder, Dokumente viel schneller als bisher zu übertragen. ISDN markiert eine Umwälzung des Telefonnetzes, des weltweit größten Kommunikationsnetzes mit 600 Millionen Fernsprechanschlüssen.

Es ist nicht zufällig. daß in diesem Jahr auch die Zerschlagung der Bundespost in drei getrennte Unternehmensbereiche – Postdienste und TELEKOM (für Telefon- und Datendienste) – vollzogen werden soll. Das Hauptinteresse gilt dem Bereich TELEKOM, der künftig teilweise auch für private Anbieter offenstehen soll. Wie wichtig den Kapitalisten diese Postreform ist, sieht man daran, daß sie Helmut Kohl persönlich bemühten, das letzte Hindernis abzuräumen – den anhaltenden Widerstand der Postgewerkschaft DPG gegen die Dreiteilung der Post, die damit verbundene Beseitigung von Mitbestimmungsrechten und die absehbare Rationalisierungswelle. Inzwischen hat die Bundesregierung die Zustimmung der DPG für die Postreform.

In Großbritannien und Japan sind die staatlichen Fernmeldemonopole längst beseitigt und werden die Netze von privaten Kapitalgesellschaften betrieben, in den USA existiert das Quasi-Monopol der privaten Telefongesellschaft ATT nicht mehr. Elektro-, Elektronik- und Computerkonzerne kämpfen weltweit darum, nicht nur wie bisher Geräte und Kabel für die Fernmelde- und Datennetze zu liefern, sondern selbst als Netzbetreiber das große Geschäft zu machen. Allein in der BRD rechnet die Post für den ISDN-Umbau des Fernmeldenetzes mit einem Investitionsvolumen von ca. 300 Milliarden Mark. In den anderen kapitalistischen Metropolen geht es um ähnliche Summen. Dazu kommt der riesige Markt für die sogenannten Endgeräte, von den ISDN-fähigen Telefonapparaten bis zu Telefax-Geräten und telefonfähigen Computern. Der auch in der BRD längst für private Anbieter offene Markt für Zusatzdienste (elektronische Mailboxen, Datenbankrecherchen) wird nach einer Anlaufphase zunehmend profitabel. Schließlich ist auch die Posthoheit über die Netzinfrastruktur bald passé. In der BRD soll ein privates Konsortium neben der Post ein zweites Mobilfunknetz betreiben (Daimler-Benz, BMW, Mannesmann etc. stehen in den Startlöchern), und die Satellitenkommunikation ist privaten Betreibern freigegeben.

Bei solchen Aussichten in den nächsten Jahrzehnten ist auf dem Weltmarkt die Konkurrenzschlacht um die besten Startpositionen voll entbrannt. Das »Haus Siemens« hat vom US-Computermulti IBM die Telefonfirma Rolm übernommen. Siemens und die britische GEC sind dabei, die zweitgrößte britische Fernmeldefirma Plessy zu schlucken. Der französische ALCATAL-Konzern übernahm SEL. Die amerikanische Telefongesellschaft AT & T schlug Siemens aus dem Rennen um die Übernahme der italienischen ITALTEL; AT & T kooperiert mit Olivetti. Dabei geht es den Multis auch immer darum, durch Beteiligungen und Übernahmen gesetzliche Schranken für ausländischen Einfluß im Fernmeldebereich zu umgehen. Der IBM-Konzern ist an der US-Telefon- und Satellitengesellschaft MCI beteiligt, Siemens hat vor kurzem eine Gesellschaft für Zusatzdienste (Mailbox, Datenbanken) gegründet, und Versicherungskonzerne wie die Allianz wollen ihre unternehmensweiten Netze profitabel anderen Interessenten öffnen.

ISDN Künftig jede Telefonverbindung gespeichert?

Triebkraft dieser Umwälzungen sind technische Veränderungen beim Telefon, bei dem sich seit seiner Erfindung wenig getan hat. Hinter ISDN (integrated services digital network) steht das Ziel, alle Formen von Information (Sprache, Computerdaten, Dokumente Telexe, Bilder, Rundfunk und Fernsehen) über ein einziges Netz zu übertragen. Gegenwärtig gibt es in der BRD neben dem öffentlichen Fernmeldenetz separate Netze für den Telexverkehr, die Datenkommunikation zwischen Computern, für Kabelfernsehen. Kernstück von ISDN ist der Umbau des analogen Fernsprechnetzes zu einem digitalisierten Netzwerk. Bislang werden die Tonschwingungen der menschlichen Sprache per Mikrofon im Telefonhörer in kontinuierliche Signale umgewandelt und übers Netz geschickt, um vom Lautsprecher auf der Empfängerseite wieder in Schallschwingungen umgesetzt zu werden. Der Aufbau der Telefonverbindung erfolgt schrittweise; die Wahl jeder einzelnen Ziffer mit der Wählscheibe/Tastatur löst einen Vermittlungsschritt aus.

Zwei technische Entwicklungen bedeuten das Ende des analogen Telefonnetzes: Zum einen werden heute schon elektronische Mikrochips statt elektromechanischer Relais zur Herstellung einer Telefonverbindung eingesetzt. Die fest programmierten Chips werten die gewählte Rufnummer auf einmal aus, suchen eine freie Leitung und schalten die Verbindung in einem Schritt durch (künftig wird nicht mehr das gewohnte Relais-Klackern beim Wählen zu hören sein). Die Vermittlung über Chips geht schneller, die Chips sind billiger als Relais und wartungsfrei. Die Umstellung der Telefonvermittlungsstellen der Bundespost auf elektronische Vermittlung ist im vollen Gang, schon 1990 soll es in über 100 Ortsnetzen digitale Vermittlungsstellen geben, in deren Einzugsbereich über 50 Prozent der Telefonteilnehmer in der BRD leben. Zwischen diesen Vermittlungsstellen werden die Gespräche digitalisiert übertragen – die den Tonschwingungen entsprechenden kontinuierlichen elektrischen Signale werden zerhackt und in digitale Signale transformiert. Nebenbei: Da von den digitalen Vermittlungsstellen die gesamte Rufnummer auf einmal ausgewertet wird, kann damit technisch jede gewählte Verbindung erfaßt und gespeichert werden. Der Service der Post: Jeder Fernsprechteilnehmer kann künftig eine genaue Aufschlüsselung bekommen, wann er wie lange mit wem telefoniert hat.

Die Entwicklung von Lichtwellen (optischen Fasern wie Glasfasern z.B.) ist die zweite technische Voraussetzung von ISDN. Glasfaserkabel können Informationen viel schneller übertragen als herkömmliche Kupferkabel, sind kompakter und können bei einem Durchmesser von gerade 4 cm 1000 verschiedene Leitungen enthalten. Damit kann dasselbe Kabel gleichzeitig für Telefongespräche, Datenaustausch zwischen Computern, Videokonferenzen zwischen Kanzleramt und Deutscher Bank und auch für die Übertragung von Radio- und Fernsehprogrammen genutzt werden. Diese Integration aller Dienste über ein Kabel bedeutet beim Teilnehmer mit ISDN-Anschluß: Telefon, Computer, Fernseher, Telefax-Geräte etc. hängen an derselben »Kommunikationsteckdose«. Glasfaserkabel ermöglichen auch erhebliche Einsparungen an Leitungs- und Raumkosten, z.B. in einer Bankzentrale, wo bislang für Telefon, Telex, Vernetzung von Computern, Terminals und Druckern, Telefax etc. separate Kabel gelegt werden mußten.

Die ISDN-Planungen der Bundespost

Bislang hat die Bundespost folgende Zeitplanung: Neben der bis 1990 für die Ballungszentren weitgehend durchgeführten Digitalisierung der Vermittlungsstellen (eingesetzt werden das Siemens-System EWSD und System 12 von SEL) soll die Sprachübertragung selbst digitalisiert werden – zunächst nur zwischen den Vermittlungsstellen, während der Anschluß des Fernsprechteilnehmers an die nächste Vermittlungsstelle zunächst analog bleibt. Seit 1988 bietet die Post in einigen Städten die »Kommunikationssteckdose« an, einen digitalen Netzanschluß unter Verwendung zunächst des Kupferkabels. An die eine ISDN-Steckdose können maximal acht Geräte (Telefon, Computer, Telex, Telefax...) angeschlossen und gleichzeitig jeweils zwei der folgenden Kommunikationsdienste genutzt werden – mit einer Übertragungsrate von 2 x 8000 Zeichen pro Sekunde: Telefon; DATEX-L; DATEXP; Telex; Teletex; Telefax (max. 10 Sek. für eine A4-Seite); BTX; langsames Bildfernsprechen.

Anfang der 90er Jahre will die Post die ersten ISDN-Anschlüsse mit Glasfaserkabeln legen (Breitband-ISPN). Diese Anschlüsse sind Voraussetzung für sehr schnelle Datenübertragung, Videokonferenzen, Bildfernsprechen und Radio/Fernsehen aus der ISDN-Steckdose. Neue Möglichkeiten auch für Polizei und Verfassungsschutz: Videoaufnahmen von Demonstrationen und Streiks können über das Netz direkt in die Computer der Sicherheitsorgane geschickt, Bilder von Demonstrationsteilnehmern sofort mit den in den Computern gespeicherten Bildern verglichen werden.

Die Post hat ihre ISDN-Planungen bis zum Jahr 2000 entwickelt. Dann soll ISDN 26 Millionen Teilnehmer haben. Die Digitalisierung des Telefonnetzes (digitale Vermittlungsstellen und digitale Übertragung zwischen den Vermittlungstellen) bis 1995 soll 40 Milliarden Mark kosten. Die schiere Größenordnung dieser Investitionen in der BRD (in den anderen imperialistischen Metropolen geht es um ähnliche Summen) hat alle weltweit operierenden Fernmelde- und Computerkonzerne in die Startlöcher getrieben.

Wer braucht ISDN und wozu?

Die meisten Fernsprechteilnehmer, von denen die Post mittels der hohen Telefongebühren den Aufbau von ISDN finanzieren läßt, jedenfalls nicht. Der bislang nur in wenigen Städten verfügbare ISDN-Anschluß kostet monatlich 74 Mark (eine »Kommunikationssteckdose«), ein Anschluß mit 30 Basiskanälen (= 30 Amtsleitungen) kostet nur 518 Mark monatlich gegenüber 738 Mark für 30 herkömmliche Telefonanschlüsse. Interessant ist ISDN für Teletex (Briefe über Netz) und Telefax. Die Übertragung einer Seite kostet 0,23 Mark gegenüber 1,15 Mark heute über Telefon. ISDN kostet für 10 Sekunden einheitlich (unabhängig von der Entfernung) 0,23 Mark. Dagegen ist die Umstellung der gesamten Computer-Kommunikation auf ISDN derzeit offenbar keine Alternative, da die Post den Unternehmen schon lange effiziente Spezialnetze zum Billigtarif zur Verfügung stellt. Die Unternehmen fürchten um den Schutz ihrer Daten und scheuen die technische Umstellung der laufenden Systeme auf ISDN.

Warum also ISDN? Alle dargestellten Möglichkeiten der Datenkommunikation sind technisch auch ohne ISDN realisierbar. Die Industrie- und Handelskonzerne, Banken und Versicherungen – der Kreis, auf den ISDN in erster Linie zielt – haben längst private Netze, die alle Betriebsstätten und Filialen weltweit verbinden. Diese privaten Netze basieren z.B. auf Leitungen, die von der Bundespost oder internationalen Kabelgesellschaften oder Satellitenbetreibern gemietet sind. In diesen unternehmensweiten Netzen haben die Kapitalisten ihre eigenen Kommunikationsstandards definiert und können ihre Unternehmensdaten besser schützen als in öffentlichen Netzen.

Ein Grund für ISDN ist die Standardisierung. Gegenwärtig ist die unternehmensinterne Verkabelung ein Drahtverhau, die Steckverbindungen zu den verschiedenen Endgeräten (Telefon, Telefax, Telex, Computer...) sind entweder unterschiedlich oder gar nicht genormt. Zusammen mit ISDN treiben die Unternehmen weitere Standards voran, so die OSI-Normierung für die Kommunikation zwischen Computern, die EDIFACT-Normen für den elektronischen Austausch von Geschäftsdokumenten. Die westdeutschen Automobilkonzerne arbeiten an Normen für den Datenverbund mit ihren Zulieferern, ohne den keine Just-in-Time-Produktionsplanung realisiert werden kann. In diesen Rahmen gehört ISDN. Die Hongkonger Wirtschaftszeitung »Far Eastern Economic Review« berichtet gar von Unternehmenszusammenschlüssen und -aufkäufen, die u.a. deswegen nicht zustande gekommen sein sollen, weil der Aufwand zur Integration der inkompatiblen Computernetze zu groß war.

Ein weiterer Grund ist die Kostensenkung. Die US-Telefongesellschaft Bell Illinois bietet ISDN-Tarife, in denen die Kommunikation um 82 Prozent billiger ist als in bisherigen Kommunikationskanälen. Eine ähnliche Tarifstruktur hat die Bundespost angekündigt. Die inzwischen privatisierte japanische Telefongesellschaft NTT weist in einer Studie nach, daß gerade die Langstreckenkommunikation über ISDN nur ein Zehntel der Kosten der Übertragung im analogen Telefonnetz ausmacht.

Verbilligung des konstanten Kapitals, Steigerung der Profitrate

Hintergrund von ISDN ist eine neue Stufe der Rationalisierung von Produktion und Zirkulation, die durch folgende Entwicklungen beschrieben werden kann: –

Vernetzung des gesamten Informations- und Steuerflusses von Logistik über Produktion, Vertrieb, Rechnungs- und Personalwesen, so daß das Management weltweit sich jederzeit über Auftragseingang, Stand der Produktion, Zahlungseingang, Arbeit der betroffenen Mitarbeiter etc. informieren kann; –

Integration der verschiedenen Produktionsstätten und der Zulieferbetriebe durch ein gemeinsames Computernetz. Damit können Aufträge an Zulieferer kurzfristig disponiert werden, die benötigten Teile werden direkt angeliefert und müssen nicht mehr auf Lager gehalten werden. Diese Umstellung ist in der Automobilindustrie in vollem Gange. Nebenbei: Damit ist die Selbständigkeit der Zulieferbetriebe endgültig zur Fiktion geworden; –

Flexibilisierung der Produktion entsprechend den Markterfordernissen durch Vernetzung und programmierbare Maschinen, was eine riesige Variantenvielfalt erlaubt, Lagerkosten senkt, die Zeit zur Herstellung eines Produkts weiter drückt; –

Vernetzung von Banken, Kaufhäusern etc., um den Zahlungsverkehr elektronisch abzuwickeln und damit die Zirkulation des Kapitals zu beschleunigen.

ISDN und die Kritik r

Der DGB und die DPG haben zwar in den letzten Jahren die Zerschlagung der Bundespost und ihre Zerlegung in selbständige Gesellschaften massiv kritisiert, enthalten sich aber jeder Kritik an ISDN und begrüßen die ISDN-Investitionen als nützlich für die Zukunftssicherung. Alle Kritik an ISDN wird von der DPG als Gefährdung der Selbständigkeit der Post disqualifiziert. Entsprechend der geänderten Gewerkschaftsposition zu den neuen Technologien (»Gestalten statt Verhindern«) gehe es allein darum, auf die Einführung von ISDN Einnuß zu nehmen.

Der Bremer Professor Herbert Kubicek bezeichnete ISDN als den Schnellen Brüter der Kommunikationsindustrie. Tatsächlich handelt es sich bei ISDN um ein großtechnisches System, das ähnlich anderen Großsystemen kaum mehr beherrschbar ist. Die gesellschaftlichen Konsequenzen können hier nur angedeutet werden: –

Datenschutz: Das fängt damit an, daß der Empfänger eines Telefongesprächs über ISDN von vornherein weiß, wer anruft, daß alle angewählten und aufgebauten Verbindungen aufgezeichnet und diese Daten der Industrie zur Verfügung gestellt werden können. Das ist im bisherigen analogen Netz nicht möglich. –

Die Datenschutzvorschriften für die öffentlichen Institutionen und die Post sind bislang viel strenger als für die Privatunternehmen, die jetzt auch Dienstleistungen wie Electronic Mail anbieten. –

Die prinzipielle Offenheit von ISDN mit Verbindungen zu sensitiven Daten auf Computern verlangt nach Protokollierung/ Überwachung der Verbindungen. –

Rationalisierung: Die diskutierte, bislang nur in Ansätzen praktizierte Entwicklung der modernen Heimarbeit (Textverarbeitung, Belegerfassung etc. zu Hause, natürlich vorzugsweise Frauenarbeit) wird durch ISDN neuen Schwung erhalten. Die Rationalisierung am Arbeitsplatz – mehr Schicht-, Wochenendarbeit – wird künftig zusätzlich damit begründet werden, daß die hohen Kosten der ISDN-Investition sich bezahlt machen müssen.

konkret 04/89, S. 41

Franz Christoph; Adrienne Goehler; Katja Leyrer; Susanne von Paczensky; Hannelore Witkofski

KONKRET-Streitgespräch: Krüppelschläge - Wie weit reicht das Selbstbestimmungsrecht der Frau?

Zum KONKRET-Streitgespräch trafen sich: Franz Christoph, Mitinitiator der Krüppelbewegung und Autor des Buches »Krüppelschläge gegen die Gewalt der Menschlichkeit«; Adrienne Goehler, bis vor wenigen Wochen Abgeordnete der Hamburger GAL-Frauenliste; Katja Leyrer, feministische Autorin, mit »Rabenmüttern« und »Mackersöhnen« beschäftigt. (Foto mitte) Susanne von Paczensky, Mitbegründerin des Familienplanungszentrums Hamburg und Verfasserin mehrerer Bücher zum Thema 'Paragraph 218', Hannelore Witkofski, Mitglied im Behindertenforum und im BundessprecherInnenkollektiv der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK)

Leyrer: Vor einigen Wochen hat der »Stern« eine neue Kampagne gestartet, bei der sich Frauen und Männer selbst bezichtigen, um gegen den Paragraphen 218 zu protestieren. Drei von uns haben sich auf der Selbstbezichtigungsseite für Frauen daran beteiligt, nämlich Adrienne, Susanne und ich. Wir haben folgenden Text unterschrieben: »Frauen bekennen: Wir haben abgetrieben. Wir sagen NEIN zu einer Mutterschaft, die mit dem Strafgesetzbuch erzwungen wird. Wir sagen NEIN zur Verfolgung und Kriminalisierung von Frauen, die abgetrieben haben. Wir sagen NEIN zu einer Regelung, die reiche Frauen privilegiert und arme Frauen zum Kurpfuscher treibt. Wir entscheiden selbst. Schafft den § 218 ab.« Warum stehen eure Namen da drunter?

Goehler: Weil es richtig ist. Ich finde es schlimm, daß wir nach 18 Jahren an dem Punkt angekommen sind, wo das wieder nötig ist.

v. Paczensky: Es war die ganze Zeit nötig...

Goehler: . .. hat aber nach Memmingen noch mal eine völlig andere Dimension gekriegt.

Leyrer: Hannelore, warum stehst du da nicht mit drunter?

Witkofski: Weil ich in meinem Leben nicht in diese Situation gekommen bin, und weil ich insbesondere aufgrund der Möglichkeit einer eugenischen Indikation eine modifizierte Einstellung zum 218 habe, die sich vor allem auf die jetzige Situation in der BRD im anbrechenden Zeitalter der Gentechnologie bezieht.

v. Paczensky: Das verstehe ich nicht: Gerade weil die eugenische Indikation, so wie sie in dem Indikationenkatalog steht, Sonderkonditionen schafft, die völlig von allen anderen Abtreibungsbedingungen unterschieden sind; gerade weil, was ansonsten verboten ist, in dem Fall einer Behinderung oder vermuteten Behinderung erlaubt ist – , gerade wenn man deshalb gegen die eugenische Indikation ist, muß man umso heftiger für die Abschaffung des Paragraphen eintreten.

Witkofski: Das löst das Problem nicht. Frauen sind per se keine besseren Menschen, und wenn der 218 abgeschafft ist, werden sie weiterhin in gleichem Maße oder sogar, aufgrund der perfektionierten Möglichkeiten, in steigender Zahl dafür sorgen, daß sie sich Wunschkinder schaffen, und das fängt damit an, daß Krüppel vor der Geburt wegselektiert werden. Und da ich für ein Lebensrecht für Krüppel bin, löst für mich die Abschaffung des Paragraphen 218 das Problem nicht.

Christoph: Ich finde die ganze »Stern«Kampagne ziemlich lächerlich. Ich finde besonders die Selbstbezichtigungskampagne der Männer lächerlich. Haben bei der Verhütung nicht aufgepaßt und dann den Frauen eingeredet, sie sollen abtreiben, haben das Verhüten vergessen und billigen gönnerhaft der Frau die freie Entscheidung zu. Das finde ich komisch. Besonders putzig ist ja auch die Ärzte-Seite im »Stern« gewesen, da war ja jeder Arzt recht, vom Psychiater bis zum Orthopäden. Das ist doch eine spannende Pointe: Wenn die Frau schwanger wird, dann geht sie zum Orthopäden. Zu kritisieren hätte ich da lediglich, daß keine Tierärzte mit drunter stehen.

Natürlich bin ich nicht prinzipiell ein Gegner der Abschaffung des Paragraphen 218, aber ich finde, daß richtige politische Forderungen auch aktuelle Ideologien, Stimmungen, den Zeitgeist berücksichtigen müssen. Und der Zeitgeist zeigt, daß besonders Frauen innerhalb der Frauenbewegung die Entscheidung über ein Kind skrupellos ausgenutzt haben, um Lebenswertigkeit zu definieren. Sie haben sich angemaßt, nicht nur zu entscheiden: Will ich ein Kind oder will ich keins, sondern auch darüber, *was für ein Kind sie* wollen. Zum Beispiel sind nach Tschernobyl die Frauen massenweise, auch kritische Frauen, zu Frühuntersuchungen gepilgert.

v. Paczensky: Aber die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche hat damals überhaupt nicht zugenommen.

Christoph: Das spielt keine Rolle und ist im übrigen ein reines Zweckargument. Wichtig ist, daß beispielsweise »Emma« die Frage gestellt hat, ob schwangere Frauen nach Tschernobyl nicht abtreiben müßten. Fazit ist, daß bei der »Stern«-Kampagne die Kritik am eugenischen Denken keine tragende Säule der Forderung nach Abschaffung des 218 ist. Das finde ich skandalös.

Goehler: Wieso wirfst du den Frauen, die für die ersatzlose Streichung sind – aus dem Gedanken der Selbstbestimmung heraus – , vor, daß sie sich nicht explizit gegen die eugenische Indikation gewandt haben?

Christoph: Weil ich Angst habe. Ich habe nämlich Angst, daß man bloß so nebenbei Leben unterschiedlich bewertet. Nicht-behindertes Leben wird anders bewertet als behindertes. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, daß man nach dem Dritten Reich wieder mal zwischen wertem und unwertem Leben unterscheidet. Und das hätte für mich reingehört in die Anti-218-Kampagne, daß a) die Frauen sagen: Wir wollen selber entscheiden, ob wir ein Kind wollen oder nicht und b) finden wir es ungeheuerlich, daß es in diesem Zusammenhang unterschiedliche Lebensbewertungen gibt. Jetzt habe ich die Krux, daß das nicht politisch offen formuliert wird, allenfalls ab und zu auf einem Kongreß ein Mini-Randaspekt ist, jetzt habe ich das Dilemma: Ist der Paragraph 218 erst einmal abgeschafft, dann wird die eugenische Auslese politisch nicht mehr problematisiert, sondern sie wird nur anonymer. Deswegen bin ich momentan gegen die pure Streichung des 218. Die Frauen müssen endlich zum Existenzrecht von Behinderten stehen. Die Frauenbewegung hat bisher noch keinen überzeugenden Beweis geliefert, daß sie das Existenzrecht von Behinderten akzeptiert.

v. **Paczensky:** Ich sehe die Welt völlig anders, nämlich so, daß die bisherige Regelung, diese Indikationsregelung, die wir in Deutschland haben, extrem behindertenfeindlich ist, weil sie nämlich eine Sonderregelung für etwas schafft, was sonst total verboten ist: in der 22. Woche abzutreiben. Nur für den Fall eines vermeintlichen Schadens für die Volkswirtschaft ist diese ganz besondere Regelung geschaffen worden. Dazu kommt, daß in der bisherigen Diskussion um den Paragraphen 218 die eugenische Indikation in der Tat keine Rolle spielt. In der bisherigen Diskussion wettern vor allem die Lebensretter – wie nennt man denn diese frauenfeindlichen Kräfte höflich ? – ja, diese »Lebensschützer« zwar dauernd von Mord, aber die Diffamierung von Frauen, die abtreiben, erstreckt sich kaum auf die Frauen, die dies nach der eugenischen Indikation tun. Die sind auf eine wundersame Weise aus der ganzen Diskussion ausgespart. Insofern kann es schlimmer als jetzt, wo die Gefahr einer Behinderung als ein geradezu überethischer Notstand angesehen wird, gar nicht mehr werden.

Leyrer: Jedenfalls ist ein Großteil der Frauenbewegung überzeugt, daß die Streichung des 218 diesbezüglich den bestehenden Zustand keineswegs verschlechtern würde. Für diese Frauen steht die eugenische Indikation irgendwie auf einem anderen Blatt, und deshalb wird sie in der Debatte um und gegen den Paragraphen 218 als absolut nebenrangig behandelt. So, wie sie in keiner Weise hinterfragen wollen, warum Frauen abtreiben, so tabuisieren sie die Frage, warum Frauen überhaupt Kinder kriegen. Da wird ganz selbstverständlich so getan, als gelte das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Frau jenseits jeder Moral und gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Ich möchte behaupten: So, wie es viele Frauen gibt, die mittels Mutterschaft sich erst als Frau begreifen oder einen Ehemann ködern wollen, genauso gibt es viele Frauen, die sich perfekte Kinder wünschen, und zwar nur perfekte Kinder, die auf gar keinen Fall ein behindertes Kind in Kauf nehmen würden und deshalb zur Vorsorgeuntersuchung rennen, sobald sie den Schwangerschaftstest bestanden haben. Die treiben dann eben ab, wenn auch nur der geringste Verdacht besteht, es könne was nicht stimmen mit der Schwangerschaft.

Goehler: Könntet ihr dazu Zahlen nennen?

v. Paczensky: Von den unzähligen Frauen, die Amniozenthese machen, sind es wohl nur ca. 1-2 Prozent, die daraufhin einen Abbruch machen. Aber das wißt ihr wahrscheinlich besser.

Witkofski: Ich denke nicht, daß bei den Frauen, die abtreiben, die Frage der Behinderung ihres Kindes nur eine kleine Rolle spielt. Die Angst vor Behinderten ist unheimlich groß. Ich möchte wirklich einfach mal wissen, wieviele von diesen Frauen, die an der Bezichtigungskampagne teilgenommen haben, ihr Kind ausgetragen hätten, wenn es nicht behindert gewesen wäre. Daran möchte ich gleich anschließen: Einige Frauen regen sich fürchterlich auf, wenn sie vom Femizid in Indien hören, aber die planmäßige Abtreibung behinderter Kinder, der »Krüppelzid«, ist für sie so selbstverständlich, daß es dafür nicht mal ein Wort gibt. Selbst die Frage, wird es ein Junge oder ein Mädchen, ist dem Wunsch nach einem gesunden Kind untergeordnet. Das sind Tendenzen, die mir an mein Leben gehen. Und ich gehe sogar noch einen Schritt weiter. Mit ihrer Entscheidung: Ich will dieses Kind nicht, weil es behindert ist, machen die Frauen den ersten Schritt dahin, behindertes Leben auch nachträglich noch abzutreiben durch entweder Nichtversorgen nach der Geburt oder durch sog. Sterbehilfemaßnahmen oder durch direkte Tötung. Das liegt für mich alles auf einer Linie, und ich will es noch einmal sagen: Ich will ein *Lebensrecht für Krüppel,* ich will nicht, daß die Person, die mich ausgetragen hat oder die andere Krüppel austrägt, darüber entscheidet, ob sie dieses Kind nur nicht will, weil es ein Krüppel ist.

Goehler: Da kann ich wirklich ohne Probleme mit dir einer Meinung sein: Lebensrecht für Krüppel. Aber kannst du daraus, und das höre ich aus deinen Worten, einen *Gebärzwang bei Krüppeln* ableiten?

Witkofski: Ja.

Goehler: Das ist etwas, wo ich sehr empfindlich reagiere, weil von den unterschiedlichsten Seiten den Frauen mit den unterschiedlichsten Argumenten dauernd das Selbstbestimmungsrecht verweigert wird. Wir können aber das Problem einer krüppelfeindlichen Gesellschaft nicht auf dem Rücken der einzelnen Frauen lösen. Wenn du sagst, die Frauenbewegung habe hier eine ganz besondere Aufgabe, da kriege ich 'ne Gänsehaut, weil den Frauen ja immer besondere Aufgaben zugewiesen werden. Die einen sagen, wir dürfen das Selbstbestimmungsrecht nicht haben, weil es gegen staatliche, gesellschaftliche und religiöse Normen verstößt, und die anderen sagen, ihr dürft das Selbstbestimmungsrecht nicht haben,

weil ihr damit eine krüppelfeindliche Gesellschaft fortsetzt. Das ist unglaublich brutal, daß du einer Frau, die ihr Kind aufgrund einer möglichen Behinderung abtreiben will, das Selbstbestimmungsrecht bestreitest, daß du sogar behauptest sie wolle damit eigentlich die Krüppel aus der Weit schaffen. Du sagst ja, du fühlst dich so, als ob die Leute dich auch im nachhinein noch abtreiben wollten.

Witkofski: Aber selbstverständlich.

Christoph: Susanne hat gesagt, daß als Folge der Frühuntersuchungen prozentual nur minimal abgetrieben worden sei, seien es 2 oder 3 Prozent. Das erinnert mich fatal an die Argumentation einer Bremer Humangenetikerin, die, danach gefragt, angab, das sei alles gar nicht so schlimm, lediglich 4 Prozent der frühuntersuchten Schwangeren würden aufgrund des Untersuchungsergebnisses abtreiben. Dann ist nachgefragt worden, bei wievielen Prozent denn überhaupt Verdacht auf Behinderung bestehe. Darauf hat sie gesagt: bei 4 Prozent. Und das bedeutet, daß die Frauen bei Verdacht auf Behinderung des Kindes zu 100 Prozent abtreiben lassen.

Ich bin gegen einen Gebärzwang bei Krüppeln. Bloß bin ich auch gegen das Recht auf Umtausch der Schwangerschaften. Ihr vermischt sehr oberflächlich die freie Entscheidung über ein Kind mit der Anmaßung, auch über die *Qualität* des Kindes noch verfügen zu wollen. Mich ärgert diese Oberflächlichkeit, die finde ich unglaublich. Die ganze Sache läßt sich auch nicht loslösen von dem Hintergrund der Frauenökologie, der Propaganda der gesunden Mütter nach Tschernobyl. Es ist erschreckend, wie da agitatorisch behindertes Le

ben verachtet worden ist. Und es gab keine Proteste.

v. Paczensky: Erstens möchte ich nicht als »ihr« bezeichnet werden. Ich vertrete nicht die Frauenbewegung, ich habe mich niemals an diesen Tschernobyl-Sachen beteiligt. Ich habe auch nicht die eugenische Indikation entdeckt, sondern ich habe gerade gesagt, daß wir uns nicht genug damit beschäftigt haben.

Für mich ist das eigentlich Schlimme an der eugenischen Indikation, daß Frauen, bewogen durch den technischen Fortschritt oder scheinbaren Fortschritt, sich fast dem Druck nicht mehr entziehen können, diese Untersuchungen machen zu lassen, daß deshalb ihre Schwangerschaften immer nur Halbschwangerschaften sind, weil sie bis zur 20. oder 22. Woche nicht wissen, ob alles in Ordnung ist, daß sie sich von dieser fiktiven Auskunft abhängig machen, die gar nicht wirklich etwas über Behinderung aussagt, weil nur ein ganz kleiner Teil der möglichen Behinderungen damit erfaßt wird. Mit der Zustimmung zur Amniozenthese wird in der Tat implizit auch immer schon die Bereitschaft zu einer Abtreibung erklärt. Man macht sie nur, wenn man gegebenenfalls auch abtreiben würde. Warum sollte man es sonst tun?

Leyrer: Ihr wißt, daß grundsätzlich eine Abtreibung bis zur zwölften Woche möglich ist, bis auf jene Ausnahme, die das bis zur 22. Woche zuläßt. Der entsprechende Gesetzestext lautet: »Der Abbruch der Schwangerschaft durch einen Arzt ist nicht nach § 218 strafbar, wenn dringende Gründe für die Annahme sprechen, daß das Kind infolge einer Erbanlage oder schädlicher Einflüsse vor der Geburt an einer nicht behebbaren Schädigung seines Gesundheitszustandes leiden würde, die so schwer wiegt, daß von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangt werden kann«.

Der Unterschied ist ja beträchtlich, 10 Wochen. Er entsprach dem Stand der Technik zum Zeitpunkt der Formulierung des Textes. Die Medizin brauchte eben für die Fruchtwasseruntersuchung ungefähr diese 20 Wochen. Und diese Fruchtwasseruntersuchung hat sich nun innerhalb von knapp 10 Jahren durchgesetzt. Es fing an mit den Frauen ab 40, dann ab 35, ich glaube, jetzt sagen sie sogar` ab 30; und immer heißt es, die Frau habe selber Schuld, wenn sie da nicht hingeht und dann bestimmte Arten von behinderten Kindern kriegt. Was ist da eigentlich abgelaufen, auch bei uns und in der Frauenbewegung, daß wir das lange Zeit nicht wahrgenommen haben? Das bezieht sich nicht nur auf die Frage, was auf eine Frau mit einem verkrüppelten Kind in dieser Gesellschaft zukommt, sondern trifft auch den eigenen individuellen Wunsch nach dem »Immer-perfekt-sein«, der sich bis auf die eigenen Kinder erstreckt. Worüber ich gerne debattieren würde, ist, ob und unter welchen Umständen es ein Selbstbestimmungsrecht für Frauen, unabhängig von gesellschaftlichen Normen und Wertvorstellungen überhaupt geben kann. Ich bezweifle das.

v. Paczensky: Ich kann nicht erkennen, daß die Menschen, unter welchen Umständen auch immer, wirklich selbstbestimmt handeln können. Mir geht es mehr um eine Verringerung der Fremdbestimmung. Frauen haben immer abgetrieben, treiben ab, werden abtreiben, beschädigen sich selbst dabei. Und es geht bei der Forderung nach Streichung des 218 nicht darum, ob man das gut oder schlecht findet, sondern ob sie dafür bestraft werden sollen. Und natürlich sollen sie nicht bestraft werden. Ich will, daß alle ihre Gründe okay sind, bzw. daß die Gründe keine Rolle spielen. Wenn die Frau sagt, daß sie kein Kind will, weil sie keine Kinder leiden mag, ist das vielleicht ein bedauerlicher Charakterzug, sie soll dafür aber nicht bestraft werden. Wenn sie sagt, daß sie keinesfalls ein behindertes Kind will, dann ist das okay, genauso okay, wie wenn sie sagt, daß sie jetzt nach China fahren und deshalb keine Kinder kriegen will. Wir sind nicht befugt darüber zu urteilen, warum Frauen abtreiben.

Witkofski: Ich will hier nicht über Straffreiheit bei Abtreibung diskutieren, das ist nicht das Thema. Das Thema in dieser Diskussion ist für mich das eugenische Denken in den Köpfen von Frauen und was das bedeutet, wenn der Paragraph 218 tatsächlich abgeschafft wird. Du beschreibst die Frauen immer so als Opfer. Frauen sind meiner Ansicht nach auch

Täterinnen und zwar in Bezug auf die Tötung von Krüppeln, ganz massiv. Sie wollen einfach so ein *Kroppzeug* nicht. Klar, im Einzelfall mags immer irgendwelche Gründe geben, nur das interessiert mich in diesem Zusammenhang nicht, weil jeder Einzelfall dazu beiträgt, das Lebensrecht der Krüppel weiter einzuschränken, und dagegen wehre ich mich. Ich habe das mal in dem Slogan zusammengefaßt: Frauen, die Kinder zum Aussuchen wollen, die müssen sich nicht wundern, wenn der Staat Untertanen zum Aussuchen haben will. Da machen sich die Frauen mitschuldig. Schließlich sind nicht nur irgendwelche anonymen grauen Politiker, Bevölkerungswissenschaftler und Mediziner verantwortlich für die Praxis der Ausleseverfahren – die können schließlich nur durchsetzen, was bei den einzelnen Menschen, in diesem Fall besonders bei den Frauen, auch Zustimmung findet. Ich behaupte, daß von rechts bis links, von der extremen Rechten bis zur extremen Linken die Leute sich einig sind: Sie sind aus ganz diffusen Ängsten gegen Krüppel.

Goehler: Um ein Lebensrecht zu kämpfen, ist nicht das gleiche, wie jeder Frau erst mal ein Schuldgefühl zu machen, daß sie nicht mehr ein noch aus weiß. Was rätst du einer Frau, die Ende dreißig schwanger geworden ist und sagt: Ich weiß nicht, ob ich mich kräftig genug fühle, ob es in Ordnung ist, jetzt noch ein Kind zu kriegen, ob ich mich überhaupt noch auf ein Kind einstellen kann, unabhängig von der Frage seiner möglichen Behinderung, und die, um so etwas wie eine Entscheidungshilfe zu bekommen, zur Frühuntersuchung geht?

Witkofski: Das soll sie vorher entscheiden. Sie soll sich überlegen, ob sie dieses Kind austragen will, ja oder nein.

Goehler: Das sagen alle katholischen Priester!

Witkofski: Unsinn, gerade die katholischen Priester erlauben die Abtreibung von Krüppeln.

Christoph: Das ist eine populistische Vermischung, das ist echt eine oberflächliche Vermischung, was du wieder betreibst, Adrienne. Deine realpolitische Parteikollegin Bärbel Rust hat in einer Fernsehsendung gesagt: Als Politikerin, die es ja in Bonn unheimlich schwer habe in so einer Männerpolitik, würde sie, wenn sie jetzt wieder schwanger würde, zur Fruchtwasseruntersuchung gehen, weil sie sich als politisch aktive Frau kein behindertes Kind leisten kann.

Goehler: Wie soll ich mich zu Bärbel Rust verhalten?

Christoph: Wie soll *ich* mich zu ihr verhalten? Ich wollte euch einfach nur darauf hinweisen, daß wir in einer Situation leben, wo unter scheinbar fortschrittlichen Parolen es alternative und frauenbewegte Bevölkerungspolitik gibt. Auch in der Frauenbewegung sind Wertvorstellungen virulent, wie sie etwa in folgendem Zitat zum Ausdruck kommen: »Felix ist arm dran. Wäre seine Mutter zur Fruchtwasseruntersuchung gegangen, dann würde es Felix nicht geben. Jetzt, wo er lebt, ist ihm nicht mehr zu helfen.« Solche Sachen laufen.

v. Paczensky: Das hat Frau Schätzle von den »Christdemokraten für das Leben« auch gesagt: Sie sei so verzweifelt und empört, weil sie auf der Straße keine mongoloiden Kinder mehr sieht.

Christoph: Wunderbar! Das war richtig. Und da hat sich der »Spiegel« lustig drüber gemacht, verdammt noch mal. Das ist ungeheuerlich.

Witkofski: Ich weiß, daß ich mit meinen Argumenten immer in diese rechte Ecke gestellt werde. Wenn diese Frau das sagt, hat sie *ihre* politischen Motive, und ich habe andere. Wenn dabei gelegentlich gleiche Sätze rauskommen, dann muß man untersuchen, woran das liegt und warum das so ist. Aber ich finde es ziemlich impertinent, einfach in diese rechte Ecke gestellt zu werden, wenn ich kritisiere, daß Frauen sich weigern, behinderte Kinder zu kriegen, weil sie genau das im Kopf haben, was der HUK-Verband mal sehr plastisch beschrieben hat. Der hat den Slogan geprägt: »Verkrüppelt sein ist schlimmer als der Tod«. Und das bringt es genau auf den Punkt. Ich arbeite selber mit Eltern, die behinderte Kinder haben, und ich weiß, daß es diese Familien hier in der BRD verdammt schwer haben. Trotz alledem: Soll ich jetzt hingehen und sagen, ich verstehe ja, wie schlimm das ist. Ich rate Ihnen: Bringen Sie Ihr Kind doch einfach um. Auf Krüppelmord stehen bei uns anderthalb Jahre zur Bewährung, weil es sowieso immer Totschlag in einem minder schweren Fall ist. Das muß man mal dazu sagen. Im übrigen aber sind Rechtsnormen nicht geeignet, diese Sachen zu beurteilen.

Goehler: Richtig.

Witkofski: Gut, da sind wir uns einig. Nur geht es mir in dieser Geschichte, in dieser Diskussion nicht um die Rechtsnorm, ich wiederhole es noch einmal, mir geht es um das eugenische Denken in Köpfen von Frauen. Dieses eugenische Denken führt über kurz oder lang zur Ausrottung von Krüppeln.

v. Paczensky: Du möchtest nicht gerne in die rechte Ecke gestellt werden. Das ist sicher auch ungerecht, aber du benutzt zum Teil Argumente, die aus der rechten Ecke kommen. Zum Beispiel die Behauptung, Abtreibung führe zur Tötung und in den Mord. Das ist ein ganz beliebtes Argument: Wer abtreibt, der tötet auch Alte und Behinderte. Tatsächlich hat es eine systematische und 'rechtmäßige' Tötung von Behinderten nur bei den Nazis gegeben, die gleichzeitig die Abtreibung hoch bestraft haben. In den Ländern, in denen die Abtreibung weitgehend liberalisiert ist, werden Behinderte und Alte und andere Randgruppen eher mit Respekt behandelt. Es gibt überhaupt keinen Hinweis darauf, daß die Abtreibung mit der Tötung von Menschen jemals etwas zu tun hatte oder hat.

Wenn wir denn nicht oberflächlich sein wollen, dann müssen wir uns gründlicher mit den Fragen beschäftigen. Dann müssen wir auch mal von dem Behindertenproblem weggucken auf andere soziale Entwicklungen. Früher ist ein großer Teil der Abtreibungen erfolgt, weil die Frauen keine unehelichen Kinder haben wollten, weil uneheliche Kinder, vor allem aber die Mütter, ganz schlechte Lebensbedingungen hatten. Da hat man natürlich auch sagen können: Was, du verachtest uneheliche Kinder? An die Stelle der gesellschaftlichen Ächtung von Unehelichkeit ist heute die Stigmatisierung von Krüppeln getreten, da gebe ich euch recht. Aber man kann das nicht an den Frauen austragen. Daß die Frauen die Verantwortung, die Arbeit, die Kosten, die Verachtung, die ihnen als vermeintlichen Versagerinnen entgegengebracht wird, wenn sie ein behindertes Kind bekommen, daß sie das alles fürchten, kann man ihnen doch nicht vorwerfen, wenn es eine allgemein krüppelfeindliche Gesellschaft gibt. Man kann die Frauen doch nicht zum Austragen zwingen, wenn sie selber sehen oder glauben zu sehen, daß das ein sehr schweres, von ihnen nicht zu bewältigendes Schicksal ist. Wo ist denn der Unterschied zwischen der Angst, ein behindertes Kind zu haben, der Angst, ein uneheliches Kind zu haben...

Leyrer: ...und der Angst, in Indien ein Mädchen zu kriegen...

v. Paczensky: ...das kann man doch nicht diesen Individuen anlasten.

Christoph: Susanne, ich muß eine Information geraderücken. Holland gilt doch als sehr liberales Land in puncto Abtreibung. In Holland aber ist zum Beispiel, was die Sterbehilfe anbetrifft, die Tötung behinderter Kinder durch Liegenlassen teillegalisiert. In Holland gibt es eine Debatte über Gesetzesentwürfe, nach denen Eltern entscheiden können, ob ihr lebensfähiges behindertes Kind weiterleben soll. Das ist erschreckend. Zusätzlich finde ich auch eure Reaktion erschreckend. Ich unterscheide mich schon wesentlich vom Papst. Ich unterscheide mich auch vom ZK der Katholiken, das AbtreibungsbefürworterInnen als MörderInnen bezeichnet hat, gleichzeitig aber eine Ausnahme macht, wenn der Verdacht auf Behinderung besteht. Da frage ich mich: Wieso ist die Frauenbewegung nicht dagegen Sturm gelaufen? Weil sie ähnlich denkt! Ich finde, daß die Frauenbewegung da auch eine historische Verantwortung hat. Wer die Parole ausgibt, daß Behinderung schlimmer sei als der Strahlentod, setzt ein schlimmes Zeichen. Und gegen diese Zeitgeistzumutungen haben mir die Frauen zu wenig protestiert. Deswegen bin ich mißtrauisch. Ich befürchte, daß ein Teil der Frauenbewegung jetzt die Abschaffungskampagne mißbraucht, um seine rigiden Gesundheitswünsche anonym durchzusetzen.

Goehler: Mit zu meiner politischen Verantwortung gehört, daß ich für die Entscheidungsfreiheit der Einzelnen eintrete. Ich habe niemals eine Politik befürwortet, die auf *die* Gesellschaft, *die* Masse, *den* Arbeiter oder *die* Frau abstellt. Meine utopische Maxime geht dahin, eine Gesellschaft zu haben, in der jeder Einzelne und jede Einzelne so etwas wie Entscheidungsfreiheit hat. Das setzt eine sehr radikale gesellschaftliche Veränderung voraus. Ich bin durch zwei Dinge ziemlich ins Trudeln gekommen und habe seither Schwierigkeiten mit dem Begriff 'Selbstbestimmungsrecht', den ich lieber durch 'Entscheidungsfreiheit' ersetzen möchte. Ich habe beispielsweise mitbekommen, was eine Freundin von mir für einen Tanz gemacht hat, um ein Kind zu kriegen. Sie hat sich entsetzlichsten Untersuchungen und Hormonbehandlungen, Schneidereien und Befragungen ausgesetzt. Da habe ich auch gedacht: So, so, das fällt nun alles unter Entscheidungsfreiheit und habe mit ihr unglaublich hart diskutiert, weil ich das als eine Form von mutwilliger Verstümmelung empfand, was sie da gemacht hat . Ich hatte den Eindruck, daß sie eher eine lange psychologische Beratung gebraucht hätte als das richtige Hormon.

Zum zweiten habe ich natürlich auch zu diesen Leuten gehört, die seit Wyhl, wenn sie über AKW's gesprochen haben, wenn sie über Niedrigstrahlung etc. gesprochen haben, auch immer darüber geredet haben, daß damit Schädigungen am Menschen einhergehen. Ich habe das zunächst relativ unreflektiert gemacht und habe mich erst nach dieser Tschernobyl-Diskussion gefragt, welchem Menschenbild wir da eigentlich hinterherhecheln. Aber weil ich immer noch keine Antwort gefunden habe, bleibe ich dabei: Niemand kann der einzelnen Frau abnehmen, daß sie darüber entscheidet, was sie sich zutraut und was nicht. Das bedeutet für mich die Frauen ernst zu nehmen in ihrer Realität, und ich finde es schwer erträglich, wenn du sagst, daß jede Frau, die ein behindertes Kind abtreibt, sich schuldig macht an der Krüppelfeindlichkeit dieser Gesellschaft. Das muß Frauen nicht mehr erzählt werden, was die herrschende Ideologie ist: In dieser Gesellschaft muß niemand mehr leiden. Alle wissen, daß das gelogen ist. Aber das ist ja der Tenor unserer Wohlstandsgesellschaft: Jeder, der will, findet Arbeit. Jeder, der will, findet eine Wohnung. Dabei ist *jeder* immer männlich. . .

Witkofski: Darf ich diesen Satz ergänzen? Jeder, der will, ist gesund und jede, die will, kriegt ein gesundes Kind und jeder, der will, bringt sich um, sobald er behindert ist, weil das ja anständig ist. In dieser Gesellschaft leidet man nicht. Aber Behinderte leiden. Das ist das Bild von Behinderten in dieser Gesellschaft. Adrienne, du kannst hier jeden Eiertanz aufführen, aber wie wir in dieser Gesellschaft verkauft werden, dafür bin ich verdammt noch mal Fachfrau, und ich kriege es jeden Tag am Leibe zu spüren, daß ich keine gute Behinderte bin, weil ich nicht leide. Wäre ich nämlich dankbar und demütig und würde vor mich hinleiden, würde es mir in dieser Gesellschaft wesentlich besser gehen. Ich krieg's wirklich jeden Tag satt um die Ohren gehauen, daß ich mich weigere zu leiden, und stattdessen mein Lebensrecht einfordere.

v. Paczensky: Die Schwierigkeit in diesem Gespräch ist, daß ihr beide Betroffene seid...

Christoph: Ooooooooh ! ! ! !

v. Paczensky: ...und aus eurer eigenen Erfahrung sehr überzeugend reden könnt. Wir aber sollen nicht von individuellen Frauen reden, sondern wir sollen immer gleich die ganze Frauenbewegung, eingeschlossen die Mütterbewegung, die Tschernobyl-Frauen und andere Abarten vertreten, für die ich auf keine Weise sprechen kann, und ich glaube Adrienne auch nicht, von denen ich mich jetzt aber auch nicht distanzieren möchte. Wir sind hier also sozusagen als Gattungswesen, und ihr seid hier als Individuen. Und das macht es ganz schwierig. Wobei ich natürlich verstehe, daß du an dieser Stelle hellhörig wirst, weil es wahrscheinlich deiner ganzen Biographie entspricht, in der du erlebt hast, daß immer, wenn von »Leid« gesprochen wurde, sie dich damit gemeint haben. Aber man kann über Diskriminierung und über Leiden auch sprechen, ohne immer gleich behindertenfeindlich zu sein.

Christoph: Ich finde das mit der Betroffenheit relativ wichtig, weil sich hier nämlich die unterschiedliche Bewertung von Betroffenheit zeigt. Klar argumentieren Hannelore und ich als Betroffene. Was machen Susanne und Adrienne? Die agitieren ihrerseits mit der Betroffenheit der Frauen. Bloß, wenn es dann konkret wird, und wenn es einen Konflikt gibt zwischen Krüppelinteressen und Normaleninteressen, sagen sie: Ach, ihr beide seid ja drollig betroffen, und wir sind die abgeklärten Ideologen. Es gibt einen Konflikt zwischen unterschiedlichen Arten von Betroffenheit, und ich lasse es nicht mehr zu, daß man zu Krüppeln sagt, wenn sie sich wehren, daß sie dann halt 'betroffen' sind. Ihr bewertet die Betroffenheit der Frauen höher als die Betroffenheit von Krüppeln, da ja die Frauen über 50 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Deswegen finde ich das Argument arrogant.

v. Paczensky: Ich habe das Thema 'Betroffenheit' angesprochen, weil es euch in die Rolle von Menschen bringt, die mit ihrem Schicksal persönlich vor mir sitzen. Ich sitze hier leider nicht als Person, sondern irgendwie als eine Art Abklatsch der Frauenbewegung. Da muß ich jetzt als Person deutlicher werden und zwar als eine Frau, die mehrmals abgetrieben hat, und das ist das, worin ich betroffen bin. Es gibt zahllose Frauen, die vergewaltigt und daraufhin schwanger werden. Was sollen die denn deiner Meinung nach tun?

Christoph: Behindert sein ist so etwas ähnliches wie eine Vergewaltigung? ! Überleg doch, was du sagst, es ist zynisch, das gleichzusetzen.

v. Paczensky: Wenn Frauen Angst vor behinderten Kindern haben, das ist doch eine Urangst. Die mag aus falschen gesellschaftlichen Ursachen kommen, aber tatsächlich kannst du der einzelnen Frau das nicht verbieten. Der Wunsch, daß Kinder gesund sein sollen, ist ein Urwunsch der Menschen, nicht etwa in dieser Gesellschaft entstanden, sondern von Anfang an, und natürlich ist die Tatsache, mit einem kranken Kind konfrontiert zu sein, für die Frauen schrecklich. Die müssen dann damit umgehen, eure Mütter sind auch damit umgegangen, aber daß sie das nicht von vornherein wollen, könnt ihr ihnen doch nicht vorwerfen. Daß ihr mit den Frauen, die das nicht auf sich nehmen wollen, so rauh verfahrt und sie in so eine unmenschliche Ecke drängt, das kränkt auch mich, weil ich mich da als Abtreiberin auch beschimpft sehe.

Witkofski: Susanne, ich kriege wirklich eine Gänsehaut, wenn dir mit deiner ganzen Bildung, mit deinem ganzen Wissen so ein Wort wie Urangst oder Urbedürfnis über die Lippen geht. Eigentlich muß dir doch klar sein, daß wir, gefangen in unserem gesellschaftlichen Kontext, überhaupt nicht mehr unterscheiden können, was sozusagen urmenschlich ist und was gesellschaftlich, kulturell, politisch überformt. Mit diesen Urinstinkten oder Urwünschen hat der ganze Dreck schließlich angefangen in der Mitte des letzten Jahrhunderts. Die Nazis haben da gar nichts erfinden müssen, die eugenischen Denkmodelle hatten sich längst in den Köpfen der Bevölkerung festgesetzt, und dort sitzen sie bis heute. Wenn du da mal eben so locker von Urangst redest...

v. Paczensky: ...einen Wunsch, gesunde Kinder zu kriegen.

Witkofski: Ob Urangst oder Urwunsch oder Urinstinkt, das ist alles dasselbe.

Goehler: Erkläre mir doch mal, wie du so etwas benennen würdest. Ich wünsche häufig Menschen Gesundheit. Was wünscht du denn den Menschen?

Witkofski: Also, zunächst mal gibt es einen Unterschied zwischen Gesundheit und Behinderung oder Krüppeltum. Ich bin ein Krüppel und kann trotzdem gesund oder auch krank sein. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe.

Goehler: Susanne hat davon geredet, daß sie eigentlich davon ausgeht, daß alle...

v. Paczensky: ...sich gesunde Kinder wünschen.

Witkofski: Du hast aber gemeint: nicht-behinderte Kinder.

Goehler: Nein, nein, nein, das unterstellst du.

Witkofski: Schau mal, du drückst dich um den Begriff Behinderung rum. Natürlich wünsche ich dir Gesundheit, und damit meine ich erst einmal, daß es immer lästig ist, einen Schnupfen zu haben, die Grippe zu kriegen oder sich eine Gelbsucht einzufangen. Das ist natürlich lästig. Das verstehe ich. Das läßt sich natürlich nicht vermeiden. Aber ich wünsche es dir nicht. Es gibt aber auch durchaus die Möglichkeit, daß du einzelne Funktionen deines Körpers verlierst, was ich nicht als Krankheit bezeichnen würde. Das kann dein Augenlicht, das können deine Beine sein, das können deine Arme sein, das

kann ganz viel sein, und ich weiß, daß das für dich erst mal ein Schock wäre. Ganz klar. Ich weiß aber ebenso, daß du hinterher trotzdem ein lebenswertes Leben führen kannst. Wenn dir jetzt irgendeine Funktion ausfällt, dann fällt sie dir aus. Na und?

v. Paczensky: Ich wünsche schwangeren Frauen gesunde Kinder, so wie ich es mir gewünscht habe. Natürlich wünsche ich ihnen auch, wenn das Kind nicht gesund ist, daß sie damit gut umgehen können. Ich rate ihnen überhaupt nicht: Falls es nicht gesund ist, schmeiß es doch weg. Ich denke, daß der Wunsch nach einem gesunden Kind ein menschlicher Wunsch ist quer durch die Zeiten und Kontinente und nix mit falschen Ideologien und Eugenik zu tun hat.

Goehler: Ich weigere mich nach wie vor, die Forderung nach Abschaffung des Paragraphen 218 wegen der Möglichkeit eugenischer Indikationen in Frage zu stellen. Okay, wenn es denn so ist, daß die herrschenden Verhältnisse eine Freigabe des 218 nicht ermöglichen, dann sollten wir eventuell Gleichheit für alle Föten fordern, keine Sonderkonditionen mehr, keine Auslese gleich im Gesetzestext, sondern 12 Wochen für alle. Das würde zumindest viel Diskussion auslösen. Ich habe nur Angst, daß es in die falsche Richtung geht, und dazu beiträgt, den 218 zu stabilisieren, nicht etwa ihn abzuschaffen. Dennoch habe ich viel Sympathie für den Gedanken, diese Sonderkonditionen rauszunehmen und damit vermutlich auch diese ganzen Betschwestern männlicher und weiblicher Herkunft sicherlich auch ein Stück zu entlarven. Dann möchte ich mal wirklich die Lebensschützer sehen, ob die nicht womöglich auf die Barrikaden gehen und sagen: Das geht jetzt aber entschieden zu weit – das Recht der Frau, ein behindertes Leben abzutreiben, jetzt unterlaufen zu wollen! Das könnte eine ganz spannende Diskussion werden. Ich bin mir nur so unsicher, wer die Nutznießer einer solchen Debatte sein würden...

Witkofski: Wer könnte das sein?

Goehler: Alle diejenigen, die den Frauen Entscheidungsfreiheit nicht zubilligen...

v. Paczensky: ...sondern sie zwingen möchten, ein Kind auszutragen, das sie nicht haben wollen.

Leyrer: Die Alternative wäre: Weg mit dem 218 und absolutes Verbot der Fruchtwasseruntersuchung. Wobei das, soweit ich informiert bin, nur kurzfristig etwas verändern würde, denn die Wissenschaft ist längst dabei, Untersuchungsmethoden zu entwickeln, die sehr viel eher als in der 18. oder 20. Woche Aufschlüsse über bestimmte Krankheiten, Veranlagungen und Behinderungen der Föten geben sollen. Nur gegen die Amniozenthese vorzugehen, würde unter Umständen also bedeuten, dem Stand der Forschung und den Absichten einschlägiger Bevölkerungspolitiker lediglich hilflos hinterherzuhinken. Die Frauen werden dann eben in Zukunft beispielsweise in der 8. oder 10. Woche abtreiben, so wie sie es heute in der 20. tun, wenn sie erfahren, daß die Gefahr besteht, ein behindertes Kind zu kriegen. Das wird für die Schwangeren vielleicht sogar eine Erleichterung sein, denn je eher eine Abtreibung durchgeführt wird, desto einfacher ist der Eingriff und desto leichter die körperliche Umstellung. An der Problematik der gesellschaftlich gewünschten und individuell entschiedenen Aussonderung von 'falschen', von eventuell kranken oder behinderten Kindern ändert sich dadurch nichts. Im Gegenteil: Die wird sich durch die Möglichkeiten früherer und verfeinerterer Untersuchungsmethoden noch zuspitzen.

Witkofski: Dann eben: Verbot jeglicher pränatalen Diagnostik

v. Paczensky: Für mich ist die Vorstellung einer zukünftigen Züchtung künstlicher Menschen, der Herstellung des perfekten Menschen mitsamt der Aussonderung mangelhafter Exemplare ein viel entscheidenderes Problem als die Annahme einer Selektion per Abtreibung. Wenn es möglich wäre, diese Entwicklung dadurch zu stoppen oder wenigstens zu bremsen, ich hätte überhaupt nichts dagegen, die vorgeburtliche Diagnostik zu verbieten. Ich sehe aber nicht, daß das geht. Es erscheint mir utopisch. Wenn die Frauen demnächst in der achten Woche feststellen können, ob bestimmte Behinderungen der Föten vorliegen, also bestimmte genetische Merkmale, dann werden sie, ob es erlaubt ist oder nicht, gegebenenfalls abtreiben.

Die Frage, wie die Verachtung und Aussonderung von Behinderten zu entdecken, zu tadeln und vielleicht zu verhindern ist, muß also anders beantwortet werden. Es müssen bessere Lebensbedingungen für Mütter geschaffen werden, es müssen bessere Lebensbedingungen und vor allen Dingen Anerkennung und Respekt für Behinderte her, und das hat mit der Abtreibung überhaupt nichts zu tun.

Witkofski: Susanne, ich frage dich jetzt mal um Rat. Was soll ich tun, damit Krüppel nicht ausgerottet werden, sondern auch unter der Maßgabe feinster technischer Möglichkeiten, sie vorher zu verhüten, weiterhin geboren werden. Wir sind uns hoffentlich einig: Wenn wir das verschieben auf den Tag, wo die Bedingungen toll sind, dann wird es das nie geben. Wie also können wir das zusammen, wir Frauen, realisieren, daß ab sofort, ab morgen, mehr Frauen den Mut haben, Krüppelkinder zu kriegen?

Christoph: Ich sehe das nicht nur als fraueninterne Diskussion, verdammt noch mal. Deswegen habe ich Schwierigkeiten mit der Problemstellung 'wir Frauen'. Es geht nicht um Frauen. Dann kann ich ja auch gehen. Dann quatscht ihr jetzt im Frauenclub. Es ist illegitim, das als fraueninterne Diskussion zu sehen.

v. Paczensky: Die Abtreibung ist ein Frauenproblem.

Christoph: Unser Existenzrecht ist ein Krüppelproblem, und jetzt bestehe ich darauf, die fraueninterne Diskussion zu stören. Es ist ein bißchen schrecklich, wenn ich mit einer Frau rede, die heuchlerisch sagt, daß sie nichts gegen Krüppel hat. Bloß wenn sie schwanger wird, dann sagt sie, daß sie aber so etwas ähnliches wie mich auf jeden Fall abtreiben würde. Und damit sind wir beim Lebensschutz. Ich habe Probleme mit dieser Organisation. Ich habe aber auch Probleme, wenn diese Organisation als »Lebensschützer«-Verein diffamiert wird, denn dadurch wird auch »Lebensschutz« diffamiert, und Lebensschutz darf nie ein Schimpfwort werden. Ich würde es unheimlich toll finden, wenn ihr morgen dem »stern« die Türen einrennen und sagen würdet: Wer gegen den Paragraphen 218 vorgeht, muß, vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, auf jeden Fall verhindern, das eine unterschiedliche Bewertung des Lebens von Behinderten und Nicht-Behinderten gesetzlich verankert wird. Ich unterstütze also voll eure Forderung nach Abschaffung des 218, wenn ihr auch noch einen Aufruf gegen das eugenische Denken formuliert. Das würde ich toll finden, bloß verlangt das auch Mut von euch.

Witkofski: Ich habe auch die ganze Zeit überlegt, wie toll es wäre, eine »Stern«-Kampagne mit Frauen, die sich hinstellen und sagen: Ich habe trotz Fruchtwasseruntersuchung das Krüppelkind bekommen, das gibt es nämlich auch.

Christoph: Solche Sachen verlange ich von euch drei kritischen, linken Frauen, die aus der Geschichte etwas gelernt haben. Dann können wir zusammenarbeiten. Macht ihr das nicht, dann gibt es nur Widerstand, weil ich nicht mehr bereit bin, meine Krüppelinteressen der Frauenbewegung unterzuordnen. Das geht nicht, da gibt es echten Widerstand, und dann können wir auch nicht reden.

Witkofski: Franz, ich weiß, was du meinst. Aber stell dir all die Leute vor, die das jetzt lesen, was denen für Schauer über den Rücken laufen bei dem Gedanken, es gäbe eine »Stern«-Kampagne mit dem Titel »Ich will ein behindertes Kind!«.

Goehler: Ich finde diese Forderung furchtbar. Das ist so etwas wie: Ich will ein deutsches Kind, oder ich will ein schwarzes Kind, da kommen für mich Selektionsmechanismen herein...

Witkofski: Ja, prima! Adrienne, jetzt sind wir uns einig über die Selektionsmechanismen, jetzt sind wir uns völlig einig. Aber Frauen nehmen sich heute raus zu entscheiden, wenn das Kind behindert ist, dann will ich's nicht. Das sind doch Selektionsmechanismen. Genau das isses!

Christoph: Das ist die Umdrehung der Norm als Provokation. »Ich will ein gesundes Kind«, das gehört zur deutschen, auch alternativen Volksgesundheitsideologie. Und Hannelores Forderung dreht die Norm nur um. Natürlich ist das nicht machbar, und natürlich wäre ich auch gegen eine solche Forderung.

Witkofski: Ich habe das nicht nur aus Provokation umgedreht. Wenn ich mir ein Kind aussuchen darf, kann ich mich doch als Krüppelfrau hinstellen und sagen: Ich gucke nach, ob das Kind behindert ist oder nicht, und wenn es nicht behindert ist fühle ich mich als Krüppelfrau überfordert, so ein komisches Wesen austragen und aufziehen zu sollen.

Leyrer: Das wäre ja auch nicht besser, als wenn wir... Im Prinzip haben wir diesen Zustand doch, Hannelore.

Witkofski: Das weiß ich selbst. Und eben darüber regt sich niemand auf. Wenn ich jetzt aber sage, daß ich eine Garantie will, daß das Kind, das ich bekommen könnte, behindert ist, dann stehen euch hier die Haare zu Berge. Du hast es eben tatsächlich gut auf den Punkt gebracht: Das ist Selektion. Und gegen die bin ich.

Christoph: Ich habe Probleme, politisch, mit dieser Umdrehung der Norm. Infolgedessen würde ich die Parole zwar verständlich, aber trotzdem falsch finden und dazu noch sehr gefährlich, weil Frauen, die volksgesundheitlich verantwortungsvoll denken, selbstverständlich normale Kinder wollen. Wenn du also sagen würdest, daß du ein behindertes Kind wolltest, dann würdest du in der Klapse landen.

v. Paczensky: Die Drohung, daß du mich nur unterstützt, wenn..., die bin ich gewohnt, die ist schon von vielen Gruppierungen gegen mich ausgesprochen worden, da bin ich resistent. Ich kann jedenfalls niemandem vorschreiben, keiner Frau und keinem Mann, was sie mit ihrem Leben machen sollen, und ich will es auch niemandem vorschreiben.

Leyrer: Über einen Punkt sollten wir, Susanne, Adrienne und ich, doch noch etwas genauer nachdenken, nämlich über die Defizite, die wir aus der Frauenbewegung mitbringen. Wir sind ja tatsächlich auf das Problem der pränatalen Diagnostik so recht erst aufmerksam geworden, als es anfing mit dem Femizid in Indien und mit der Geschichte, was den Frauen da eigentlich passiert. Alles andere war bis dato nicht existent in der Debatte. Und da gibt es immer noch blinde Flecken, aber die überhaupt kein Bewußtsein besteht. Die Auseinandersetzung mit der Eugenik kam erst in Gang, als bekannt geworden war, daß in Indien gezielt weibliche Föten abgetrieben werden.

v. Paczensky: Vor sechs Jahren.

Leyrer: Ja, aber jetzt ist es erst richtig durchgedrungen und wird nun auch endlich mal im Zusammenhang mit dem 218 debattiert. Das sagt ja auch etwas, diese Geschichte, das trifft uns Frauen.

Goehler: Aber Katja, würdest du unter den realen gesellschaftlichen Verhältnissen, die wir haben, guten Herzens eine Kampagne forcieren, die sagt: »Gleiches Recht für alle Föten«?

Witkofski: Das möchte ich drin haben. Ich möchte, daß das in einem Aufruf zur Abschaffung des Paragraphen 218 drin ist.

Goehler: Ich weiß nicht, ob ich das will. Für mich ist ein Fötus kein eigenständiges rechtsfähiges Subjekt. Das ist einfach Schwachsinn. Im übrigen ist eine Auseinandersetzung um den 218 nicht der richtige Ort für eine derartige Forderung. Die muß im Zusammenhang mit dem Problem der Gentechnologie behandelt werden, im Zusammenhang der Züchtung eines Normmenschen, des kartierten Kunstsubjekts.

Leyrer: Nicht nur, Adrienne. Ich sehe das auch, die Bedrohung durch die Gentechnik und daß sich das verschärfen wird. Es ist aber immer sehr viel leichter, über künftige Bedrohungen zu reden als über die Sachen, die schon da sind. Beim 218 aber gibt es nun mal Eugenik, in der Theorie und in der Praxis.

Christoph: Es geht mir nicht um die Gleichberechtigung der Föten, 12 Wochen für alle oder sowas. Es geht mir darum, daß die Gesellschaft und daß die Frauen abgestufte Lebenswertigkeiten an Föten exekutieren. Und das nimmt unheimlich zu. Wir diskutieren hier das erste Mal über Konflikte zwischen Krüppelinteressen und Frauenbewegung. Und ich bin erschrocken über die Ignoranz, mit der ihr das abblockt, so nach dem Motto: Dieses Thema gehört uns Frauen, und ihr seid halt die Betroffenen. Ich sehe unheimlich wenig Selbstkritisches. Für mich stellt sich da schon die Frage: Wird die Frauenbewegung auch weiterhin die unterschiedliche Lebensbewertung praktisch tolerieren, und ist es dann überhaupt für uns noch möglich, mit der Frauenbewegung zusammenzuarbeiten, wenn es beispielsweise um die Aufarbeitung des Faschismus geht?

Goehler: Da ist ja wieder dieser Erpressungsversuch, den ich auch aus anderen Zusammenhängen kenne: Schließt du dich nicht meinen Forderungen an, bekämpfe ich dich. Dabei ringe ich noch um meinen Standpunkt. Was bedeutet es denn in dieser Gesellschaft, wenn wir unterschiedslos die Möglichkeit einer Abtreibung bis zur 12. Woche oder gleiches Recht für alle Föten fordern? Geht das nicht in die falsche Richtung? Das müssen wir doch erst mal klären!

v. Paczensky: Ich finde diese Kontroversen fruchtlos. Ich bin für die Abschaffung der Abtreibungsstrafe. Ich will, daß Frauen nicht bestraft werden, wenn sie abtreiben. Und warum sie abtreiben, steht für mich dabei nicht zur Diskussion, ob das nun wertvolle, wertlose, leichtfertige, tiefgreifende, gesellschaftlich förderliche oder gesellschaftlich nicht so förderliche Grande sind. Sie sollen dafür nicht bestraft werden. Ich sehe auch gar nicht, warum eine Begrenzung auf 12 Wochen nötig ist, manchen Frauen ist es noch nicht einmal möglich, ihre Schwangerschaft festzustellen bis zur 12. Woche. Ich bin nicht für die Fristenlösung. Ich bin für die Abschaffung der Abtreibungsstrafe.

konkret 04/89, S. 49

Detlef zum Winkel

Les Boches

Es wird kommen wie nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus: Statt den satten faschistischen Bodensatz dieser Republik endlich ernst zu nehmen, wird auch die Frankfurter Linke noch dem Einzug der Neonazis in den Römer binnen zwei Wochen zur rosa-grünen Tagesordnung übergehen

Schadenfreude darf man nun in Westberlin empfinden. Seit gestern ist Frankfurt die »Hauptstadt der Bewegung«, womit natürlich die rechte gemeint ist. Sechseinhalb Prozent für die NPD – Westberlin war ekelhaft, Frankfurt ist zum Kotzen. All die hehren Worte von der weltoffenen Mainmetropole, von Urbanität und Liberalität kann man vergessen, all die Artikel in den Feuilletons von »Zeit«, »FAZ« und »Spiegel«, vor allem jedoch in der »TAZ«, die von dem kreativen, innovativen, prickelnden und modernen Frankfurt schwärmten, waren falsch, ganze Jahrgänge des Metropolenmagazins »Pflasterstrand« sind für den Papierkorb produziert worden, kurz: zehn Jahre Eigenwerbung, Selbstbeweihräucherung und arrogant zur Schau getragene Überlegenheitsgefühle sind widerlegt. Widerlegt und an den Rand gedrängt von einem feisten Deutschtum, von widerlichen Schwarz-rot-gold-Plakaten, von dummdreistem, rassistischem Haß. Die boches, *les boches,* sind wieder da, und sie haben einen hohen Wiedererkennungswert, denn sie haben sich nicht verändert.

Man sagt, mit ihrer massiven ausländerfeindlichen Kampagne habe die CDU die NPD erst hoffähig gemacht. In der Tat: Was einem hier seit zehn Tagen an jeder Straßenecke von CDU-Plakaten ins Gesicht sprang, ließ die Original-Parolen der Nazis beinahe als gemäßigt erscheinen. Gegen Ausländerwahlrecht, Asylmißbrauch und »Scheinasylanten« waren die grellen Überschriften, und die wenigen Plakate, die nicht rassistisch waren, beschworen die Heimat und reservierten Frankfurt den Frankfurtern. Unüberhörbar antisemitische Töne bekam die Kampagne, als die CDU Daniel Cohn-Bendit als Buhmann des rotgrünen Chaos präsentierte und in ihrer Wahlzeitung fragte: »Soll Cohn-Bendit unsere Heimat bestimmen?«

Wer genau hinguckt, wird bei der CDU noch mehr zutage fördern. Da war auf einem Wahlplakat beispielsweise die jahrelang zurückliegende Einweihung der restaurierten Alten Oper abgebildet – das Ereignis, das der frühere Oberbürgermeister Wallmann als Krönung seiner Frankfurter Amtsausübung empfand. Zu sehen waren ein feuriges Sonnenrad, angezündet auf dem Balkon der Alten Oper und darunter in gleichfalls flammenden Buchstaben das Wort »Lebensfeuer«. Schon damals habe ich mich über die massenhafte Begeisterung gewundert, die die Neueröffnung dieser Oper bis weit in die grüne und alternative Szene hinein auslöste. Denn das war – auf dem Höhepunkt der Einweihungsfeier – nicht nur ein Nazisymbol, das war ein Hakenkreuz, und es ist bestimmt kein Zufall, daß dieses Hakenkreuz Jahre später zu CDU-Werbezwecken wieder auftaucht.

Sicher ist: Die CDU wußte seit Wochen, spätestens aber seit Westberlin, daß sie massive Verluste zu erwarten hatte. Sie wußte auch, daß die NPD in Frankfurt bei 5 Prozent stand. Und sie wußte aus Umfragen, die die hessische Staatskanzlei von Ministerpräsident Wallmann unter Verschluß hielt, daß 60 Prozent der Wähler oder noch mehr auf Fremdenhaß und »Ausländer raus« abfahren. So hat sie trotz der zu erwartenden Verluste versucht, die rechte Mehrheit zu verteidigen. Wenn ich sage *so* – dann muß man das Ergebnis aus dem Rheingau-Taunus-Kreis in Westhessen kennen, wo die Republikaner auf Anhieb 10 Prozent im Kreistag erhielten. Der CDU-Landrat erklärte prompt, er könne auch mit einer Mehrheit aus CDU, FDP und Republikanern leben. Die CDU hat nicht – oder nicht nur – aus wahltaktischen Gründen mit rechtsradikalen Parolen operiert. Sie ist so. Sie ist, wie sie ist und immer war. Das muß man endlich einmal ernst nehmen, und wer es nicht glaubt, sehe nach Frankreich oder nach Kärnten, wo ihre Schwesterparteien, Gaullisten und österreichische Volkspartei, sich gerade anschicken, mit Faschisten ins Bett zu steigen, vorerst auf kommunaler und Landesebene.

Vergessen kann man auch die politischen Klimmzüge, die nicht nur die CDU/CSU, sondern auch der »Spiegel« unternahm, um die Republikaner und ihr Potential demokratisch an die Brust zu nehmen. Die hessischen Ergebnisse zeigen, daß der Wähler die Feinunterscheidung zwischen »rechtsradikal« (Republikaner) und »rechtsextremistisch« (NDP) nicht trifft. Die Reps bekamen, wo sie antraten, etwas mehr, 10 bzw. 7 Prozent auf Kreisebene. Aber auch die NPD ist 5 Prozent-fähig, und man fragt sich sogar, wie die »Nationale Sammlung« Michael Kühnens wohl in Langen abgeschnitten hätte, wäre sie nicht verboten worden. Fazit: Bei den Europawahlen muß damit gerechnet werden, daß die sog. Liste D aus NPD und DVU ins Straßburger Parlament kommt.

Gehen wir also demonstrieren: Wie in Westberlin. Unmittelbar nach Bekanntgabe der ersten Ergebnisse und Hochrechnungen fand sich eine Menschenmenge vor dem Frankfurter Römer ein, skandierte »Nazis raus« und »Nazis vertreiben, Ausländer bleiben«. Anschließend zogen 5000 Leute durch die Innenstadt, vorbei an den Büros von NPD und CDU. Die Stimmung war gut. Die Stimmung wurde immer besser. Stimmung ist ja so wichtig. Manchmal konnte man den Eindruck gewinnen, das Erfolgserlebnis, wieder einmal eine große Demonstration zustandegebracht zu haben, dominierte. Sowas wie die täglichen Umzüge seinerzeit gegen den Bau der Startbahn West. Auch die Linke muß erst lernen, daß die Situation eine andere ist: Wir haben es mit einem satten faschistischen Bodensatz dieser Stadt zu tun, der nach oben drängt.

Um ihn wegzukriegen, muß man sich mehr einfallen lassen, als den ewigen Aktionismus und Spontaneismus, der die Linke im Rhein-Main-Gebiet immer schon charakterisiert hat.

Wie in Westberlin: Drei-, vier-, fünfmal linkes, autonomes, spontanes Aktionskino auf den Straßen, dann wird der rotgrüne Alltag einkehren. Und der bedeutet, wie in Westberlin: eine möglichst bürgerliche, möglichst weit in der Mitte angesiedelte Politik. Volker Hauff will Bürgermeister aller Frankfurter werden, und die Grünen appellieren an die Wirtschaft – doch: an Frankfurt als internationales Finanzzentrum – etwas gegen die Ausländerfeindlichkeit zu unternehmen. Die Ausländer schweigen. Es hat sie auch noch niemand gefragt.

konkret 04/89, S. 50

Christel Dormagen

Buch des Monats: Nichts zu naschen

Autorinnenkollektiv (Hg) Frauenbewegungen in der Welt, Bd 1 Westeuropa, Argument-Sonderband 150, Hamburg 1988, 233 Seiten, 18,50 Mark

Der Vorzug, als Expertin für Frauen zu gelten, birgt leider den Nachteil, daß man sich zu Themen verdonnert sieht, die gelegentlich – am Gegenstand kann es aber doch nicht liegen!? – geradezu ins überdimensional Knäckebrottrockenhafte geraten. Wenn dann solche Trockenheit, wie erschütternd häufig der Fall, noch ihren siamesischen Zwilling, die grundgute Redlichkeit des Anliegens, mit sich schleppt, ist auch die aufmüpfigste Rezensentin lahmgelegt.

Da hat also der nicht gerade für Überschwang und Verwegenheit bekannte Argument-Verlag das verdienstvolle Unternehmen einer Reihe »Frauenbewegungen in der Welt« gestartet. Der erste Band »Westeuropa« ist nun erschienen und versammelt, ordentlich alphabetisch sortiert, Aufsätze zu 16 westeuropäischen Ländern (Finnland wird kurzerhand eingemeindet, und Luxemburg fehlt, wohl, weil es dort keine Frauenbewegung gibt). Drei weitere Bände sollen folgen (»Dritte Welt«, »Außereuropäische kapitalistische Länder«, »Sozialistische Länder«); alle herausgegeben von der »Autonomen Frauenredaktion« des Verlages, d. h. von Frigga Haug.

Gedacht ist dieses Projekt vor allem zur »stärkeren Internationalisierung der Frauenbewegungen«, kann aber dennoch den Ruch von Beerdigungsfeierlichkeiten nicht so recht loswerden. Das liegt in der Natur von Geschichtsbüchern, die Bewegungen nachschreiben. Solange sich was bewegt, haben die BewegerInnen Spannenderes zu tun, als sich selbst zu historisieren.

Zu einem späteren Zeitpunkt des Stillstands – europaweit haben sich in diesem Falle alle auf den Begriff »Wende« geeinigt – halten die Erben der Bewegung es häufig für ratsam, rückwärts zu schauen. Der persönliche Grund: Ich war dabei, und nun will ich auch was davon haben! Der politische Grund: Wie kam eigentlich alles? Und, vor allem, wieso hörte es so plötzlich wieder auf? Sollte sich dieser Nutzen mit der Lust verbinden, einer vielleicht ungern eingestandenen Lust nämlich auf ein wenig Getuschel über eine Vergangenheit, zu der die Gemeinde der Mitbewegten auch gehörte, – wie schön wäre das! Man liest ja gerne über sich und seine Freundinnen. Und einem klitzekleinen Heiligenschein wäre man auch nicht abgeneigt.

Zu naschen gibt es aber nichts. Die Neugier bleibt ungestillt. Sowohl die aufs Intimste als auch die auf globale Antworten. Das Buch bleibt anständig und, wie gesagt, redlich. Es gibt für das öffentliche Rätsel des Stillstands der Bewegungen keine Generallösung. Und Damenklatsch ist unseriös (nur ein paar ehrliche Selbstkritikgeständnisse von Frigga Haug, die der Autorin aber so gut stehen wie vermutlich eine Antiimpi-Lederhose). Die Autorinnen, fast alle langjährig in Gewerkschaftsinstitutionen und Universitäten und stets mit dem Schwerpunkt »Frauen« beschäftigt, äußern, je nach Land, Standpunkt und Temperament ihre Vermutungen.

Als plausibelste Erklärung für den europäischen Niedergang der Frauenbewegung scheint mir – außer der simplen Erfahrung, daß auch sie ihre »natürliche« Lebenszeit hat: die Lust läßt mit der Gewöhnung nach! – die mehrfach wiederkehrende Hypothese vom »Staatsfeminismus«, den die dänische Autorin als »repressive Toleranz« beschreibt: »Viele radikale Forderungen von Frauen wurden aufgegriffen und dann in einer entschärften, sozusagen zahnlosen Ausgabe umgesetzt.« An anderer Stelle steht dafür das Bild von der »Umarmung« durch die offizielle Politik. In fast allen Westländern sind die Verhältnisse in den letzten zehn Jahren ein bißchen erfreulicher geworden: Es gibt ein bißchen Geld für Frauenforschung, ein bißchen bessere Scheidungs- und Familiengesetze, ein bißchen mehr gesellschaftliche Kinderversorgung, ein bißchen größere Arbeitsmarktchancen, eine etwas größere Zahl gehobener Stellen, die mit Frauen besetzt sind...usw.

Dafür ist denn auch diese Aufsatzsammlung praktisch. Sie läßt sich als kleine Frauenländerkunde benutzen, die eine ganze Menge Fakten nennt, die man nie im Kopf behält oder häufig durcheinanderwirft, zumal wenn sie den Länderklischees nicht entsprechen, nach denen Griechenland halt rückständig und Schweden fortschrittlich zu sein habe.

Gerade weil fast alle Autorinnen sich zu der ideologischen Richtung des »sozialistischen Feminismus« rechnen, was beim Argument-Verlag auch naheliegt (kleine Unterscheidungsfaustregel: sozialistische Feministinnen sind überzeugt, daß mit dem Sieg der proletarischen Revolution die Frauenunterdrückung automatisch aufhört, die autonomen halten das Patriarchat nicht für eine kapitalistische Erfindung), erhält man jeweils einen guten Überblick über die Beschäftigungslage von Frauen auf dem Lohnarbeitsmarkt sowie über staatliche Gesetzgebungen etc.... Wissensknäckebrot eben.

Erschwerend kommt allerdings hinzu, daß die Autorinnen nicht sonderlich schreibbegabt sind, so daß in ihren Texten den Bewegungen das Leben gleich noch ein zweites Mal ausgetrieben wird. Und was soll ich davon halten, daß die beiden inhaltlich wie sprachlich gelungensten Aufsätze von den zwei ältesten Frauen (Jahrgänge 1922 und 1924) und, ganz gegen

mein Vorurteil, dazu noch von zwei KP-Funktionärinnen stammen: Louise Blanquart für Frankreich und Rossana Rossanda für Italien.

Rossanda beschreibt am eigenen Beispiel den Unterschied zwischen den älteren »Emanzipierten« und den jüngeren »Feministinnen« und was sie daraus gelernt hat. Zu ersteren rechnet sie sich selber: die Frau als Fastmann, selbständig, mit Anerkennung im Männerklüngel; die Intelligente in der intellektuellen Männerhorde; die, für die Frauengruppen erstmal etwas brünftig niveaulos Verächtliches hatten. Sie erkennt: »Je mehr die Emanzipierte dem Mann gleicht, desto mehr kann sie nicht Mann sein; sobald die Unterschiede in der Arbeit, im Haus und im Wissen gefallen sind, kann sie anders sein als er.«

Um dieses Anderssein der Frauen, um die »geschlechtliche Differenzierung«, inzwischen nicht nur aus französischer und deutscher Theorie bekannt, macht sich zu meiner Überraschung die absolut unautonome L. Blanquart mit ihrer mordsbeeindruckenden Arbeitskurzbiografie und dem göttlichen Foto mit Schiebermütze als einzige Gedanken. Sie gibt einen Überblick über die in Frankreich ja in heikelste Sphären vorgetriebene Diskussion, die von Gegnerinnen mit der Kurzformel: Weiblichkeit = Gebärfähigkeit = Natur = Faschismus = um Gottes willen! erledigt wird. Sie schreibt dazu:

»Seit die Bedeutung des geschlechtlichen Unterschieds so beharrlich betont wird, fürchten viele Feministinnen das Abgleiten in den Biologismus und die neuerliche Stärkung von Konzepten, die das Männliche mit Kultur und das Weibliche mit Natur identifizieren. Wir verstehen diese Befürchtungen, halten dem aber entgegen, daß es darum gehen muß, die sozial-historisch entstandene *Verknüpfung* von Unterschiedlichkeit und Minderwertigkeit zu zerstören und nicht den Unterschied selbst. Einen geschlechtsspezifischen Körper zu haben, ein geschlechtsspezifisches Begehren, ein geschlechtsspezifisches Gehirn und ein geschlechtlich bestimmtes Denken ist kein Grund, nicht gleichzeitig ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft zu sein. Die Unterdrückung der Frauen ist ein historisches und gesellschaftliches Phänomen«.

Damit überschreitet Blanquart, denke ich, eine Tabugrenze, die es im hiesigen Feminismusstreit fast unmöglich macht, besonnen über den Komplex: Mütterlichkeit, Gentechnologie, Abtreibung zu reflektieren, ohne daß sofort Fraktionszwang und ideologische Ausschlußverfahren drohen.

Was nach der Lektüre bleibt, ist die Ahnung, daß, wie üblich, die größten Schwierigkeiten überhaupt erst beginnen. Und jetzt sage ich mal bewußt: für Frauen und Männer. Die liegen, das legen die Länderbilanzen zumindest implizit nahe, sowohl im wissenschaftsethischen Bereich der neuesten Forschung als auch im alten Bereich gesellschaftlicher und privater Arbeit. Noch ist in allen Ländern durchgehend die Erwerbsarbeit geschlechtsspezifisch aufgeteilt, von der unbezahlten Arbeit im Reproduktionsbereich (auf gut deutsch: KinderKücheMann versorgen) ganz w schweigen. Das Stichwort hieße da »Lohn für Hausarbeit« und ist in keinem Aufsatz zureichend bedacht. Teilzeitarbeit, hohe Erwerbslosigkeit, »Leichtlohn« sind Sache der Frauen. Und die Tendenz wird noch zunehmen: die Aufteilung wiederholt sich, wie man inzwischen weiß, ja noch einmal im Verhältnis der ersten zur sog. Dritten Welt. Und diese Aufteilung gehorcht einer Regel, aus der es, anscheinend, kein Entkommen gibt, da sie etwas Hase- und-Igelhaftes hat. Kurz und schlicht steht sie in dem Bericht über Finnland: »Die Frauen sind da, wo es keine Macht gibt, und die Macht ist da, wo es keine Frauen gibt«.

Haben Sie etwas dagegen?

konkret 04/89, S. 52

Karlheinz Deschner

Ein Mordbefehl?!

Seit Ajatollah Khomeini befohlen hat, den Schriftsteller Salman Rushdie zu ermorden, brennen die Lautsprecher des »christlichen Abendlands« vor Erregung durch. Aber, »das Blut, welches die Bekenner des Gottes der Barmherzigkeit und des Friedens seit der Einführung seiner Religion vergossen haben, würde genügen, um die Anhänger aller anderen Sekten, die jetzt auf der Erdkugel wohnen, zu ersäufen«

»...daß die fähigen Kopfjäger alle Christen sind« (Mark Twain)

Gewiß, ungeheuerlich.

Der indische Autor Rushdie mokiert sich, Gründe gibt's dafür genug, etwas über den Islam, und schon setzt man ein Millionen-Kopfgeld aus – an der Schwelle zum 3. Jahrtausend.

Die Welt schreit auf. Besonders die christliche: hell empört über so viel Intoleranz, Terror, Fanatismus eines Glaubens, der ja schon seine Mission mit Feuer und Schwert propagiert – während das Christentum Frieden verkündet, Freude, die Frohe Botschaft; während es auf den schönsten, edelsten Lehren beruht, der Nächsten-, der Feindesliebe, dem Gebot, nicht zu stehlen, zu töten – und auf der Klugheit, nichts von alldem zu halten!

Theoretisch die friedlichste, ist es praktisch die blutrünstigste Religion, ein atemverschlagender Schwall von Wolfsgeheul und Friedensschalmei, Weihnachtsbotschaft und Scheiterhaufen, Heiligenlegende und Henkersgeschichte. Da das Christkind, dort Kanonen, da die Bibel, dort Pulver, da »Liebet einander«, dort »Bringt sie um, Gott will es«, stets mit gleicher Überzeugungskraft gepredigt und gleicher Perfektion, mit schon fast imponierender Schamlosigkeit.

Und die Schäflein schluckten und schlucken es: die verheerendste Folge kirchlicher Indoktrination, einer systematischen, nahezu zweitausendjährigen Verdummung, die geistige Gewalt als Voraussetzung für den Besitz der politischen braucht. Deshalb galt jede Abweichung vom Glauben von Anfang an als schlimmste Sünde, brachte dies Spaltung doch, Anhängerschwund, Machteinbußen. Deshalb auch ging es nie je um offene Diskussion, sondern nur um Durchsetzung stets mit allen Mitteln, die Behauptung der eignen Position und Macht sowie deren Mehrung um jeden Preis, ging es erst um die geistige, dann auch physische Vernichtung des Gegners.

Den Fall Rushdie gab es somit, es sei nur gestreift, im Christentum in ungezählten Vorstufen, Varianten, wie die Geschichte der Zensur zeigt, der Bücherverbrennungen schon in neutestamentlicher Zeit, seit dem Wirken des Paulus in Ephesus, das Einäschern aller gegnerischen Literatur, heidnischer, jüdischer, sarazenischer Schriften, die Vernichtung der antichristlichen Werke der Philosophen Celsus und Porphyrios bereits durch die ersten christlichen Kaiser, die unentwegte Ausrottung oder das Verbot christlicher Konkurrenzliteratur, von Arius, Nestorios bis hin zu Luther, aber auch die häufige Verbrennung jüdischer Schriften, vor allem des Talmuds. Pius V., ein ehemaliger Inquisitor, der ebenso als Papst gern geköpft und verbrannt hat, strangulierte den Satiriker Franko wegen eines Verses auf den neuen Abort im Lateran – und wurde heiliggesprochen.

Nicht zufällig, sondern konsequent verurteilten noch Päpste des 19. Jahrhunderts Gewissensfreiheit als »Wahnsinn« (deliramentum), verdammte noch Pius IX. die Meinungs-, Glaubens-, Presse-, Gewissens- und Lehrfreiheit statuierende österreichische Verfassung von 1867 als »ein abscheuliches Gesetz« (infanda lex), dekretierte der erst im frühen 20. Jahrhundert gestorbene Leo XIII: »Die unumschränkte Freiheit des Denkens und die öffentliche Bekanntmachung der Gedanken eines Menschen gehören nicht zu den Rechten der Bürger.«

Diese barbarische geistige Intoleranz – als Voraussetzung eines fast unbegrenzten weltpolitischen Machtanspruchs samt der entsprechend rücksichtslosen, vor keinem Verbrechen zurückschreckenden Verfolgung aller Dissidenten, wovon im folgenden allein gesprochen werden soll – war im Islam nie so ausgeprägt, so fanatisch; ja, die Bekehrungswut gegenüber Andersgläubigen – Juden, Christen (im Unterschied zu »Ungläubigen«) – ihm fremd. Konnte man vom Islam doch geradezu sagen, er sei theoretisch die intoleranteste, praktisch aber die toleranteste Religion gewesen (Tschudi).

Jedenfalls beeindruckte bald nach dem islamischen Siegeszug viele Kreuzfahrer die Sittlichkeit ihrer Feinde mehr als die der eigenen Führer: die größere Verhandlungs- und Versöhnungsbereitschaft der fremden Fürsten, die oft viel humanere Gefangenenbehandlung. Auch die christlichen Bauern, richtiger Landsklaven – zeitweilig fast dreimal so billig wie ein Pferd – , fühlten sich meist wohler unter der Herrschaft der »Ungläubigen«. Und auch die Geusen signalisierten auf ihren Hüten, sie wollten »lieber türkisch als päpstlich« sein.

Die Geschichte des alleinseligmachenden Glaubens verlief eben grauenhafter als die jedes anderen. »Opfer fallen hier, weder Lamm noch Stier, aber Menschenopfer unerhört«, schrieb Goethe. Der Philosoph Pierre Bayle fand niemand kriegerischer als die Christen. Keine Religion, urteilte der Theologe Bruno Bauer, habe so viele Menschenopfer gefordert und auf eine so schmähliche Weise wie diejenige, die sich rühmt, sie für immer abgeschafft zu haben. Und der große Percy

Bysshe Shelley vermutete: »Das Blut, welches die Bekenner des Gottes der Barmherzigkeit und des Friedens seit der Einführung seiner Religion vergossen haben, würde wahrscheinlich genügen, um die Anhänger aller anderen Sekten, die jetzt auf der Erdkugel wohnen, zu ersäufen«. Und weil die christlichen Nationen auch »die verlogensten dieser Welt« sind (Hans Henny Jahnn), giften sie jetzt gegen die gefährliche globale Konkurrenz, beben sie vor heiligem Zorn. Seit der Antike ist das Christentum verheuchelt und mordfixiert zugleich. Die Frohe Botschaft mit der Kriegsbemalung. Die Liaison eines Gesangvereins mit einer Feuersbrunst.

Bereits sein Gott erscheint als Popanz von singulärem Blutdurst, geil wie keiner auf Rache und Ruin, auf Gemetzel ohne Gnade. Von Anfang an ein Vollblut-Gott, setzt er sich dergestalt in Szene, als nähme er die Historie der Kirche, diese ganze Heils- und Sieggeschichte schon vorweg. Rauch entfährt seiner Nase, verzehrend' Feuer seinem Rachen, er schickt Schwefel, glühende Schlangen, die Pest, und seine Widersacher krepieren wie Fliegen. Goldene Regel beim Umgang mit Feindstädten: »alles, was an Männern darin ist, mit dem Schwert töten, dagegen die Weiber und Kinder, das Vieh.... genießen«. Eine Milde freilich nur für Fernlebende. Für Nahewohnende gilt: »Du sollst keine Seele am Leben lassen«.

Totaler Religionskrieg kündigt sich an – tabula rasa! Zerstörung aller heidnischen Heiligtümer: »und reißt um ihre Altäre und zerbrecht ihre Steinmale und verbrennt mit Feuer ihre heiligen Pfähle, zerschlagt die Bilder ihrer Götzen und vertilgt ihren Namen. . .« Der gottvolle Moses brüllt: »So tötet nun alles, was männlich ist unter den Kindern, und alle Frauen, die nicht mehr Jungfrauen sind; alle Mädchen, die unberührt sind, die laßt für euch leben...« Oder David, der Vielgepriesene, Vielbeweibte, der Schwule auch: »Jeden Morgen (!) bringe ich zum Schweigen alle Gottlosen«, »und ich kehre nie um, bis ich sie umgebracht habe«. Und so fast einer wie der andre. Eine grandiose Mixtur aus Blutsumpf und Fickerei – und einige hochpoetische Verse dazwischen.

Im Neuen Testament, von erlauchten Friedenssprüchen strotzend, titulieren Christen Christen auch »Schmutz- und Schandflecken«, »Kinder des Teufels«, »vernunftlose Tiere, die ihrer Natur entsprechend nur dazu geschaffen sind, daß man sie fängt und abtut«! Und Paulus, der älteste christliche Schriftsteller, der eigentliche Gründer des Christentums, der große Sänger doch der Liebe, ist auch der große Mann des Hasses, verflucht furchtbar alle seine Antipoden, wünschend, daß sie »das Schwert fresse«, »sie ausgerottet« werden.

Schon im 4. Jahrhundert köpfen Christen aus Glaubensgründen die ersten Christen in Trier, rauchen und fallen bereits

die Synagogen von Italien (einschließlich Rom !) bis nach Asien. Im 5. Jahrhundert stachelt Papst Leo I., »der Große«, der hl. Kirchenlehrer, sogar die Laien zum Schnüffeln, Denunzieren auf und verfolgt Andersdenkende bis in »ihre letzten Schlupfwinkel«. Seinerzeit wird auch unter dem hl. Erzbischof Kyrill die weltbekannte Philosophin Hypatia von einem klerikalen Amtsträger samt seiner Christenbande in eine Kirche geschleppt, nackt ausgezogen und mit Glasscherben buchstäblich zerfetzt. Kyrill, Kirchenlehrer wie Leo 1. (die höchste Auszeichnung für Katholiken, von über 260 Päpsten haben sie nur zwei!), raubt sämtliche Synagogen Ägyptens aus, vernichtet die Alexandriens und läßt 100.000, vielleicht 200.000 Juden, selbst Frauen, Kinder, ohne Habe, Nahrung, ohne alles, in die Wüste treiben.

Längst jagt man natürlich die Heiden. Immer mehr Tempel werden in christliche umgemodelt, gebrandschatzt, unersetzliche Kunstwerke zerstört, Spottprozessionen veranstaltet, die Altgläubigen und ihre Priester durch die fast stets von Kirchenfürsten aufgeputschten Massen getötet. Führende Kleriker scheuen dabei weder handgreiflichen Betrug noch eigenhändigen Mord. Als Schenute, der »große Abt«, eine vielbesuchte pagane Statue Akhmins zerschlagen, die Stadt ausgeraubt, in Brand gesteckt, ihre Einwohner, nach eigenem Bekenntnis, niedergemetzelt hatte, da hörte man »nie wieder« von ihnen, sagt Schenute, »und nach dem Massaker wurden ihre Gebeine in den Wind gestreut...« – für das katholische

»Lexikon für Theologie und Kirche«, ein zehnbändiges Standardwerk, noch im 20. Jahrhundert ein fesselnder, mitreißender Charakter, den »nur das Praktische« leitet: »Gott gehorchen und seine Arbeit tun...«

Wie Khomeini!

Fast jeder Kirchenvater reizt die Zerstörungswut, stachelt zur Verfolgung der Heiden an. Selbst der berühmteste, Augustinus, erlaubt sich ihnen gegenüber jedes Mittel, auch die Fälschung. Ebenso hetzt er, wie die meisten »Väter«, schon wild gegen die Juden, wider die er eine eigene Kampfschrift noch in seinen letzten Lebensjahren schleudert.

Übrigens gehen die populärsten antisemitischen Naziparolen, »Kauft bei keinem Juden!«, »Der Teufel ist des Juden Vater«, wörtlich auf einige der bekanntesten katholischen Bischöfe zurück, den hl. Cyprian, hl. Augustinus, den hl. Isidor von Sevilla. Selbst Hitlers Judenstern hat seinen Ursprung in päpstlichen Juden-Erlassen. Auch der von den Nazis so verpönte Sexualverkehr mit Juden wurde von der Christenheit lang zuvor bestraft: durch Abschneiden des Glieds, Ausstechen des Auges, durch Pfählung, Lebendig-Begraben- oder Verbranntwerden der übereinandergelegten »Schuldigen«. 1933 verteidigte Hitler selber seine Judenpolitik unwidersprochen vor einigen Prälaten: »Die katholische Kirche hat 1500 Jahre lang die Juden als Schädlinge angesehen... Ich gehe zurück auf die Zeit, was man 1500 Jahre lang getan...«

Die Christen ermordeten im Mittelalter, in der Neuzeit, nicht selten in einem Jahr, ja mitunter an einem einzigen Tag, mehr Juden als die Heiden Christen während der über zweihundertjährigen antiken Christenverfolgung. Und heute wettert die

christliche Welt wider Khomeini, der freilich selbst Kinder in den Krieg geschickt hat, wie vor ihm nur Hitler – und das Papsttum.

Härter noch als die Juden bekämpfte Augustin Jahr für Jahr die mächtige Kirche der Donatisten. Immer wieder trieb er mit aller Überredungskunst den Staat gegen die Schismatiker, und je mehr Blut floß – und es floß viel Blut – , desto lauter applaudierte der Bischof von Hippo, der auch schon die Folter erlaubte. Verglichen mit der Hölle sei sie doch bloß vorübergehend, »leicht«, ja »eine Kur« (emendatio).

Der illustre, philosophisch grotesk überschätzte, doch unter dem Aspekt der terrores religionis kaum hoch genug zu placierende Prälat wurde der Initiator des politischen Augustinismus, das Urbild all der bluttriefenden Inquisitoren des Mittelalters, von denen mehrere selig (Wilhelm Arnaud etwa), ja heilig gesprochen worden sind: Papst Pius V., Capistrano oder (noch 1867) Pedro Arbués, einer der grausamsten Inquisitoren Spaniens. Wenn man ihre Heiligenlegenden liest, so formulierte Helvétius, noch kulant untertreibend, findet man die Namen von tausend heiliggesprochenen Verbrechern – ich präzisiere: Ausbeuter, Diebe, Antisemiten, Erpresser, Fälscher, Brandstifter, Bestechungsspezialisten, Mörder und Massenmörder. Und fast alle kamen sie aus der Oberschicht.

Im Früh-, im Hochmittelalter verfolgte der Katholizismus Andersgläubige, soweit seine Macht reichte. Die Inquisition nahm ihren Lauf. (Gott selbst figurierte als erster Inquisitor im Paradies. Doch hieß fast alles Inquisitor, was in der Bibel brilliert, von den Patriarchen bis zu Jesus.) Dabei war jedes Inquisitionsgericht unabhängig von jedem weltlichen Einfluß, war unverletzlich, »heilig«, »hochheilig«, und je heiliger etwas ist, das Verbrennen von Menschen zum Beispiel, der Krieg oder was dazu führt, desto verbrecherischer gewöhnlich.

Was den Leuten als heilig im Kopf steckt, gehört herausgeschnitten wie Krebs!

In seiner Bulle »Ad Extirpanda« stellt Innozenz IV. 1252 sämtliche nichtkatholischen Christen auf eine Stufe mit Räubern und verpflichtet die Herrscher, schuldige Häretiker binnen fünf Tagen zu töten. Die Dominikaner, die Schüler des hl. Thomas von Aquin, der selbst vehement die Ausmerzung »verpesteter Menschen« aus der Gesellschaft verlangt, richten jetzt eigens Hunde für die Ketzerjagd ab und leiten ein halbes Jahrtausend lang die Inquisition. Das heißt: bewußte Produktion eines Terrors, der jeden Betrug erlaubt, zum Denunzieren noch der nächsten Angehörigen zwingt, im Ausschneiden der Zunge, im Feuertod gipfelt und die religiösen Nonkonformisten in alle Himmelsrichtungen jagt.

Auch Luther befiehlt, Ketzer »ungehört« zu verdammen. Und während sie auf dem Scheiterhaufen zugrundegehn, solle der Gläubige »seine Hände in dem Blut der Bischöfe und des Papstes baden, der der Teufel in Verkleidung ist«. Weiter schien Bauernblut dem »Doctor Lügner« (Münzer) gut geeignet für eine gründliche christliche Gewissenserforschung. Empfahl er doch, die Bauern »zu würgen, zu stechen, *heimlich* und öffentlich, wie man einen tollen Hund totschlagen muß«. Doch auch die Hexenjagd billigte der Wittenberger und gebot, wie die Katholiken, das Einäschern der »Teufelshuren« – Säuglinge, Greise, Schwangere, sogar kranke Frauen warf man samt ihrem Bett ins Feuer. Und ebenso setzte der Reformator bald die katholischen Judenpogrome fort, fand er die Juden »schlimmer als eine Sau«, forderte für Ausübung ihres Gottesdienstes die Todesstrafe, verlangte ein Verbot ihrer Schriften, Zerstörung ihrer Häuser, Niederbrennung ihrer Schulen und Synagogen, »daß kein Mensch einen Stein oder Schlacke davon sehe ewiglich«. Kurz, die Heiligenlegenden entlarvte Luther als Märchen. An den Bibellegenden hielt er fest; am Teufelsglauben auch; am Hexenwahn auch; an der Ketzervertilgung auch; am Antisemitismus auch – an Kriegsdienst, der Leibeigenschaft, den Fürsten. Man nennt es: Reformation.

Und so, reformatorisch, gegenreformatorisch, immer im festen Gottvertrauen weiter. MIT GOTT – wie die großen Kontobücher einst begannen. Und die großen Kriege.

Ein Mordbefehl? !

Aber, geliebte Diözesanen, hätte ich fast gerufen, hattet und habt ihr denn nicht selbst stets solche Mordbefehle im allzu gläubigen Ohr, im allzu dumpfen Kopf? Und kamen sie nicht immer von euren höchsten, euren heiligsten Führern? Schrie nicht Urban II. beim Ersten Kreuzzug, in richtiger Einschätzung der Sache noch die (soviel harmloseren) Räuber anstachelnd: »Christus befiehlt es«? Lautete nicht Gregors VII. Lieblingswort: »Verflucht sei der Mensch, der sein Schwert vom Blut zurückhält«? Und Julius II. Devise: »Wenn Sankt Peters Schlüssel nicht helfen, so helfe mir sein Schwert«?

Ein Mordbefehl? !

Oh, ihr armen Kirchenmäuse, erinnert ihr euch an den 4. Mai 1493? Nun, damals regierte Papst Alexander Vl., jener Stellvertreter Gottes, der aus dem Vatikan, wahrlich nicht als einziger, ein Bordell und mit diversen Mätressen neun Kinderchen gemacht, auch heftig mit einer eigenen, noch sehr jungen Tochter gevögelt hat. Und eben dieser Heilige Vater erkannte unter obigem Datum die Neue Welt – sein Eigentum so wenig wie etwa »Sankt Peter« meines – kurzerhand per Bulle »Inter coetera« den Spaniern, den Portugiesen zu, befehlend, sie sollten die Eingeborenen – bis ins 18. Jahrhundert stritt man im Abendland darüber, ob es Menschen seien! – zu Katholiken machen.

Der große Cortez, noch von Hitler gerühmt, und seinesgleichen erschlugen daraufhin, erstachen, erwürgten, verbrannten, ersäuften. Könige, Häuptlinge, Hexen killten sie. Ungezählte Dörfer, Städte ließen sie in Rauch aufgehn, Hunderte unschätzbarer Tempel dazu, Zigtausende von Götterbildern, herrliche Kunstwerke, hochgepriesen selbst von Dürer. Sie hetzten die Indios mit Bluthunden, die sie mit lebend zerstückten Indianerbabys fütterten. Sie spießten Schwangere auf, zerrissen Gefangene zwischen zwei Pferden oder Kanus, sie grillten sie, ganz langsam, auf dem Rost, hängten sie in Haufen »zur Verherrlichung des Erlösers« an Galgen und verbrannten sie lebendig. Sie banden ihre Opfer vor Kanonenmündungen und pulverisierten sie, schnitten ihnen hundertweise Hände, Nasen, Lippen, Brüste ab »mit Hilfe Gottes, der Heiligen Jungfrau und des Apostels Santiago«.

Ein Mordbefehl? !

Haiti hatte bei Ankunft der Glaubenskämpfer rund 1.100.000 Einwohner; wenige Jahre später lebten noch 1000. In Mexiko trafen die Verkünder des Heils auf schätzungsweise 11 Millionen Indianer; ein Jahrhundert später lebten noch 1,5 Millionen.

Ein Mordbefehl? !

Aber, zuckt ihr die Schultern, das sei lange her. . . Nun denn, wahr ists doch und schrecklich genug. Und was überhaupt heißt »lange her«? Haben sie nicht verfolgt, gefoltert, geplündert und gemordet bis in unsere nächste Vergangenheit? Das Papsttum hat furios auch den Ersten Weltkrieg mit inszeniert. Wieviele Tote? Es hat alle faschistischen Regime Europas mitbegründet. Wieviele Tote? Pius XII. hat 1940 über Hitlers Soldaten gesagt: »Sie haben geschworen, sie müssen gehorsam sein.« Und er hat dem »Führer«, wörtlich, »nichts sehnlicher als einen Sieg« gewünscht. Und wem selbst das nicht reicht: Noch im 20. Jahrhundert wurden zwei ganz spezielle katholische Kreuzzüge geführt.

Einer von Polen aus, wo man unter steter Aufsicht vatikanischer Visitatoren über tausend orthodoxe Priester einkerkern und ganze Dörfer durch Massaker entvölkern ließ. 1930 steckten 200.000 Ukrainer im Gefängnis. Und im Juli, August 1938 wurden von 300 orthodoxen Kirchen 100 in römische umgewandelt und 208 niedergebrannt.

Einen viel grauenhafteren Religionskrieg aber gab es bald darauf in »Groß-Kroatien«, wo Jesuiten, besonders aber die Jünger des hl. Franz von Assissi, Anstifter und Anführer gewaltiger Pogrome waren; wo man unter dem Franziskaner und KZ-Kommandanten Miroslav Filipovic-Majstorovic in Jasenovac in vier Monaten 40.000 Nichtkatholiken geköpft, wo man 299 serbisch-orthodoxe Kirchen ausgeraubt, vernichtet, zu Latrinen, Ställen gemacht, wo man 240.000 orthodoxe Serben zum Katholizismus zwangsbekehrt und etwa 750.000 orthodoxe Serben jeden Alters und Geschlechts – oft nach grauenvollen Folterungen – ermordet hat, lebendig verbrannt, lebendig begraben, in Flüssen ersäuft, im Meer, zerstückelt, gevierteilt, gekreuzigt – alles mit höchst aktiver Beteiligung des katholischen Klerus sowie dem Wissen und Segen der Kurie. Denn, wie der damalige Papst Pius XII. noch 1954 lehrte: »Was nicht der Wahrheit oder Sittennorm entspricht, hat kein Recht auf Existenz«. So konnte der weltbekannte englische Schriftsteller und Katholik Chesterton sich auch gut eine künftige Gesellschaft denken, die die Tortur wieder einführt mit dem ganzen Apparat von Folter und Scheiterhaufen .

Als ich kürzlich diesen Satz, umringt von vier katholischen Theologen und drei praktizierenden Katholiken im Wiener »Club 2« zitierte, hat keiner protestiert. Gab es nicht sogar da und dort insgeheim Genugtuung darüber? Und war nicht bei Chesterton selber vielleicht der Wunsch bereits der Vater des Gedankens?

Wie auch immer: Während die christliche Hemisphäre sich über den Mordbefehl eines Andersgläubigen ereifert (nachdem man doch gerade erst hier anläßlich eines Jean-Luc-Godard-, eines Martin Scorsese-Films sich selber entsprechend aufgeführt), bekundet die kirchliche Hierarchie, bei aller Verurteilung des Mordauftrags, in bewährter Doppelzüngigkeit ihre »Solidarität mit den Muslimen«, so Radio Vatikan, nennen Kardinäle die »Satanischen Verse« eine Beleidigung des Islam und der religiösen Gefühle von Gläubigen.

Denn bei aller Konkurrenz, in einem stimmt man überein: Da wie dort besteht der größte Teil der Klugheit des Klerus in der Dummheit der Laien.

konkret 04/89, S. 56

Franz Lerchenmüller

Mit dem Strom

Vielen gilt er als der gute grüne Mensch vom Issyk-Kul«, zuständig für ewige Menschheitsfragen, sauberes Wasser und tiefe Gefühle: Tschingis Aitmatow, Träger des Leninordens und Mitglied im Vorstand des sowjetischen Schriftstellerverbandes, ist der bedeutendste literarische Fürsprecher der Reformen in der Sowjetunion

Ohne Zweifel hängt es mit der klassenübergreifenden Begeisterung für Perestrojka zusammen, daß mit dem gerade 60 Jahre alt gewordenen Tschingis Aitmatow ein sowjetischer Autor zum Liebling des westdeutschen Lesepublikums inklusive Bundespräsidenten avancieren konnte, der nicht auf jahrelange Haft oder Verbannung zurückblickt, sondern den Leninorden und einen Sitz im Vorstand des sowjetischen Schriftstellerverbandes vorzuweisen hat. Aber täuscht sich da nicht wer, im einen wie im andern Falle? Wird denn Gorbatschow tatsächlich den Erwartungen gerecht, denen er den großen westlichen Beifall verdankt: Baut er die UdSSR um zu einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts, zum zuverlässigen Energielieferanten und aufnahmefähigen Markt, zu einem Staat, der in der Hoffnung, sich Krieg ersparen zu können, seine Sicherheitsgrenzen immer weiter herabsetzt und ansonsten so sehr mit der »Großen Unordnung« befaßt ist, mit unzufriedenen Massen, nationalen Separatisten und religiösem Fanatismus, daß er jegliches Interesse an Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt verliert? Und arbeitet Aitmatow dabei mit, als Produzent der entsprechenden Stimmung fürs Volk, als Sinngeber? Ist die Freiheit, von der er schreibt, die, die der Westen meint; er selbst der naive Generalist, zuständig für Menschheitsfragen, der gute grüne Mensch vom Issyk-Kul, wie ihn sich das Feuilleton denkt, apolitischer Humanist, »Göttchensucher« gar, wie ihm sowjetische Kritiker vorwerfen?

Richtig ist, daß Aitmatow als literarischer Vorkämpfer der Perestrojka sich mit Problembereichen, die heute in der Sowjetunion Thema heftigster Auseinandersetzungen sind, schon vor Jahren beschäftigt hat. In »Ein Tag länger als ein Leben« hat er den Schmerz von Kindern beschrieben, deren Vater grundlos und für alle unverständlich deportiert worden und aus dem Lager nicht wiedergekommen war – ein Sich-Abarbeiten an der eigenen Vergangenheit sicher auch: Vater Torekul und zwei Brüder, Kommunisten der ersten Stunde, waren 1937 umgebracht worden.

Im Band »Karawane des Gewissens«, der autobiographische und politische Texte und Schriften zur Literatur versammelt, findet sich der Aufsatz »Werden die Fundamente ausgehöhlt?«, erschienen im Mai 1988 in der »Iswestija«. Hier begnügt sich Aitmatow nicht mehr damit, anzuklagen, indem er Geschichte aus der Sicht der Opfer erzählt, redet auch nicht mehr nur von den Exzessen der Unterdrückungsmaschinerie Stalins, sondern versucht diesen selbst seines immer noch vorhandenen Nimbus' zu entkleiden: Stalin als Vater der Industrialisierung, der große Feldherr im Vaterländischen Krieg... – nicht wegen, sondern trotz Stalin seien Kolchosen und Sowchosen geschaffen, die gewaltigen Industrieprojekte aufgebaut und der Faschismus besiegt worden – Leistungen, die ohne Stalin weniger Blut und Menschenleben gekostet hätten und möglicherweise effektiver gewesen wären.

Inzwischen hat sich in der Sowjetunion eine breite Bewegung zusammengefunden, die »Memorial-Gruppe«, die damalige Verhaftungen und Erschießungen untersucht, Ausstellungen darüber zusammenstellt und nach Massengräbern forscht. Sie plant Denkmäler und ein Dokumentationszentrum und setzte durch, daß Betriebe und Straßen, die noch nach Stalins Kulturminister Schdanow hießen, neue Namen bekamen. »Memorial ist in erster Linie ein Versuch des Verstehens« (Arsenij B. Roginski) – und eine Abrechnung mit den immer noch vorhandenen Apologeten. An deren Adresse schreibt Aitmatow: »Man erinnert sich immer wieder an die jesuitische Redensart: Wo gehobelt wird, da fallen Späne. Es ist gut, wenn man selbst durch eine Gnade des Schicksals nicht zu Spänen wurde unter dem Hobel, wenn einem das Los zufällig erspart blieb, zu den Erschossenen der Abertausenden flammenden Enthusiasten zu gehören, die sich in der Morgenröte der Revolution erhoben hatten, um eine neue Gesellschaft aufzubauen, aber in ihrem Feuereifer und ihrer Ehrlichkeit den imperialen Ansprüchen des machthungrigen Führers entgegenstanden. Es ist schön, wenn man nicht selbst in den stalinschen Lagern saß, auf den Inseln und in der Tundra nicht hinter Stacheldraht in Eiter und Geschwüren mit erfrorenen Händen und Füßen gehen mußte, nicht an Skorbut starb, den Verstand verlor und durch Selbstmord endete, als man sich unter Hunderttausenden ehemaligen Frontsoldaten in den Lagern des Vaterlandes wiederfand – nach der Kriegsgefangenschaft in den Konzentrationslagern des Feindes (...) Nur wer so hochmütig ist, daß ihn das alles kaltläßt, nur wer vergessen hat, daß ein jeder von uns in jener Zeit (die Jungen können sich in Gedanken in diese Lage versetzen) durchaus ein Opfer des stalinschen Terrors hätte werden können, nur der kann ihn noch rechtfertigen.«

Im gleichen Artikel erklärt Aitmatow die Entfremdung der Landarbeiter vom vergesellschafteten Eigentum, ihr Desinteresse an den Ergebnissen ihrer Arbeit, ihre Unselbständigkeit und den gewachsenen Bürokratismus als Spätfolgen der Zwangskollektivierung und der unter der sinnentleerten Parole »Entkulakisierung« ausgeübten Willkür (was auch schon Thema des Romans »Abschied von Gülsary« gewesen ist).

Er selbst entwickelt demgegenüber einen neuen Mythos vom Ethos der Arbeit: »Es ist gemeinhin bekannt, daß man die Würde eines Menschen am Fleiß mißt«; den diesem entsprechenden Idealtypus eines »Neuen Werktätigen«, ohne den die Perestrojka nicht denkbar ist, hatte er in »Der Richtplatz« in der Figur des Schäfers Boston gezeichnet: ein Mann voller

Eigeninitiative und Unternehmungsgeist, der davon ausgeht, daß »der Lohn vom Arbeitsergebnis abhängen muß«, und dem deshalb in seinem wie des Sowchos' Interesse an Einsatz und effektiver Leistung gelegen ist; einer, der Risikobereitschaft und Durchsetzungskraft von Pionieren (oder auch von Tellerwäschermillionären) mit dem Verantwortungsbewußtsein alteingesessener Bauern verbindet, ihrer Arbeit, ihren Nachbarn gegenüber – aber auch der Natur, in der und von der sie leben.

Denn Beispiele dafür, was geschehen kann, wenn scheinbar unbegrenzte Ressourcen verschwenderisch ausgenutzt werden, hat Aitmatow in seiner kirgisischen Umgebung reichlich: Der Issyk-Kul, zweitgrößter und angeblich schönster Bergsee der Welt, versandete aufgrund der enormen Wasserentnahme für die Landwirtschaft immer mehr, sein Spiegel ging in zehn Jahren um drei Meter zurück (noch stärker der des Aral-Sees). 1981 plädierte Aitmatow für eine gesetzliche Festschreibung seines Wasserbedarfs, für ein durch keinerlei Plan-Zwänge antastbares fixes Volumen. Mittlerweile sollen Schutzmaßnahmen eingeleitet worden sein.

Wenn der Schnee des Tienschan immer weniger wird und keiner der Bewohner eine Erklärung dafür hat, wenn Antilopenherden abgeschlachtet werden und die Wölfe sich immer tiefer in die Berge zurückziehen, dann ist nicht nur etwa eine Nomadenidylle bedroht, sondern ein Gleichgewicht tief gestört, das die Lebensgrundlage ganzer Volksstämme in Zentralasien bildet. Gegen das Ignorieren dieser Gefahren schrieb Aitmatow im »Richtplatz«, voll Bitterkeit und – berechtigtem – Pessimismus. Denn auch wenn in der Sowjetunion inzwischen eine lebhafte Debatte um Umweltfragen entbrannt ist: Solange die wirtschaftliche Lage im Land so aussieht: »Leere Regale in den Geschäften. Noch länger gewordene Schlangen. Mangel an Waren, die erst vor kurzem noch im Überfluß vorhanden waren. Das Finanzsystem ist zerrüttet (. . .) das Staatsbudget ein großes Defizit aufweist. Die Diskrepanz zwischen den Ausgaben und den Einkünften machte in den letzten drei Jahren 183 Milliarden Rubel aus« (Moskau News), solange der Staat alle Anstrengungen auf die wirtschaftliche Effektivierung, Gewinnmaximierung und Verbesserung des materiellen Lebensstandards richtet und dabei, einst undenkbar, selbst die Militärs größere Mittelkürzungen hinnehmen müssen, solange gehören umfassende Umweltschutzmaßnahmen sicher zu den »kostspieligen Vorhaben, die keinen schnellen Nutzeffekt bringen« (Leonid Abalkin) – und damit nicht in Betracht kommen.

Im übrigen erfährt man vom modernen Kirgisien, oder gar von ganz Zentralasien bei Aitmatow wenig. Daß dieses Gebiet (allein Kirgisien ist flächenmäßig fast so groß wie die BRD, hat aber nur 4 Millionen Einwohner) reich an Quecksilber, Zink, Blei, Gold und Zinn ist, daß dort große Steinkohle- und Erdölreserven lagern, Baumwollplantagen und riesige Getreideflächen angelegt sind, daß es zudem ein wichtiger Militärbezirk mit zahlreichen Flughäfen und Raketenstützpunkten ist – ein aktuelles Bild der Region muß sich der Leser schon anderswo zusammensuchen, auch wenn der Übersetzer Friedrich Hitzer in einem Aufsatz im Anhang ein paar Daten und Eindrücke gesammelt hat.

Aber nicht nur die Zerstörung der kirgisischen Natur kümmert Aitmatow, sondern auch die der kulturellen Identität des kirgisischen Volkes. Immer wieder tauchen Themen, die in allen seinen Romanen vorkommen, auch in der »Karawane des Gewissens« auf: Mythen und Tradition. Geschichte. Sprache. Nation. Sei es im Nachruf auf den Epensänger Karalajew, sei es in der Forderung nach vollwertiger Anerkennung der Zweisprachigkeit, die sich eben auch in der Einrichtung kirgisischer Kindergärten und Schulen ausdrücken müsse: Stets setzt sich Aitmatow vehement gegen die lang betriebene Abqualifizierung der kirgisischen Sprache zur Wehr, gegen die Verächtlichmachung alter Bräuche (– genauso allerdings gegen inhumane Rückständigkeiten wie die legale Entführung einer Frau aus seinem Dorf –) und ein seiner Meinung nach entwurzeltes Bewußtsein, das er »Nationalnihilismus« nennt. Jeder Form nationaler Überheblichkeit aber erteilt er ebenso leidenschaftlich eine Absage.

Nationalismus ohne Chauvinismus – phantasiert Aitmatow hier die Quadratur des Kreises? Die nationalen Ideologien in der Sowjetunion sind, wie Michael Stötzel in der Züricher Wochen-Zeitung schrieb, zu verstehen als »kompensatorische Momente der Ungleichzeitigkeit der materiellen und gesellschaftlichen Entwicklung«: Einige Volksgruppen, beispielsweise in den baltischen Ländern, hoffen durch Eigenständigkeit den drohenden Verlust bisheriger ökonomischer Privilegien aufhalten zu können, andere, im Transkaukasus etwa, erwarten davon das Ende der wirtschaftlichen Rückständigkeit und die Lösung aller sozialen Probleme. »Wenn nun jemand in Karabach sieht, daß man, bloß um ein Kind im Kindergarten anzumelden oder sich zur Berufsausbildung in einem Institut anzumelden, dem Direktor oder Abteilungsleiter astronomische Summen bezahlen muß, dann glaubt er natürlich, daß das anders wäre, wenn das Gebiet zu Armenien gehörte, dabei ist es dort und in Leningrad und überall sonst genauso« (Fasil Iskander). Verstärkt werden nationale Vorurteile natürlich, wenn Russen sich beispielsweise in Zentralasien niederlassen, für die leichten und besser bezahlten Berufe vorgezogen werden, so daß den Einheimischen nur noch Grobarbeiten bleiben, wenn für sie besondere Wohnungen und Geschäfte gebaut werden und sie die Alt-Einwohner ihr Unverständnis der »rückständigen« Sitten arrogant spüren lassen.

Diese tiefen Widersprüche sind gerade in der derzeitigen prekären wirtschaftlichen Lage nicht zu lösen, sie müssen behutsam verwaltet werden, und da ist es durchaus denkbar, daß Aitmatow, der, wie es heißt, »sich eines gewissen Wohlwollens Gorbatschows erfreut«, eine integrative Funktion zukommt. Denn keiner scheint besser geeignet zum

Vorkämpfer eines »sauberen« Nationalismus' als er, der zweisprachig schreibt, dessen persönliche Integrität unbestritten ist, und dem man glaubt, daß er bei aller Liebe zur Heimat das friedliche Zusammenleben der Völker in der UdSSR für unabdingbar, das sozialistische System für das richtigere und alle Arten von Separationsbestrebungen für reaktionär hält. Sozialistisches Nationalbewußtsein, wie Aitmatow es propagiert, als ein Ventil – ehe aus Unzufriedenheit »nationale Rivalität, nationaler Dünkel« (Gorbatschow) wird?

Das Risiko aber, daß Aitmatow dabei ungewollt die Rolle eines nützlichen Idioten, eines Wegbereiters für nationale Separatisten und radikale Moslems spielt, ist enorm. Ob selbst Atheist oder nicht: Wer die Religion, egal welcher Provenienz, rehabilitiert, indem er ihr eine wichtige Rolle bei der Suche nach dem Sinn des Lebens zuschreibt, muß möglicherweise irgendwann verwundert feststellen, daß er Kräften zur Macht verholfen hat, in deren Dogmengebäude kein Platz ist für die hochgeschätzte Toleranz und Weltoffenheit, die zudem mit der Unterstützung eigenartiger Freunde rechnen können: »Der Westen sollte sich endlich dazu durchringen, in der großen Bewegung der muselmanischen Erneuerung ein potentielles Mittel gegen den sowjetischen Ausdehnungsdrang zu sehen. Sowjetisch-Zentralsien bleibt aufgrund der 50 Millionen Moslems, die in den dortigen Teilrepubliken weder über nationale noch über religiöse Freiheiten verfügen, der weiche Unterleib des russischen Imperiums«, empfahl Peter Scholl-Latour 1980.

Im Februar dieses Jahres trat aus bisher ungeklärten Gründen der Mufti der Muslims Zentralsiens und Kasachstans zurück, der als konsequenter Vertreter sowjetischer Politik gegolten hatte. Im südlich angrenzenden Afghanistan trommeln fundamentalistische Mudschahedins zum Sturm auf die Hauptstadt. CIA und andere westliche Geheimdienste wären keinen der in sie investierten Dollars wert, wenn sie nicht nach Kräften die nationalen und religiösen Unruhen schüren würden. Und dann? »Wenn das nationale Selbstbewußtsein Turkestans (= Zentralsiens und Kasachstans) (...) seine Endphase erreicht hat, dann kann eine nationale Revolution zum Erfolg führen. (...) Ein Kampf gegen den russischen Expansionsdrang kann nur durch die Trennung dieses 'weichen Unterleibs' aus dem russischen Imperium erfolgreich sein.« Hier trügen die reaktionären Hoffnungen den »Turkestanspezialisten« Baymirza Hayit; so weit wird es nicht kommen. Aber solch dankenswerte Offenheit westlicher Experten macht immerhin manche der scheinbar überzogenen Reaktionen der sowjetischen Führung auf harmlose Forderungen wie »Kinder müssen in der eigenen Muttersprache aufwachsen dürfen« verständlicher.

Nationalitätenstreit, Stalinismus, Umweltzerstörung – Aitmatows Erfolg gründet darin, daß er solche komplexen, nicht ohne Anstrengung verständlichen Themen vereinfacht und sie auf eine von jedem nachvollziehbare menschlich-subjektive Ebene bringt. Bei ihm kommt der Weltmarkt nicht vor und keine Kohlenwasserstoffe; die Hochrüstung liegt im mangelhaften »planetarischen Denken« begründet, die Wirtschaft funktioniert eben nicht, weil überall Schlendrian herrscht, und im Zusammenleben der Völker gäbe es keine Probleme, wenn nur alle guten Willens wären. Politik ist, was jeder am eigenen Leib spürt; vielfältig verästelte Geschichte reduziert sich auf Mythen, gar nicht so eindeutig bestimmbare gesellschaftliche Kräfte werden von klar gezeichneten Protagonisten repräsentiert – was alles nicht ganz falsch, aber eben immer nur ein Ausschnitt der Wirklichkeit ist.

Dieses Bemühen, verständlich und einfach zu schreiben, kommt der Schönheit und Lesbarkeit von Romanen und Geschichten zugute; in politischen Analysen und literarischen Stellungnahmen führt es zu Verkürzungen, zu Binsenweisheiten und Kalendersprüchen: erstaunlich etwa, wie blauäugig Aitmatow die »rasche und kraftvolle« Wiederaufbauleistung der BRD nach dem Krieg bewundert, oder wie er die Abschottung der UdSSR während dieser Zeit allein aus dem »stockfinsteren stalinschen Isolationismus« erklärt.

Nicht nur das Verständnis der Welt, auch ihre Beurteilung macht Aitmatow seinen Lesern einfach; zu einfach. Er ist Moralist, eine Art sozialistischer Wertkonservativer, dessen Trennungslinie zwischen Gut und Böse meistens genauso klar verläuft wie die zwischen Häßlich und Schön. Doch Kriterien wie »Übereinstimmung mit dem eigenen Gewissen« oder »Ehrlichkeit der denkenden Seele« geben allein nicht viel her für die Beurteilung politischer Positionen, und daß mit ästhetischen Kategorien wie »recht habe ich darin, daß ich das Schöne für gerecht und das Böse für niederträchtig halte«, der Komplexität der neuen sowjetischen Kultur beizukommen ist, darf bezweifelt werden. Oder anders: Wo bleiben wir da mit »Zwuki-Mu« aus Moskau? Sowjetischen Jugendlichen steht Punk-Rock sicher näher als bulgarische Chormusik, über die Aitmatow im »Richtplatz« seitenlang meditiert. Vielleicht erklären sich ja einige der politischen Angriffe, die gerade Komsomolskaja Prawda gegen ihn startete (und die, in den »Karawanen«-Band übernommen, das Buch erst eigentlich spannend gemacht hätten) auch aus einem Ärger über sein erklärtes Desinteresse an profaner Kultur und über seinen patriarchalischen Gestus, der, je nach Standort, als Wohlwollen oder Überheblichkeit empfunden werden kann.

Von den großen einfachen zu den pathetischen Worten ist oft nur ein kleiner Schritt. Bei Aitmatow ist viel die Rede von der Tiefe der Gefühle, der Stimme des Gewissens, von Stolz und Einzigartigkeit, Mut und Ernst, ewig, echt und elementar. Solange solche Formulierungen in den Romanen an die Erfahrungen dort vorkommender Personen gebunden sind, wirken sie glaubhaft, manchmal erschütternd; in literarischen Reflexionen über Shakespeare oder eine Bibliothek der Weltliteratur werden sie zu Wortgeklingel (und man ahnt an solchen Stellen etwas von der Persönlichkeit Aitmatows, und wie es dazu kam, daß der Träger des Literatur-Nobelpreises, Claude Simon, den Preis-Anwärter Aitmatow in seinem kleinen bösen

Buch »Die Einladung« den »Tolstoi Zentralsiens« nannte und sich über die Rituale lustig machte, die während des Issyk-Kul-Forums abliefen, zu dem Aitmatow Wissenschaftler und Literaten aus aller Welt geladen hatte, um über Menschheitsfragen im Nuklearzeitalter zu diskutieren). In seinen literarischen Werken ist Aitmatows Sprache sparsam und doch farbig – wenn er aber Muchtar Auesow zu preisen beginnt, kommt eine leise Ahnung auf von »Wortschwall (...), Schwülstigkeit der Rede, als würden die Helden ständig Trinksprüche von sich geben«, die er selbst den nationalen orientalischen Literaturen vorwirft.

In der Tat aber wurden Aitmatows journalistische Artikel mit den Jahren konkreter und inhaltsreicher, der Stalin-Text gehört zu seinen besten. Der letzte Roman dagegen, »Der Richtplatz«, fiel deutlich hinter seine Vorgänger zurück. Verliert der Schriftsteller an Substanz, wenn er gewissermaßen aus der Opposition in die Regierungsverantwortung wechselt, wenn die Veränderung, die er einst gefordert hat, nun offizielle Politik geworden ist und statt Widerspruch affirmatives, pädagogisches Zureden von ihm erwartet wird? Aitmatow als Werktätiger im Überbau der Perestrojka: Hat es der Querkopf erst richtig schwer, wenn er plötzlich mit dem Strom schwimmt?

Tschingis Aitmatow: »Karawane des Gewissens«, Unionsverlag 1988 »Der Richtplatz«, Unionsverlag 1987

Claude Simon: »Die Einladung«, Rowohlt 1988

Friedrich Hitzer: »Die große Unordnung. Glasnost und die Deutschen«, Verlag am Galgenberg 1989

konkret 04/89, S. 60

Sigrid Löffler

Werch ein Illtum!

So eilig hat es der Kulturbetrieb selten gehabt, einen Nestbeschmutzer nach seinem Tode einzugemeinden. Thomas Bernhard, der Schmähredner und literarische Staatsfeind Österreichs soll ein Moralist und Mitleidsdichter gewesen sein

Elias Canetti hat sich ihn zum Feind gemacht – und als Feind verstand er keinen Spaß. In einer Rede in München (»Der Beruf des Dichters«) hatte Canetti im Januar 1976 gegen Schreibende polemisiert, die, »statt zu verstummen, dasselbe Buch immer wieder« schrieben: »So verbesserungsunfähig und todeswürdig die Menschheit ihnen erscheint, eine Funktion war ihr geblieben: ihnen zu applaudieren. Wer dazu keine Lust verspürte, wer die immerselben Ergüsse satt hatte, war doppelt verdammt: einmal als Mensch, und dann als einer, der sich weigerte, die endlose Sterbesucht dessen, der schrieb, als das Einzige anzuerkennen, das überhaupt noch von Wert war«.

Canetti hat den Tod immer gehaßt. Thomas Bernhard hat von ihm gelebt. Seine Krankheit, der morbus boeck, war sein Lebenselixier, er nannte sie seine »Lebenskrankheit«. Die Sterbesucht hielt ihn am Leben. Und die Feindseligkeit. Haß als Tonikum: In der Vernichtungswut gegen Canetti hat sich Bernhard immer wieder regeneriert. Er nannte seinen Widersacher einen »Schmalkant« und »Kleinschopenhauer«, einen »Aphorismus-Agenten der Jetztzeit«, und seinen Roman »Die Blendung« eine »Talentprobe«, der nichts Bemerkenswertes mehr gefolgt sei.

Als Schmähredner und Verzweiflungs-Kasper, als universaler Existential-Clown hat sich Thomas Bernhard, der Waldbauer und Vierkanthofhocker aus Ohlsdorf im oberösterreichischen Voralpenland, in die europäische Literatur hineingeschrieben, wie die Nekrologe im europäischen Feuilleton ein weiteres Mal bestätigen. Aber als Kollegen-Hasser war er vielleicht am inbrünstigsten in der Verächtlichmachung. So wie an Canetti, entzündete sich ein Schmähungs-Furor an so manchem Autor, dessen Ruhm seinen Narzißmus kränkte. Je bedrohter sich Bernhard fühlen mußte, desto rachsüchtiger und gnadenloser seine verbalen Mißhandlungen der Rivalen. Die Vehemenz dieser Bosheitsakte sagt auch einiges über die Dringlichkeit der Bernhard'schen Größenbedürfnisse aus, naturgemäß. Selbstvergrößerung durch Heruntermacherei:

Beethoven: »der eintönige Krampf-Künstler als Gewaltmensch«. Gustav Mahler: »reinster Massenhysterie erzeugender Kitsch«. »Der dicke stinkende Bach«: »eine lächerliche und zutiefst peinliche Erscheinung«. Heidegger: ein »nationalsozialistischer Pumphosenspießer«, ein »Voralpenschwachdenker«, eine »totale Geistesniete«. Vor allem aber Stifter: ein »Provinzdilettant«, ein »verkrampft schreibender muffiger Kleinbürger«, ein »maßlos überschätzter Blindgänger«. »Ein tatsächlich denkender Mensch kann Stifter nicht lesen«, heißt es in »Alte Meister«, »Stifter hat einen stümperhaften und, was das Verwerflichste ist, schlampigen Stil. Wenn wir Stifter mit dem Rotstift zu lesen anfangen, kommen wir aus dem Korrigieren nicht mehr heraus. Es gibt heute eine große Anzahl von Schriftstellern, die sich auf Stifter berufen. Diese Schriftsteller berufen sich auf einen absoluten Schreibdilettanten. Stifter ist nichts als ein literarischer Umstandsmeier«. Ein »Prosaverwischer«. Ein »unerträglicher Schwätzer«.

Offenbar waren Bernhards Feindseligkeiten immer noch nicht grob genug. Oder sie wurden nicht ernst genommen. Sie haben ihn jedenfalls nicht vor den dickfelligsten Vereinnahmungsversuchen nach seinem Tode bewahrt. Beispielsweise durch Hans Mayer. Der Tübinger Germanist fühlte sich als Bernhard-Nachrufer zu literaturwissenschaftlichen Verortungen gedrängt. Und das las sich so: »Bernhard geht stilistisch zu Adalbert Stifter zurück. Und er gilt natürlich als Nachfolger, in aller Bewußtheit, von Elias Canetti«.

Da Verhöhnungsabsicht bei Mayer auszuschließen ist und er sich andererseits auf eine mehr als zwanzigjährige Bekanntschaft mit Dichter und Werk beruft, bleibt nur zu vermuten, daß die posthumen Eingemeindungs- und Harmonisierungswünsche über jeden Verstand gehen. Kaum war Bernhard tot, wurde er ästhetisch an- und eingepaßt und ideologisch entgiftet. Als Lebender eben noch der literarische Staatsfeind Österreichs, mutierte der tote Bernhard augenblicklich zum »Moralisten«. Immerhin ein bemerkenswerter Begriff von Moralität, der sich da verriet: ein Wut-Potential, das ausgereicht hatte, um den lebenden Bernhard als staatsgefährdend zu stigmatisieren, wurde posthum – gratis und franko – zur Moral verharmlost. Der allzeit Übelwollende wurde, als er sich nicht mehr wehren konnte, zum Wohlmeinenden umgelogen. So, als habe er es doch im Grunde immer gut gemeint mit Österreich, will heißen: mit der Welt.

Es gab auch andere Sentimentalisierungsversuche. Den absurdesten lieferte das sozialistische Zentralorgan »Arbeiterzeitung«: »Obwohl Bernhard beileibe kein Sozialist war, galt seine Liebe doch den Verstoßenen und Entrechteten«. Thomas Bernhard – ein Dichter des sozialen Mitleids? Werch ein Illtum! würde Ernst Jandl sagen.

Auch die selbstklebende Etikette vom »Übertreibungskünstler« war, recht besehen, ein Akt der Beschwichtigung und Entschärfung, eine Strategie des anbiedernden Zuzwinkerns: der zornige Moralist meint's gut, der Übertreiber meint's nicht ernst. Aber ein Moralist ist Bernhard nie gewesen, und als Autor hat er je länger, desto weniger übertrieben. Die österreichische Realität hat sich alle Mühe gegeben, den Bernhard'schen Kategorien von Niedertracht, Dumm- und Gemeinheit zu entsprechen. Was er der Wirklichkeit vor-schrieb, etwa in »Heldenplatz«, hat sie nach Kräften

nachvollzogen. Beim gesamtösterreichischen Empörungstheater und Verbotsgezeter rund um »Heldenplatz« haben sich praktisch alle führenden Politiker und Medien des Landes genauso schwachsinnig aufgeführt, wie Bernhard es ihnen immer schon unterstellt hatte. Sie haben ihn nicht Lügen gestraft, sie haben seine schlimmsten Übertreibungen und gemeinsten Verzerrungen Wahrheit gestraft.

Vielleicht sind, wie der Essayist Franz Schuh meint, alle Etikettierungen nur hilflose Versuche der Bernhard-Interpreten, »das Verquere, das Nicht-Verhandelbare, das Unkommunizierbare an diesem Dichter plausibel und damit verfügbar zu machen«. Vielleicht hat Peter Handke die treffendste Etikettierung geprägt: »Wie wenn ein 'Spiegel'-Reporter als Schriftsteller auftritt: So schreibt Thomas Bernhard in den letzen Jahren«. Handke brachte Bernhard auf den Begriff der rhetorischen Fertigbauweise: »Bernhards Suggestion besteht darin, daß er ganz gut Vorurteile ausnützen und montieren kann. Außer seiner Suggestivität, die ja seine einzige und große Wirkung ist, ist da nichts«.

Der Heimatdichter in der Stifter-Tradition. Der Canetti-Nachfolger. Der Moralist. Der Mitleidsdichter. Der Übertreiber. Der »Spiegel«-Reporter. Nein, all die Bernhard-Formeln, die gutwilligen und die bösartigen, fassen ihn nicht. So läßt er sich nicht festmachen, »nicht heimholen« (Heiner Müller). Und wenn die Formeln vom »Provokateur«, vom »Ärgernis Bernhard«, vom »Skandalon« mehr sein sollen als Respektsgesten europäischer Feuilleton-Nekrologie, so wird man der Bernhard'schen Provokationstechnik nach Herkunft, Wesen und Wirkung schon etwas genauer auf den Zahn fühlen müssen.

Man könnte sagen, daß sein Tod seine letzte Provokation war. Bernhard hat ihn, noch drüber hinaus, perfekt inszeniert. In ausgetüftelter Dramaturgie und effektbewußtem Timing war die Todesinszenierung sein letztes äußerstes Kunstwerk: Zunächst die »Heldenplatz«-Uraufführung im letzten November – Bernhards größter, nicht mehr wiederholbarer, geschweige denn überbietbarer Triumph: Da inszenierte ein Dichter ein ganzes Land, da obsiegte die Kunst, indem sie die Wirklichkeit blamierte und zur Kenntlichkeit entstellte. Und dann der sorgfältig geplante Abgang, mit eingebauter Düpierung der Nachwelt

Bernhard war bereits seit fünf Tagen tot, als sein Tod und sein Testament gleichzeitig mit seinem Begräbnis bekanntgegeben wurden. »Auf dem Grinzinger Friedhof liegen die österreichischen Geistesmenschen begraben«, sagt die Hauptfigur in »Heldenplatz«. Und während der Dichter auf eben diesem Wiener Nobelfriedhof beigesetzt wurde, erfuhr die Welt seinen Letzten Willen, der einem letzten Bosheitsakt zum Verwechseln ähnlich sieht – und doch nur eine trotzige Verweigerungsgeste von genau kalkulierter Wirkungslosigkeit ist. Zwei Tage vor seinem Tod hatte Bernhard testamentarisch ein totales Druck-, Aufführungs- und Vortragsverbot seines Gesamtwerkes einschließlich seines unveröffentlichten Nachlasses für Österreich verfügt.

Eine grandiose Enterbungsgeste gegen seine Heimat. Ein posthumer Bannstrahl gegen den verhaßten österreichischen Staat und seine widerwärtigen Einwohner, die Bernhard zeitlebens so sprachmächtig und ebenso einfallsreich wie monoton abgekanzelt hat. Die letzte große Provokation. Auf den ersten Blick.

Auf den zweiten Blick wird die Provokationstechnik durchschaubar – als Provokation mit Bremsvorrichtung. Als demonstrativer Kommunikationsabbruch (hinter dem der Dialog ungestört weitergehen kann). Als typisch Bernhard'sche Skandalisierungsfinte und Fallenstellerei. Und prompt ist Österreich seinem listigsten Fallensteller ein weiteres Mal in die Falle gegangen. Man hielt die Sperrung des Bernhard-Oeuvres auf siebzig Jahre für wirksam – was sie nicht ist. Denn: Ein Verkaufsverbot von Bernhard-Büchern in Österreich ist im Testament wohlweislich nicht ausgesprochen – weshalb das Österreich-Geschäft des Suhrkamp- und des Residenz-Verlages auch nicht tangiert ist. Ein Aufführungsverbot für Neuproduktionen hingegen würde nur das Burgtheater treffen – und damit Bernhards treuesten Sachwalter und Uraufführungsregisseur fast aller seiner Stücke: Claus Peymann.

So scheint auch die letzte Provokation Bernhards von der gleichen Widersprüchlichkeit und Halbschlächtigkeit wie alle seine früheren. Einerseits ist da eine sich jedem Moralappell entziehende Verletzungslust am Werke, die die Nächsten am liebsten trifft und sich mit der eigenen Todgeweihtheit dazu legitimiert fühlt. »Es ist alles lächerlich, wenn man an den Tod denkt! « – so Bernhards geflügelter Ausruf von 1968. Und in »Heldenplatz« rechtfertigt die Hauptperson ihre allumfassenden Verwünschungstiraden mit der Rücksichtslosigkeit, die eine besondere Todesnähe verleihe: »Ich existiere die längste Zeit gar nicht mehr und beobachte alles sozusagen aus dem Tod heraus, verstehen Sie«.

Einerseits also hat Bernhard in seinem Schreiben und seinem Leben – und seit langem hat ja seine Dichtung darauf abgezielt, den Unterschied zwischen Kunstwelt und Lebenswelt aufzuheben – seine Todeskrankheit als Immunisierungsstrategie gegen die herkömmlichen Umgangsnormen eingesetzt. Ein Leben auf Abruf zu führen, berechtigte zu jeder Rücksichtslosigkeit, die, vom Tod her gesehen, »Radikalität« genannt werden durfte. Vom Tod her gesehen, ist alles nichtig, unhaltbar und lächerlich. Nichts ist der Mühe wert als allenfalls die Kunst, nichts hält stand, alles trägt die Vergeblichkeit, den Verfall, den Untergang in sich – dies die Botschaft, die alle Bernhard'schen Prosatexte und Theaterstücke, aber auch Bernhards Verhalten, mit Finsternis und immer mehr auch mit finsterer Verzweiflungskomik grundierte. Die berühmten Bernhard'schen Skandale, die er vom ersten Eklat an immer raffinierter kalkuliert hat,

funktionierten alle nach demselben Muster. Des Todes jeden Augenblick gewiß, behauptete der Künstler Bernhard die radikal negative Position des Allesverurteilers und Allesheruntermachers, der sich in seine Haßliebe gegen alles auch selbst mit einbezog (und damit unangreifbar machte). Der gegen die Schufterei loswetterte, nannte sich selber einen Schuft. Und dem Schuft, der sich in Ereiferungspose warf, antwortete eine schuftige Öffentlichkeit, indem sie ihn in Entrüstungspose einen Schuft nannte

Narzißmus einerseits. Andererseits heimliche Komplizenschaft des Kritikers mit dem Kritisierten. Verweigerungsposen mit Widerruf-Mechanik. Radikalität gepaart mit Geschäftssinn. Herausforderung als Reklame-Gag. So steckt im Provokateur Bernhard, im Majestätsbeleidiger (und heimlichen Komplizen der beleidigten Majestäten) letztlich der exemplarische negative Staatsdichter Österreichs. Die Rolle als Nestbeschmutzer, als Enfant terrible, hat der uneheliche Sohn einer Hausgehilfin und Enkel des Schriftstellers Johannes Freumbichler mit grimmigem Vergnügen gespielt, befriedigte sie doch in ungeahnter Weise seine Allmachtswünsche und Größenphantasien. Das ungewünschte Kind stilisierte seine Außenseiter- und Unzugehörigkeitsgefühle zur selbstgewählten Isolation und idealisierte seine kleinbürgerliche Randständigkeit als grandioses Einzelgängertum. Der Kleinhäuslersproß schaffte den Milieuwechsel zum Großbürgertum, dessen Lebensstil er imitierte (nicht ohne sich gleichzeitig dafür zu verachten) und dessen Borniertheiten er hämisch studierte und umso gnadenloser bloßstellte, je mehr er im Grunde mit ihnen sympathisierte. Eine lückenlose Neutralisierungsarbeit, mittels derer sich Bernhard in die Unangreifbarkeit entrückte – Österreichs Alpenkönig und Menschenfeind in einem. Oder, wie Franz Schuh sagt: »Die aggressivste Variante der österreichischen Stagnation«.

konkret 04/89, S. 64

Georg Heinzen

Wie im Film

In KONKRET 12/88 hatte Georg Heinzen dem österreichischen Schriftsteller Peter Turrini vorgeworfen, er habe die Arbeiter verraten, indem er sie mit seinem Stück »Minderleister« ans Theater ausliefere. Daraufhin attestierte Michael Scharang in KONKRET 3/89 Heinzen »besserwisserisches Getue« und »kolonialistische Allüren«. Heinzen antwortet und begründet noch einmal seine Kritik: Turrini versöhnt im Theater, was auf der Straße endlich einmal aneinandergeraten ist

»Nimm das und das! Kannst du noch nicht sterben? So! So! Ha, sie zuckt noch, noch nicht, noch nicht? Immer noch? Bist du tot? Tot! Tot!«
Georg Büchner, »Woyzeck«

In »Manhattan« gibt es eine schöne Szene, in der sich in einer Warteschlange vor einer Kinokasse Woody Allen und ein anderer Mann über die richtige Interpretation eines Romans streiten. Allen faßt sich an den Kopf: Wenn man jetzt doch den Autor fragen könnte! Und, Simsalabim, da steht er plötzlich neben ihm und gibt ihm recht.

Ich habe mir auch einen Autor gesucht, der mich im Streit um Peter Turrinis »Minderleister« unterstützen soll, aber es ist nicht Turrini, sondern der polnische Filmregisseur Krzysztof Kieslowski, denn ihm gelingt mit seinem Film »Ein kurzer Film über das Töten« im Kino jene moralische Erneuerung, an der Turrini im Theater scheitert. So möchte ich Michael Scharang mit Kieslowski antworten, statt mich mit seinem Vorwurf des feuilletonistischen Kolonialismus zu beschäftigen, den ich für ein Ablenkungsmanöver halte. Scharang vermeidet so, sich mit dem Dilemma auseinandersetzen zu müssen, daß darin besteht, daß Turrinis Stück seine polarisierende Wirkung in Österreich einem spezifischen politischen Klima verdankt und nicht seiner künstlerischen Qualität. Von der scheint Scharang selbst nicht so recht überzeugt zu sein, sonst würde er Gründe für seine Begeisterung anführen, statt Turrini apodiktisch für unantastbar zu erklären und damit jede Kritik an ihm als defätistisch abzuwehren.

Ich würde gern dort weiterdiskutieren, wo sich meiner Meinung nach Turrinis ästhetisches Scheitern vollzieht, in seiner Mitleidsethik. Denn indem Turrini seinen Erniedrigten und Beleidigten auf der Bühne die Wahl zwischen dem Guten und dem Bösen, der Moral und dem Geld läßt, leugnet er die entsolidarisierende Macht der Krise und entläßt seine Zuschauer mit dem beruhigenden Gefühl, daß, wenn die Arbeiter trotz allem so gut sind, die Verhältnisse nicht so schlecht sein können. So versöhnt er im Theater, was auf der Straße endlich mal aneinandergeraten ist, wie eine hübsche Episode zeigt: Wie es der Zufall wollte, plazierte der Kartencomputer des Düsseldorfer Schauspielhauses für eine Aufführung der »Minderleister« zwei Herren im Parkett nebeneinander, die im richtigen Leben auf verschiedenen Seiten der Barrikade stehen, den Korrespondenten der »UZ«, Wolf Achten, und den Vorstandsvorsitzenden der Thyssen Stahl AG, Heinz Kriwet. Und beide, so der »UZ«-Mann in seinem Artikel, applaudierten am Ende der Vorstellung wie fast das ganze Haus mit stehenden Ovationen. Vom Ex-Dreher im Foyer darauf angesprochen, warum er einem Stück applaudierte, in dem seinesgleichen so schlecht wegkommen, erklärte der Stahl-Manager Kriwet, sein Beifall gelte der Leistung der Schauspieler. So führte, während die Stahlkrise die antagonistischen Kräfte heftig aufeinanderprallen ließ, ihre Abbildung die Klassengegner wieder zusammen.

Viel weniger integrativ ging es dagegen bei einer Vorstellung von Kieslowskis Film zu, den ich mir vor zwei Wochen in einem Schachtelkino in Bahnhofsnähe anschaute. Als nämlich dieser schreckliche Junge begann, den Taxifahrer umzubringen, packte eine Zuschauerin eine Tüte Chips aus. Ein älterer Mann fuhr die Frau an, sie solle gefälligst ihre Chips zu Hause vor dem Fernseher essen! Die Frau gab eine dumme Antwort und raschelte weiter mit der Tüte, während der Junge weiter an der weißen Kordel zog, die er um den Hals des Taxifahrers gespannt hatte, dessen rechter Fuß sich langsam aus der braunen Socke schälte. Nun begann der Mann laut die Frau zu beschimpfen, woraufhin es aus verschiedenen Ecken des Kinos wie ein Echo zurückkam: »Halt's Maul! Hau ab! Geh' doch nach Hause!«. Währenddessen bekam in der ersten Reihe einer einen Lachanfall, weil der Taxifahrer sein Gebiß herauswürgte. Aber dann war es endlich still im Kino, denn die Chips waren aufgegessen, und der Junge hatte den blutverschmierten Kopf des um Gnade bettelnden Taxifahrers in eine karierte Reisedecke verpackt, weil er den Anblick nicht länger ertragen konnte. Da flog die Tür auf. Ein paar junge Typen drängten herein und warfen sich in die freien Sessel in der ersten Reihe, daß es krachte. Offenbar war die Vorstellung im Nachbarkino zu Ende, denn während der Junge im Film immer wieder einen Wackerstein auf die bluttriefende Reisedecke niedersausen ließ, erzählten sich die Typen in der ersten Reihe nochmal die Gags aus »Ein Fisch namens Wanda«. Aber sie spürten schnell, daß die Vorgänge auf der Leinwand ihnen den Abend verderben würden. Und noch bevor das Todesurteil an dem Jungen vollstreckt wurde, standen sie auf und gingen. Der Lacher in der ersten Reihe bekam noch den Rest aus einer Cola-Dose über den Kopf. Die Gewalt auf der Leinwand hatte sich auf das Publikum übertragen.

Als dann das Saallicht langsam wieder anging, klatschte niemand wie nach dem Freitod des Stahlarbeiters Hans in Turrinis »Minderleister«, denn die einzige Leistung, die im Sinne des Thyssen-Managers Anerkennung verdient hätte, war der bestialische Mord an einem Taxifahrer. Und so ging ich, nicht erleichtert wie nach der Aufführung der »Minderleister«,

sondern mit hängendem Kopf, durch das Spalier derjenigen, die auf die nächste Vorstellung warteten. Ich fühlte mich schuldig, aber warum? Ich hatte doch nur zugeschaut bei diesem unmotivierten Töten, das immer quälender wurde, nicht nur für das Opfer, sondern auch für den Täter und sogar für mich, den Zuschauer. Und auf einmal hatte sich meine Abscheu vor dem Verbrechen in den dringenden Wunsch verwandelt, der Junge solle endlich vorankommen mit dem Töten, um mich, den Taxifahrer und sich selbst von dem quälenden Vorgang seiner Tat zu erlösen. Denn ich war unfähig wegzuschauen, meine Neugier war genauso groß wie mein Ekel. Ich war Kieslowski in die Falle gegangen, obwohl ich nichts weiter getan hatte als zuzuschauen, war ich zum Täter geworden.

Seitdem verfolgt mich dieses um Gnade bettelnde Reiseplaid, als ob ich es selbst zum Schweigen gebracht hätte. Von Turrinis »Minderleistern« dagegen verfolgt mich gar nichts, außer Michael Scharang. Aber das liegt nicht an der größeren Suggestivkraft des Kinos, sondern an den unterschiedlichen Vorstellungen von Realismus, die Turrini und Kieslowski haben, wobei sich ihre Botschaft kaum unterscheidet. Aber während Kieslowski sein ethisches Prinzip dadurch verteidigt, daß er es vollkommen negiert, beläßt es Turrini dabei, es lauthals zu verkünden. So sind bei Turrini die echten Bierflaschen mit Idealismus abgefüllt. Das hält zwar die Zuschauer in äußerer Erregung, läßt sie aber innerlich teilnahmslos, weil ihre Werte nicht wirklich ins Wanken geraten. Die Gewalttätigkeit der Verhältnisse wird nicht spürbar, weil die Gewalt weder gegen das Theater gerichtet wird, noch gegen die Zuschauer, noch gegen die Verhältnisse selbst. Die Gewalt implodiert: Turrinis Stahlarbeiter geht in den Hochofen. Damit wechselt der Stückeschreiber von der Wirklichkeit ins Reich der Metaphern, und die Zuschauer folgen ihm gern, denn nun kann nichts mehr passieren, weil aus dem Ernst ein Spiel geworden ist.

In Kieslowskis Warschau dagegen, das Turrinis Stahlwerk gar nicht so unähnlich ist, sind die Menschen so häßlich wie die Verhältnisse. Da gibt es keine großen Gesten, sondern lauter kleine Gemeinheiten. Denn in einem Land, wo alle zu kurz kommen, ist schon der ein Gewinner, der beim Rattenrennen die meisten Tritte austeilt. Da ist kein Platz für große Gefühle und auch nicht für schöne Bilder und erst recht nicht für Erklärungen. Denn erklären heißt verstehen. So erntet Turrini lediglich zustimmendes Nicken für seine Stahlarbeiter, die sich ständig dem Publikum erklären und genau dadurch die Distanzierung ermöglichen. Kieslowski dagegen erklärt gar nichts. Wir erfahren über den Jungen und den Taxifahrer nur das, was wir sehen. Aber dieser Mangel an Kontext verhindert, daß das Geschehen eine metaphorische Bedeutung bekommt und die Bilder mehr sind als nur ein Ausschnitt des Lebens, daß sie schön sind, wie bei Turrini.

Aber es ist nicht allein Turrinis undialektischer Ansatz, der verhindert, daß die Verhältnisse auf den Zuschauer niedersausen wie der dicke Stein auf den Taxifahrer, sondern es ist auch das Theater selbst, das sich mit seiner ganzen institutionellen Macht gegen einen Stoff zur Wehr setzt, der einer fremden kulturellen Konvention entstammt. Das zeigt deutlich die beeindruckende 2. Szene der Düsseldorfer »Minderleister«-Inszenierung: Da ist die Bühne zunächst nichts als eine glühende Stahlwand, und es ist zwei Minuten lang so ohrenbetäubend laut wie in einem Stahlwerk rund um die Uhr. Und alle, die noch nie in einem solchen Betrieb waren, also die große Mehrheit des Publikums, gewinnen einen physischen Eindruck von den Produktionsbedingungen. So arbeitet Turrini hier noch mit demselben Mittel wie Kieslowski, man ist als Zuschauer einer Situation ausgeliefert, die um so unerträglicher wird, je länger sie dauert. Aber dann mischt sich bei Turrini ganz zwangsläufig die Konvention des Theaters ein, nun wird der O-Ton aus Rheinhausen auf Zimmerlautstärke heruntergefahren, weil die Schauspieler zu sprechen beginnen. Denn ohne Sprache gibt es kein bürgerliches Theater, und dieser Grundregel müssen sich auch solche Stoffe beugen, die, wie Turrinis »Minderleister«, eigentlich von einer Welt handeln, die weitgehend sprachlos ist. So geben Turrinis Stahlarbeiter ihre Identität auf, sobald sie die Bühne betreten und den Mund öffnen. Und dagegen helfen kein guter Wille, kein schlechtes Gewissen, keine IKEA-Möbel und auch keine jugoslawischen Billigpornos. Dagegen hilft nur ein Realismus, der den Voyeur zum Täter macht oder aber jeglichen Voyeurismus verhindert.

Was würde zum Beispiel geschehen, wenn in Turrinis Stück, in jenen Szenen, die im Stahlwerk spielen, ein Lärm Raum griffe, daß die Zuschauer die Schauspieler nicht verstehen könnten, und in den Szenen, die im Wohnzimmer des Stahlarbeiters Hans spielen, es ganz still würde, weil nur der Fernseher redet? Wäre da nicht nach zwanzig Minuten das große Haus leergefegt, weil dieses Nichts vollkommen unerträglich wäre? So unerträglich wie die Perspektive der von Arbeitslosigkeit bedrohten Stahlarbeiter, die, ob in der Steiermark oder im Ruhrgebiet, froh sein dürfen, wenn das Kapital so freundlich ist, sich ihrer auch weiterhin zu bedienen.

konkret 04/89, S. 66

Eckhard Henscheid

Musikplaudertasche

Zum Randy Newman-Konzert im Großen Saal der Neuen Frankfurter Oper verheißt das Plakat eben der Neuen Frankfurter Oper: »Der bedeutendste musikalische Kritiker Amerikas wird (. . .) seine Zuhörer garantiert begeistern.« In diesem Satz verstecken sich als phraseologische Ideologismen u. umg. mindestens fünf Denkfehler. Finde drei heraus. (Wobei der zwei Wochen vorher ebd. unter der Obhut von Wallmann, Brück und Marianne Koch stattgehabte Opernball hier nicht mal mitzählen soll.)

&

Ein »Oberzyniker des Popbusiness« sowohl als das »musikalische Gewissen Amerikas« ist übrigens, beides laut Münchner Abendzeitung an ein und demselben Tag, R. Newman auch noch; und da wird's wirklich langsam zynisch; nämlich selbst für Boulevardzeitungsverhältnisse richtiggehend: menschenverachtend, ja fast leserverarscherisch.

&

Musikalische Komik – ein allfällig beliebtes Schulfunkthema, gewiß; aber es fällt mir da grad dies und jenes dazu ein – der trivialisierenden Art von Satie oder der collagierenden von John Cage oder auch schon der naiv mimetischen von Rossinis »Zwei Katzen«: Mich persönlich mahnt das alles zu programmatisch, zu emphatisch, zu demonstrativ, zu dezidiert, zu parodistisch, zu diktatorisch, zu »aha«-selig – selbst Mozarts Dorfmusikantensextett büßt, wie Haydns Abschiedssinfonie, unterm Appell dieses Ausrufzeichens »Humor!« ein, und die Komik seiner italienischen Großen Oper, der Buffa wie der Semiseria, ist nur immer eine der dramatischen Fallhöhe der Figuren, wohl nie pur binnenmusikalisch. Der gewaltige und insofern g'spaßige vierfache Klaviertriller zum Solisteneinsatz in Mozarts Doppelkonzert in Es-dur? Näher kommt dem Idealtypus des Innermusikalischen schon jenes Kammermusikstück von Strawinsky, das, sonst durchgängig atonal gehalten, mit dem verblüffenden Bluff eines reinen und plumpen C-dur-Akkords verhallt, so wie ja das C-dur schon als Inkarnat des halbironisch Komischen in der »Meistersinger«-Ouvertüre wie in Puccinis Liebesduett-Finale der »Bohème« prangt – und aber meinem eigenen Postulat des sowohl diskret Verschwiegenen als auch Unverhofften am nächsten rückt freilich der 1. Satz von Alban Bergs Violinkonzert, da wo er so zwölftonidiomatisch kontextverwoben wie schwer und bräsig alpengemütlich plötzlich ein Kärntner Volkslied zitiert und entprofaniert. Komisch nur, daß ich – da auch nicht lachen kann.

Richtig lachen kann ich schon eher beim Finale von Verdis Schiller-Veroperung der »Räuber« (»I Masnadieri«) im Rahmen einer edel verzichtsgesättigten Tenor-Sopran-Phrase, welche gleichfalls gewaltig alpenländisch und »kardinalgemein« (Th. Bernhard) und sogar im Dreivierteltakt an die so bekannte wie erhabene Weise »O du mein Kufstein, holleri hollereiduljö« gemahnt. So wäre denn das Alpenmäßige selber das Lachhafte? Viel spricht dafür, auch dann etwa, wenn ich in Rechnung stelle, daß das kompositionell und gehaltlich verwandte nahe Achsensee-Lied (»Holldriö holldriö, Alpenland, Achsensee. . .«) ungelogen von einem Herrn »Palaver« aus Innsbruck gedichtet wurde – allein: zumindest innerlich lachen muß ich freilich auch beim strukturell wiederum hochaffinen Barcarole-Final-Gegröhle der Offenbachschen »Hoffmanns Erzählungen«, die ja nun aber wiederum im zwar nahen, aber lidoflachen Venezia spielen. Bzw. an dieser Stelle sogar in Mitteldeutschland. Hm. Ja. Im übrigen, wenn's denn sein muß: Eine Gesamtausgabe der Schriften von Eric Satie erscheint derzeit im kleinen und tapferen Wolke-Verlag (3 Bände); die Frankfurter Uraufführung von Cage' »Europeras I & 2« dagegen habe ich sozusagen absichtlich auf Dauer verpaßt, es saß da ja auch schon Joachim Kaiser für die »Süddeutsche« drinnen, und nicht mal der fand's lustig, was soll dann da erst ein Anspruchsbürger wie ich? – wie aber ist das noch mal mit unser aller Theodor W. Adorno? Nun, er wiederum verdammte den Humor als solchen sowohl als pure Gestalt wie auch als »depraviertes Bewußtsein« im Rahmen des Schlechten Ganzen – und dies, obschon er mit zunehmenden Jahren bekanntlich am Klavier nicht mehr Berg noch Schönberg spielen wollte, sondern eigentlich nur noch Schumann – Schumann aber schreibt ausdrücklich über die Nr. 4 (»Grillen«) seiner auch von ihm selbst unübertroffenen Fantasiestücke op. 12: »Mit Humor«! Nun, diesen Widerspruch, wenn er denn nicht schon wieder eine schäumende Dialektik ist, mag der tote Adorno mit sich selber austragen – ich wiederum kann auch bei den erwähnten Schumannschen »Grillen« nicht lachen (höchstens da, wo im Mittelteil, bei den »Blue notes«, die Finger der rechten und der linken Hand einander kurz kitzeln); viel eher schon wieder, ja am allerehesten vielleicht im 1. Satz von Brahms' Violinkonzert, da, wo es von der Kadenz in die Coda hinübergleitet. Lachen, obschon da eigentlich nichts zu hören ist als Iyrisch sänftigend fließende Schönheit, wie sie mählich immer strahlender und gleißender zu ihrer eigenen Apotheose ansetzt. Hm. Seltsam. Tja. Rhetorisch frug und unwirsch antwortete sich Franz Schubert: »Gibt es eigentlich lustige Musik? Ich weiß von keiner.«

Und ich muß hier trotzdem lachen. Das aber ist das Komische. Davon freilich verstand er nichts, der Schubert Franz.

&

Nur das, nichts anderes, hat Richard Wagners Begriff des »Gesamtkunstwerks« in den berufsbezogen Bildung vortäuschenden Köpfen speziell von Springer-Journalisten hinterlassen, als daß diese, sobald sie von der «Welt« in die PR-Abteilung der Deutschen Grammophon Gesellschaft hinübergleiten, bei der jetzt neu und hektisch betriebenen Hochzeit von CD- und Video-Wesen von eben dieser als dem »neuen Gesamtkunstwerk« leitartikeln; und das ganz offenbar guten Gewissens und ohne Angst um ihren sogenannten seriösen Ruf auch dürfen: »...das Ur-Erlebnis der unvergeßlichen Aufführungen: Mirella Frenis bezaubernde Stupsnase machte sie weniger zur idealen Mimi als ihre warmgetönte Jungmädchenstimme. Die Anmut ihres Spiels floß über in die Anmut des Singens. Das eine konnte ohne Einbuße kaum ohne das andere sein. Das erfährt man im Grunde erst heute (...) Was ist die 'Fledermaus' ohne den bildhaften Jubel und Trubel des Festes? Eher Maus als Fleder.«

Na also, hat er sich also doch noch geschämt, der Geitel Klaus; und sich hinter das verflüchtet, was ihm als Witz zugute gehalten werden könnte. Freilich nur in Springer-Kreisen. Und die sind, wenn Sie z. B. die allwöchentliche warmgetönte Humorseite der »Welt« in Betracht ziehen, nun wirklich eher Laus denn Maus.

&

Weil er sowohl Schubert als auch Oper singt als auch »im deutschen Fernsehen eine sehr beliebte Persönlichkeit ist«, genau deshalb betrachtet (laut Helena Matheopoulos' »Bravo«-Buch über berühmte Sänger) übrigens »auch Hermann Prey seinen Beruf als Gesamtkunstwerk«. Wird schon gut sein. Denn für die CD/Video-Vermählung ist Prey schon echt zu alt. Heuer wird er 60. Trotzdem unseren Glückwunsch!

&

Also, wer mir definitiv sagen kann, warum der thematisch nachdrückliche Sekundschritt bei Schubert, bei Brahms, bei Bruckner, beim späten Verdi (»Don Carlo«) etwas allzeit und gleichermaßen Wehmütiges, etwas Wehmutssattes ausdrückt, der – der – na der wird eben vielleicht drauf hinweisen, daß ein musikalischer Sekundschritt eben ganz realsymbolisch darin gründet, daß etwas sich dehnen will, dieses aber nicht schafft; sondern zurückfallend wieder auf den Grundton in seinen eigenen beengten Verhältnissen bleibt; und eben das ist und stimmt: wehmütig.

Stimmt aber natürlich trotzdem hinten und vorne nicht. In der Ouvertüre von »Figaros Hochzeit« signalisieren, suggerieren, bedeuten die kleinen Sekunden Reibung, Subversion, Rebellion. Na und? Eben. Lassen wir's für heute. Stimmt doch alles hint' und vorne nicht. Oder höchstens kaum.

&

»Zu Gast bei Anne Linsel« (ZDF) und ungeachtet deren blonder Betörungskraft angenehm ungerührt bezeichnet der Komponist und Intendant Rolf Liebermann Zeffirellis Opernverfilmung von »La Traviata« zu Recht als »eine Katastrophe«.

»Ein perfektes Kunstwerk« dagegen sei Joseph Loseys von ihm, Liebermann, 1979 mitverantwortete »Don Giovanni«-Filmversion. Da hat er gänzlich unrecht. Sondern, aus lediglich etwas vornehmeren Gründen, ist die nun großteils: ein Desaster. Und ich könnte das hier auch sehr wohl unwiderleglich begründen, schweiften meine Gedanken nicht allerweil von Donna Annas Schwarz zu Anne Linsels Blond hinüber, ah, que bella gioventù, que bella donna (1,8) – –

ach nein, der einzige Film-»Giovanni« ist der aus Salzburg 1953 abgefilmte unter Furtwängler und mit den säkularen, ja perennisch coelestischen Cesare Siepi und Anton Dermota – und der ist zwar filmisch verheerend, und trotzdem zeigt ihn niemand mehr im Kino und im Fernsehen. Und dabei wäre einzig er imstande, selbst Anne Linsel als Dolce Madonna Bionda Paroli via Siepi zu – – – achachach, amor fatal ! Gran Dio, aaaah !

&

Die deutsche 68er-Kulturrevolution wollte bekanntlich der bestehenden Kultur wenn schon nicht insgesamt an den Karren, so dieser vor allem ihren Einschüchterungsgestus nehmen. Und zeitigte dabei sofort neue Einschüchterungen und Blamierängste:

Erst mit der derzeitigen ARD-Retrospektive alter Filme von Alexander Kluge eröffnet sich wohl so ganz, was die unentwegte Chopin-, Schumann- und vor allem Verdi-Verdi- und nochmals Verdi-Berieselungen so gut wie aller Handlung soll und meint: Imponiergeraune, bedeutungsverweigernde und auch tatsächlich bedeutungsferne Bedeutungshuberei, bestenfalls radikalprivatistische Marotte. So einfach ist das. Aber vor 21 Jahren war eben Klassische Musik den Cineasten und Kinologen noch mehrheitlich so unheimlich und exotisch, ja einfach unbekannt, daß sie sich offenbar weder zu lachen noch zu meutern trauten.

Das einzige Mal, wo's »stimmt«, ist die berühmte Badewannen-Szene mit Alfred Edel in den »Artisten« (1968). Da bedeutet die unterlegte Verdi-Musik tatsächlich und vollkommen thematisch nur einen Teil des synästhetischen Gesamtunterhaltungsquatsches. Also nichts. Insofern also was.

&

Anläßlich seines Reports über den Wiener Opernball 1989 in KONKRET (März) plädiert Michael Scharang dafür, die sich ebendort versammelnde Selbstdarstellung des »auf sozialem Unrecht aufgebauten« Staats als das zu bezeichnen, was es ist: ein »Gesindel«, nicht weit entfernt von einem »Faschistengesindel« .

Schon. Politisch wohlerwogen ist das schon. Aber auch human? Den beiden einsamsten Zombies, den beiden spirituellsten Grufties, den beiden Ärmsten und Derangiertesten der westlichen Welt, Waldheim und Scheel also, die allerletzte, ja eh nur noch halb wesenlose, schon transzendendatorische Freude zu rauben, beim Wiener Opernball, wenn schon sonst nirgendwo, zwar und noch dazu mit den eigenen gräuslichen Eheweibern klebrigen Sekt saugen zu müssen, aber dabei, endlicher Lohn aller unmenschlichen Unbill, wenigstens noch einmal fotografiert zu werden und wie durch ein Wunder abermals in die Zeitung zu kommen, ut aliquid sit bzw. fiat – : Ich brächtés trotzdem nicht übers Herz.

Bin aber natürlich gleichzeitig für 1990 wieder für schwerste Ausschreitungen. Beides braucht sich ja partout nicht auszuschließen. Sondern im Sinne der Sehnsucht von Oper nach dem neuen Menschen glatt im Gegenteil.

Konkret 04/89, S. 72

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Kollege Kahl und meine W-keit sitzen ja nun doch verhältnismäßig regelmäßig des Nachts im Klett und sprechen bei Prosecco, Köpi und Cecil einiges durch. Soll ich ein weiteres »kongretchen« krank feiern, in der Geschlossenen, fragt Kahl. Sei dir so gut, sage ich. Und dann scheiden wir wie Ziffel und Kalle in den Flüchtlingsgesprächen von Brecht. Anderntags ist wieder ein Treffen gleiche Welle gleiche Stelle und Kahl packt zwei Blatt aus der schon viele schöne kranke Blätter geborgen habenden Mappe. HERRLICH! Kollege Kahl ist auf den seichtseligen Scheiß namens Ausländerwahlrecht losgegangen. Wie mir das gut tut. Bin ich doch alt genug, um weißgott zu wissen, was sich meine LandsleutiNNen so alles zusammengewählt haben, seit der Reeducation. Die Tiefflieger haben sie gewählt, die Arschlöcher, und dann haben sie sich gewundert, daß ihnen dieselben in den Ohren liegen, und den kleinen untersetzten Knuppl haben sie gewählt, den Schabernack mit der Schubertbrill uff de Nas, der dem Fernsehspaßmacher Rudolf Carell einmal einen Wasser Eimer übern Kopf gegossen, wasn Riesenspaß, und die Neger, die Schlesier, die Kiwis, alle haben sie dieser Nation nachgeneidet, daß Humor und Politik so gut können miteinander, aber dann hat ihnen der kleine Knuppl die Kukidenthauer und die krankenhäusliche Hüftgelenkrunderneuerungsverweildauer verteuert und da ließ dann das Lachen schon bissi nach, aber es will ja weitergehn im Leben, und darum krümmen sich diese nordischen Nägel, die sich die voluminösesten Vorschlaghämmer wählen, itzert in wildestem Schmerz, weil ein paar Weltbürger deutschen Stamms in den todesmutigen Ruf Ausländerwahlrecht! ausgebrochen sind. Man muß sich das ja bloß mal vorstellen, daß auch das Knoblochkroppzeug sich seine Tiefflieger und die Verteuerung der III. herbeiwählen darf. Was Perversers seit der Erfindung des süßen Senfgases gibts nichts.

Ja und nun kommt also der Kahl mit zwei Blatt aus der Geschlossenen (gleich wennse bei Doktor Navratil reinkomm die erste Türe rechts) an und lädt zu schwerstem Verzögerungsschmunzeln ein: Er hat sich in der Geschlossenen mit dem Mitpatienten Freimuth Duwe zusammengetan und wendet sich nun zum »Thema heute: Ausländerwahlrecht« an die lieben Leserinnen und Leser des »kongretchen«: »Vor der letzten Kasperwahl entzog ich 30 Millionen Bundesbürgern die Wahlberechtigung. Sie hielten sich nicht dran, und so kam es zu diesem Mistwahlergebnis. Nun aber sollen Ausländer, die länger als 5 Jahre in der BRD leben, hier auch wählen dürfen. Alle! Ich und Mitpatient Freimuth Duwe sagen dazu: Nein Nein und nochmals Nein.«

Und dann zählt Kahl zeichnerisch auf, was für Ausländer aufgrund seiner und seines Mitpatienten und Wahlleiters Freimuth Duwe Gesichts- und Karakterkontrolle wählen dürfen und was für Ausländer nicht. Also nicht wählen darf Sergio Pari, von Beruf Zuhälter, mit rohem Munde, widerlichen Koteletten und Sonnenbrille auf der fleischigen Nase. Nicht wählen darf Carmen Moffo, eine übellaunig dreinblickende Exorzistin mit gepunktetem Kopftuch. Und nicht wählen darf Jan Lipinski, weil er nämlich Mädchenhändler ist von Haus aus und ein Gesicht von der Aura eines Eisschranks hat. Und nix mit Wählen ist's bei Ossi Assadock, dem Opiumgroßhändler. Dito nicht wählen darf Babur Jadawar, denn in seinem Paß steht als Beruf Visadealer, Kommentar überflüssig. Wohl aber wählen darf Luigi Conti, ein Gemüsehändler, wie wir ihn uns wünschen, mit einer sümpathischen Schneidezahnlycke, und wählen darf Mary Zwabwe, eine gestandne liebenswürdige Schwarze, von Beruf IGM-Funktionärin, und wählen darf natürlich auch Zbignew Lem, weil er Bäcker ist und auch sonst ein astreines Antlitz hat.

Wählen darf Ombo Asawubi, ein vollfipppiges Kraushaar aus dem dunklen Erdteil, weil er Nazijäger ist und Danja Atnovitsza, die nachdenklich wirkende Blasphemistin, darf wählen, Danja, die den langen Marsch der Menschheit aus dem Gefängnis der Religion ins Reich der Eigentlichkeit mitmarschierende. Nicht aber, und da sind wir wieder beim Prinzip Hoffnunglos, nicht aber darf wählen Pjotr Petrowitsch, der über ein die Brut des Homo Aufwachsiensis maßlos erschreckendes Profil gebietet und außerdem dem Gewerbe des Kinderquälers nachgeht, und wählen darf auch nicht Payala Tak, die, schlicht gesagt: »Verbrecherin«, und kreuzeln darf nit in der Kabin Jao Gilmesch, wie auch, wo er doch »Verkehrsrowdy« ist. Aber zur Urne schreiten darf sehr wohl Aysal Oszan, die Sexualpädagogin und Dong Hukatong widerfährt gleiches Recht, ihm, der Kampfhundfänger ist, und schon so manchen Mastino von so manches Kindes Kehle zurückgepfiffen.

Wählen darf fürder Dözal Ület, der Armendoktor, und Juanita Diaz darf wählen, die, alle Welt frißt Fisch, aber wer nimmt ihn aus, ha? - tapfere Fischausnehmerin. Nicht wählen, weil bös und drum nur Böses wählend, gell!, darf Alexis Sorbas, der Retsinapanscher, der so gar nichts vom Outfit eines physiognomisch edlen Thukydides oder eines Augias hat, und außert Wahlkontor bleibt auch Rosa Rosziciewiz, die die Fußgängerzonen fürchten machende »Handaufhalterin«. Henry Nkomo darf auch nicht wählen, der sowohl vom KGB, dem Ministerium für Staatssicherheit sowie dem Abschirmdienst der Äußern Mongolei per Telesteckbrief gesuchte Rastamissionar. Und Laila Gazan darf nicht wählen, die nach mittelalterlichen Schnittbögen schneidernde Trachtenschneiderin. Aber wählen darf Melina Apostophelis, die III. Welt-

Hospitantin bei »Emma«, und Jani Giros darf wählen, der griechische Friedensforscher, der sich geschworen, solange die Fliege unterm Knorpel zu tragen, solange die Langstreckenkrawatten nicht abgerüstet sind. Aber ei freiloch darf wählen nicht Teresa Orlowski, die üppige Puffmutter und nicht wählen darf Mustafa Kemirel, der einpeitschende Koranlehrer, und Suleika Muhab darf nicht wählen, die das Berufsbild der Eiferin ausfüllende. Aber wählen darf Shahana, weil sie ist »die letzte Mohikanerin« (und das mache ihr erst einmal einer nach).

Nun war dies also alles hübsch aufgemalen vom Kollegen Kahl und zwar so, daß es nur so eine menschliche Art hatte, kurz: fortschrittliche Kunst. Aber da erging der Ruf der Redaktion an ihn, er möge mal vorbeischaun, da wär was. Wie Kahl nun vor Oli und Wolfgang und Hermann erschien, murmelte Wolfgang was von »rassistisch« und Oli sagte wörtlich »auf die Deutschen kannst du reinhaun wie du willst, aber nicht auf die Ausländer« und Hermann sagte: »Wallraff Ja! Der Christentitel? Ja! Aber das steh ich nicht durch.« Kahl packte da drauf die zwei Blatt wieder in die schon so manche schöne kranke Blätter geborgen habende Mappe wieder ein und beschloß, das nächste »kongretchen« alla entlassen zu gestalten und zwar mit was sog. Unverfänglichem, nämlich: Seebestattung. Punkt.

Nun lebst du aber, mein lieber Völkerhörtdiesignaleverein, in diesem unserm linken Sabbellande, und du mußt dein auf Sfärengesang eingestelltes Ohr beleidigen lassen von so sinnlos donnerndem Schrott namens Ausländerwahlrechtl ausländerfeindlich, multikulturell, und du mußt diesen feilen, hurtigen, billigen evangelisch-sozialdemokratischen Dünnpfiff ausleiden und darfst keine kirschirischrotbärtige Amsel malen und keinen indianischen Ichthiosaurus und keinen chinesischen Schachtelhalm und keine witzigsüßkleine mongolische Nas und kein lappländisches Rhabarbermolekül darfst du malen und keinen tibetanischen Ascher und keine pazifische Wolke und keine zentralafrikanischen Volllipppen. Nein! Statt dich des Reichtums der menschlichen Evolution (die naiven Augen auf!) zu bedienen und sinnenfroh und irgendwie lebendig dich an dicken Lippen und riesigen Zinken und Augenschlitzen, die so schätzig sind, daß der Sonnenaufgang Mühe hat, in dieselben zu fallen, zu erfreun bezugsweis sie zu malen, mußt du ein postnazideutscher evangelisch-sozialdemokratischer Augenkrüppel sein, der die Bilder (Schönen guten Blick, den Ausweis bitte!) vor der ideologischen Polizei Habacht machen läßt. O, vor welcher Polizei, o du (weil nach den Nasen darf man keine Nasen mehr malen) Nonkuckilinki, du!, wenn nicht vor der einen, vor der Polizei! Nein, du seelisch wie betuchter linker Internationalist, deines lächerlich persönlichen Seelenhaushalts wegen bist du auf den internationalen Visagistendurchschnitt aus, sozialdemokratische Verbrauchsfratzen willst du haben, und die nordischen Nägel und die in Nordland hausenden Türkenwürste und Spaghettiarschlöcher und diese einmaligen Gier-Os-Gevattern müssen all mitternander wählen, und wenns irgend geht, bittschön die bekannten türkischen, evangelischen, italienischen, griechischen, amerikanischen und sonstwie Vorschlaghämmer, wenns denn nur Vorschlaghämmer sind.

Und nun liegen also die zwo Blatt Ausländer dürfen wählen/dürfen nicht wählen von unserm guten alten Antifaschisten Kahl bei demselben wieder rum. Frage: Ist der Antifaschist Kahl »aus«»län«»der«»feind«»lich«? Ist der atheistische gelbbraun-weiß- und schwarzhäutigen Konfirmantinnen im Bus Platz machende, auf die Rente zugehende »kongretchen«-Autor, Musiker, Dichter sowie Kind seiner Eltern und Bruder seines Bruders seiende Genosse und Gevatter Kahl ein Rassist? Wenn Sie sich für diesen hübschen, von Breughel, Goya, Dürer und Grosz herzlich belachten innerKONKRET-Dissens intressieren, schicken Sie mir drei in vier Dollarnoten eingewickelte Briefmarken, und ich schicke Ihnen dafür das von Hermann, Wolfgang und Oli als nicht für alle KONKRET-Leser bestimmte Stück titels »Ausländerwahlrecht« exklusiv zu. Als flexibler Kommunist macht mir das überhaupt was aus. Und sonst? Alles in Ordnung? Na das freut mich aber.

Immer Ihr Obiger.

konkret 04/89, S. 74

Peter Körte

Bären, (abgebunden)

Berlinale 89 – betulicher Rekurs in die Vergangenheit, rührende Harmlosigkeiten, bundesdeutsche Filmqual, aber auch, abseits des Wettbewerbs, einige Lichtspielblicke, darunter der neue Film von Jacques Rivette und ein übles Machwerk von Alan Parker

»Die Republikaner« blieben auf den »39. Internationalen Filmfestspielen Berlin« unsichtbar, aber sie waren präsent. Festivaldirektor Moritz de Hadeln betonte mit Blick auf »die jüngsten Ereignisse« den antifaschistischen Grundkonsens der Veranstaltung und räumte ein, die Renaissance »alter Schlagworte wie 'Ordnung, Sauberkeit und Pünktlichkeit'« stelle eine auf präzises Timing und reibungslosen Ablauf bedachte Festivalorganisation »vor gewisse Probleme«. Als dann die Klatschkolumnistin des täglichen Festival-Journals de Hadelns Art, während einer Pressekonferenz ein Rauchverbot durchzusetzen, »republikanisch« nannte, meldete sich der Festivaldirektor mit einer Protestnote: Er verbitte es sich, in die Nähe der »Republikaner« gerückt zu werden.

Eine solche Gereiztheit und Geistesgegenwart, die manchen nur albern erschien, hätte den meisten Filmen im Wettbewerb durchaus nicht geschadet. Statt dessen richteten sich betuliche Blicke in die Vergangenheit. Aus Spanien, dessen Hauptstadt man die lebendigste kulturelle Szene Europas nachsagt, meldete sich Carlos Saura mit einem düsteren katholischen Kammerspiel aus dem 16. Jahrhundert. »Dunkle Nacht« bebildert die Anfechtungen eines Mönches, der in seiner Arrestzelle mit der fleischlichen Versuchung und vorcartesianischen Zweifeln ringt. Ebenfalls handwerklich solide und so prickelnd wie ein Museumsbesuch fiel »Esquilache« von Josefa Molina aus, die ins Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus abtauchte, um einen Kostümschinken, freilich ohne schneidige Mantel-und-Degen-Einlagen, zutage zu fördern. Ansonsten: Zahlreiche Rückzüge aufs sichere Terrain der historischen Biographie, an denen das ohnehin meist coproduzierende Fernsehen seine Freude hat; opulent und allenfalls mit dem Atem für eine Stunde wie »Camille Claudel«, mit papiernen Dialogen wie »Fallada – letztes Kapitel« von Roland Gräf/DDR oder ambitionierter Langeweile wie »Pestalozzis Berg« von Peter von Gunten/Schweiz/DDR. War es da nur ein Zufall, daß die Filmversionen von Theatervorlagen so vital wirkten? »Aviyas Sommer«, der israelische Beitrag von Eli Cohen etwa, dessen Hauptdarstellerin Gila Almagor nicht nur als Produzentin fungierte, sondern auch das zugrundeliegende Bühnenstück verfaßt hat. Oder Oliver Stones »Talk Radio« (s. KONKRET 3/1989), der dem Hauptdarsteller und Co-Autor Eric Bogosian einen mehr als verdienten Bären bescherte.

Die Mehrheit der übrigen Wettbewerbsbeiträge: Lichtspiele von mitunter geradezu rührender Harmlosigkeit und kultivierter Belanglosigkeit, die die Waffen der Kritik stumpf werden und die Kritiker sich lieber miteinander beschäftigen ließen. Pünktlich zum Auftakt hatte die Berliner Zeitschrift »tip«, nicht gerade eine Adresse für schonungslose Kritik, einen Streit über die Funktion der Filmkritik vom Zaun gebrochen. Vollmundige Statements provozierten giftige Gegenreden, nur eine Position, wie sie Karsten Witte schon vor Jahren umriß, suchte man vergeblich: »Im Maße, wie Filme darauf verzichten, ein Teil der Kritik des Alltagslebens zu sein, schwindet der kritische Sinn, der ein scharfes Auge auf diesen Mangel wirft«. Wie schlecht es wirklich um die Filmkritik steht, ließ sich daran ablesen, daß selbst das ZDF einen halbgaren Anti-Amerikanismus servierte, als es immerhin schon 1989 entdeckte, mit welchen Methoden US-Firmen PR für ihre Produkte machen. Die Klage gegen die Majorisierung durch die Majors, die in Berlin mit sechs Filmen vertreten waren, nahm sich ungefähr so brisant aus wie die Feststellung, es sei leichter, sich im Umkreis des Ku'damms von BigMacs zu ernähren als von Kassler mit Sauerkraut. Man muß wohl schon Jurymitglied sein, um diesen Zustand auszuhalten. Die konsequente Anwendung des Gießkannenprinzips erlaubt es, alle (außer den Kritikern natürlich) zufriedenzustellen, ohne sich mit einem schlechten Gewissen zu belasten. So gab es denn Silberne Bären für einen israelischen, einen chinesischen, einen tschechoslowakischen und einen sowjetischen Beitrag und, natürlich, einen Goldenen Bären für Barry Levinsons »Rain Man«, made in USA.

Abseits des Preistrubels schlug die Stunde der Minimalisten. Aki Kaurismäki war einer von ihnen. Der finnische Regisseur widmete seinen Film »Ariel« dem »Andenken an die finnische Realität«. Nach seinem bevorzugten Genre befragt, erklärte er: »boring films without any sense«. »Ariel« ist so lakonisch, daß unter den Lachern, die er serienweise auslöste, fast die Tristesse verschwand, die einem den Atem verschlagen müßte. Abblende, ein Kapitel ist abgehakt; Aufblende, Wechsel vom Arbeitslosendrama ins Gangstergenre, vom Gangstergenre ins Melodrama. Es geht einfach weiter, ohne Larmoyanz und ohne Pose. Vom anderen Ende Europas kam Joaquim Pinto aus Portugal, den mit Kaurismäki nur der Verzicht auf jedwede Pose und große Gesten verbindet. Pintos zweiter Film, »Wo die Sonne brennt«, ist eine leise und unprätentiös erzählte Familiengeschichte aus der portugiesischen Provinz. »Was mich interessiert, sind Filme über Menschen, über die Räume, die zwischen Menschen bestehen, und ihren Gefühlen.«

Und der bundesdeutsche Film? »Es ist wie es ist. So kann es nicht bleiben, aber so ist es«, schrieb Wolfram Schütte, laut Alexander Kluge der »letzte Jakobiner des deutschen Feuilletons«, vor mehr als 3 Jahren. Anlaß zur Revision besteht nicht. Ein BRD-Film lief im Wettbewerb, Ulrike Ottingers »Jeanne d'Arc of Mongolia«, der so zusammengestückelt war wie sein

gequält-dreisprachiger Titel. Ergebnis der 80minütigen Vortäuschung einer Komödie und der ebensolangen Mixtur von Spielhandlung und biedersten Dokumentaraufnahmen aus der Inneren Mongolei: Kunstgewerbe, Exotismus der humaneren Art, weil Frau Ottinger es denn doch nicht übers Herz brachte, Eingeborene ein Schiff über den Berg schleppen zu lassen wie der weniger zartbesaitete Werner Herzog. Für einen kleinen Lichtblick sorgte lediglich Tefvik Basers »Abschied vom falschen Paradies«, der außer Konkurrenz im Wettbewerb gezeigt wurde. Der Regisseur von »40 m2 Deutschland« bewies, gemessen an dem, was man bei dem Thema des Films hätte falschmachen können, eine erstaunliche Sicherheit. Eine Türkin, die ihren Mann umgebracht hat, erlebt im Gefängnis die Befreiung: von der Bevormundung durch Familie, Tradition und rigide Moral. Nach der Haftentlassung erwartet sie die Abschiebung. Basers Studie, getragen von der großartigen Hauptdarstellerin Zuhal Olcay, ließ zwar einige Schwächen in Dialogführung und Gestaltung der Nebenrollen, jedoch weit mehr vielversprechende Ansätze und ein seltenes Gespür für Personen und Stimmungen erkennen. Das ist nicht gerade wenig in einer Situation, in der (nicht nur) die hiesige Filmlandschaft einer Intensivstation gleicht, auf der neben den High-Tech-Apparaturen Autorenfilmer im Koma liegen und Filme von Doris Dörrie oder Xaver Schwarzenberger als Therapieerfolge ausgegeben werden. Therapie zwecklos kann es hingegen nur im Falle von Norbert Kückelmanns »Schweinegeld« heißen. Das Machwerk biederte sich als Satire auf die Parteispendenaffäre an: Hätte das Programmheft nicht darauf hingewiesen, es wäre wohl niemandem aufgefallen, mit so windelweicher Kritik und mit derart ranzigen Kalauern belästigte der Film das Publikum.

Politik und Geschichte – sie waren wie gewohnt vorzugsweise im »Forum« vertreten, dem Zufluchtsort des internationalen Autorenkinos bzw. dessen, was von ihm übriggeblieben ist. Über Marcel Ophüls' »Hotel Terminus«, die viereinhalbstündige Rekonstruktion des Falls Barbie, in ein paar Zeilen berichten zu wollen, wäre unangemessen. Aber noch einer begegnete Barbie, um sogleich einen großen Bogen um ihn zu schlagen: Christian Baudissin mit seinem Dokumentarfilm »Gesucht: Monika Ertl«. Die Geschichte der deutsch-bolivianischen Untergrundkämpferin, die 1971 in Hamburg den bolivianischen Generalkonsul erschoß und 1973 bei dem Versuch, Barbie zu entführen, umgebracht wurde, geriet dem Jungregisseur zur Hommage an den Vater. Hans Ertl, preisgekrönter Kriegsberichterstatter mit der Kamera, nach dem Krieg nach Südamerika emigriert, erzählt wortreich und bildfüllend von seiner Tochter und »seinen Indios« in Bolivien. Der Münchner Filmhochschulabsolvent Baudissin versicherte flapsig, er habe sich nach ersten Recherchen in die Frau verliebt und deshalb diesen Film gemacht. Liebe macht bekanntlich blind: Expeditionsfilmer Ertl erinnert sich, wie er Klaus Altmann einen Job verschaffte, ohne zu wissen, wer dieser Altmann war. Danach habe er ihn nie wiedergesehen. Ein paar Minuten später plaudert Monikas Schwester daher: Die Kinder hätten den Mann immer »Onkel Klaus« genannt. Baudissin fiel dazu nur ein: »Man hat mir nicht mehr Material gegeben«. Wer Augen im Kopf hatte, mußte die Lücken und Widersprüche auf der Leinwand sehen.

Einen Schwerpunkt und Publikumsmagneten der Berlinale bildeten, wie nicht anders zu erwarten, Filme aus sozialistischen Ländern, darunter auch Arbeiten aus »Giftschränken« und »Tresoren«. Über einen dieser Filme vergaß das Gros der mehr als 1000 akkreditierten Journalisten offenbar zu schreiben. 1983 hat der Ungar Andras Jeles seine »Traumbrigade« fertiggestellt, drei Wochen vor der Berlinale erlebte der Film seine Uraufführung in Budapest. Mit einem bösen, grellen Witz und in einem ironisch gebrochenen Erzählduktus führt der Film Szenerien vor, die wirken, als hätten Achternbusch und Deix bei der Ausstattung und Wahl der Darsteller assistiert. Eine Brigade will das gegenwartskritische Theaterstück eines sowjetischen Autors aufführen. Wie sie das und sich dabei anstellt, erzählt »Alombrigado«. Eine Gruppe von Reitern sprengt in den Waschraum des Kombinats. Aus den Duschkabinen recken sich korpulente Gestalten mit fassungslosen Grimassen – »Leider können wir ihnen diese Skulpturengruppe nicht länger zeigen«, heißt es aus dem Off. Es folgt eine nackte Frau, die sich räkelt wie in einem Billig-Porno. »Gewiß würden sie das jetzt lieber sehen«. Aber der Erzähler besteht auf dem Fortgang der Geschichte, den er selbst am meisten verzögert. »Alombrigado« ist ein unbequemer Film, weil er nicht jenen Glasnost-Reflex bedient, der bei Kritikern die bekannten Standardsätze über ironisch-hintersinnige Kritik am Realsozialismus etc. auslöst. Jeles' Film ist eine sperrige Groteske, die dazu noch das Kunststück fertigbringt, ununterbrochen aufs Schrillste zu übertreiben und zu karikieren, ohne die Figuren zu denunzieren.

Neben den Kunsterlebnissen durfte in Berlin natürlich auch das Geschäft nicht zu kurz kommen. Als »A-Festival« verfügt die Berlinale über den obligatorischen Film-Markt, auf dem sich in diesem Jahr die Kleinverleiher mit fiebriger Euphorie präsentierten. Die Branche boomt, scheint es; Kenner allerdings prophezeien, das momentane Überangebot werde sich innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre in ein Unterangebot verwandeln. Für eine wachsende Anzahl von Filmen und Verleihern fehlt es an Abspielstätten. Eines jener hübschen marktwirtschaftlichen Paradoxa, da unter dem Zauberwort »Multiplex« derzeit neue, komfortable Lichtspielhäuser der Zukunft geplant werden. Deren Filmangebot dürfte freilich nur das Pendant zu den computerberechneten Sichtlinien und ergonomischen Polstern der Innenarchitektur liefern. »Lang lebe das Kino«, hatte Moritz de Hadeln zum Auftakt der Berlinale gewünscht. Optimismus auf der Intensivstation .

Kasten "Jacques Rivette:"

»Die Viererbande«: In Philippe Garrels Filmessay »Die Ministerien der Kunst«, auf dem »Forum« der Berlinale zu sehen, äußern sich Vertreter des jungen französischen Films über ihre Arbeit: Chantal Akerman, Jacques Doillon und andere. »Ein

Abgesang aufs Autorenkino«, hieß es später im Foyer, »denen fällt nichts mehr ein«. Zu diesem Zeitpunkt war Jacques Rivettes Film noch nicht gelaufen. Der eigensinnigste unter den Regisseuren der Nouvelle Vague arbeitet in »Die Viererbande« nach bewährtem Muster: Nur eine Rolle, die der Schauspiellehrerin Constance Dumas (Bulle Ogier), war im Drehbuch festgelegt, die übrigen Charaktere wurden von Drehtag zu Drehtag weiterentwickelt. Aus dieser Konstellation gewinnt Rivettes Film eine Leichtigkeit, die die 165 Minuten so schnell vergehen läßt wie die Fahrt im Vorortzug, der die vier Schauspielschülerinnen in ihr Haus im Pariser Norden bringt. Keine Geste wirkt outriert, keine Bewegung falsch, jede Einstellung hinterläßt das Gefühl, als könne es nur so und nicht anders sein. Der Film braucht keinen kunstvoll strukturierten Plot; in freier, jedoch gänzlich unbeliebiger Improvisation variiert er die Grundthemen des Kinos: Liebe und Tod, Freundschaft und Verrat. Indem sich Bühnen- und Filmhandlung wechselseitig kommentieren, ohne daß die eine zum Schlüssel für die andere würde, wahrt die Inszenierung eine spielerische »Unbeständigkeit auf beiden Seiten«; wie im gleichnamigen Stück von Marivaux, aus dem die jungen Schauspielerinnen einzelne Szenen einstudieren. Das hat dem Film immerhin eine lobende Erwähnung der Jury, einen Kritikerpreis und, was am wichtigsten ist, einen deutschen Verleih eingebracht. »Die Viererbande« erinnert in einer Weise an die Tage des Autorenkinos, die von Nostalgie ebenso weit entfernt ist wie von den verzweifelten Selbstimitationen Godards.

Kasten "Alan Parker:" auf Seite 76

»Mississippi Burning«: »Der Film handelt nicht von der Bürgerrechtsbewegung, sondern von der Notwendigkeit der Bürgerrechtsbewegung. Weil es ein Film ist, mußte es als Fiktion gefaßt werden. Die zwei Helden mußten weiß sein. Das sagt genausoviel über unsere Gesellschaft aus wie über die Filmindustrie.« Die Sätze des gebürtigen Briten Alan Parker über seinen neuesten Film »Mississippi Burning« präsentieren sich mit der Schärfe und Klarheit einer Deduktion. Der vorhersehbare Einwand, der Film vernachlässige soziale Hintergründe und farbige Charaktere, setzt dagegen Konfusion, ohne sich die Logik des Films begreiflich zu machen. Parker wehrte sich nicht gegen seine Kritiker; er erklärte ihnen ihre Einwände. Weit mehr als die Starfixierung von »Rain Man« oder das plakative Engagement von »Angeklagt« setzt Parkers Kino der wohldosierten Effekte und starken Emotionen von der ersten Einstellung an auf Überrumpelung. Zu einem schwermütigen Blues lodert eine Feuerspur durchs Bild: Rassisten zünden Kirchen der farbigen Bevölkerung an; dumpfe Töne, beklemmend wie der unruhige Herzschlag eines Gehetzten, kündigen den Mord an drei Bürgerrechtlern an – ein Fall fürs FBI. »Mississippi Burning« verwandelt Ermittlungsorgane in einsame und unerschrockene Streiter wider Rassismus und Ku-Klux-Klan. Die Inszenierung unterschlägt nicht die Anstrengungen des Polizeiapparats, aber sie zeigt sie so, daß sie unerheblich und damit nahezu unsichtbar werden. Diese Metamorphose, die Gleichzeitigkeit von Zeigen und Verhüllen machen Parkers Film zu einem ästhetisch-politischen Ereignis. Warum, das ließ sich auf der Berlinale, in einer Pressevorführung studieren: Laute der Empörung, ein gezischtes »faschistoid« oder »widerlich«. Die Entrüstung galt allerdings nicht der Machart des Films, sondern allein dem Treiben der weißen Rassisten auf der Leinwand. Das sagt genausoviel über den Scharfblick unserer Filmkritik aus wie über die gefährliche Effizienz von Parkers Inszenierung.

konkret 04/89, S. 78

Dietrich Kuhlbrodt

Die Amoral von der Geschichte

Claude Chabrols Film □ Eine Frauensache□ erzählt uns etwas über uns, was wir vorher noch nicht wußten. Und niemand sagt uns, was wir davon zu halten haben

»Gegrüßet seist Du, Marie voller Scheiße, verfault ist die Frucht Deines Leibes«, betet die Marie des Films (Isabelle Huppert), dann fällt die Guillotine. Cherbourg, 30. Juli 1943. Das Vichy-Regime hat herausgefunden, wem gegenüber es Macht demonstrieren kann: gegenüber einer Frau, die abtreibt und damit gegen die Staatsideologie verstößt: Travail, Famille, Patrie. Die Abtreibung ist auch ein politisches Verbrechen.

Paris 1988. Frankreichs Katholiken werfen eine Tränengasbombe in ein Kino, das »Eine Frauensache« zeigt. Einer der Zuschauer stirbt an den Folgen. In Gottes Namen, der aber auch der Name Pétains sowie seiner Heiligkeit in Rom ist. Denn von der Blasphemie des Films fühlen sich gleichermaßen die neuen Freunde der alten Kollaborationsregierung wie die Abtreibungsgegner in aller Welt getroffen.

Völlig zurecht. Denn Claude Chabrols »Frauensache« ist eine Parabel, die all die verstören muß, die unerbittlich Recht behalten wollen. Und schon immer alles vorher gewußt haben. Der Film spielt grandios und gradezu unverschämt mit dem Bedürfnis, sich Ansichten zurechtzumachen, das heißt mit uns, und zieht Aufmerksamkeit und Anteilnahme auf das unerläßliche, aber gern vernachlässigte Vorfeld, auf dem es nichts weiter als wahrzunehmen und Erfahrungen zu sammeln gilt. Insofern ist »Eine Frauensache« zutiefst amoralisch. Aber grade weil ihm das so gut gelingt und weil die großartige Interpretation der Marie durch Isabelle Huppert unsere volle Aufmerksamkeit und Anteilnahme erzwingt, ist der Film schlicht human.

Indem »Eine Frauensache« uns nah kommt und gegenwärtig, schließlich zu unserer Sache wird, rehabilitiert er die historische Marie-Louise Giraud, die auf einen – authentischen – Kriminalfall reduziert worden ist. Nachzulesen in dem gleichnamigen Buch von Francis Szpiner (éd. Balland), das dem Drehbuch zu Grunde lag. Im Film macht Marie eine Karriere, von der wir weder wissen, was wir davon halten sollen, noch wohin sie führen soll, weil wir damit beschäftigt sind, ihr dabei zuzusehen.

Daß Nachbarin Ginette im Senfbad sitzt, kann sie nicht mit ansehen, weil sie weiß, daß das nichts nützt. Marie holt eine Schüssel mit Seifenlauge, auch ein Klistiergerät und hilft der Frau, die ihr zuvor ihrerseits behilflich gewesen ist und die Kaffeemühle ausgeliehen hat. Ein Tausch unter Frauen, nichts weiter. Doch. Ginette entgilt die Leistung mit einem Grammophon. Das ist ein unerhörter Luxus im Kleinbürgerviertel der Stadt. Marie wischt sich die Tränen aus dem Gesicht. Sie lächelt, tanzt. Eine Ahnung, daß es anders sein könnte – als Regen, Enge, Alleinsein, Hunger, die Misere. Sie macht die Abtreibung zum Geschäft, verblüfft darüber, wie rege ihre Dienstleistung in Anspruch genommen wird. Das Interesse, nämlich die Not der Kundinnen, treibt sie in die Rolle einer Unternehmerin. Ein Kleid, Geld, der Umzug in eine bessere Wohnung. Ein Freund, der clever, smart und daher auch ein bißchen Kollaborateur ist: »den Nazis beim Unkrautjäten helfen«.

Wir kommen mit unserer Anteilnahme, unserer Sympathie ins Schleudern. Marie, Kind und Erwachsene, hilflos und gierig, fröhlich und launisch, frivol und verletzlich, lieb und böse, – ihre Sehnsucht nach Befreiung und Aufstieg erscheint unversehens, in einem nicht mehr definierbaren Moment, versehrt und beschmutzt. Aber grade dann, wenn wir fertig sein möchten mit ihr und ihren Ambivalenzen und wenn das Urteil festzustehen scheint, wird unseren Reflektionen durch nackte Tatsachen und schiere Gewalt wieder der Boden entzogen. Marie, die verhaftet und der der Prozeß gemacht wird, erscheint als Opfer einer reaktionären Justiz, die ein Exempel statuieren und sich an ihr rächen wird – für die eigene Feigheit vor dem Feind.

So wie Marie darf keine sein, sagen die Männer, die sich als wohlfeiles Opfer eine Frau ausgesucht haben, welche die ausgerufene Doktrin schlichtweg nicht zur Kenntnis genommen hat. Einfach nur Frau sein: das entzieht den Männern, die ihre Macht über ein eigens erdachtes Regelsystem ausüben, den Boden. Eine Provokation, von der Marie nichts weiß.

Sie tanzt mit Rahel und sagt der anderen Frau einen Männersatz: »Sie haben so schöne Augen, mein Fräulein«. Auch das darf nicht sein. Eine Frau hat auf Männer Rücksicht zu nehmen. Grade in heroischen Zeiten, im Krieg. Marie, die naive, schlaue, nimmt keine Rücksicht, weil ihr gar nicht in den Sinn kommt, daß Heroisches zu sehen ist. Ihr Mann kommt aus dem Krieg zurück, ein Invalide. Marie nimmt ihn kaum wahr, wie er, ebenso eifrig wie verzweifelt, Zeitungsausschnitte zusammenklebt. Aber kaum will der Mann uns dauern, klebt er aus Großbuchstaben ein anonymes Schreiben an die Polizei zusammen und denunziert seine Frau. Wir müssen es aufgeben, unsere Sympathien verteilen zu wollen. Auch der kleine Mann, ihr Sohn, der mit großen traurigen Kinderaugen in die Welt blickt und so tapfer die Rolle des Vaters zu übernehmen versucht, rührt uns an, wie er immer wieder und doch vergeblich, die Liebe der Mutter sucht, die sich ihm entzieht. Bis wir erfahren, was er werden will: ein Henker.

Auf den Zuschauer, der zwischen Schuld- und Freispruch pendelt, übertragen sich die Ambivalenzen des Films: eine eigene Erfahrung des Richtigen im Falschen und des Guten im Bösen. Also hat »Eine Frauensache« doch einen moralischen Effekt, grade weil Chabrol strikt vermeidet, zu plädieren – für die Abtreibung, gegen die Todesstrafe. Stattdessen wird eine Nebenperson, nein: eine Unperson der Zeitgeschichte zur Hauptsache. Marie-Louise Giraud drückt mit der schieren Präsenz der Schauspielerin Huppert das Zeitgeschehen an den Rand, ins Nebensächliche. Rahel ist eines Tages nicht mehr da, Juden werden deportiert. Marie sagt dazu: »Rahel, die ist niemals Jüdin, die doch nicht«, weil sie sie in Schutz nehmen will. – Nur in einer einzigen Sequenz sind in diesem Film Naziuniformen zu sehen. Auf einem örtlichen Folklorefest. Wer eine lebende Gans köpft, auf einen Streich, hat gewonnen; das macht auch den Deutschen Spaß. Marie guckt nicht hin. Nicht etwa, weil sie das nicht will, sondern weil sie ihren Freund sucht. Sie bleibt unberührt von dem, was um sie herum passiert.

Chabrol zeigt die Huppert in fast jedem Bild seines Films, und erst durch sie, durch ihre Darstellungskraft, gewinnen die Dinge Realität. Es gibt keine Totalen, die Übersicht vorgaukeln. Kein naturalistisches Ausmalen, in das sich die Darsteller einbetten könnten. Keine Arme-Leute-Idyllen, die den Blick anzögen. Huppert bleibt die Hauptperson, weil sie zu den Dingen, die um sie herum sind, auf Distanz gegangen ist, unerreichbar. Nur die Sachen, die sie betrachtet, die sie berührt, werden real. Im Polizeiauto, in Paris, versucht sie durch ein winziges Fenster den Eiffelturm zu sehen. Sie sieht ihn nicht, und es gibt ihn nicht. Real wird dagegen die Postkarte werden, auf der er abgebildet ist. Der Anwalt möchte doch bitte eine kaufen und den Kindern schicken.

Chabrols Film bewegt unser Gewissen, indem er die zeitgeschichtlichen Hierarchien abbaut. Die Vielheit und Einheit eines konkreten Menschen ist in den Mittelpunkt des historischen Ensembles gerückt und als gegenwärtig erfahrbar geworden. Das korrespondiert einer gerade entdeckten Forschungsmethode, der »Humangeographie«. »Der Historiker sollte sich an dem Ort niederlassen, an dem sich alle Einflüsse kreuzen, überschneiden und miteinander verschmelzen: im Bewußtsein des in der Gesellschaft lebenden Menschen. Dort wird er die Aktionen und Reaktionen erfassen und die Wirkung der materiellen und moralischen Kräfte, die auf jede Generation einwirken, messen können« (Lucien Febvre in »Das Gewissen des Historikers«, Wagenbach 1988).

In »Eine Frauensache« erfahren wir daher etwas über uns. Etwas, das wir vorher nicht gewußt haben. Etwas Schönes, Schauriges, Erschreckendes, Wissenswertes. Und niemand sagt uns, was wir davon halten sollen. Die Marie des Films repräsentiert nichts anderes als sich selbst; gleiches wird für den Zuschauer gelten. Die sinnstiftenden Vermittler bleiben außen vor. Offenbar ein Phänomen, das sich nicht auf die »Frauensache« beschränkt. »Die Deutschen müssen jetzt das Gefühl entwickeln, daß *sie* es waren. Wir alle suchen nach Bildern, die uns Anhaltspunkte geben in einer Zeit, die uns alles erklärt hat«, schrieb Christoph Schlingensief und drehte den Film »100 Jahre Adolf Hitler/Die letzte Stunde im Führerbunker«, der zusammen mit »Eine Frauensache« auf den Berliner Filmfestspielen gezeigt wurde. Bevor wir jetzt unsere Ansichten zurechtmachen, empfehle ich gefl. den Gang ins Kino.

konkret 04/89, S. 82

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton

Der Herausgeber dieser Zeitschrift in Nr. 3/89, Redaktionsinterna des »Spiegel« dokumentierend: »auf einem widerwärtigeren Strich ist das Wort 'Widerstand' noch nicht prostituiert worden.« – Doch: Hier ist er. Wiederentdeckt während eines Umzugs in einer von siebzig Bücherkisten. Hier ist es, das unvergleichliche Dokument sinnlicher Gewißheit im Hier und Jetzt aus dem Editorial des 1. westdeutschen »Wiener«:

» Wenn ein Rebell stirbt für die Freiheit, wenn ein Menschenführer stirbt als Preis dieser Freiheit – dann singt die deutsche Hymne – als Ästhetik des Widerstands! Rudi Dutschke und Hanns Martin Schleyer – gestorben für Deutschland, gefallen für die Republik.«

gezeichnet: Maier, Chefredakteur

*

Und gleich noch ein Umzugs-Fundstück. Aus dem »Hamburger Abendblatt« vom 21./22.3.87. Zur hundertsten Wiederkehr des Geburtstags des *Bruders* des Hamburger (Schiff)Bruch-Dichters Gorch Fock: Rudolf Kinau.

»Kenner nennen ihn den meistgelesenen und meistgehörten niederdeutschen Schriftsteller und Erzähler. . . Zu seinen größten Bucherfolgen wurde seltsamerweise der Roman 'Kamerad und Kameradin ' (1939)... Danach schwieg Rudolf Kinau. Nach dem Krieg verboten ihm die Alliierten den Mund. Aber von 1951 an war er wieder da, wurde er zum Begriff, fast zur Legende...«

Hoppla, nun denn doch. Erstens ist »Kamerad und Kameradin« kein Roman, sondern eine Sammlung aus Funkbeiträgen zu den Morgenfeiern der Hitlerjugend in den Sendern des Reiches gewesen. Und zweitens: wieso »seltsamerweise«? Bei Schoten wie dieser zum Beispiel:

»Eine Eheschließung, eine Trauung, ist ein Fahneneid, bei dem der Herrgott als Zeuge hinter uns steht.«

Ja. Wie das so ist. Was ein richtiger Mann so braucht. Einen Vorgesetzten. Und einen Hintermann. Und natürlich möglichst einen von ganz oben. Und am besten alles in einer Person. In seiner. Denn erst dann ist er frei. Frei, wie Alf es verstand, denkwürdig, im Februar: »Sage mir Deine Meinung. Und ich werde Dir sagen wer für Dich denkt.«

*

Nachrufe, Nachrufe um die Jahreswende und danach auf den scheidenden Frankfurter Redakteur. Und da zerdrückt man denn aber doch eine Träne. Als würde einem plötzlich ein über all die Jahre liebgewordenes altes Scheißhaus im Hof saniert.

*

Es gibt einen Haß auf Ausländer und Asylanten. Und einen Haß von Deutschen auf sich selbst. Deutsche, die etwas mit sich als Deutsche so anfangen können, daß es mit rechten Dingen zuginge, gibt es, schätze ich, so ca. viereinhalb im Restreich, na sagen wir: sechs.

Es war einmal in Hamburg 20 vor vielen Jahren ein Lokal, dem hatte P., der es führte, den Namen »Steckrübe« gegeben. Good Looser. Inzwischen hat der vermutlich vorletzte 'Deutsche' im Viertel einem 'Italiener' Platz gemacht, genauer: einem deutschen, der italienisch kocht; und natürlich so, daß es einen nur so aus der Kiste pißt... Entsprechend ahnungsvoll P's Mühe damals, sich ein halbes Dutzend Gewohnheitstrinker mit Klapperjass, einem Hamburger Kartenspiel, das ich nie begriffen habe, bei Laune zu halten. Einmal sagte P.: Wenn alles mit rechten Dingen zuginge, würde die Goebenstraße in 20 Jahren »Meinhofstraße« heißen. – Seine Schlucker nahmen es hin, als Laune. Als P. aufgab, eröffnete ein 'Grieche'. Und fortan, versteht sich, war der Laden voll, und wie verhungerte Hasen knabberten sie an ihrem rohen Weißkohl mit Essig; von P. hätten sie ihn nicht einmal für einen Fuffi genommen...

Die Begeisterung der deutschen Linken für Griechenland in den 70er Jahren und später war vor allem von lokal-er Bedeutung. Vielleicht war das der Grund, weshalb ich mit Griechenland bisher zu wenig habe anfangen können. Vielleicht, daß ich doch einfach mal nach Griechenland hätte fahren sollen. Stattdessen blieb es mir in der Seele lieb. Man muß nicht alles ausprobieren; die Freiheit, die bekanntlich besonders über den Wolken grenzenlos sein soll, nicht immer nur suchen wollen gerade bei den geschundensten Völkern: Die faschistische Metaxas-Diktatur. Der italienische Überfall. Die deutsche Okkupation. Der von englischen Truppen mit großer Grausamkeit entschiedene Bürgerkrieg. Die Junta als US-amerikanische Ordnungsmacht. Und danach, als Piloten für Cindy und Bert: Rucksacktouristen ... Bodenspekulation ... Umweltzerstörung...

Von allem mehr oder weniger berichtet der Band »Griechenland. Entfernungen in die Wirklichkeit.« (Argument-Verlag) des vorzüglichen Armin Kerker. Ausführlich von griechischer Volksmusik. Wundersam von den zig Arten türkischen Kaffee zuzubereiten. Leider erfährt man weniger bis nichts vom modernen Griechenland: Vom neuen Kapitalismus, von Bauboom und Umweltverschmutzung, von der Rolle der Kirche, den »Segnungen« des Tourismus. Aber da ist – hervorgegangen aus zahlreichen Gesprächen Kerkers mit ihm – ein großes Selbstporträt des großen Theodorakis; und das entschädigt mehr als genug mit dem, was fehlt.

*

Ende Januar des Jahres trafen sich – von Matthias Altenburg in der »FR« vom 19.2. sinnreich dokumentiert – Schriftsteller der verschaukelten, der Generation des versäumten Vatermords, also zwischen 1930 und 1940 Geborene, mit Studenten, die Patriarchen, Lehrer, Professoren alten Stils nie kennengelernt hatten; und auch dies, auf seine Weise, ein Buckel für's Leben?

Aus einem Brief:

». . . im Sonntagsplenum äußerten Sie, nie eine junge Generation gesehen zu haben, die 'so alt aussieht'. Ham se recht. Ham se wirklich recht. Obwohl: altklug wäre noch treffender gewesen. (Oder 'klugscheißerisch'.) Jedenfalls hat Neugier auf Objekte außerhalb des Lehrplans uns immer beschämend gefehlt...

Wir wurden zur Maulfaulheit erzogen. Neu war das nicht – doch die Methode war's: Immer, wenn ein Widerspruch, quäkend (Stimmbruch), sich regte, wurde von unseren Lehrern weise Beifall genickt. Aber dann erscholl ein 'aber'!: Eure Ansichten sind finster, eure Wünsche sind alte Hüte, eure Träume sind unsere (der Lehrer) Schäume. Und wir fraßen diesen Mist avec plaisir.

In uns wurde eine Gleichgültigkeit gepäppelt, die schließlich dahin umschlug, allem nachzulaufen, was irgendwie dagegen war. Denn derart fruchtete die eierweiche Erziehung: daß wir, in unseren rebellischen Jahren, rebellisch scheinenden Moden (Punk, New Wave, Schülerunion) begeistert anhingen.

Umgott! – bloß kein Marxist sein! sagten wir Cümnasiasten uns. Und sagten uns das einzig darum, weil wir nicht derselben Meinung wie 1 Mrd. anderer Menschen sein wollten: Als bspw., die harhar, 'Friedensbewegung' ausbrach, reduzierten wir eifrig den Krieg auf banalste Psychologeme wie: 'Herrscht in der Familljö Friede nicht, müssen in Haß auch die Nazijohnen verharren '.

...Ein Lichtblick wie der Uni-Streik ändert meine schlechte Meinung leider nur wenig: Sie, Herr Piwitt, haben in Bad Segeberg ja gehört, wie stolz sogar die (selbstverständlich zahlarmen) Aktivisten das 'Unideologische' (hä?) ihrer Aktionen verkünden.

Und doch. Und doch sind in den Jahren seit der Matura sehr viele von uns (mich incl.) der großen Wäsche ihrer Gehirne innegeworden und – hoffentlich klingt das nicht zu bombastisch – entwickeln inzwischen zumindest ein gesundes Mißtrauen gegen die folgenlosen Anbiederungen und die wohlfeilen Vertröstungen, denen sie ausgesetzt waren und weiterhin sein werden. Wollen sehen, was daraus wird. (Ihre Generation war ja ebenfalls nicht die hellste und schnellste, Herr Piwitt.). . .

Kay Sokolowsky

Ja, weißgott. Und, umgott, was meinen Sie denn, für wen wir mit zwanzig die alten Antifaschisten hielten? Für abgelebte Oldies, – so »gaskammervoll« von brandheißer neuer französischer Philosophie die Zeit damals war! Ich meine, es kommt doch immer nur darauf an, daß der Ehrgeiz, dumm zu sterben – statt, wie gewöhnlich, zuzunehmen – sich mit den Jahren verliert, oder?

Grüße also, noch einmal, herüber vom Kahlen Asten zum Frühlingshügel

Ihr Hermann Peter Piwitt

konkret 04/89, S. 84

Rainer Trampert

Kronzeugen von links

Anerkennung der Nato und des staatlichen Gewaltmonopols, demnächst Zustimmung zur Verschärfung der Sicherheitsgesetze und des Asylrechts: Um Platz nehmen zu dürfen auf Seiten der Herrschenden, hat nicht nur die Berliner Alternative Liste, sondern eine überwältigende Mehrheit der Grünen sich vom Anspruch einer Oppositionspartei verabschiedet: »Wer als Linker noch etwas auf sich hält, sollte nicht im grünen Morast versinken«

Frage: Ist deine Entscheidung, nicht für den Bundesvorstand zu kandidieren, durch den Verlauf des Duisburger Parteitages bestätigt worden?

Trampert: Der Parteitag hat meine Entscheidung zu 100 Prozent bestätigt. Nicht nur mir sind restliche Zweifel vergangen. Auch andere linke Delegierte, die noch zu Beginn zu mir kamen und sagten: Schade, daß du nicht kandidierst, sind nach dem Berliner Koalitionsspektakel zu mir gekommen und haben gemeint, sie hätten sich nicht vorstellen können, wie tief die Grünen gesunken seien.

Die Behandlung der Berliner Koalition war der letzte Dammbruch. Es ist fast unvorstellbar. Die AL unterschreibt in dem gemeinsamen Esssential-Papier, daß die Alliierten zum Schutze der Demokratie da seien. Das ist reaktionär, weil diese Formel nur heißen kann: Schutz vor dem östlichen Aggressor. Und das bei Natokräften, die nicht nur hier den kalten Krieg probten, sondern überall auf der Welt – von Vietnam bis sonstwo – den heißen Krieg! Übertragen auf die BRD heißt diese Formel: Ab sofort Anerkennung der Nato. Die AL unterschreibt die Notwendigkeit, daß der Staat mit seinem Gewaltmonopol eingreifen müsse. Natürlich im Rahmen der Verhältnismäßigkeit. Das unterschreibt jede Staatspartei. Der Verfassungsschutz, so wurde vereinbart, soll sich auf seine eigentlichen Aufgaben konzentrieren. D. h. gegen Linke vorgehen, statt sich mit unbescholtenen Bürgern zu verzetteln. Die AL hat sich verpflichtet, im Berliner Abgeordnetenhaus für die Übernahme aller Bundesgesetze zu stimmen. Als nächstes kommen die schärferen Sicherheitsgesetze oder die Gesetze zur beschleunigten Flüchtlingsvertreibung. Was für ein Anblick, wenn linke Abgeordnete der AL dabei brav die Hände heben werden. Mich erinnert das an die sozialdemokratischen Regierungsvorbereitungen: Die Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914. Die Leute haben recht, wenn sie sagen, diese Dinge gäbe es auch ohne Zustimmung der AL. Dennoch ist es ein Unterschied wie Tag und Nacht, ob Linke eine politische Kraft dagegen entfalten oder den Eid auf die Kriegskredite schwören. Sie erledigen sich dann selber als oppositionelle Kraft.

Was passierte jetzt auf dem Duisburger Parteitag? Ströbele stellt sich hin und sagt, nichts sei bei dieser SPD durchzusetzen, aber weil der arme Ausländer sonst in Tränen ausbreche, müsse die Koalition eingegangen werden. Diese Demagogie übersteigt alles Bisherige. Dann verlangt er, daß sich niemand einmischen dürfe, aber alle hätten uneingeschränkt der AL den Rücken zu stärken. Und der Parteitag bricht daraufhin in Jubel aus und beschließt, keine Diskussion über Berlin zuzulassen. Das Verbot der Diskussion war der Wunsch, nicht ein einsames kritisches Wort dagegen mehr zu hören. Wie sehr mußte sich Fischer noch der Kritik stellen! Wie offen haben Grüne damals noch um ihren Weg gestritten. Nach dem Berlin-Spektakel kam ein führender Realo zu mir und sagte: Da siehst du den Unterschied. Wenn die Linken Regierungsverantwortung übernehmen, darf darüber nicht einmal mehr diskutiert werden. Aber auch mit Diskussion wäre es bei der Jubelorgie für die Realpolitik geblieben. Es gab also keine politische Basis für meine Kandidatur.

Welche Auswirkungen auf die Entwicklung der Gesamtpartei hat deiner Ansicht nach das rasant vollzogene Umschwenken der AL auf Koalitionskurs?

Der Jubel für die AL-Koalition hat noch einmal bewiesen, daß die Realpolitik sich in den Köpfen längst durchgesetzt hatte. Das Umschwenken der AL trug lediglich zu einem Triumph der Realpolitik bei. Viele fühlten sich befreit, nach dem Motto: Wenn Linke auf den Zug springen, gibt es kein Haar in der Suppe mehr. Die AL spielt die Rolle des Kronzeugen von links. Der ist bekanntlich sehr wichtig. Durch die AL bejubelte jetzt eine erdrückende grüne Mehrheit die Pose: Dieser Staat ist unser Staat. Linke Grüne, die diesen Staat nicht als ihren begreifen und die in Opposition zu dieser kapitalistischen Metropole stehen, waren bereits in der Minderheit und werden jetzt aussichtslos minoritär. Sie können nach dem Umfallen der AL kein Gewicht mehr gegen die Anpassung der Grünen aufbieten. Fischer hat recht, wenn er sagt, die Realos könnten sich als Strömung auflösen, weil ihr Zweck erreicht sei. Die Realpolitik dominiert, egal, ob einige sie unter dem Titel »Aufbruch« betreiben oder andere sie als Jusos von links absichern, wie die Mehrheit im »Linken Forum«.

Folgenschwer ist weiterhin, daß ausgerechnet die AL die Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung auf Null brachte. Wer den USA attestiert, hier die Demokratie gegen den östlichen Aggressor zu schützen, der kann fast alles unterschreiben. Das hat eine ideologische Wirkung. Wer in Zukunft nicht mit dem Schwur auf die Nato regieren will, ist bereits Fundamentalist, der gnadenlos als Bündniszerstörer gegeißelt werden kann. Tatsache bleibt: Wer staatliche Exekutive im Imperialismus sein will, kann das nur im Rahmen, der vorgegeben ist: Anerkennung des Kapitalismus, Unterstützung der nationalen Wirtschaft bei ihren weltweiten Operationen, Einsatz der staatlichen Gewalt gegen ruhestörende Elemente,

Zustimmung zur Nato und ihren Strategien. Damit sterben die Grünen als Opposition weg. Auch hier gebe ich Otto Schily recht, wenn er sagt: Wer regiert, kann nicht Opposition sein. Das wäre absurd.

Ich glaube zwar nicht, daß die Berliner Koalition halten wird. Mit Rücksicht auf die führende Rolle des bundesdeutschen Kapitals im EG-Binnenmarkt und mit Rücksicht auf die Nato-Verbündeten werden die Grünen noch nicht zur Koalition im nationalen Parlament eingeladen. Deshalb nehme ich an, daß die SPD die Berliner Koalition noch vor den Bundestagswahlen platzen lassen wird – nach vielen Knebelungsversuchen, Polizeieinsätzen gegen Aufrührer, und mit Schuldzuweisungen an die AL, noch immer nicht ganz regierungsfähig zu sein. Das Problem: Ein Scheitern von Regierungsbündnissen bewirkt bei den Grünen erfahrungsgemäß, daß sie dann unter der nächsten Türschwelle hindurchkriechen, um endlich dauerhaft regierungsfähig zu sein.

Mir ist aufgefallen, daß eine ganze Reihe von Realo- Vertretern die Notwendigkeit ihres Koalitionskurses mit einem neuen Argument belegen: Mit dem Erstarken der Republikaner und der immer ausländerfeindlicheren Politik der CDU. Wie siehst du das, und was entgegnest du den Realos?

Zunächst einmal wäre es ein schlimmer Erfolg der Republikaner, wenn ihre 7 Prozent bewirken würden, daß Linke und Grüne sich als Kraft für eine bessere Gesellschaft aufgeben würden, um diese schlechte Gesellschaft zu verteidigen. Überhaupt war das Argument »Gemeinsam gegen rechts« in diesen bürgerlich-demokratischen Verhältnissen immer eine Bremse für linke Politik. Es geht dann nämlich nicht mehr um Verbesserungen, sondern nur noch um die Erhaltung des Status-Quo gegen eine regierende CDU. Mit *der* Losung haben schon linke Sozialdemokraten den Erfolg für Helmut Schmidt organisiert bis zu »Deutschland im Herbst«.

Daneben geht es um die Benutzung von Menschen für eigene Zwecke. Man will in diesen Verhältnissen auf der Ebene der Herrschaft Platz nehmen und gibt wie jeder normale Staatspolitiker vor, das für die Armen, die Arbeiter, die Hungernden oder für die Demokratie als solche zu tun. Die Hessen-Realos taten alles für die Frauen, die AL will alles für den armen Ausländer tun. Die Demagogie ist: Ich liste ellenlang das elende Los der Schwachen auf und ziehe daraus den Schluß, Minister werden zu müssen.

Dabei wird eine historische Erkenntnis ausgeblendet. Gesellschaftlichen Minderheiten gelang es nur dann, Verbesserungen für sich durchzusetzen, wenn sie einen Kampf gegen die Herrschenden organisierten, der deren Stellung zu erschüttern drohte, statt sich vereinnahmen zu lassen. Dann fielen auch Reformen für sie ab, die durchgeführt wurden, um zu verhindern, daß die Opposition mehr durchsetzte. Die Sozialgesetzgebung wurde von einer noch revolutionären Sozialdemokratie erkämpft, weil sie mehr erreichen wollte. Sie kam nicht, weil Lasalle bei Bismarck die Klinke putzte. Ich will sagen: Wer Wünsche von EmigrantInnen durchsetzen will, muß mit ihnen gemeinsam Opposition gegen die Mehrheitsgesetze machen und darf nicht die Gesetze regierend verwalten. Wer die Nato-Entscheidungen nicht anerkennt, muß gegen sie vorgehen, statt die Verpflichtung zu übernehmen, sie zu seiner Handlungsmaxime zu machen. Wer Demokratie will, muß sie leben und erkämpfen, statt die fesselnde Legalität gegen rebellierende Menschen mit Gewalt durchzusetzen.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem SPD-AL-Bündnis deiner Meinung nach für diejenigen Linken in den Grünen, die nach wie vor eine antikapitalistische und antistaatliche Politik für notwendig halten?

Sich selber unabhängig von den Grünen zu machen. Die eigenen Analysen, Theoriebildungen, Bündnisse und politischen Aktionen nicht mit taktischen innergrünen Rücksichten zu verwässern. Sich mehr danach umzusehen, welche Menschen, Gruppen und Projekte schon lange linke Politik gestalten in Distanz zu den Grünen. Der Zustand der Grünen läßt keine Präferenz für die Grünen mehr zu. Wir hatten gehofft, politische Bewegungen würden eine politische Opposition im Parlament tragen, die den Veränderungsdruck von dort aus verstärken könnte. Erlebt haben wir die schleichende Verwandlung der Grünen zu einer etablierten Staatspartei. Wir werden selber zu analysieren haben, welche objektiven Zwänge und welche subjektiven Mängel das bewirkt haben. Egal was gelingen kann, die Konsequenz muß stehen: Wir übernehmen nicht die Rolle der linken Sozialdemokratie und gehen auf Wählerfang für eine Politik, die wir nicht wollen. Wer als Linker noch etwas auf sich hält, sollte nicht im grünen Morast versinken.

Bei aller Sympathie für Jutta Ditfurth – findest du nicht auch, daß sie es versäumt hat, in ihrem Duisburger Rechenschaftsbericht Erklärungen für die zunehmende Isolierung des alten Bundesvorstands, also Erklärungen für den anscheinend unaufhaltbaren Bodenverlust radikalökologischer und sozialistischer Positionen zu benennen? Stattdessen hat sie sich weitgehend auf eine Chronologie der »Aufbruch«und Realo-Attacken beschränkt, also letztenendes Personalisierung betrieben. War das nicht Ausdruck von Ratlosigkeit oder von Unverständnis?

Es kann sein, daß Jutta und andere noch überraschter davon waren als wir, wie wenig durchsetzungsfähig wir heute in den Grünen sind. Ich denke aber, ihr sollte zugestanden werden, daß sie, nach den vielen persönlichen Schlägen – viele haben sie zur personifizierten Zielscheibe gemacht – eine in Teilen auch persönliche Abschiedsrede gehalten hat. Ganz spurlos geht so etwas an niemandem vorbei. Zweitens hat sie mit ihrer Chronologie schon ziemlich systematisch eine politische

Versumpfung der Realpolitiker nachgewiesen, die viele nicht gern hören. Drittens stimmt es, daß ihre Rede andere Faktoren weniger ansprach. Wir haben dazu auch noch keine nach allen Seiten abgeklopfte Analyse.

Ich will in Stichworten einiges ansprechen: Offenbar leben wir in einer Phase, in der zwar die Sensibilität für allerlei Krisen gewachsen ist, gleichzeitig aber nicht eine Bereitschaft, für ihre Überwindung zu kämpfen. Als noch kein AKW in die Luft gegangen war, war der gesellschaftliche Druck, sie zu schließen, größer als heute, da wir den ersten Supergau bereits erlebt haben. Die gesellschaftliche Basis dafür, als Partei, die sich in die Parlamente begibt, oppositionell wirken zu können, ist nicht so stark, wie wir erhofften. Eine »parlamentarische Opposition« als Ausdruck von Opposition gegen die ökonomischen und staatlichen Herrschaftsverhältnisse ist offenbar nur durchzuhalten, wenn wir Stimmenverluste verkraften können. In einer Partei, die sich zur Wahl stellt, wird sehr schnell die Anzahl der Stimmen zum Maßstab allen Erfolges, und nicht, ob sich dadurch noch etwas verändert. Die Zahl der grün-WählerInnen ist groß, die sich obrigkeitsstaatliche Lösungen wünschen, sich vielleicht etwas anderes nicht vorstellen können.

Dazu spielen andere Faktoren eine Rolle, gegen die wir nicht ankamen: Wir haben die Kraft des Staates, zu reintegrieren, unterschätzt, Staat und Medien haben die ideologische Formel durchsetzen können: Politikfähig ist, wer mitmacht, politikunfähig ist, wer dagegensteht. Wir haben die Sachzwänge des Parlaments unterschätzt. Eine Mischung aus Aktenbergen und Appellen an die Eitelkeit hat viele binnen kurzer Zeit gefällt. Ein Auftritt im Parlament suggeriert Veränderungskraft. Die Erkenntnis, daß Veränderungen nur gesellschaftlich bewirkt werden können, ist bei vielen verlorengegangen.

Unser Kernproblem bleibt aber, daß diese Gesellschaft so gut lebt, daß die Identifizierungsmöglichkeiten groß sind und Verbesserungen dadurch erhofft werden, daß man mit den Wölfen heult. Das gilt nicht nur für die Basis der Grünen. Nur ein anderes Beispiel: Die Gewerkschaften schlossen dreijährige Tarifverträge ab, um der nationalen Produktionsmaschinerie im internationalen Konkurrenzkampf Vorteile zu verschaffen. In diesem Zeitgeist werden tatsächlich etliche Yuppies die Grünen wählen, als kritische Wohlstandspartei der ersten Welt, die halt noch immer gut lebt von der anderen Hälfte der Erde und die Masse partizipieren läßt.

Dazu kommt, daß nach dem kläglichen Scheitern der großen sozialistischen Revolutionen in China und der Sowjetunion, nach deren Übernahme westlicher Werte, kapitalistischer Produktionsgesetze, Leistungsnormen etc. als Antwort auf das Scheitern, auch Utopien zerbrochen sind und der Kapitalismus neue Anerkennung erhalten hat.

Das überwiegende Fundament der Grünen ist eben realpolitisch. Das hat sich in die Partei übertragen.

Dein Freund Thomas Ebermann spricht in letzter Zeit häufiger davon, die Linken in den Grünen sollten sich nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit z B. DKPlern und Autonomen umschauen. Was aber soll dabei herauskommen – oder sind die einen etwa keine verhinderten Oberrealos und die anderen theoriefeindliche Aktionisten?

Gäbe es nur das in der BRD, müßte ich Politik sein lassen und meine Wohnung einrichten, denn in den Grünen den Juso zu spielen, ist trostlos. Ich will nicht bestreiten, daß einige einen blinden Aktionismus kultivieren und viele Erneuerer der DKP Sozialdemokraten werden. Aber alle Autonomen in den einen und Leute von der DKP, wie Prof. Fülberth aus Marburg, der ein kritisches Verhältnis zur Betonfraktion seiner Partei wie zu den Erneuerern hat, in den anderen Topf zu werfen, wäre arrogant. Unter Autonomen gibt es Theoretiker, die etwa zu Fragen des IWF und der Weltentwicklung gearbeitet haben, gibt es »Lupus« mit kritischen Beiträgen zur politischen Isolation, gibt es etwa das Anti-Atom-Plenum in München, Leute, die Analyse und kluge Aktion verbinden und vieles mehr. Es gibt nichtangepaßte linke Zeitungsprojekte, die nicht – wie die »taz« – die Grünen sozialdemokratisch überholen. Es gibt feministische Zusammenhänge, es gibt Leute, die mit EmigrantInnen und Flüchtlingen zusammen für Verbesserungen kämpfen. Es gibt Linke um den »Arbeiterkampf«, um die Zeitschrift KONKRET, es gibt Individuen, wie Karl-Heinz Roth, der – natürlich nicht allein – zur Theorie-Bildung und ihrer politischen Umsetzung beiträgt. Es gibt diese Menschen in der Kultur. Es gibt massenhaft Linke, die die Grünen verlassen haben und die sich jetzt hier oder da engagieren oder zu Hause bleiben. Du zwingst mich mit der Frage, ellenlang aufzuzählen, wieviele gute Leute es gibt. Dazu kommen wir, die wir bisher noch in den Grünen Mitglied sind.

Die Linke hat das Problem, daß die Grünen mit ihrem Weg der Anpassung an den Staat ein Loch gerissen haben. Der Widerstand konnte so besser isoliert und angeschlagen werden. Inzwischen sind viele tätig oder – so hoffe ich – warten viele auf Möglichkeiten, wie die entstandene Zusammenhanglosigkeit wieder aufgehoben werden kann. Dafür etwas zu tun sehe ich als eine Chance, deren Erfolg ich nicht beurteilen kann.

Dieses Interview ist dieser Tage in der Zeitschrift »Die Wage« Nr. 4/89, Magazin für Kultur und Politik, Detmold, erschienen und wurde für den Nachdruck leicht überarbeitet

konkret 04/89, S. 86

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

In einem Interview mit der »Tageszeitung« über die Ressortverteilung im rosagrünen Westberliner Senat klagte die alternative Abgeordnete Renate Künast:

Was uns schmerzt, ist der Verkehr

Daher: Stoßseufzer.

Zur 11. Ordentlichen Bundesversammlung der Grünen hat deren Kreisverband Diepholz einen Antrag auf Satzungsänderung gestellt:

Die ländliche/flächen Kreisverbände haben große organisatorische Nachteile gegenüber die Großstadt Kreis- und Landesverbände. Ihren Einfluß entspricht durch die jetzige Regelung keineswegs ihr Wichtigkeit in der politischen Arbeit... Ein weiterer Grund sehen wir in den Paritätsbeschluß...

Komma her, kleines Kreisverband Diepholz, du gefällst mir. Aber so du mit deine Antrag bei die Großstadt Verbände werden wollen was, du sollen den Idiom von ostafrikanisches Asylbewerber vermeidet sein, weil das konsumbewußt Citoyen darauf lachen (und nicht zu Udo Knapp).

Jetzt wird der Meinungsdreck auch noch sakral umorgelt:

Die Sendereihe »Musikalische Meditationen« des Schweizer Fernsehens verknüpft auf ungewöhnliche Weise kirchenmusikalische Chorwerke mit engagierten Texten von Dorothee Sölle, Günter Wallraff Luise Rinser und Hans Küng. Vier renommierte Autoren setzen Kontrapunkte gegen das selbstzerstörerische Prinzip unserer modernen Gesellschaft, verlangen radikale Umkehr. Rechtzeitig zur Zweitausstrahlung der »Musikalischen Meditationen« erscheint das langerwartete Begleitbuch »Wer hat dich so geschlagen.2«

Einer der vier renommierten EvangelistInnen, glaub ich, weiß es wie kein anderer, kennt das selbstzerstörerische Prinzip aus dem ff und erinnert sich schmerzlich an den Kontrapunkt. Damals hat er bloß in die moderne Gesellschaft gerufen: »Ich verlange einen Tintentest!«, jetzt verlangt er im Gegenteil radikale Umkehr, lang erwartet, aber rechtzeitig zur Zweitausstrahlung. Oh, du Haupt voll Blut und Wunden, du, voll Schmerz bedeckt mit Hohn:

In jeder Sendung wird auf das Buch hingewiesen. Bestellungen mit Reiserabatt jetzt über unsere Vertreter und Auslieferungen. Jeder Sendung liegt ein Streifenplakat bei

Ach, zählte man doch auch zu den renommierten engagierten Gläubigen! Absahnen könnt man, bzw. ernten, wo man nicht gesät hat (Lukas 19, 21), daß es Esau graust.

Dr. Ernst-Gerhard Erdmann, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, sprach auf einer »Fachtagung« über »personen- und verhaltensbedingte Kündigung«:

Da eine Wechselwirkung zwischen dem Status der Arbeitsplatzbesitzer und den Chancen der Arbeitslosen bestehe, trage ein übersteigerter Schutzzaun für den Bestand der Arbeitsverhältnisse erheblich dazubei die Fähigkeit und Bereitschaft der Unternehmer zu Einstellungen zu verringern.

Wie wehleidig die deutschen Unternehmer geworden sind – früher haben sie auf die übersteigerten Schutzzäune einfach »Arbeit macht frei« schreiben lassen, und alles war in Butter.

Volker Hauff, designierter (von: Design) Oberbürgermeister der Goethestadt Frankfurt, hat für den »Spiegel« ein Buch besprochen:

«Die Wahrheit ist immer konkret.« Das stammt nicht von Benn, sondern von Brecht, den Theweleit, ein 68er, in seinem vor zwölf Jahren erschienenen Erstling «Männerphantasien« noch als einen seltenen »nichtfaschistischen, schöpferischen Mann« bezeichnete. Aber das ist zwölf Jahre her.

Die konkrete Wahrheit ist, daß Wladimir Iljitsch Lenin den Satz von der Wahrheit, die immer konkret sei, bei Brecht geklaut und in sein Pamphlet »Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück« hineingeschrieben hat. Aber das ist noch länger her und der Täter ein Mann, den im «Spiegel« nichtfaschistisch und schöpferisch zu nennen der Volker Hauff, ein alter

66er, sich dreimal überlegen würde, um es dann zu lassen.

Das »Atlantik Hotel Kempinski Hamburg« lädt zur »Alster-Tafel« in den »Alster-Salon«, wo zum Preise von 69 Mark Köstlichkeiten aus Küche und Besenkammer serviert werden:

7 Dezember

»Reproduktionsmedizin im Spannungsfeld zwischen Moral, Ethik und Recht«

Professor Dr. Gerhard Bettendorf Universitäts-Frauenklinik, Hamburg

Zucchinicrème mit Jacobsmuscheln,

Gänseleber gebraten auf Apfelstew und Trüffelsauce

Hirschrückenfilet mit Pilzen in Strudel, Sauerrahmsauce, Rotkohlflan, gebackene Dattel

Mandarinenparfait mit Walnußsauce und warmem Baumkuchen

11. Januar

»Praktische Naturphilosophie in der Umweltkrise«

Professor Dr. Klaus-Michael Meyer-Abich

Loire Wachtel mit Gänseleber gefüllt

Kalbsmedaillon mit Honig-Limonensauce

Birnenstrudel mit Williams-Sabayone und Pralineneds

1. Februar

»Die politische und ethische Legitimation der Sicherheitspolitik«

Generalleutnant Jörn Söder, Kommandierender General

Fasanenterrine mit Morcheln

Steinbuttfilet und Hummer in ihren Saucen

Lammrücken mit Kräutern überbacken, Rosenkohlflan mit geschmolzener Tomate

Drei Sorbets

Der General spricht über Ethik aber statt einem Wecker kommt kein Goi mit einem Horn, auch nicht die Wirtin mit Pichelsteiner, Gaisburger Marsch und Orchestertorte (Zwiebelkuchen), sondern ein Ober mit dem Hummer in seiner (wessen?) Sauce. Ein Fehlgriff der Küche, die geschmackssicher genug war, zu Reproduktionsmedizin im Spannungsfeld zwischen Moral, Ethik und Recht die Zucchinicrème mit Jacobsmuscheln anzurichten und nicht etwa Loire Wachteln mit Gänseleber gefüllt, die eben nur zur praktischen Naturphilosophie in der Umweltkrise passen wie die Honig-Limonensauce zum Schlips von Professor-Doktor Klaus-Michael Meyer-Abich. Die Scharte sollte ausgewetzt werden am Tag, als der Regen kam, nämlich in Hamburg der Sommer. Was bot sich da nicht an?: Kraftbrühe Marion mit eingemachter Pflaume, Stockfisch-Püree Haufrauenart auf Salat Pis en lit in Tropfbier-Vinaigrette (nach Siebeck), Kalbskopf mit Tartarensauce im lauwarmen Windbeutel Hindukusch (nach Bocuse), SouMé von kaltem Käse mit Zimtparfait, Quarksorbet auf Fallobst Auditoire (nach Elfie Casty). Sie aber gingen grübelnd hin und her, bis sie die peripathetische Annonce abgeschmackt hatten:

I. März

»Journalistische Ethik heute«

Dr. Theo Sommer, Chefredakteur

Carpaccio von Jacobsmuscheln mit Pampelmuse und rotem Pfeffer

Gefüllter Lachs in Hummersauce mit Perigord Trüffel

Kalbsfilet in Blätterteig, Morchelrahmsauce, tournierte Gemüse, Mandelbällchen

Vanille-Eisbömbchen mit Pfirsich, Mandelhippe und Grand Marnier Sabayone

Mit einem Wort: vermasselt. Muß wohl daran liegen, daß Tränen zwar lügen, aber Köche nicht lesen – ein Blick auf Seite 1 der »Zeit«, und es wäre ihnen wie Schuppen vom gefüllten Lachs in die Hummersauce mit Perigord Trüffel gefallen:

Wie fest sitzt Michail Gorbatschow im Sattel? Die Frage wird im Westen gestellt, seit der Bauernsohn aus dem Kaukasus im Kreml die Zügel in die Hand nahm. Doch mittlerweile ist er, allen Unkenrufen zum Trotz, vier Jahre im Amt. Die Kreml-

Forscher haben die Galgenfrist, die sie ihm einräumten, Mal um Mal verlängern müssen... Wie ernst ist es Gorbatschow mit seiner Reform an Haupt und Gliedern?

Hier kocht der Chef-Redakteur: Snuten un Poten vom Reformhausschwein, kaukasische Pferdewurst, Froschschenkel à la ficelle (Unkenglieder am Galgenstrick) und tourniertes Bäuerchen auf Ethiksorbet